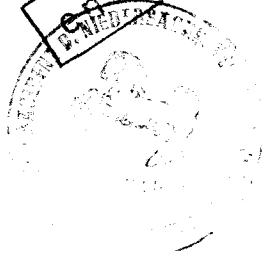
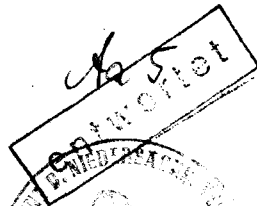




UB Braunschweig 84



4725-955-5





425-0555

(Beilage zu *N* 89 der Braunschw. Anzeigen.)

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig**  
im Jahre 1880.

100 12328

---

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.





# Register.

## A. Nach der Zeitfolge.

Februar 9.

Öeffentlich:	Seite
1. Wahl der Vorſitzenden . . . . .	1.
Vertraulich:	
2. Contrahirung einer Anleihe . . . . .	2.
3. Steuerreclamationen . . . . .	2.

Februar 12.

### Öeffentlich: Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

4. Wahl eines besoldeten Magistratsmitgliedes . . . . .	4.
5. Wahl der Commission zur Verteilung des Franzosentrants . . . . .	4.

### Sitzung der Stadtverordneten.

5. Regulativ, die Dienst- und Gehalts- u. Verhältnisse der Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken betreffend . . . . .	4.
7. Schreiben des Stadtmagistrats wegen Bewilligung von erhöhten Beihilfen für die Bibliotheken der unteren Bürgerschulen . . . . .	6.
8. Bewilligung einer Beihilfe zur Unterhaltung einer Badeeinrichtung im Rettungshause . . . . .	7.
9. Ankauf von dem Militär-Fiscus gehörigen Terrain an der Langenkampswette . . . . .	7.
10. Statut, die Zulassung von Gast- und Schenkwirtschaften, sowie von Pfandleihgeschäften in der Stadt Braunschweig betreffend . . . . .	8.

## IV

	Seite
11. Bewilligung eines Zuschusses zur Unterhaltung der Schule des Handwerkervereins . . . . .	10.
12. Feststellung der Grenzlinie zwischen dem Justizgebäude, dem Stadthause und der städtischen Mädchenschule . . . . .	11.
13. Bewilligung von Reparaturkosten für das Paulitz'sche Haus Hintern Brüdern . . . . .	11.
14. Änderungen am Statute, die Untersuchung des in die Stadt eingeführten Fleisches betreffend . . . . .	12.

## Vertraulich:

15. Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Directoren der Gas- und Wasserwerke . . . . .	12.
16. Mittheilungen des Magistrats . . . . .	14.

## Februar 26.

## Öffentlich:

17. Änderungen des Entwurfs des Statuts wegen der Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung . . . . .	16.
18. Statut über die städtischen Mädchenschulen . . . . .	16.
19. Abbruch der Burgaserne . . . . .	20.
20. Feststellung einer Baulinie am Wilhelmöplaz und im Langenhofe . . . . .	37.
21. Genehmigung eines Kaufvertrages, betr. den Erwerb eines Schulbanplatzes an der Trift- und Spielmannstweien-Ecke . . . . .	38.
22. Kündigung einer der Stadt zustehenden Hypothekforderung . . . . .	38.
23. Erhöhung der für die Functionen des Kreisbranddirectors und Commandeurs der Gesamt-Feuerwehr bislang gewährten Remuneration . . . . .	39.

## Vertraulich:

24. Bewilligung eines Extraordinariums an einen Lehrer . . . . .	42
--	----

## März 18.

## Öffentlich:

25. Interpellation des Herrn Nieß, betreffend den Abbruch der Burgaserne . . . . .	45.
26. Beantwortung der Interpellation des Herrn Rieke wegen der bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke vorgekommenen Unregelmäßigkeiten . . . . .	46.
27. Mittheilungen des Magistrats bezüglich der Einrichtung ärztlicher Nachtwachen . . . . .	47.
28. Entschädigungen für im Dienste beschädigte Mitglieder hiesiger Feuerwehren . . . . .	48.
29. Bewilligung von Gehaltsquoten für Personal der Schule an der Osterstraße . . . . .	49.
30. Bewilligung von Geldmitteln behuf Beschaffung von Aushülfe in den Geschäften eines Schulpedellen . . . . .	49.
31. Provisorische Anstellung einer Lehrerin . . . . .	49.

32. Bewilligung von 100 <i>M.</i> zur Anschaffung von Schulbüchern für untere Bürgerschulen . . . . .	50.
33. Austausch bezw. Ankauf von Terrain am Feldweg <i>N.</i> 141 im Hagen . . . . .	51.
34. Bewilligung einer außerordentlichen Remuneration für einen Magistrats-schreiber . . . . .	51.
35. Bewilligung von 200 <i>M.</i> zu einer Brunnenanlage für die neue Mädchenschule . . . . .	52.
36. Deckung einer Ueberschreitung des Stats des städtischen Museums . . . . .	52.
37. Abschluß neuer Dienstverträge mit städtischen Beamten . . . . .	52.

### Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

38. Wahl eines Mitgliedes zu dem zu bildenden Comité wegen Einrichtung eines Denkzeichens zur Erinnerung an das Jubiläum Sr. Hoheit des Herzogs . . . . .	52.
39. Wahl von Mitgliedern zur Ersatzcommission. . . . .	53.

Vertraulich:

### Sitzung der Stadtverordneten.

40. Canalisirung der Oker in der Gegend des Bruchthors und Feststellung einer Baulinie daselbst . . . . .	53.
41. Steuerreclamationen . . . . .	53.

April 15.

Öffentlich:

42. Errichtung von Baracken für Typhuskrante . . . . .	56.
43. Aenderungen des Entwurfs des Statuts wegen Untersuchung zc. eingeführter Schlachtwaa ren . . . . .	57.
44. Gebührentarif für Untersuchung der eingeführten Schlachtwaa ren . . . . .	65.
45. Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums wegen der sog. Burgeserne . . . . .	67.
46. Zustimmung zu einer Proceßführung . . . . .	70.
47. Bewilligung der Kosten eines Nivelir-Instrumentes . . . . .	71.
48. Abstandnahme von der den städtischen Behörden zustehenden Mitwirkung bei Feststellung der Abgaben von Testamenten u. s. w. zur Armen- und Wegebeesserungscaße . . . . .	71.
49. Verkauf von, durch eine Baulinie an der Leopoldstraße zu Banterrain gewordenem, bisherigem Straßenterrain . . . . .	73.
50. Berechnung der vom Baufonds des Schlachthaus der Stadtcasse auf Vorschlässe zu zahlenden Zinsen . . . . .	73.
51. Ausführung des Regulativs über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an der höheren Mädchenschule . . . . .	73.
52. Erhöhung des Zuschusses zur Zeichenschule des Kunstgewerbevereins . . . . .	74.
53. Bewilligung von Mitteln für ein Schullocal und neue Lehrkräfte . . . . .	74.
54. Eingabe des Eigenthümers des Hauses <i>N.</i> ass. 3802 (Kastanienallee) wegen Anschlusses von der Benutzung eines Straßencanals . . . . .	75.

55. Aenderungen am Statute über die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung . . . . .	76.
--	-----

## Vertraulich:

**Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.**

56. Erlebigung von Reclamationen, die Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu außerordentlichen Beiträgen wegen Benutzung der städtischen Communalwege betreffend . . . . .	76.
--	-----

**Mai 20.**

## Öffentlich:

57. Veränderung im Gehalte des ersten Cassirers der Stadtcasse . . . . .	79.
58. Erhöhung der Remuneration eines Armenarztes . . . . .	80.
59. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten des vom Verein für öffentliche Gesundheitspflege veranstalteten Druckes des Berichts über Prüfung auswärtiger Städtereinigungsanlagen durch Vereinsmitglieder . . . . .	80.
60. Bewilligung einer Beihilfe zu einer ärztlich verordneten Reise eines Magistratschreibers . . . . .	80.
61. Vermietung der Keller unter dem Bürgerschul-Gebäude östlichen Bezirke . . . . .	80.
62. Genehmigung der Uebernahme der hier für die Kaiser-Wilhelms-Spende zu errichtenden Zahlstelle Seitens des Stadtsecretairs . . . . .	81.
63. Bewilligung der Kosten von Veränderungen in Straßennamens-Tafeln u. . . . .	81.
64. Vorläufige Gewährung eines Credits zu einleitenden Arbeiten u. für einen Schulhaus-Bau . . . . .	82.
65. Entschädigung zweier Anlieger der Bruchstraße für zur Straße gezogenes Terrain . . . . .	84.
66. Entsendung des Oberbürgermeisters nach Berlin behuf Besichtigung des dortigen Schwemmsystems . . . . .	84.
67. Erhöhung des Gehalts des Mühlenmeisters der Neustadtmühle . . . . .	84.
68. Verpachtung städtischer Länderei am Giersberge . . . . .	85.
69. Ankauf von Terrain an der ersten Langencampswette behuf deren Verbreiterung . . . . .	85.
70. Weitere Fürsorge für einen im Dienste beschädigten Feuerwehrmann . . . . .	86.
71. Bewilligung der Kosten für Reparaturen in der Neustadtmühle . . . . .	86.
72. Anfrage des Herrn Krampe wegen Veröffentlichung des neuen officiellen Plans der Stadt . . . . .	87.

## Vertraulich:

73. Steuerreclamationen . . . . .	87.
-----------------------------------	-----

**Juni 17.**

## Öffentlich:

74. Uebernahme des Gaußdenkmals zu Schutz und Pflege Seitens der Stadt . . . . .	90.
--	-----

75. Bewilligung der Kosten eines Classen-Erweiterungsbaues in der Bürger- schule an der Leopoldstraße . . . . .	91.
76. Desgl. zu Erweiterungen und Reparaturen am Gaswerke . . . . .	91.
77. Desgl. einer Ausgabe, veranlaßt durch eine in Aussicht genommene ander- weite Vertheilung der Schulkinder auf die vorhandenen Bürgerschulgebäude . . . . .	91.
78. Verstärkung des 5. Zuges der städtischen Feuerwehr bei gleichzeitiger Ent- lassung der Schornsteinfeger aus Feuerwehrdiensten . . . . .	104.
79. Anstellung von Unterbeamten des Schlachthaus . . . . .	104.
80. Bauplan des Bürgerschulgebäudes am Büldenwege . . . . .	105.
81. Aenderungen des Entwurfs des Statuts wegen Untersuchung zc. eingeführter Fleischwaaren . . . . .	107.
82. Ärztliche Hilfe zur Nachtzeit . . . . .	107.
83. Magistratsseitig ergriffene Maßregeln gegen die Verbreitung des Plectyphus . . . . .	108.
84. Wahl von Beamten der städtischen Gas- und Wasserwerke . . . . .	109.

## Vertraulich:

**Gemeinschaftliche Sitzung.**

85. Wahl von Vertrauensmännern für den Ausschuß zur Wahl der Schöffen und Geschworenen . . . . .	110.
86. Wahl von Mitgliedern zu dem vom Bürgerverein gebildeten Comité wegen der Feier der 50jährigen Regierung Sr. Hoheit des Herzogs . . . . .	110.
87. Steuerreclamationen . . . . .	110.

**Sitzung der Stadtverordneten.**

88. Steuerreclamationen . . . . .	110.
-----------------------------------	------

**Juni 24.**

## Öffentlich:

89. Erweiterung der städtischen Realschule durch Einrichtung einer neuen Classe . . . . .	111.
90. Künftige Benützung der Schulen am Südklinte und am neuen Petrihofe . . . . .	120.
91. Gasanlage zu Zwecken der Handelsschule in der Schule an der Osterstraße . . . . .	122.
92. Bewilligung von Reisekosten für Feuerwehrleute . . . . .	123.
93. Genehmigung des Bauplans für das Feuerlöschgebäude zc. und Bewilligung der Baukosten . . . . .	123.
94. Benützung des Platzes bei St. Leonhard für die bevorstehende Messe zur Aufstellung von Schaubuden . . . . .	128.
95. Anfrage des Herrn Munte bezüglich des Platzes zwischen der Bahnhof- und Friedrich-Wilhelmstraße . . . . .	129.
96. Anfrage des Herrn Kunze bezüglich der Beisprennung der Wallpro- menaden . . . . .	130.

## Vertraulich:

97. Bewilligung einer Unterstützung für einen Gemeindefchullehrer . . . . .	130.
---	------

## VIII

Juli 15.

Seite

## Öeffentlich:

98. Antrag des Magistrats auf Ermächtigung zur Proceßführung gegen die englische Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft . . . . . 131.

August 26.

## Öeffentlich:

99. Anlage neuer Apotheken in hiesiger Stadt . . . . . 138.  
 100. Annahme von Hilfschreibern beim Magistrate . . . . . 140.  
 101. Entwässerung eines Theils der Höfenstraße . . . . . 140.  
 102. Weitere Beihilfe für den beschädigten Feuerwehrmann Kortmann . . . . 141.  
 103. Beihilfe zu einer Schulfestlichkeit . . . . . 141.  
 104. Provisorische Herstellung eines Fußweges auf dem Terrain des ehemaligen Alexiupfleghauses . . . . . 142.  
 105. Vertretung eines erkrankten städtischen Schulpedellen . . . . . 142.  
 106. Canalisirung und Instandsetzung der Kreuzstraße . . . . . 142.  
 107. Entschädigung der Eichorienfabrik Bartels & Söhne wegen Höherlegung der Sidonienstraße . . . . . 145.  
 108. Eingabe von Anliegern der Kastanienallee wegen Erlasses eines Beitrags zu Canalisationskosten . . . . . 146.

## Vertraulich:

109. Pensionirung eines städtischen Cassenbeamten . . . . . 146.  
 110. Pensionirung eines städtischen Lehrers . . . . . 146.  
 111. Verlängerung eines wegen Einziehung der Schulgeldrückstände ertheilten provisorischen Auftrags . . . . . 146.

September 23.

## Öeffentlich:

112. Regulativ wegen Befreiung vom Schulgelde n. j. w. . . . . 148.  
 113. Gutachten wegen Einschränkung der Wechselbarkeit . . . . . 149.  
 114. Ermächtigung zur Erhebung eines Processes . . . . . 160.  
 115. Bewilligung einer einmaligen Unterstützung für einen erkrankten städtischen Wegewärter . . . . . 160.  
 116. Rückzahlung Seitens des Gaswerkes auf die Forderung der Stadt und Verwendung des zurückgezahlten Betrages zu einer Abzahlung auf eine städtische Anleihe . . . . . 161.  
 117. Decharge-Ertheilung wegen der Rechnung des Wasserwerks von 1879 und Verwendung des Ueberschusses . . . . . 161.  
 118. Benutzung des Altschadtrathhaussaales bei einer Versammlung des Deutschen Vereins für höheres Mädchenjchul-Weien und Bewilligung von Kosten . . 162.

119. Rückwerb des Bauplatzes an der Südostecke der neuen Verbindungsstraße zwischen Damum und Rattreppeln und anderweite Veräußerung derselben . . . . .	163.
120. Verkauf der area der Häuser <i>M</i> ass. 301 und 302 an der Leopoldstraße . . . . .	166.
121. Ankauf des Grundstücks <i>M</i> ord. 13 an der Abelnkarre . . . . .	167.
122. Aufnahme einer Anleihe . . . . .	168.
123. Abänderung des Entwurfs des Statuts über die städtischen Mädchenschulen . . . . .	168.
124. Wahl von Mitgliedern zur Ortscommission behuf Einschätzung der Gewerbetreibenden . . . . .	169.

## Vertraulich:

125. Bewilligung einer Beihilfe zu Gurkosten für einen städtischen Lehrer . . . . .	169.
126. Steuerreclamationen . . . . .	169.

## November 4.

## Öffentlich:

127. Zuschuß zu den Gewerbe-schul-Kosten . . . . .	172.
128. Ermächtigung zur Aufnahme einer aus der Errichtung des Schlachthauscs hergeleiteten Entschädigungsklage . . . . .	173.
129. Ankauf des Steinmaterials der abgebrochenen langen Brücke . . . . .	175.
130. Bewilligung der durch polizeilich angeordneten Zuschüttung eines Teiches erwachsenen Kosten . . . . .	175.
131. Ermächtigung zur Einlagung eines Hypothekcapitals . . . . .	176.
132. Voranschlag des Wasserwerks pro 1880 . . . . .	177.
133. desgl. des Gaswerks pro 1880/81 . . . . .	177.
134. Fortsetzung der Unterstützung eines im Dienste beschädigten Feuerwehr-Mitgliedes . . . . .	177.
135. Abänderung des Statuts wegen der städtischen Realschule . . . . .	178.
136. Legung einer Fußdecke im Sitzungssaale der Stadtverordneten . . . . .	178.
137. Bewilligung einer Remuneration für provisorische Verwaltung der Bürgerschulcasse . . . . .	179.
138. Provisorische Instandsetzung der Straßenstrecke zwischen Friedrich-Wilhelmstraße und Rattreppeln . . . . .	179.
139. Wahl neuer Mitglieder in die Commission zur Gebäude-Einschätzung behuf der Einquartierung . . . . .	180.

## Vertraulich:

140. Steuerreclamationen und Erlaßgesuche . . . . .	180.
---	------

## December 9.

## Öffentlich:

141. Stadthaushaltsplan für 1881 . . . . .	182.
--	------



## X

	Seite
142. Provisorische Einrichtung eines Turnraumes in der städtischen Turnhalle für die Schule an der Osterstraße und Bewilligung der Kosten . . . .	189.
143. Deckung der Kosten der Lithographie des Ortsbauplan-Entwurfs . . . .	190.
144. Desgl. der Wiederherstellung des früheren Zustandes in einigen, vorübergehend zu Schulclassen eingerichteten Räumen . . . . .	190.
145. Desgl. der Einrichtung einer botanischen Zwecken dienenden Fläche neben den städtischen Mädchenschulen . . . . .	190.
146. Selbstständiger Antrag des Herrn Steinacker, die Aufnahme einer Bestimmung bezüglich namentlicher Abstimmungen in die Geschäftsordnung betreffend . . . . .	194.
147. Anfrage des Herrn Rietke, die Errichtung gewerblicher Hilfscassen betreffend . . . . .	194.

## Vertraulich:

148. Pensionirung eines Bürgerichullehrers. . . . .	195.
149. Bewilligung von Mitteln zur Feier des Jubiläums Seiner Hoheits des Herzogs. . . . .	195.

## Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

150. Steuerreclamationen . . . . .	195.
------------------------------------	------

## December 16.

## Öffentlich:

151. Magistratsvorlage, betreffend Statut-Entwurf wegen Errichtung gewerblicher Hilfscassen . . . . .	198.
152. Desgl., Verlegung des Aufstellungsorts für Messchaubuden vom Zummelnach dem St. Leonhardplatz . . . . .	199.
153. Desgl., Ergänzung der Straßenpolizeiordnung durch eine die Anbringung des Eigenthümersnamens an Fuhrwerken vorschreibende Bestimmung . . . .	203.
154. Desgl., Tieferlegung des Straßenzuges in der Lage der früheren Langenbrücke am Rattreppeln . . . . .	205.
155. Antrag des Herrn Steinacker, die Aufnahme einer Bestimmung bezüglich namentlicher Abstimmungen in die Geschäftsordnung betreffend . . . .	205.
156. Antrag des Herrn Rieß, die Einrichtung eines Theil des Krutenbergischen Grundstücks zur Beschaffung botanischen Lehrmaterials für städtische Schulen betreffend . . . . .	207.

## Vertraulich:

157. Gutachtliche Äußerung der Stadtverordneten über die Richtigkeit eines zwischen der Stadt und der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft zu schließenden Vergleichs über thatfächliche Verhältnisse während des obschwebenden Processes . . . . .	207.
158. Besetzung zweier Dienststellen . . . . .	207.

December 30.

Seite

**Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.**  
**Öffentlich:**

159. Wahl zweier unbesoldeter Magistratsmitglieder . . . . . 210.

**Sitzung der Stadtverordneten.**

**Vertraulich:**

160. Feste Anstellung eines Magistratschreibers . . . . . 210.

**Öffentlich:**

161. Erhöhung des Gehalts eines Lehrers . . . . . 210.  
 162. Mittheilungen des Magistrats, betreffend den Erlaß eines Statuts über  
 die Errichtung eingeschriebener Hilfscaffen . . . . . 211.  
 163. Jahresbericht des Vorsitzenden . . . . . 211.

**B. Nach den Gegenständen.**

**Abelnsarre, Ankauf des Grundstücks** *N* ord. 13  
 zu Schulzwecken 167.

**Alexiupflegehaus, provisorische Herstellung eines**  
**Fußweges auf dem Terrain desselben** 142.

**Altstadtrathhaus, Benutzung des Saales bei**  
**einer Versammlung des deutschen Vereins**  
**für höheres Mädchenschulwesen** 162.

**Anfragen f. Interpellationen.**

**Ankauf**  
**des Schrader'schen Grundstücks am Bü-**  
**tenwege zu Schulzwecken** 38,

**des Poppe'schen Grundstücks in der Abelns-**  
**arre** *N* ord. 13 zu Schulzwecken  
 167;

**des Steinmaterials der abgebrochenen**  
**Langenbrücke** 175.

**Anleihen der Stadt** 2. 168.

**Anträge, selbständige, der Herren**

**Steinacker, die Annahme einer Be-**  
**stimmung bezüglich namentlicher Ab-**  
**stimmungen in die Geschäftsordnung**  
**der Stadtverordneten** 194, 205;

**Nieß, die Einrichtung eines Theils des**  
**Krulenbergschen Grundstücks zur**

**Beschaffung botanischen Lehrmaterials**  
**für Schulen** 207.

**Apotheken, Vermehrung derselben in hiesiger**  
**Stadt** 138.

**Armenärzte, Remunerirung derselben** 80.

**Armencaffe, Abgaben von Testamenten u. an**  
**die Armen- und Begebefferungscasse** 71.

**Aronheim, Dr., Stadtverordneter, † Nachruf** 78.  
**Ärztliche Nachtwachen, Einrichtung derselben**  
 47, 107.

**Besprengung der Wallpromenaden f. Wall-**  
**promenaden.**

**Burglaferne** 20, 45, 67.

**Bruchstraße, Ankauf von Terrain zur Inne-**  
**haltung der Danlinie** 84.

**Canalisirung**

**der Oker in der Gegend des Bruch-**  
**thors** 53;

**der Kreuzstraße** 142;

**der Kastanienallee** 146.

**Caspari, Oberbürgermeister, † Nachruf** 78.  
**Commissionswahlen f. Wahlen.**

## XII

Communalsteuern s. Steuern.

Communalwegebeiträge gewerblicher Etablissements 76.

Contracte

den Erwerb des Schrader'schen Grundstückes am Bültenswege zu Schulzwecken betreffend 38;

den Austausch resp. Ankauf von Terrain am Feldwege *N* 141 im Hagen betreffend 51.

Contrahirung einer Anleihe 2.

Dankwarderode s. Burgtasferne.

Eingaben:

der Anwohner der Pawelstraße wegen Uebernahme dieser Straße Seitens der Stadt 4;

eines Grundbesitzers an der Kastanienallee wegen Ausschlusses von der Benutzung des Straßencanals 75;

des ärztlichen Vereins des Kreises Braunschweig, betreffend die Untersuchungen von Thieren im Schlachthaus 79;

von Anwohnern der Kastanienallee wegen Erlasses eines Beitrags zu den Canalisationskosten 146.

Einquartierung, Wahl der Commission zur Einschätzung s. Wahlen.

Ersatzcommission s. Wahlen.

Erat

des Wasserwerks pro 1880 177;

des Gaswerks pro 1880<sup>81</sup> 177;

Stadthaushaltsplan pro 1881 182.

Feuerlöschgebäude. Neubau 110, 123.

Feuerwehr

Erhöhung der Remuneration des Commandeurs der Gesamtfeuerwehr 39;

Entschädigungen für im Dienste beschädigte Feuerwehrmänner 48, 86, 141, 177;

Verstärkung des 5. Zuges der städtischen Feuerwehr bei gleichzeitiger Entlassung der Schornsteinfeger aus Feuerwehrdiensten 104;

Bewilligung von Reisekosten für Feuerwehrleute 123.

Finanzoperation der Stadt 138.

Flecthyphus s. Typhus.

Franzosenkraut, Wahl der Commission zur Verteilung desselben s. Wahlen.

Fuhrwerke, Anbringung des Eigenthümersnamens 203.

Gast- und Schänkwirthschaften, Statut über Zulassung derselben 8.

Gaswerk

Regulativ über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Beamten 4, 12;

bei der Verwaltung vorgekommene Unregelmäßigkeiten 46;

Dienstverträge mit den Directoren 52;

Reparaturen 91;

Rückzahlung seitens des Gaswerks auf die Forderung der Stadt und Verwendung des zurückgezahlten Betrages zu einer Abzahlung auf eine städtische Anleihe 161;

Boranschlag pro 1880<sup>81</sup> 177;

Wahl von Beamten s. Wahlen.

Gaugdenkmal, Uebernahme desselben zu Schutz und Pflege seitens der Stadt 90;

Gemeindesteuern s. Steuern.

Gewerbeschule, Unterstützung 172.

Gewerbetreibende, Wahl der Ortscommission zur Einschätzung derselben s. Wahlen.

Gewerbliche Etablissements, außerordentliche Beiträge derselben wegen Benutzung der städtischen Communalwege 76.

Gewerbliche Hilfsklassen s. Hilfsklassen.

Giersberg, Verpachtung dort belegener städtischer Länderei 85.

Grenzregulirung zwischen dem Justizgebäude, dem Stadthaus und dem Gebäude der Mittleren Mädchenschule 11.

Handelschule 105, 122.

Handwerkerverein, Zuschuß zur Unterhaltung der Schule 10.

Harzwasserleitung 16.

Höfenstraße, Entwässerung 140.

Hilfsklassen, gewerbliche, Errichtung derselben 194, 198, 211.

Hypothekforderung der Stadt, Kündigung 38, 176.

### Interpellation des Magistrats

durch Herrn **Rieß**, betreffend den Abbruch der Bургcaferne 45;

durch Herrn **Riefe**

wegen der bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke vorgekommenen Unregelmäßigkeiten 46; betreffend die Errichtung gewerblicher Hilfsklassen 194;

durch Herrn **Krampe** wegen Veröffentlichung des neuen officiellen Planes der Stadt Braunschweig 87;

durch Herrn **Munte** bezüglich des Platzes zwischen der Bahnhof- und Friedrich-Wilhelmstraße 129;

durch Herrn **Kunzen** bezüglich der Bepflanzung der Wallpromenaden 130.

Jubiläum Sr. Hoheit des Herzogs 52, 110, 195.

Justizgebäude, Grenzregulirung mit dem Stadthause 2c. 11.

Kaiser-Wilhelms-Spende, Errichtung einer Zahlstelle 81.

Kastanienallee, Canalisationskosten 146.

Kaulitz'sches Haus hintern Brüdern, Volksschule, Reparaturen an demselben 11.

Kreuzstraße, Canalisirung und Instandsetzung 142.

Kunstgewerbeverein, Erhöhung des Zuschusses zur Zeichenschule 74.

Langebrücke, Ankauf des Steinmaterials vom Abbruche 175.

Längenkampswette,

Ankauf von dem Militairficus gehörigen Terrain 7; Verbreiterung 85.

St. Leonhardsplatz, Benutzung zur Aufstellung von Messschaubuden 128, 199.

Leopoldstraße,

Verkauf von Straßenterrain 73;

Verkauf der Area der Häuser **M. ass.** 301 und 302 166.

### Magistrat

Wahl eines besoldeten Magistratsmitgliedes 4;

Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung 16, 76;

Bewilligung einer außerordentlichen Remuneration für einen Magistratschreiber 51;

Bewilligung einer Beihilfe zu einer ärztlich verordneten Reise eines Magistratschreibers 80;

Uebernahme der für die Kaiser-Wilhelms-Spende seitens des Stadtsecretairs zu übernehmenden Zahlstelle 81;

Annahme von Hilfschreibern 140;

Pensionirung eines städtischen Cassenbeamten 146;

Besetzung zweier Dienststellen 207;

Wahl zweier unbesoldeter Magistratsmitglieder 210;

Feste Anstellung eines Magistratschreibers 210.

Messschaustellungen, Verlegung derselben nach dem St. Leonhardsplatze 128, 199.

Museum, Ueberschreitung des Etats pro 1879 52.

Neustadtrathhaus, Legung einer Fußdecke im Sitzungssaale der Stadtverordneten 178.

Neustadtmühle

Erhöhung des Gehalts des Mühlenmeisters 84;

Reparaturen 86.

Nivellirinstrument, Anschaffung für die städtische Bauverwaltung 71.

Ortsbauplan, Kosten der Lithographie des Entwurfs 87, 190.

Pawelstraße, Uebernahme seitens der Stadt 4.

Pfandleihgeschäfte, Statut über Zulassung f. Gastwirthschaften.

Pferdebahn 131, 207.

## XIV

**Proceſſe**

- wegen Rückerstattung von Verpflegungs-  
kosten zc. 70, 160;  
Magiſtrat ca. Pferdebahngesellſchaft 131,  
207;  
Magiſtrat ca. Schlachtermeiſter Witte  
wegen Entſchädigungsanſprüche 173;  
wegen einer Hypotheksforderung 176.

**Regulative**

- die Dienſt- und Gehaltsverhältniſſe der  
Beamten bei den ſtädtiſchen Gas-  
und Wasserwerken betreffend 4, 12;  
die Gehaltsverhältniſſe der Lehrer an der  
höheren ſtädtiſchen Mädchenschule be-  
treffend 73;  
die Befreiung vom Schulgelde betreffend  
148.

**Rettungshaus, Beihülfe zur Badeeinrichtung 7.****Schänkwirthſchaften ſ. Gaſtwirthſchaften.****Schlachtthaus**

- Unterſuchung des in die Stadt eingeführ-  
ten Fleiſches 12, 57, 107;  
Gebührentarif für Unterſuchung der ein-  
geführten Schlachtwaaren 65;  
Vorſchüſſe der Stadtcasſe zu den Bau-  
kosten 73;  
Eingabe des ärztlichen Vereins des Kreiſes  
Braunſchweig, die Unterſuchungen  
von Thieren betreffend 79;  
Anſtellung von Unterbeamten 104;  
Proceß mit dem Schlachtermeiſter Witte  
wegen Entſchädigung 173.

**Schöffen- und Geſchworenenwahlen ſ. Wahlen.  
Schulen**

- Beihülfe zu einer Schuſſeſtlichkeit 141;  
Einziehung von Schulgelbbrückſtänden 146;  
Schulgelbdeſſenungen, Regulativ 148;  
Bürgerſchulen, mittlere und untere  
Beihülfe für die Bibliotheken der  
unteren Bürgerſchulen 6;  
Bewilligung von Unterſtützungen an  
Lehrer 42, 130, 146, 169, 195;  
Beitretung eines erkrankten Schul-  
pedellen 49, 142;

**Proviſoriſche Anſtellung einer Lehrerin  
49;****Anſchaffung von Schulbüchern für  
untere Bürgerſchulen 50;****Annahme neuer Lehrkräfte 74;****Anderweite Vertheilung der Schul-  
jugend auf die vorhandenen Bür-  
gerſchulen 91;****bezgl. bezüglich der Schulen am Süd-  
kante und an der Dierſtraße 120;****Bewilligung einer Remuneration für  
proviſoriſche Verwaltung der Bür-  
gerſchulcasſe 179;****Wiederherſtellung des früheren Zu-  
ſtandes in einigen vorübergehend  
zu Schulzwecken eingerichteten  
Räumen 190;****Schule am Büldenwege.****Ankauf des Schraderſchen Grund-  
ſtücks 38;****Creditgewährung zur Erbauung 82;****Bauplan 105.****Schule an der Dierſtraße.****Bewilligung von Gehaltsquoten für  
den Schulinspector und den Schul-  
pedell 49;****Erweiterung der Gasanlage zur Auf-  
nahme der Handelsſchule 105, 122;****Einrichtung eines Turnraumes in der  
ſtädtiſchen Turnhalle 189;****Einrichtung eines Theils des Kruten-  
bergſchen Gartengrundſtücks zur  
Erſtellung von botaniſchem Lehr-  
material für Schulen 207.****Schule an der Wilhelmsſtraße.****Vermiethung der Kellerräume 80;****Ankauf des Poppeſchen Grundſtücks  
an der Abelſtarre 167.****Schule an der Leopoldſtraße.****Klaſſenerweiterungsbau 91.****Höhere Mädchenschule.****Statut 16, 168; 1****Abriſsgebäude 47;****Brunnenanlage 52;****Gehaltsverhältniſſe der Lehrer 73;**

Versammlung des deutschen Vereins für  
höheres Mädchenschulwesen 162;  
Einrichtung einer Fläche zur Erstel-  
lung von Anschauungsmaterial für  
den botanischen Unterricht 190;  
Erhöhung des Gehalts eines Lehrers  
210;  
Mittlere Mädchenschule.  
Grenzregulirung 11;  
Statut 16, 168.  
Städtische Realschule.  
Erweiterung durch Einrichtung einer  
neuen Klasse 111;  
Statut 178.  
Schule des Handwerkervereins s. Hand-  
werkerverein.  
Schule des Gewerbevereins s. Gewerbe-  
schule.  
Zeichenschule des Kunstgewerbevereins  
s. Kunstgewerbeverein.  
Sebanfeier 141.  
Sidonienstraße, Höherlegung bei der Eichorien-  
fabrik von Bartels & Söhne 145.  
Stadtcasse  
Veränderung im Gehalte des ersten Cassi-  
ers 79;  
Pensionirung eines Cassenbeamten 146;  
Bewilligung einer Remuneration an einen  
Cassenbeamten 179.  
Stadthaus, Grenzregulirung mit dem Justiz-  
gebäude 2c. 11.  
Stadthaushaltsplan pro 1881 182.  
Städtereinigung  
Zuschuß zu den Druckkosten des Berichts  
über Prüfung auswärtiger Städte-  
reinigungsanlagen 80;  
Entsendung des Oberbürgermeisters nach  
Berlin zur Besichtigung des dortigen  
Schwemmsystems 84.  
Stadtverordneten-Versammlung  
Wahl der Vorisenden 1;  
Stadtverordneten-Wahlen 79, 90;  
Legung einer Fußbede im Sitzungssaal  
178;

Aufnahme einer Bestimmung bezüglich  
namentlicher Abstimmungen in die  
Geschäftsordnung 194, 205;  
Jahresbericht des Vorisenden 211.  
Statut,  
die Zulassung von Gast- und Schän-  
kwirtschaften, sowie von Pfandleih-  
geschäften betreffend 8;  
die Untersuchung des in die Stadt ein-  
geführten Fleisches betreffend 12,  
57, 107;  
die Ordnung des Dienstes bei der Stadt-  
verwaltung betreffend 16, 76;  
die städtischen Mädchenschulen betreffend  
16, 168;  
die städtische Realschule betreffend 178;  
die Errichtung gewerblicher Hülfscaffen  
betreffend 198, 211.  
Steuereinschätzung für 1880 138.  
Steuerreclamationen 2, 53, 87, 110, 169,  
180, 195.  
Straßen:  
Bruchstraße 84;  
Höfenstraße 140;  
Kastanienallee 75, 146;  
Kreuzstraße 142;  
Langelampswete 7, 85;  
Leopoldstraße 73, 166;  
Pawelstraße 4;  
Sidonienstraße 145;  
Feststellung einer Baulinie am Wilhelms-  
platz und im Langenhofe 37;  
desgl. am Bruchthore 53;  
Veränderungen an den Straßen-Namens-  
Tafeln 81;  
Entschädigung zweier Anlieger der Bruch-  
straße für zur Straße gezogenes  
Terrain 84;  
Instandsetzung des Platzes zwischen der  
Bahnhofs- und Friedrich-Wilhelms-  
straße 129;  
Rückwerb des Bauplatzes an der Süd-  
ostseite der neuen Verbindungsstraße  
zwischen Damm und Rattreppe und  
anderweite Verängerung desselben  
163;

## XVI

- Provisorische Zustandsetzung der Straßen-  
strecke zwischen Friedrich-Wilhelm-  
straße und Kattreppeln 179;  
Tieferlegung des Straßenzuges bei der  
früheren Langenbrücke am Kattrep-  
peln 205.
- Straßenpolizei-Ordnung, Aufnahme einer Be-  
stimmung wegen Anbringung des Eigen-  
thümernamens an Fuhrwerken 203.
- Reich auf dem vormalig Thies'schen Garten  
vor dem Wilhelmthore, Zuschüttung des-  
selben 175.
- Testamente u., Abgaben zu der Armen- und  
Wegebesserungscasse 71.
- Turnhalle, städtische, provisorische Einrichtung  
eines Turnraums für die Schule an der  
Okerstraße 189;
- Typhus, Maßregeln gegen die Verbreitung  
desselben 56, 108.
- Verkauf von Terrain am Feldwege **M** 141  
im Hagen 51;  
von Banterrain an der Leopoldstraße 73;  
der area der Häuser **M** ass. 301 und  
302 an der Leopoldstraße 166.
- Verpachtung städtischer Ländereien am Giers-  
berge 85.
- Volkstliche, Reparaturen am Kaulig'schen  
Hause hintern Brüdern 11.
- Voranschläge f. Etats.
- Wahlen:  
der Vorsitzenden der Stadtverordneten-  
Versammlung 1;  
eines besoldeten Magistratsmitgliedes 4;  
der Commission zur Vertilgung des Fran-  
zosenkrautes 4;  
von Mitgliedern zu dem Comité wegen  
Errichtung eines Denkzeichens zur  
Erinnerung an das Jubiläum Er-  
hoheit des Herzogs 52, 110;  
von Mitgliedern zur Ersatzcommission 53;  
zur Stadtverordneten-Versammlung 79,  
90;  
von Beamten der städtischen Gas- und  
Wasserwerke 109;  
von Mitgliedern zur Stenereinschätzungs-  
commission 109;  
von Vertrauensmännern für den An-  
schuß zur Wahl der Schöffen und  
Geschworenen 110;  
von Mitgliedern zur Ortscommission be-  
huf Einschätzung der Gewerbetrei-  
benden 169;  
von Mitgliedern in die Commission zur  
Gebäude-Einschätzung behuf der Ein-  
quartierung 180;  
zweier unbesoldeter Magistratsmitglieder  
210.
- Wallpromenaden, Bepflanzung 130.
- Wasserwerk  
Regulativ über die Dienst- und Gehalts-  
verhältnisse der Beamten 4, 12;  
bei der Verwaltung vorgekommene Unre-  
gelmäßigkeiten 46;  
Dienstverträge mit den Directoren 52;  
Decharge-Ertheilung wegen der Rechnung  
de 1879 161;  
Voranschlag pro 1880 177;  
Wahl von Beamten s. Wahlen.
- Wechselfähigkeit, Einschränkung derselben 149.  
Wegewärter, Unterstiftung 160.

(Beilage zu N. 47 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 46 d. 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 1.

# V e r h a n d l u n g e n

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. Februar 1880.

Oeffentlich:

Wahl der Vorstehenden.

Vertraulich:

Contrahirung einer Anleihe.

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Kunzen, Schwarzenberg, v. Seckendorf und Wolff.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Bammel, Götte, Haake und Schöttler.

Die Sitzung eröffnend,

bemerkte der Herr Vorstehende Otto zunächst, daß in der Versammlung Zweifel darüber aufgetaucht seien, wer bei der Wahl der Vorstehenden der Stadtverordneten das Präsidium zu führen habe. Im verflossenen Jahre und auch schon früher habe der Magistratsvorstehende dieses Amt übernommen, es sei aber von Seiten des Herrn Vorstehenden im Stadtmagistrate wohl mit Recht dagegen eingewandt, daß diese rein interne Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung den Magistrat überall nichts angehe; auch die rev. St. D. rede dem bisher beobachteten Verfahren das Wort nicht und werde er deshalb, falls kein Widerspruch erhoben werde, den Vorsitz bei dem Wahlacte führen.

Da kein Widerspruch erfolgte, schritt die Versammlung unter dem Voritze des Herrn Otto zur Wahl. Es wurden 21 Stimmen abgegeben, von denen 19 auf Herrn Otto, 2 auf Herrn Kunzen entfielen.



Herr Otto nahm die Wiederwahl unter dem Ausdrucke des Dankes für diesen neuen Beweis großen Vertrauens an.

Bei der hierauf folgenden Wahl des 2. Vorsitzenden fielen 19 Stimmen auf Herrn Kybig, 1 auf Herrn v. Seckendorff; ein Stimmzettel war unbeschrieben.

Herr Kybig nahm die Wiederwahl ebenfalls dankend an.

Sodann bemerkte der Herr Vorsitzende, daß große Geschäftslast in letzterer Zeit ihn verhindert hätte, die rechtzeitige Veröffentlichung der Protokolle über die letzten Sitzungen zu veranlassen; dieselbe würde aber in allernächster Zeit erfolgen.

Da der Magistrat zum zweiten Punkte der Tagesordnung, betreffend die Contrahirung einer Anleihe, Behandlung in vertraulicher Sitzung beantragt hatte, so trat man, behuf Berathung über diesen Antrag, eventuell über die, die Anleihe betreffende Vorlage

nach Schluß der öffentlichen Sitzung  
in geheime Berathung ein.

Es wurde in derselben (nach Genehmigung vertraulicher Behandlung der Vorlage,) über den Magistratsantrag, betreffend die Contrahirung einer Anleihe, und über Gemeindesteuerreclamationen Beschluß gefaßt.

(Beilage zu N. 57 des Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 47 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 2.

# Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. Februar 1880.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadt-  
verordneten.

- 1) Wahl eines besoldeten Magistratsmitgliedes.
- 2) Wahl der Commission zur Vertilgung des Franzosenkrauts.

Sitzung der Stadtverordneten.

- I. Regulativ, die Dienst- und Gehalts- u. Verhältnisse der Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken betreffend.
- II. Schreiben des Stadtmagistrats wegen Bewilligung von erhöhten Beihilfen für die Bibliotheken der unteren Bürgerschulen.
- III. Bewilligung einer Beihilfe zur Unterhaltung einer Badeeinrichtung im Rettungshaus.
- IV. Ankauf von dem Militär-Fiscus gehörigen Terrain an der Longenlampswere.
- V. Statut, die Zulassung von Gast- und Schenkwirtschaften, sowie von Pfandleihgeschäften in der Stadt Braunschweig betreffend.
- VI. Bewilligung eines Zuschusses zur Unterhaltung der Schule des Handwerkervereins.
- VII. Feststellung der Grenzlinie zwischen dem Justizgebäude, dem Stadthaus und der städtischen Mädchenschule.
- VIII. Bewilligung von Reparaturkosten für das Kautig'sche Haus Platens Brüdern.
- IX. Aenderungen am Statute, die Untersuchung des in die Stadt eingeführten Fleisches betreffend.

Vertraulich:

- 1) Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Directoren der Gas- und Wasserwerke.
- 2) Mittheilungen des Magistrats.

### In gemeinschaftlicher Sitzung

1) wurde unter dem Vorſiße des Herrn Oberbürgermeiſters Voßels zunächſt die Wahl eines beſoldeten Magiſtratsmitgliedes an Stelle des ausgeſchiedenen Stadtraths Gebhard vorgenommen. Nach geſchehener Einſammlung der Stimnzettel durch den Protocollführer conſtatirte der Herr Vorſitzende, daß deren 28 abgegeben ſeien. Aus der Wahlurne gingen hervor

17 Stimmen für den Gerichtſaſſeſſor Ketemeyer,

11 Stimmen für den Polizeiſaſſeſſor Krüger

Gerichtſaſſeſſor Ketemeyer war ſomit gewählt.

Sodann

2) wurde auf Vorſchlag des Herrn Vorſitzenden beſchloſſen, daß die im vorigen Jahre zur Vertilgung der Seidenpflanze gewählte Commiſſion für das neue Jahr auch mit der Ausfühung des Statuts über die Vertilgung des Franzosenkrauts betraut werden ſolle.

Die gemeinschaftliche Sitzung wurde hierauf geſchloſſen, und es eröffnete, den Vorſiß übernehmend, Herr Otto die

### Sitzung der Stadtverordneten.

Entſchuldigt die Herren Kunze und Kronheim.

Am Magiſtratsſiße Herr Oberbürgermeiſter Voßels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Bammel, Götte, Haake und Schöttler.

Es lag eine Eingabe der Anwohner der Parweſſſtraße vom 9. d. M. vor, in welcher dieſelben Abſchriften zweier unterm 25. October v. J. reſp. 9. d. M. an den Magiſtrat gerichteten Eingaben wegen Uebernahme der Parweſſſtraße und der an der Wilhelmitſthorpromenade anſchließenden Sackgaſſe als ſtädtiſche Straße zur Kenntnißnahme und mit der Bitte unterbreitet haben, die Angelegenheit vorkommendenfalls zu ihren Gunſten zu entſcheiden. Mit dem erſten Antrage waren die betreffenden Anwohner vom Magiſtrate bereits abgewieſen worden.

Da noch keine Propoſition des Magiſtrats in Bezug auf dieſe Angelegenheit eingegangen war, auch kein Antrag aus der Verſammlung laut wurde, zu weiteren Verhandlungen alſo kein Anlaß vorlag, wurde die Eingabe ad acta genommen.

Zur Tagesordnung übergehend,

I. berichtete Herr Rybiß namens der Finanzcommiſſion über das mittels Magiſtratsſchreibens vom 28 November v. J. vorgelegte Regulativ, die Dienſt- und Gehaltsverhältniſſe der Beamten bei den ſtädtiſchen Gas- und Waſſerwerken zu Braunschweig betreffend. Eine Prüfung des Regulativentwurfes ſeitens der vereinigten Statuten- und Finanz-Commiſſion hat zu dem Wunſche geführt, die Be-

stimmungen in Betreff der leitenden Beamten der Gas- und Wasserwerke einer Aenderung zu unterziehen und zugleich den Absatz 2 des §. 6, welcher sich auf die jetzigen leitenden Beamten mit Namensnennung bezieht, aus dem Entwurfe zu entfernen, da solcher auch nicht einmal als transitorische Bestimmung für ein Statut geeignet erscheine, vielmehr zweckmäßig der Verabredung in besonderen Dienstverträgen vorbehalten werde. Der Stadtmagistrat ist mit diesen Anschauungen einverstanden gewesen und hat demgemäß mit Schreiben vom 3. d. M. den revidirten Statutenentwurf vorgelegt, welcher die Grundlage der heutigen Verhandlung bildet. Es handelt sich im Allgemeinen darum, das Beamten- und Hülfspersonal bei den städtischen Gas- und Wasserwerken in Bezug auf seine dienstlichen Verhältnisse in gleiche Lage zu bringen, wie die übrigen städtischen Beamten. Die vereinigten Commissionen vermögen diese Tendenz nur zu billigen und haben zu dem jetzt vorliegenden Statutenentwurfe, abgesehen von dem §. 3 Abs. 2, keine Abänderungsvorschläge zu machen. Bevor in die Berathung der Einzelheiten des Entwurfes eingetreten werde, müsse Referent noch bemerken, daß der Stadtmagistrat bei Vorlegung des revidirten Statuts von der bestimmten Voraussetzung ausgegangen sei, daß in unmittelbarem Anschlusse an dieses Statut, von der Versammlung die Zustimmung zum Abschlusse anderweiter Dienstverträge mit dem Director Reuter und dem Ingenieur Mitgau, welche denselben die im §. 6 Abs. 2 des ersten Entwurfes enthaltenen Zusicherungen in Betreff des Pensionsbezuges ertheilen, werde ausgesprochen werden. Mit Rücksicht hierauf werde die Abstimmung über das ganze Statut bis dahin ausgesetzt werden müssen, daß auch über jene Dienstverträge in der Versammlung berathen sei.

Nachdem inzwischen ein Antrag des Herrn Nieß, betreffend die Berathung des §. 3 Abs. 2 und der Dienstverträge in geheimer Sitzung, eingegangen, schreitet Referent zur Verlesung der übrigen Paragraphen des revidirten Statutes, welche einzeln ohne Debatte angenommen werden.

Diese Paragraphen lauten:

1.

Die nachbenannten Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken, als:

- a. der Director,
- b. das zweite Directionsmitglied,
- c. die Cassirer,
- d. die Cassenbuchhalter,
- e. die Werkmeister,
- f. die Controleure,

sind städtische Hülfbeamte im Sinne des Statuts vom . . . . .  
die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung zu Braunschweig

betr. Dieselben werden, insofern nicht bei der Ernennung selbst ein Anderes ausdrücklich verfügt ist, auf Lebenszeit und mit Pensionsberechtigung angestellt. (§. 12 *M.* 3 a. a. D.)

2.

Die unter 1 genannten Beamten unterliegen den Bestimmungen des angezogenen Statuts, und zwar bei Anstellung auf Lebenszeit mit der Maßgabe, daß in Betreff der Auflösung des Dienstverbandes die Directionsmitglieder den daselbst in §. 17 unter a., die übrigen Beamten den in demselben §. unter b. bezeichneten Beamten gleichstehen.

3.

Die Feststellung des Dienst Einkommens der Directionsmitglieder, bei lebenslänglicher Anstellung derselben, auch die Normirung des der Berechnung ihrer Pension zum Grunde zu legenden Einkommensbetrages, bleibt dem Dienstvertrage im Einzelfalle vorbehalten.

(Abs. 2 vid. Schluß des Protokolls.)

4.

Neben dem unter 3 normirten Dienstgehalte beziehen an Emolumenten, welche bei Ermittlung des Pensionsbetrages außer Anrechnung bleiben,

a. die Cassirer jährlich 60 *M.*,

b. diejenigen Controleure, welche mit Eincassirungsgeschäften betraut sind, nach Beschluß der Deputation für die Gas- und Wasserwerke jährlich bis zu 150 *M.*

5.

Die bei treuer Pflichterfüllung auf Beschluß der städtischen Behörden nach Ablauf von je drei Dienstjahren erfolgende Alterszulage beträgt für die Cassirer 200 *M.*, für die übrigen Beamten 150 *M.*

6.

Die gegenwärtigen Inhaber der unter 3 normirten Dienststellen werden zum 1. Januar 1880 auf der Grundlage ihres nach dem Eintritt in diese Stellen sich berechnenden Dienstalters in die betr. Gehaltsstufen eingereiht.

Danach

II. berichtete Herr Schwarzenberg über ein Magistratschreiben vom 27. December v. J. — Seit mehreren Jahren erhält jede städtische Bürgerschule einen Betrag von jährlich 15 *M.* zur Erhaltung und Vermehrung ihrer Schülerbibliothek aus der Casse der Schulstrafgelder. Der Schulvorstand hat nun auf einen Bericht des Schuldirectors Schaarschmidt beantragt, diesen Zuschuß für die vier unteren Bürgerschulen vom 1. Januar 1880 an auf je 45 *M.* zu erhöhen. Zur Begründung dieses Antrags wird darauf hingewiesen, daß in den mittleren Bürgerschulen für die Benutzung der Bibliothek ein Lesegeld zur Vermehrung der letzteren erhoben werde,

daß dagegen in den unteren Schulen ein solches Lesegeld nur in seltenen Fällen eingerichtet werden könne, und daß in Folge davon diese Bibliotheken unzulänglich ausgestattet seien, während grade die Bibliotheken der unteren Schulen besonders geeignet seien, zur Verbreitung einer gesunden Volkselektüre beizutragen, indem die den Schülern geliehenen Bücher auch von deren Angehörigen viel und gern gelesen zu werden pflegen. Der Magistrat trägt darauf an, zu genehmigen, daß vom 1. Januar 1880 an bis auf Weiteres jeder unteren Bürgerschule zur Erhaltung ihrer Schülerbibliothek ein Zuschuß im erhöhten Betrage von jährlich 45 *M.* aus der Schulstrafgeldcasse geleistet werde.

Die Schulcommission erklärte sich für den Antrag, worauf derselbe genehmigt wurde.

### Wie

III. Herr Telligmann namens der Finanzcommission referirte, hat das Rettungshaus zu St. Leonhard sich genöthigt gesehen, auf Anlegung einer Badeeinrichtung in seinem Kinderhospitale Bedacht zu nehmen; es bittet deshalb der Vorstand um Bewilligung eines jährlichen Zuschusses zu den Kosten der Unterhaltung und der Wasserversorgung. Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 27. December v. J. zu beregtem Zwecke eine Beihilfe von jährlich 100 *M.*, zunächst für das Jahr 1880, aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde, welche in diesem Jahre mit einem Vorrathe von 2534 *M.* abschließt, zu bewilligen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Herren Referenten ohne Debatte angenommen wurde.

IV. Die Garnison-Lazareth-Verwaltung hat dem Magistrate angezeigt, daß sie das an der Gliesmaroderstraße belegene Grundstück, auf welchem das neue Garnison-Lazareth erbaut sei, mit einer Mauer umfriedigen zu lassen beabsichtige und daran die Anfrage geknüpft, ob und in welcher Breite von dem fraglichen Grundstück Terrain zur Verbreiterung der ersten Langenkampstraße an die Stadtgemeinde abzutreten sein und unter welchen Bedingungen die Abtretung zu erfolgen haben würde. Nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters Winter würde zum Zwecke einer künftigen Verbreiterung der gedachten Straße unter Zugrundelegung des projectirten Ortsbauplans ein Terrainstreifen von 510 qm abzutreten sein, was einen Kaufpreis von 1530 *M.* erfordern würde. Aus verschiedenen Gründen hält der Magistrat die Erwerbung der gedachten Fläche zu dem obenbezeichneten Preise für räthlich und beantragt, die Genehmigung dazu zu ertheilen, auch den Kaufpreis aus dem Dispositionsfonds des außerordentlichen Stats der Wegebaucasse entnehmen zu dürfen.

Dieser Antrag hatte, da es sich dabei um theilweise Ausführung des Ortsbauplans handelte, außer der Finanzcommission auch der Statutencommission vorgelegen und wurde vom Referenten, Herrn Kybik, zur Annahme empfohlen.

Herr Runte gab anheim, den Antrag abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, darauf Bedacht zu nehmen, den fraglichen Terrainstreifen zu einem billigern Preise zu erlangen zu suchen. Mit 3 *M.* pro qm, also ca. 7500 *M.* für den Morgen, sei das Land zu theuer bezahlt, um so mehr, da es hauptsächlich nur im Interesse der Militairverwaltung liege, wenn die fragliche Zwete verbreitert werde.

Dem widersprach Herr Stadtrath Rittmeyer. Der Preis von 3 *M.* pro qm sei vom Stadthaumeister Winter in Vorschlag gebracht, welcher dabei die Preise für die in dortiger Gegend veräußerten, zum Theil unmittelbar an der Straße, zum Theil weiter hinaus liegenden Ländereien in Vergleich gezogen habe. Daß die Militairverwaltung ein besonderes Interesse an dem proponirten Arrangement haben solle, könne er nicht finden; das Interesse liege nach seiner Ansicht lediglich auf Seiten der Stadt. Bei Zunahme der Frequenz der gedachten Zwete, die wegen des neuen Lazarethgebäudes nicht ausbleiben werde, sei eine Verbreiterung und Instandsetzung derselben, vielleicht schon nach wenigen Jahren, unbedingt notwendig, und dann sei Erwerbung des gedachten Terrains mit namhaft größeren Kosten verbunden als jetzt, weil zu den Kosten für das Terrain selbst noch die Kosten des Abbruchs und Wiederaufbaues einer 6 Fuß hohen Einfriedigungsmauer hinzukommen würden.

Der Magistratsantrag wurde darauf angenommen.

Sodann

V. berichtete Herr Heymann über die Magistratsvorlage vom 16. December v. J., betreffend den Erlaß eines Statuts, über die Zulassung von Gast- und Schenkwirthschaften, sowie von Pfandleihgeschäften in der Stadt Braunschweig. — Wie an vielen Orten Deutschlands, so hat auch in Braunschweig während des letzten Jahrzehnts die Zahl der Schankstätten wie der Verkaufsstellen für Branntwein und Spirituosen sehr zugenommen; es hat deshalb der Magistrat schon seit Jahren versucht, durch Einwirkung auf die zuständigen Behörden dem Unwesen entgegenzuwirken. Während die Zahl der Gastwirthschaften und derjenigen Schänkwirthschaften, in welchen der Ausschank von Branntwein gestattet ist, während der letzten 10 Jahre ziemlich unverändert geblieben ist, hat sich die Zahl der Stellen für Kleinverkauf von Branntwein und Spirituosen bedeutend vermehrt und ist eine große Zahl von solchen Schänkwirthschaften entstanden, in denen der Ausschank von Branntwein und Spirituosen nicht erlaubt ist.

Es waren in Braunschweig vorhanden

1) Gastwirthschaften

(sämmtlich mit Ausschank von Branntwein und Spirituosen)

1869 1877 1878

52

58

2) Schänkwirthschaften

(mit Ausschank von Branntwein und Spirituosen)

67

66

117

	1869	1877	1878
3) Schänkwirthschaften (ohne Ausschank von Branntwein und Spirituosen)	—	109	108
4) Stellen für Kleinhandel mit Brannt- wein und Spirituosen (als Nebengewerbe von Kaufleuten, Händlern, Gast- und Schänkwirthen)	73	140	147

Das Reichsgesetz vom 23. Juli d. J. und die unlängst erlassene Braunschweigische Ausführungsverordnung vom 8 d. Mts. bieten nun Gelegenheit, die Zulassung für sämtliche oben genannte Gewerbebetriebe (für die unter 2 und 4 bezeichneten besteht die Einrichtung schon jetzt) von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses abhängig zu machen, und gestehen dem Stadtmagistrate eine gutachtliche Aeußerung über diese Frage zu.

Die Klage, daß auch die Zahl der Pfandleihgeschäfte sich in einer mit der Bevölkerungszunahme außer Verhältniß stehenden Weise vermehrt habe, ist eine allgemeine und es ist daher empfehlenswerth, auch in dieser Beziehung von der durch die obigen gesetzlichen Bestimmungen geschaffenen Befugniß Gebrauch und die Zulassung neuer derartiger Gewerbebetriebe von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses abhängig zu machen.

Der Magistrat hat deshalb ein im Einverständniß mit Herzogl. Polizei-Direction entworfenes Statut folgenden Inhalts vorgelegt:

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 23. Juli 1879 *N.* 1325 betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung und der dazu erlassenen landesherrlichen Ausführungsverordnung vom 8. December 1879 wird unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung Folgendes statutarisch festgesetzt:

#### Die Erlaubniß

- 1) zum Betriebe der Gastwirthschaft oder zum Ausschänken von Wein, Bier und anderen, nicht unter den Begriff von Branntwein und Spirituosen fallenden geistigen Getränken,
  - 2) zum Betriebe des Geschäftes eines Pfandleihers
- im Bezirke der Stadt Braunschweig ist in Zukunft von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig.

Die Statutencommission hat die Angelegenheit einer eingehenden Prüfung unterworfen und kann sich den Gründen des Magistrats sowohl wie der Herzoglichen Polizeidirection nur anschließen. Die Mißstände, hebt Referent hervor, seien so allgemein bekannt, da sie häufig zu Klagen Veranlassung gegeben hätten, daß es unnöthig erscheine, noch specieller auf die Sache einzugehen. Die Commission gebe



anheim, sich mit dem Statut, zu welchem sie Aenderungen nicht vorzuschlagen habe, einverstanden zu erklären.

Herr Wolff: Im Begleitschreiben sei ihm aufgefallen, daß bei den statistischen Nachweisen sub 4 »Stellen für Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen« die stärkste Zunahme zu constatiren sei, trotzdem für diese Schankstellen nach Seite 3 Absatz 2 des Schreibens bereits der Nachweis des Bedürfnisses verlangt werde. Er bitte in dieser Beziehung um Aufklärung. Dann wolle er noch zur Erwägung vorstellen, ob es nicht zweckmäßiger sei, dem Statute dadurch eine größere Selbständigkeit zu verschaffen, daß man die im Eingange enthaltenen verschiedenen Hinweise durch wirkliche Vorführung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen ersetze.

Auch in der Commission sei, wie Referent bemerkte, der vom Herrn Vorredner zuletzt angeregte Punkt zur Sprache gekommen. Es sei aber die Ansicht vertreten gewesen, daß ein Weiteres in das Statut nicht hineingehöre, und es Jedermann überlassen bleiben müsse, sich hinsichtlich der Gesetze zu orientiren. Außerdem habe das Herzogliche Staatsministerium in einem früheren ähnlichen Falle, wo einem Statute zur Orientirung des Publikums die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen angehängt seien, erklärt, daß es zu diesen Zusätzen seine Zustimmung nicht ertheilen könne, da sie nicht in's Statut hineingehörten. Uebrigens werde das Publikum sich sehr bald in die Sache hineinfinden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiderte Herrn Wolff, daß die Zulassung von Branntweinschänken und Stellen für Kleinhandel mit Branntwein nicht zu dem Ressort des Magistrat, sondern zu den Functionen einer Staatsbehörde gehörten.

Auf einen Ausdruck des Bedauerns seitens des Herrn Wolff, daß dann, soweit er beurtheilen könne, die Bedürfnisfrage vielleicht nicht ganz mit der genügenden Feinheit geprüft worden sei,

bemerkte Herr Oberbürgermeister Pockels, daß Herr Wolff seine Bedenken fallen lassen würde, wenn in dem Magistratschreiben auch die betreffenden Nachweise rücksichtlich des Jahrs 1879 gegeben wären, wo die Zahl der Verkaufs- und Schankstätten für Branntwein nur um ein ganz Geringes, vielleicht nur um 8, zugenommen hätte.

Herr Munte glaubte den Grund für die Vermehrung der Verkaufs- und Schankstätten für Branntwein darin zu finden, daß Viele — wie er aus eigener Anschauung von seinen Arbeitern wisse — die früher Bier getrunken, jetzt, wo sie nicht mehr so viel verdienten, Branntwein tranken. An diesem Umstande würden wohl die zuständigen Staatsbehörden die Bedürfnisfrage abgemessen und danach mehr Verkaufs- und Schankstätten für Branntwein zugelassen haben.

Darauf wurde das Statut angenommen.

VI. wurde auf einen Magistratsantrag vom 29. Januar c., welchen Herr

Referent Rybiß namens der Finanzcommission zur Genehmigung empfahl, dem Handwerkervereine eine einmalige Beihilfe von 600 *M.* zu den Kosten der Unterhaltung der Vereinsschule — i. sp. zur Anschaffung von Schränken behuf Unterbringung von Lehrmitteln und Herstellung eines Leitsfadens für den Unterricht — aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde bewilligt.

Wie

VII. Herr Munte berichtete, hat nach einem Schreiben des Magistrats vom 23. Januar c. die Herzogliche Baudirection zu dem seitens des Magistrats mit der Landesregierung abzuschließenden Vertrage behufs Regulirung der Grenzen zwischen dem neuen Justizgebäude, dem Stadthause und der neuen Mädchenschule folgende Modificationen für erforderlich erachtet:

- 1) Die auf dem (im Sitzungssaale ausgehängten) Situationspläne mit B. C. bezeichnete Hofgrenze soll gleich der Linie A. B. bis auf Weiteres ohne Befriedigung bleiben. In dem Falle, daß aus der gemeinschaftlichen Benützung der beiderseitigen Höfe Unzuträglichkeiten entstehen, oder aber das Stadthaus in dritte Hand übergehen würde, soll die Hofgrenze A. B. C. abseits der Stadt, resp. des dritten Eigenthümers eingefriedigt werden; alsdann soll aber der Stadt, solange dieselbe im Besitze des Stadthauses sich befindet, das Recht zustehen, in dieser Einfriedigung einen Einfahrtsthorweg mit nach innen aufschlagenden Flügeln vorzurichten.

Der Magistrat ist mit diesem Gegenvorschlage unter dem Vorbehalte einverstanden, daß

- a. die Stadt zur eventuellen Einfriedigung des Hofes nicht lediglich verpflichtet, sondern auch berechtigt sei,
  - b. die Erlaubniß zum Halten eines Einfahrtsthorweges beim Verkauf des Stadthauses nur insoweit aufhöre, als nicht diesem Hause ein wohl-erworbenes Recht auf solchen Zugang zusteht; mit anderen Worten, daß dem neuen Eigenthümer das Recht verbleibe, in der Einfriedigung eine Zugangsthür in gegenwärtiger Lage einzurichten.
- 2) Der Hof A. des Justizgebäudes soll, selbstverständlich auf Kosten der Herzoglichen Baudirection in den Grenzlinien eingefriedigt werden.

Der Magistrat beantragt, die Versammlung möge sich mit den vorstehenden Modificationen des fraglichen Grenzregulirungsprojects einverstanden erklären — ein Antrag, welchem die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Referenten ohne Debatte stattgibt.

VIII. wurden, einem Magistratsantrage vom 12. Februar c. entsprechend, auf Empfehlung des Commissionsreferenten, Herrn Wolff, zur Reparatur des an

den Verein für das Wohl der arbeitenden Classen zur Errichtung einer Volksküche vermiethteten vormal's Kauliſ'schen Hauses Hintern Brüdern, 1000 *M.* verwilligt.

Nachdem sodann der Vice-Vorsitzende den Vorsitz übernommen,

IX. referirte Herr Otto namens der Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 9. Februar c. — Herzogliches Staatsministerium hat in dem Rescripte vom 28. Januar c. *N.* 132 an dem von den städtischen Behörden beschlossenen Statute über die Untersuchung des zum Verkauf und Genuſſe von Aeuſen her in die hiesige Stadt gebrachten Fleisches einige Ausstellungen gemacht, welche der Magistrat gutzuheiſſen beantragt.

Referent empfahl die Annahme des Antrags, worauf die Versammlung nach kurzer Debatte unter den Herren Krampe, Steinacker, Stadtrath Rittmeyer und dem Herrn Referenten beschloß, sich damit einverstanden zu erklären,

- 1) daß Absatz 2 des §. 1 gestrichen und abgewartet werde, ob sich in Zukunft das Bedenken geltend machen werde, daß Erzeugnisse, welche von anderem Schlachtvieh als von Schweinen herrühren, ebenfalls einer Untersuchung zu unterwerfen seien, in welchem Falle eine Nachtragsbestimmung auf statutarischem Wege zu treffen sein würde,
- 2) daß dem betreffenden Paſſus in Absatz 2 des §. 3 folgende Faſſung gegeben werde: »Die mikroskopische Untersuchung auf Trichinen findet nicht statt, wenn durch eine vom Gemeindevorsteher auf Grund des Attestes des Trichinenschauers ausgestellte Bescheinigung zweifellos nachgewiesen wird u.«
- 3) daß dem Paſſus unter d. des §. 7 folgende Faſſung gegeben werde: »Gewerbsmäßige Schlachter oder Händler mit Fleischwaaren haben auf den Transportmitteln, welche zur Einföhrung von Fleisch in das hiesige städtische Gebiet dienen, die deutliche und sichere Bezeichnung »eingebraehtes Fleisch« anzubringen.

Danach wurde die öffentliche Sitzung geschlossen und in geheimer Berathung über den oben erwähnten Antrag, »§. 3 des revidirten Entwurfs zum Regulativ, die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken betreffend, in vertraulicher Sitzung zu berathen« verhandelt.

Nach kurzer Debatte wurde auf einen Antrag des Herrn Nieß nur für den in der ursprünglichen Faſſung des Regulativs enthaltenen zweiten Theil des §. 6 geheime, für §. 3 (Abf. 2) dagegen öffentliche Sitzung beschloſſen.

Die Versammlung trat sodann wieder in die öffentliche Sitzung ein, um in der Berathung über Punkt I. der Tagesordnung fortzufahren.

Zunächst brachte Herr Krampe nochmals auf §. 2 des erwähnten Regulativs die Rede: Nach §. 83 der rev. St. O. könne jeder Beamte mit Aufgebung seiner Pensionsansprüche seine Verabschiedung ohne Gründe verlangen, müsse jedoch zuvor den aus seinem Dienstverbande hervorgehenden, bereits entstandenen, Verbindlichkeiten Genüge leisten. Der neulich vorgekommene Fall, wo ein höherer Magistratsbeamter plötzlich seinen Dienst aufgegeben habe, habe bei Redner Bedenken auch hinsichtlich des zeitigen technischen Directors der Gas- und Wasserwerke wachgerufen. Wenn es Letzterem plötzlich einfallen sollte, zu sagen: »morgen gehe ich ab«, so könnte das zu recht unangenehmen Folgen führen. Er wolle zugeben, daß ein plötzlich sich veränderndes Magistratsmitglied einzuarbeiten, oder auch der kaufmännische Director der Gas- und Wasserwerke zu ersetzen sei, aber mit einem technischen Director sei das ganz etwas anderes. Er proponire deshalb, in §. 2 bezüglich des technischen Directors, oder auch beider Directoren, eine Kündigungsfrist von wenigstens 3 Monaten vorzusehen.

Nachdem der Referent, Herr Kybiz, hierauf bemerkt hatte, daß der vom Herrn Vorredner erwähnte Punkt beim Abschlusse des Dienstvertrages mit dem technischen Dirigenten nicht unbeachtet bleiben werde, fuhr derselbe in seinem Referate fort: Die vereinigten Commissionen hielten grundsätzlich an dem Standpunkte fest, daß die vom Magistrate proponirten Gehaltsätze von der Versammlung nicht zu überbieten seien. Nur ganz besondere, von dem Magistrate anerkannte Umstände könnten Abweichungen von diesem Grundsatz rechtfertigen. Die richtige Stellung der Versammlung sei, die beantragten Sätze zu bewilligen, event. geringer zu normiren, und eine Innehaltung derselben wahre zugleich die Position des Magistrats. Besondere Umstände lägen aber hier rücksichtlich der Cassirer und Cassenbuchhalter bei den Gas- und Wasserwerken vor, und proponirten daher die vereinigten Commissionen im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate folgendes: Das Gehalt der ersten Cassirer bei der Stadtcasse betrage 1800 bis 3600 *M.* In Berücksichtigung dieses Umstandes, namentlich aber auch deshalb, weil der Geschäftsumfang der Cassirerstellen eine nicht unerhebliche Bedeutung habe, und diese Beamten außer mit den eigentlichen Cassirergeschäften noch mit einer Reihe von anderen Geschäften belastet seien, werde für angemessen erachtet, das Maximalgehalt derselben auf 3300 *M.* zu erhöhen. Rüksichtlich der Cassenbuchhalter sei bei der Vorlage von dem Gesichtspunkte ausgegangen, sie den angestellten Magistratschreibern gleichzustellen, welche in *maximo* 1800 *M.* erreichen. Nach dem Statut über die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung können aber denjenigen Magistratschreibern, welche die Stelle eines Expedienten oder Buchhalters ausfüllen, 300 *M.* Functionszulage bewilligt werden. Mit Rücksicht darauf empfehle sich die unter §. 3b. der Vorlage aufgeführten Cassenbuchhalter zu trennen in: »Cassenbuchhalter, als dem Cassirer nächstfolgende Beamte mit einem Gehaltsatz von 1200 — 2100 *M.*«, und in: »die übrigen Buchhalter mit 1200 bis

1800 *M.* Endlich sei als angemessen erachtet, daß Maximalgehalt des Maschinenmeisters der Wasserwerke demjenigen des Gasmeisters und des Meisters für Einrichtungen, welches 2400 *M.* beträgt, gleichzustellen. Bei den Controleuren sei der Minimalgehalt der Vorlage gegenüber um 150 *M.* also auf 1050 *M.* herabgesetzt, weil auch die Magistratsdiener mit diesem Gehaltsfusse anfangen. — Demnach würde Absatz 2 des §. 3 lauten:

Das Dienstgehalt der übrigen Beamten beträgt und zwar:

- a. der Cassirer 1800 — 3300 *M.*,
- b. der Cassenbuchhalter 1200 — 2100 *M.*,
- c. der übrigen Buchhalter 1200 — 1800 *M.*,
- d. der Werkmeister,  
nämlich des Gasmeisters, des Meisters für Einrichtungen und des Maschinenmeisters der Wasserwerke 1500 — 2400 *M.*  
daneben freie Wohnung, Heizung, Licht und Wasser oder als Entschädigung dafür 300 *M.*
- e. der Controleure 1050 — 1500 *M.*

Nachdem Herr Reuter noch bemerkt hatte, daß durch die commissionsseitig vorgeschlagene Herabsetzung des Minimalgehalts der Controleure die jetzt vorhandenen Controleure nicht beeinträchtigt werden würden,

wurde auch §. 3 Absatz 2 dem Vorschlage der Commission gemäß angenommen.

Damit war die Berathung des Statuts zum Abschluß gebracht. Da indessen dieses Statut und die Ordnung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der beiden Directoren vom Magistrate in eine Proposition zusammengefaßt waren, so konnte, worauf schon oben hingewiesen, vor Erledigung des letztgedachten Punktes, zu dessen Behandlung Herr Nieß geheime Sitzung beantragt hatte, über die ganze Magistratsvorlage noch nicht abgestimmt werden.

Es wurde deshalb die öffentliche Sitzung geschlossen

und nach Annahme des Antrags Nieß in vertraulicher über den Inhalt des Abs. 2 des §. 6 des ersten Statutenentwurfes bezw. den dazu vom Stadtmagistrate gestellten Antrag Beschluß gefaßt.

Nach einigen hierauf folgenden vertraulichen Mittheilungen des Magistrats, den Sitzungsfaal der Stadtverordneten betreffend,

wurde sodann — wiederum öffentlich — die Magistratsvorlage über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken ihrem ganzen Umfange nach mit der obenbezeichneten Modification des §. 3 des Regulativs genehmigt

Darauf Schluß der Sitzung.

(Beilage zu Nr. 88 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 57 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 3.

# V e r h a n d l u n g e n

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sizung am 26. Februar 1880.

Öeffentlich:

- I. Aenderungen des Entwurfs des Statuts wegen der Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung.
- II. Statut über die städtischen Mädchenschulen
- III. Abbruch der Burzcaserne.
- IV. Feststellung einer Baulinie am Wilhelmsplatze und im Langenhofe.
- V. Genehmigung eines Kaufvertrages, betr. den Erwerb eines Schulbauplazes an der Trift- und Spielmannstweien-Gasse.
- VI. Kündigung einer der Stadt zustehenden Hypothekforderung.
- VII. Erhöhung der für die Functionen des Kreisbranddirectors und Commandeurs der Gesamt-Feuerwehr bislang gewährten Remuneration.

Vertraulich:

Genehmigung eines Extraordinariums an einen Lehrer.

Entschuldigt die Herren Kronheim, Bewig, Kunken, Lösekrug und Mühe. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Bammel und Haake.

Nach Genehmigung der Protokolle Nris. 18 und 19 vom 6. resp. 13. November v. J.,

zu welchem letzteren Herr Winter bemerkte, daß er als fehlend aufgeführt, aber anwesend gewesen sei,

theilte der Herr Vorsitzende zunächst mit, daß er den authographirten Bericht der Commission für Prüfung des Project's einer Harzwasserleitung, welcher sich auf die Wasserbeschaffung von Vienenburg beziehe, unter den Mitgliedern der Versammlung habe circuliren lassen und bei speciellerer Interessennahme seitens des Einen oder Andern der Herren noch ein weiteres Exemplar zur Verfügung stellen könne.

Zur Tagesordnung übergehend,

I. berichtete sodann Herr Heymann namens der Statutencommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 17. Februar c. — Herzogliches Staatsministerium hat mittels Rescripts vom 3. d. M. *N.* 330 einige Ausstellungen zu dem von den städtischen Behörden beschlossenen Statute über die Ordnung des Dienstes bei der hiesigen Stadtverwaltung gemacht. Demzufolge hat der Magistrat an dem betreffenden Statute verschiedene Aenderungen vorgenommen, deren Genehmigung er beantragt.

Die Statutencommission war mit sämtlichen Abänderungsvorschlägen einverstanden; dieselben fanden denn auch ohne Debatte die Zustimmung der Versammlung.

Danach

II. referirte Herr Schwarzenberg namens der vereinigten Statuten- und Schulcommission über die der Versammlung in authographirten Exemplaren unterbreitete Magistratsvorlage vom 24. Januar c., betreffend das Statut über die städtischen Mädchenschulen. — Bei Berathung der Magistratsvorlage über die Organisation der mittleren Mädchenschule hat die Versammlung verschiedene Aenderungen, namentlich in Bezug auf die Zusammensetzung des Schulvorstandes, getroffen. Das hat dem Magistrat Veranlassung gegeben, ein vollständiges Statut über beide städtische Mädchenschulen vorzulegen, welches im Wesentlichen den von der Versammlung in den Sitzungen vom 11. und 18. December v. J. getroffenen Bestimmungen entspricht und nur wenige Aenderungen enthält.

Die Statuten- und Schulcommission hat das Statut gemeinschaftlich geprüft und giebt die Genehmigung desselben mit folgenden Modificationen anheim:

1) §. 2 Abs. 3 zu fassen:

»Sämtliche Unterrichtsgegenstände sind, vorbehältlich der gesetzlichen Bestimmungen über die Religionsfreiheit, obligatorisch.«

2) Zu §. 4 Z. 5 hinter »Beschränkungen« zuzusetzen:

»und soweit die vorhandenen Schulräume solches gestatten«.

3) Den §. 6 zu streichen.

Allgemeine Bemerkung:

In Folge der Modification ad 3 ist in dem Statut insbesondere in den

§§. 12, 15, 20 und 31 statt »Herzogl. Consistorium« zu setzen »staatliche Oberaufsichtsbehörde.«

- 4) §. 7 Abs. 1 Z. 4 statt »einem Mitglied des Kirchenconvents« zu setzen:  
»einem vom Kirchenconvent zu wählenden Deputirten«.

- 5) §. 7 Abs. 2 zu fassen:

»Der Schulvorstand steht in den äußeren Angelegenheiten der Schule unter Aufsicht und Leitung des Stadtmagistrats.

Beschwerden gegen das Verfahren und die Verfügungen des Schulvorstands in solchen äußeren Angelegenheiten werden demnach bei dem Stadtmagistrate angebracht, welcher darüber unter Vorbehalt der Bestimmungen im §. 113 der revidirten Städteordnung entscheidet.«

- 6) im §. 11 hinter 1 einzuschalten:

»2. über Beschwerden gegen die vom Schuldirector in äußeren Angelegenheiten der Schule erlassenen Verfügungen, (Nummern 2 — 4 werden 3 — 5.)

- 7) in §. 12 hinter Schulkinder zu setzen:

»vorbehältlich der Bestimmung im §. 11 ad 1.«

Die §§. 1—6 wurden mit den von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen ohne Weiteres acceptirt.

Ueber §. 7, welchem der Magistrat, abweichend von dem Beschlusse der Versammlung, wonach der Schulvorstand aus dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats, dem Stadtsuperintendenten, dem Schuldirector und zwei Mitgliedern der Stadtverordneten besetzen soll, folgende Fassung gegeben hat:

»Zur speciellen Verwaltung jeder der beiden Schulen wird ein Schulvorstand bestellt, welcher aus dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats, dem Stadtsuperintendenten, zwei Mitgliedern der Stadtverordneten, einem Mitgliede des Kirchenconvents und dem Director der betreffenden Schule besteht.

Der Schulvorstand hat in allen äußeren Angelegenheiten der Schulen seine Beschlüsse und Anträge an den Stadtmagistrat zu richten.«  
entspann sich eine längere Debatte.

In der Commission — bemerkte Referent — hätten sich mehrere Stimmen gegen diese Einfügung eines Mitgliedes des Kirchenconvents in den Schulvorstand erhoben. Vom Magistrate sei geltend gemacht, daß dem Gemeinde-Schulvorstande gesetzlich ein Mitglied des Kirchenconvents angehöre, und daß darauf ein gleicher Anspruch bezüglich des hier fraglichen Schulvorstandes gestützt, der jetzige Vorschlag mithin, da er zwei Mitglieder der Stadtverordneten im Schulvorstande belasse, als auf ein Compromiß gerichtet anzusehen sei, daß ferner sich erwarten lasse, der Kirchenconvent werde auf die Entsendung eines im Schulwesen erfahrenen Mitgliedes zum



Schulvorstande bedacht sein, welcher damit in zweckmäßiger Weise ergänzt erscheine. In der Commission habe man sich schließlich für den Magistratsvorschlag entschieden, in Rücksicht auf den letzten der eben bezeichneten Gründe aber eine Aenderung dahin, daß nicht unter allen Umständen ein Mitglied des Kirchenconventes, sondern ein vom Kirchenconvente zu wählender Deputirter dem Schulvorstande hinzutrete, für empfehlenswerth erachtet. Der Kirchenconvent sei dann bei der Auswahl seines Deputirten nicht auf die eigenen Mitglieder beschränkt und könne auch in anderen Kreisen einen fachkundigen Vertreter sich suchen.

Herr Wolff hielt aus verschiedenen Gründen für zweckmäßiger, daß die städtischen Behörden sich das Recht wahrten, noch einen Fachmann in den Schulvorstand zu wählen, statt diese Wahl dem Kirchenconvente zu überlassen; dieser habe ja schon durch den Stadtsuperintendenten einen gewissen Einfluß auf den Schulvorstand. Ob schon Redner im Allgemeinen vollständig die Ansicht hege, daß die braunschweigische Geistlichkeit jetzt in jeder Beziehung so tolerant wie irgend möglich sei, so könnten doch auch andere Zeiten kommen und dann wäre es gut, wenn der Einfluß der Geistlichkeit im Schulvorstande kein so großer sei.

Herr Steinacker sprach sich für den Commissionsvorschlag aus Zweckmäßigkeitsgründen aus, indem er auf §. 10 der Gemeinde-Schulordnung hinwies und dabei betonte, daß es wahrscheinlich mit Weiterungen verknüpft sein würde, ohne die proponirte Anfügung die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums zu dem Statute überhaupt zu erlangen.

Referent: Nach §. 8 des Statuts müßten die Beschlüsse des Schulvorstandes nach absoluter Stimmenmehrheit gefaßt werden. Da nun aber von den 6 Mitgliedern desselben 2 der Stadtverordnetenversammlung und 1 dem Magistrate (d. i. der Vorsitzende des Magistrats) angehörten, letzterer überdem als Vorsitzender bei Stimmengleichheit den Ausschlag gebe, die städtischen Interessen also bereits durch die Majorität vertreten seien, so könne Redner den Commissionsantrag nur empfehlen.

Herr Wolff: Die Gründe der Commission könne er im Wesentlichen nur würdigen; trotzdem sehe er nicht ein, weshalb die Entscheidung für einen Vorschlag nach seiner Anschauung an höchster Stelle Bedenken erregen sollte, um so weniger, da auch an anderen Schulen, z. B. der städtischen Realschule, kein Mitglied des Kirchenconventes im Vorstande sei. Wenn eine Bestimmung derartig getroffen würde, daß ein practisch gebildeter Schulmann, unter allen Umständen ein solcher, der von der Stadt nicht besoldet werde und überall in keinem abhängigen Verhältnisse zu derselben stehe, in den Schulvorstand gewählt werden solle, so scheine dadurch allen billigen Anforderungen Genüge geleistet zu sein, und auf der anderen Seite stehe dadurch auch der Wahl einer Persönlichkeit, auf die der Kirchenconvent bereits sein Augenmerk gelenkt, vielleicht eines practischen Mitgliedes des Kirchenconventes selbst, durchaus kein Bedenken entgegen. Nur wünsche er nicht, daß grade dem Kirchenconvente die specielle

Aufgabe zufalle, diese Wahl zu treffen. Er beantrage deshalb, an Stelle von »einem Deputirten des Kirchenconvents« zu sagen: »einem practisch gebildeten, von den städtischen Behörden gemeinschaftlich gewählten Schulmanne, welcher nicht im Dienste der Stadt steht.«

Herr Oberbürgermeister Pockels sprach sich für den Commissionsvorschlag aus und bat, den Wolff'schen Antrag abzulehnen.

Herr Steinacker machte noch darauf aufmerksam, daß man nicht wisse, welcher Kategorie die mittlere Mädchenschule eigentlich zuzurechnen sei. Würde sie nicht als höhere, sondern als Gemeindeschule betrachtet, so sei sie auch unter allen Umständen den gesetzlichen Bestimmungen dieser Schulen unterworfen, und müßte dann auch der Vorstand dementsprechend gebildet werden.

Herr v. Seckendorff sprach sich gegen den Wolff'schen Antrag aus. Wenn der schon wiederholt geäußerte Wunsch, die jetzt vorhandenen drei Schulvorstände dadurch in einen einheitlichen umzubilden, daß man dieselben Persönlichkeiten hineinwähle, zur Verwirklichung gelangte, würde man auch für alle städtischen Schulen ein Mitglied des Kirchenconvents im Vorstande haben. Es habe diese Einrichtung auch ihre alte historische Berechtigung und man solle sie nicht so ohne Weiteres beseitigen. Das Mitglied des Kirchenconvents habe sich bis jetzt immer sehr nützlich gezeigt und werde es, nach Redners fester Ueberzeugung, auch ferner thun. Er bitte die Anträge der Schulcommission anzunehmen.

Die hierauf erfolgende Abstimmung ergab mit entschiedener Majorität die Ablehnung des Wolff'schen Antrags und Annahme des Commissionsantrags, sowie des §. 7.

Auf Anregung des Herrn Heymann wurde sodann zu Protokoll gegeben, daß nach Ansicht der städtischen Behörden der Vorsitzende im Schulvorstande stets, und nicht nur bei Stimmengleichheit mitzustimmen habe, wie letzteres in ganz anomaler Weise die rev. Städteordnung in Bezug auf die Stadtverordnetenversammlung vorschreibe.

Die §§. 8—21 wurden ohne Debatte angenommen.

Gegen die Fassung des dritten Absatzes des §. 22: »Zur Abwesenheit während der Schulferien bedürfen eines Urlaubes nur die Directoren; wogegen die Lehrer und Lehrerinnen von einer beabsichtigten Abwesenheit dem Director lediglich Anzeige zu machen haben.« hegte Herr Krampe einige Bedenken. Danach scheine es fast, als seien die Lehrer und Lehrerinnen während der Schulferien weit gebundener, als zu den übrigen Zeiten. Er beantrage in dieser Beziehung eine Aenderung, vielleicht dahin gehend, daß die Lehrer und Lehrerinnen bei einer länger als drei Tage währenden Abwesenheit dem Director Anzeige zu machen hätten.

Nachdem Herr Steinacker und der Herr Referent die Annahme des gedachten Absatzes als unbedenklich empfohlen, und

Herr Oberbürgermeister Pockels noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß für die Lehrer und Lehrerinnen in dieser Beziehung diejenigen Bestimmungen maßgebend seien, welche für die Civilstaatsdiener existirten, wonach dieselben bei jedesmaliger Abwesenheit von ihrem Wohnorte Anzeige zu machen, und welche noch niemals Veranlassung zu irrigen Auslegungen gegeben hätten, so daß dieses auch seitens des Lehrpersonals bei den städtischen Mädchenschulen nicht zu befürchten stehe,

zog Herr Krampe seinen Antrag zurück, worauf §. 22 in der Vorlage genehmigt wurde.

Die §§. 23—32 wurden ohne Debatte angenommen

und danach das ganze Statut.

### Ueber den

III. Punkt der Tagesordnung, den Abbruch der Burgcaserne betreffend, referirte namens der Statuten-Commission Herr Grote.

Als im Jahre 1873 ein Theil der Burgcaserne durch Feuer zerstört war, fand am 30. Juli 1874 eine Verhandlung in der Stadtverordneten-Versammlung hinsichtlich des stehen gebliebenen Restes dieser Caserne statt: Dem Magistrate war es wünschenswerth erschienen, diese Reste für die Stadt zu erwerben und hatte derselbe dieserhalb vorbehaltlich des Consenses der Stadtverordneten an die Militair-Verwaltung Vorschläge ergehen lassen. Die Verhandlungen zwischen Magistrat und Militairverwaltung schienen erst einen guten Verlauf nehmen zu wollen, bis plötzlich an den Magistrat die Frage gestellt wurde, ob die Stadt geneigt sei, den abgebrannten Theil der Caserne allein anzukaufen. Der Magistrat verneinte das und es wurde dann auf Grund einer Verfügung der Intendantur des X. Armeecorps die Anzeige gemacht, daß die Verhandlungen als abgebrochen anzusehen seien. Dem Magistrate war sehr daran gelegen, die freie Verfügung über das Grundstück zu besitzen und er erklärte deshalb, sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen zu wollen; er beabsichtigte vielmehr, Vorstellung beim Reichs-Kriegs-Ministerium, nöthigenfalls bei Sr. Majestät dem Kaiser selbst, zu machen. Von diesem Schritte versprach er sich aber nur für den Fall Erfolg, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich mit der Ansicht des Magistrates über die Wichtigkeit und den Werth der Erwerbung einverstanden erklärte, auch eventuell die nöthigen Geldmittel verwilligte. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß in der damaligen Sitzung dem Antrage des Magistrates gemäß.

In der Sitzung vom 29. October desselben Jahres wurde die Sache bei den Stadtverordneten wieder verhandelt: Der Baurath Kuhne hatte den Maß und das Gebäude zu 36000 Thaler abgeschätzt; der Magistrat hatte aber durch den Stadtbaurath Tappe eine Abschätzung vornehmen lassen und auf Grund dieser 30000 Thaler geboten. Da jedoch von der Militair-Verwaltung nach einem Gegengutachten des Baumeisters Uhlmann an dem früheren Taxatum von 36000 Thaler festgehalten war, so gab der Magistrat anheim, diese Summe zu verwilligen.

In längerer Debatte, welche sich damals an diesen Antrag schloß, wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß die Stadt großes Interesse daran habe, diesen Platz zu besitzen. Es war namentlich der damalige Stadtverordnete, jetzige Geheimerath Graf Görz-Brisberg, welcher darauf hinwies, daß möglicherweise an dieser Stelle ein für den Verkehr höchst unbequemer Neubau aufgeführt werden könnte und allbekannt sei, daß gerade im Hinblick auf diese Eventualität die Erwerbung der Burgcaserne für die Stadt allgemein gewünscht werde, zu diesem Zwecke auch noch weit größere Aufwendungen als die jetzt erforderlichen vom Publikum gutgeheißen werden würden. Die Herren Reuter und Lucius schlossen sich diesen Anschauungen an.

In der Sitzung vom 3. December desselben Jahres kam die Angelegenheit zum dritten Male zur Verhandlung. Hierbei wurde zur Anzeige gebracht, daß das Herzogliche Staatsministerium sich auf einen Antrag des Magistrates bereit erklärt hätte, 10 000 Thaler zu den aufzuwendenden Kosten zuzuschießen, jedoch unter der Bedingung, daß über die künftige Verwendung die Genehmigung des Ministeriums event. einzuholen sei. In der Debatte wurde auch damals auf die Wichtigkeit des Platzes, namentlich hinsichtlich der der Stadt zu schaffenden Verkehrserweiterung, hingewiesen.

Seit jener Zeit ist die Burgcaserne von der Militärbehörde, speciell von der Handwerkercompagnie und als Arrestlocal benutzt worden, und nachdem für diese Zwecke neue Locale am Hallersleberthore geschaffen sind, ist dieselbe leer und es steht deren Uebergabe an die hiesige Stadt bevor.

Der Magistrat hat deshalb an die Stadtverordneten unterm 4. Februar c. in dieser Angelegenheit ein Schreiben erlassen. Gleich darauf ist dem Magistrate von Wolfenbüttel aus ein Schreiben von dem Vorstande des dortigen Vereins für Geschichte und Alterthumskunde zugegangen und es haben ferner der Kreisbranddirector Reuter und der Stadtbaumeister Winter nach geschehener Aufforderung ein Gutachten über diese Angelegenheit erstattet.

Bei der Wichtigkeit der Sache hielt es Referent für angemessen, die gedachten Schriftstücke mit Ausnahme des Berichtes des Kreisbranddirectors Reuter, welcher sich hauptsächlich der Beantwortung der Frage zuwendet, was mit dem Gebäude zunächst werden soll und wie dasselbe einzurichten wäre, wenn die Feuerwehr hineinverlegt würde, zu verlesen.

Das Magistrats Schreiben vom 4. resp. 12. Februar c. lautet:

Da die Uebergabe der Burgcaserne an die hiesige Stadt in nächster Zeit bevorsteht, so dürfte es an der Zeit sein, eine Entscheidung über die künftige Verwendung der fraglichen Caserne zu treffen.

Der Ankauf der Burgcaserne Seitens der Stadt hat wesentlich aus dem Grunde stattgefunden, um dieses historisch zwar interessante, aber baufällige und zu städtischen Zwecken nicht verwendbare Gebäude abzubrechen und an dessen Stelle eine bessere

Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt herbeizuführen, da gerade die Burgcaserne diesem Vorhaben hindernd im Wege steht, indem sie in ihrer ganzen Länge sich fast über den ganzen Burgplatz erstreckt und zwischen ihrem nördlichen Giebel und der Dienstboten-Erziehungs-Anstalt nur einen sehr schmalen, für den heutigen Verkehr völlig unzureichenden Weg offen läßt.

Wenn das Bedürfniß des Abbruchs des fraglichen Gebäudes dem Vorstehenden nach noch heute vorliegt, so spricht für diese Maßregel noch der fernere Umstand, daß die neuesten, theils ausgeführten, theils im Bau begriffenen, theils projectirten Straßenanlagen, welche den Tractus vom Bahnhofe über die Friedrich-Wilhelmsstraße, die Verbindungsstraße zwischen Kattreppeln und Damm, die Münzstraße über den Wilhelm- und Ruhfäutchenplatz bis zum Hagenmarke umfassen und somit eine bessere Verbindung zwischen dem Süden und Norden der Stadt bezwecken, ebenfalls einen Theil der area der Burgcaserne, sowie den Casernenhof in Anspruch nehmen.

Dem Abbruche der Burgcaserne sind nun freilich neuerdings vielfach Stimmen aus Kreisen von Künstlern und Alterthumsfreunden entgegengetreten und man hat es gewissermaßen als einen Vandalismus bezeichnet, ein Gebäude zu beseitigen, dessen einzelne Theile aus der Zeit Heinrichs des Löwen herrührten; allein erwägt man, daß, wie von mehreren hiesigen Architekten, insbesondere auch von dem Stadtbaumeister Winter, anerkannt wird, die aus jener Periode stammenden, im Innern der Caserne befindlichen Baulichkeiten überall keinen architectonischen Werth haben, daß dieselben, wenn bloßgelegt, binnen wenigen Jahren durch den Einfluß der Witterung gänzlich zerstört werden würden, daß aber die Renovirung der Burgcaserne oder gar ein Neubau an Stelle derselben lediglich zum Zwecke der Erhaltung der beregten alten Baulichkeiten mit unverhältnißmäßigen Kosten verbunden sein würde, so wird den Wünschen derer, welche sich gegen den Abbruch der Caserne aussprechen, gegenüber den unabwiesbaren Bedürfnissen der Jetztzeit, ein namhaftes Gewicht nicht beigelegt werden können. Wir können demnach den Abbruch der Caserne nur empfehlen.

Wenn die geehrten Herren dieser Ansicht beitreten, so wird es sich nur noch um die Frage handeln, ob mit dem Abbruche des fr. Gebäudes schon in nächster Zeit verfahren werden soll oder ob dasselbe aus practischen Rücksichten noch einige Zeit zu erhalten sein wird.

In dieser Beziehung kommt in Betracht, daß, wenn die Burgcaserne schon jetzt niedergelegt werden würde, der auf dem Ruhfäutchenplatze errichtete provisorische Feuerwehrturm seinen Schutz gegen den Westwind einbüßen und bei gelegentlich eintretenden Stürmen ernstlich gefährdet werden würde. Es erscheint demnach rathsam, die Burgcaserne bis dahin intact zu lassen, daß die projectirten Feuerlöschgebäude an der im Bau begriffenen Verbindungsstraße zwischen Damm und Kattreppeln fertig gestellt sein werden.

Um indeß die fragliche Caserne inzwischen nutzbar zu verwenden, haben wir im Einverständnisse mit dem Kreisbranddirector Reuter beschlossen, das Wachlocal der Feuerwehr einschließlich des Pferdestalles und des Spritzenlocals in die Burgcaserne zu verlegen, was nach dem angeschlossenen Berichte des Kreisbranddirectors mit einem Kostenaufwande von pptr. 300 *M.* zu bewerkstelligen ist, wodurch aber, alsdann das provisorische Feuerwehr-Wachlocal entbehrlich wird, mithin die für dasselbe zu zahlende Miethe von 405 *M.* jährlich in Wegfall kommen würde, noch eine Ersparniß erzielt werden würde, welche im ersten Jahre nach Abfah der aufzuwendenden Einrichtungskosten zu 300 *M.* freilich nur pptr. 100 *M.*, in jedem folgenden Jahre aber 405 *M.* beträgt.

Die Ausführung dieser Maßregel würde sich freilich nur unter der Voraussetzung empfehlen, daß der demnächstige Abbruch der Burgcaserne beschlossen wird, da andern Falls auf eine Schonung des fraglichen Gebäudes Bedacht genommen werden müßte, welche nothwendig mit kostspieligen Einrichtungen verbunden sein würde und statt der erwähnten Ersparnisse nothwendig nicht unerhebliche Mehrausgaben zur Folge haben müßte.

Den geehrten Herren geben wir demnach ergebenst anheim, Sich für den demnächstigen Abbruch der Burgcaserne zu entscheiden, unter dieser Voraussetzung aber die Verlegung des Feuerwehr-Wachlocals in die Burgcaserne zu genehmigen und die Aufwendung der dadurch verursachten Kosten zu pptr. 300 *M.*, welche übrigens von den für Feuerlöschzwecke bewilligten Fonds zu zahlen sein werden, zu bewilligen. —

Nachträglich ist uns

- 1) das beigelegte Schreiben des Vorstandes des Ortsvereins für Geschichte und Alterthumskunde zu Wolfenbüttel vom 2. Februar d. J., sowie
- 2) der angeschlossene Bericht des Stadtbaumeisters Winter vom 10. d. Mts. nebst zwei Situationsplänen

zugegangen.

Das erstgedachte Schreiben spricht sich unbedingt für Erhaltung der Burgcaserne aus, während der Bericht des p. Winter nur die Beibehaltung der aus der Zeit Heinrichs des Löwen stammenden Arcaden als wünschenswerth bezeichnet und für den Fall, daß dieselbe sich ermöglichen lasse, was zuvor noch durch eine genauere Untersuchung festzustellen sei, und von den städtischen Behörden beschlossen werden sollte, die Ausführung der auf dem Plane B. angedeuteten Situation empfiehlt.

Wir haben uns durch die in beiden Schriftstücken enthaltenen Ausführungen nicht überzeugen können, daß die Beibehaltung der Burgcaserne oder der Arcaden thunlich und empfehlenswerth sei, müssen vielmehr aus den angeführten Gründen bei unserm Antrage auf Abbruch des fraglichen Gebäudes beharren.«

Das dem Magistrate aus Wolfenbüttel zugegangene Schreiben vom 2. Februar lautet:

»Dem verehrlichen Stadtmagistrate erlaubt sich der unterzeichnete Vorstand des Ortsvereins für Geschichte und Alterthumskunde Folgendes vorzutragen.

Glaubwürdigem Vernehmen nach wird beabsichtigt, die sogen. Burgcaferne, welche seit einiger Zeit in das Eigenthum der Stadt Braunschweig übergegangen ist, niederzureißen, um eine breitere Verbindung zwischen dem Burgplaz und Ruhfäutchenplaz und damit einen bequemen Verkehrsweg zwischen dem westlichen und östlichen Theile der Stadt herzustellen. So wenig wir beabsichtigen, Bedenken gegen die Nützlichkeit eines solchen Unternehmens zu erheben, so scheint uns dennoch bei der Entwerfung desselben ein wichtiger Factor übersehen zu sein: die Bedeutung der sog. Burgcaferne.

Ueber der untergeordneten Bestimmung, welche der ehrwürdige Bau in einer längeren Zeit der Vernachlässigung gedient hat, ist, so scheint es, vergessen, daß er den Haupttheil des Palastes des Herzogs Heinrich des Löwen, des erlauchten Ahnherrn des Herzoglichen Hauses, bildet.

Ohne jeden Zweifel gehört ein Theil seiner starken Außenwände gleich der Arcadenreihe, welche sein unteres Geschoß durchschneidet und dessen Decke trägt, noch der Zeit an, wo der mächtige Sachsenherzog einen großen Theil Deutschlands kraftvoll regierte; seine Mauern haben dem Kaiser Otto, des Löwenherzogs Sohne, zur Residenz gedient; in ihnen weilte Herzog Otto, der erste Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, sie sahen die Vermählung der Tochter dieses Fürsten mit einem deutschen Könige; in ihnen haben viele spätere regierende Herzöge und Mitglieder des Herzoglichen Hauses bis in die neuere Zeit gewohnt. Der Geschmack späterer Zeiten hat an dem Aeußeren des Gebäudes Vieles geändert: aber der Kern desselben ist wohl erhalten, und kann, von ungehörigen An- und Inbauten befreit, noch Jahrhunderte als würdiges Denkmal einer großen Vergangenheit erhalten bleiben.

Sollten die Behörden der Stadt Braunschweig, die dem Herzoge Heinrich dem Löwen und seinen Nachfolgern nicht den kleinsten Theils ihres Wachstums und Aufschwunges dankt, diesen Bau in der That um eines geringen Vortheils willen vernichten wollen, der schon dadurch mehr als aufgewogen wird, daß sie einen maleurischen, in seiner jetzigen Abgeschlossenheit interessanten und charakteristischen Plaz verliert? Denn mag an die Stelle des alten Palastes ein moderner Bau gesetzt, oder mag der Raum leer gelassen werden: das harmonische Bild des Plazes, in welchem die Burgkirche angemessen dominirt und der Löwe seinen Plaz trefflich ausfüllt, wird unter allen Umständen verderben.

Wir glauben, daß sich den Bedürfnissen des städtischen Verkehrs durch Freilegung der Passage an der Südseite des Palastes da, wo früher der eingedächerte sog. Ferdinandsbau gestanden hat, einigermaßen genügen lassen, und daß es möglich sein wird dem Palaste demnächst eine Bestimmung zu geben, welche ihn zur Zierde der Stadt macht und in deren Betrachtung künftighin die Enkel die jetzige Generation preisen werden, deren Pietät ihn gesichert hat.

Demnach ersuchen wir den verehrlichen Stadtmagistrat,  
geneigtest eine erneute Prüfung der Angelegenheit veranlassen, einstweilen  
aber von der Zerstörung der sog. Burgkaserne Abstand nehmen zu wollen.  
Wolfenbüttel, 2. Februar 1880.

#### Der Vorstand

des Ortsvereins für Geschichte und Alterthumskunde.«

Der Stadtbaumeister Winter spricht sich in einem längeren Gutachten vom  
7. Februar c. folgendermaßen aus:

»Unzweifelhaft sind die schon seit Jahren wegen Ankaufs der Burgkaserne nebst  
zugehörigem Areal seitens der Stadt mit der Militair-Verwaltung gepflogenen Ver-  
handlungen aus dem Streben hervorgegangen, eine für die Allgemeinheit wichtige, in  
einzelnen Abschnitten bereits bestehende Haupt-Verkehrsstraße der Vollendung ent-  
gegenzuführen, sodann aber auch aus der Einsicht, daß eine zweckmäßige Durch-  
führung dieser Idee nicht ohne den Besitz der Burgkaserne thunlich erscheinen könne.  
Es darf sogar dreist behauptet werden, daß es bis zur jüngsten Zeit eine fast allge-  
mein verbreitete Ansicht gewesen sei: die Beseitigung der letzten Reste dieses Bau-  
werkes werde als nothwendige Folge der Umgestaltung des Centrums der Stadt und  
der Eröffnung neuer Verkehrswege sich von selbst ergeben. Nicht mit Unrecht wird  
wohl ein Jeder zu solcher Anschauung gelangen, der sich der Arbeit unterzieht, einen  
neuen Bebauungsplan für diesen Stadttheil aufzustellen, und ohne besondere Rücksicht-  
nahme auf die historische Bedeutung der Burgkaserne, als die ehemalige Burg Dank-  
warderode, der ehrwürdige Fürstensitz der Brunonen und Welfen, an seine Aufgabe heran-  
tritt. Das Interesse jedoch, welches von einzelnen Archäologen und besonders vom  
Vereine für Geschichtsforschung und Alterthumskunde diesem Bauwerke entgegen-  
gebracht wird, drängt die, auch vom Stadtmagistrate mir vorgelegte Frage in den  
Vordergrund: »Was soll mit der Burgkaserne geschehen, und ist auf die Erhaltung  
des ganzen Gebäudes oder doch wenigstens des älteren aus der Zeit Heinrichs des  
Löwen stammenden Theiles desselben Bedacht zu nehmen?« —

Zur Klärung dieser Frage glaube ich durch ein näheres Eingehen auf die für  
diesen Zweck angefertigten, in der Anlage beigefügten Dispositionspläne am besten  
beitragen zu können.

Für beide Pläne war das leitende Motiv: Die Herstellung einer zweckmäßigen  
Verbindung in der Richtung: einerseits von der Münzstraße, dem Wilhelmsplaze  
und der Ausmündung des Langenhofes nach dem Ruhfäutchenplaze, dem Hagenscharrn  
und dem Hagenmarfte, andererseits von der Burg und dem Burgplaze nach dem  
Bohlwege und Steinwege, sowie die Regulirung der genannten Straßen und Plätze,  
mit besonderer Rücksichtnahme auf Schaffung geeigneter Baulinien. Specielleres  
darüber, in welcher Weise diese Aufgabe erfüllt ist, ergibt sich aus näherer Betrach-  
tung der Pläne selbst. Abweichend sind dieselben von einander nur in Bezug auf



die Burgcaserne, und während bei Blatt A. die Beseitigung der fragl. Caserne vorausgesetzt wird, behandelt Blatt B. den Fall der Conservirung dieses Gebäudes, oder auch nur der Arcadenreihe in demselben.

Aus einem Vergleiche beider Pläne ist leicht zu ersehen, daß bei dem ersteren (Blatt A.) die natürlichste Verbindung der bestehenden Stadttheile in beiden Richtungen, von Westen nach Osten, oder auch von Süden nach Norden erzielt ist, bei dem letzteren dagegen, d. h. im Falle der Beibehaltung der Burgcaserne oder der Arcadenreihe (Blatt B.) eine directe Verbindung der Straße vor der Burg oder des Burgplatzes mit dem Bohlwege, wenigstens für den Wagenverkehr, nicht hergestellt werden kann, weil, wie man auch die Nordseite des Burgplatzes reguliren mag, der Zwischenraum von den Arcaden oder dem Siebel bis zur Häuserreihe stets zu klein bleiben würde.

Die Nachtheile übrigens, welche im Verfolg des letzteren Project's aus der Beibehaltung der Burgcaserne für den Verkehr sich ergeben, sind wiederum nicht so erheblich, daß sie allein für die vollständige Niederlegung des fraglichen Gebäudes bestimmend sein könnten, denn für Fußgänger bleibt der directe Verkehrsweg vom Burgplatz nach dem Bohlwege offen und für den Wagenverkehr ist eine geringe Abweichung von der Geraden, wie hier, nicht von Belang.

In ästhetischer Beziehung gewinnt, nach meiner Auffassung, der erweiterte Burgplatz (nach Blatt A.) dadurch, daß die neue Verbindungsstraße dem Platz zugefügt wird und für diesen die östliche Begrenzung bildet; der Dom erhält, nicht zum Nachtheile, eine freiere Lage, und ich zweifle nicht, daß bei einer neuen Bebauung des Platzes der architektonische Charakter desselben sich bewahren und zu einem harmonischen Abschlusse bringen ließe, wenn nur die Begrenzungsgrundstücke nicht dem Privatbau überlassen, sondern für öffentliche Gebäude oder auch gesellschaftliche Unternehmungen mit halböffentlichem Charakter reservirt werden. Hierauf lege ich besonderen Werth, denn gerade den öffentlichen Gebäuden gebührt eine möglichst freie Lage nicht nur wegen des Verkehrs zu denselben oder der Sicherheit gegen Feuergefahr, sondern auch wegen architektonischer Rücksichten.

Bei Belassung der Burgcaserne würde zwar die ursprüngliche Form des ehemaligen Burgplatzes besser gewahrt bleiben, die hinter demselben sich fortziehende Hauptverkehrsstraße aber müßte einer gewiß wünschenswerthen Unterbrechung entbehren, die ihr bei Freilegung des Platzes gewährt wird. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Burgcaserne zum neuen Straßenzuge in eine schiefwinklige Lage kommen würde, die sich nicht ohne bedeutende Schädigung einer ungezwungenen Entwicklung der Verkehrslinie vermeiden läßt.

Diese Betrachtungen, bei denen auf einer Seite die Erhaltung, Wiederherstellung und weitere Vervollständigung des ganzen Gebäudes der Burgcaserne vorausgesetzt war, führen zu dem Schlusse, daß der Bebauungsplan für das Centrum der Stadt

sich freier entwickelt, wenn eben gedachtes Bauwerk beseitigt wird. Weniger nachtheilig würde es sein, wenn der vielleicht alleinige Ueberrest der ehemaligen Burg Heinrichs des Löwen, die Arcadenreihe, erhalten bliebe, weil durch diese bei ihrer geringen Höhe und den Durchbrechungen, die den Durchblick gestatten, die Hauptform des Platzes nicht so wesentlich beeinträchtigt wird.

Aber auch die historischen Momente dürfen bei Erwägung der Frage über die demnächstige Verwendung der Burgcaserne nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Der Verein für Geschichtsforschung und Alterthumskunde hat in seinen leztthin abgehaltenen Versammlungen mit Recht darauf hingewiesen, daß die Burg im Zusammenhange mit dem Dome und dem Löwendenkmal die stolzeste Erinnerung an die Vorzeit unserer Stadt umschließt und daß es von wenig geschichtlichem Sinne und historischer Pietät zeugen würde, wollte man ohne zwingenden Grund die Ruinen dem Erdboden gleich machen. Eine derartige wohlbegründete Rücksichtnahme erfordert eine genauere Untersuchung des Bauwerkes, um zu erforschen, welche Theile desselben aus der Zeit Heinrichs des Löwen stammen, ob dieselben sich auf die mehrerwähnte Arcadenreihe beschränken, wie ihre constructive Beschaffenheit ist und was zur Erhaltung derselben geschehen kann. Eine ausgiebige Untersuchung nach dieser Richtung hin habe ich indessen nicht vornehmen können, weil hierzu specielle Aufnahmen, theilweise Freilegung einzelner Bautheile und andere mit Zeit- und Geldaufwand verbundene Arbeiten durchaus erforderlich sind. Aus einer Augenscheinseinnahme habe ich nur die Ueberzeugung gewinnen können, daß die sämtlichen Bauconstructions, mit alleiniger Ausnahme der Arcadenreihe, in einem mehr oder weniger baufälligen Zustande sich befinden, die Umfassungsmauern, welche durch Einbruch neuer Fenster wiederholte Veränderungen erlitten haben, nicht ausgeschlossen, und daß es aus diesem Grunde kaum rathsam erscheinen kann, — wenigstens wenn nicht ganz bedeutende Geldmittel zur Disposition gestellt werden, auf eine Wiederherstellung und Vervollständigung des ganzen Gebäudes hinzuwirken, bei der Arcadenreihe dagegen, wenn sie auch nicht ganz ohne Beschädigung geblieben ist, erscheint mir eine Erhaltung nicht nur thöulich, sondern auch in Würdigung ihres historischen Interesses durchaus wünschenswerth. —

Sollte im weiteren Verlaufe der Verhandlungen die Erhaltung der Burgcaserne oder auch nur der Arcadenreihe beschlossen werden, — und ich glaube dem Stadt-Magistrate anheimgeben zu dürfen, von einem näheren Eingehen auf diese Frage nicht ohne Weiteres Abstand zu nehmen, eventuell auch zu den oben angedeuteten specielleren Nachforschungen an dem Bauwerke mich zu autorisiren, — so würde es sich empfehlen, die ideellen Grenzen der Straßenzüge, welche an der Ostseite des Burgplatzes vorüber und von der Burg, der Nordseite des Domes entlang, nach der neuen Verbindungsstraße geführt werden, durch geschlossene Anlagen mit kleinen Baumpflanzungen, Rasenplätzen u. s. w. zu kennzeichnen, wie auf dem Dispositionsplane, Blatt B., angedeutet ist.

Nach den vorstehenden Betrachtungen lassen sich die ferneren vom Stadtmagistrate mir vorgelegten Fragen kurz, wie folgt, beantworten:

Der Abbruch der Burgcaserne, wenn derselbe überhaupt beschlossen werden sollte, bleibt besser bis dahin verschoben, daß das projectirte neue Feuerlöschgebäude fertig gestellt sein wird, nicht nur um bei einer ferneren, eventuell nothwendigen Belassung der interimistischen Gebäude für die Feuerwehr denselben eine geschützte Lage zu gewähren, sondern auch, um die Caserne für die Feuerwehrzwecke selbst benutzen zu können, was ich erst dann für thunlich erklären würde, wenn der Beschluß feststeht, von einer Erhaltung und dem weiteren Ausbaue des Gebäudes Abstand zu nehmen.

Zum Schlusse spreche ich noch den Wunsch aus, daß die beiden anliegenden Dispositionspläne einen geeigneten Anlaß geben mögen, gleichzeitig bei Entscheidung der betreffs der Burgcaserne aufgeworfenen Fragen, auch eine endliche und meiner Ansicht nach so nothwendige Feststellung des Ortsbauplanes für den in Betracht gezogenen Stadttheil herbeizuführen.«

Nach dieser geschichtlichen Entwicklung der ganzen Frage fuhr Referent fort:

Als es sich vor sechs Jahren um den Ankauf der Burgcaserne handelte, sei die Idee, Verkehrserleichterungen im Innern der Stadt zu schaffen, maßgebend gewesen. Braunschweig sei eine alte, winklige Stadt und entbehre im Innern der breiten Verkehrsstraßen, wie sie jetzt nothwendig seien. Redner wandte sich dann der näheren Bezeichnung der Hauptverkehrswege durch die Stadt zu und hob dabei hervor, wie gerade die Verbindungen von Osten nach Westen nach Möglichkeit der Besserung bedürften.

So lange die Burgcaserne — fuhr Referent fort — intakt stand, habe Niemand daran gedacht, dieselbe der Verkehrserleichterung halber zu beseitigen; als sie aber abgebrannt war, habe der Magistrat sofort die Idee ins Auge gefaßt und die nöthigen Schritte gethan, sich die Sache zu nütze zu machen. Der Militairfiskus sei bereitwillig darauf eingegangen und habe nicht angestanden, der Stadt die Ruine zu verkaufen, auch habe das Ministerium einen Theil der Kosten getragen. Daß dort eine Verbreiterung der Straße wünschenswerth, sei Jedem klar, der sich den Stadtplan daraufhin näher ansehe. Gerade in der Mitte der Stadt, wo sich der Hauptverkehr kreuze, stehe die Ruine im Wege und ein durchgehender größerer Wagenverkehr sei deshalb unmöglich.

Es handele sich jetzt darum, was mit der Burgcaserne werden solle.

Die Versammlung habe sich vorgestern unter Führung des Stadtbaumeisters Winter die übriggebliebenen Theile der Caserne angesehen. Was von alter Zeit her wirklich noch vorhanden, wisse man nicht genau; ob die Umfassungsmauern in ihrer Totalität noch alt und echt seien, darüber bestehe ein Streit unter den Architekten selbst; in einem Punkte seien dieselben aber gleicher Ansicht: daß nämlich die von Norden nach Süden ziehende Arcadenreihe bestimmt alt und echt sei. In den Umfangsmauern seien Fenster

und Thüren eingebrochen und wieder zugemauert und noch vieles andere geändert, hier wie im Innern hätten bis in die neueste Zeit Veränderungen, und zum Theil sehr durchgreifende, stattgefunden. Sollte nun die Caserne wirklich so wiederhergestellt werden, wie sie gewesen, so habe man doch nicht mehr die alte Burgcaserne, in der Heinrich der Löwe gelebt, sondern einen romanischen Neubau, durch den sich von Norden nach Süden die Arcadenreihe ziehe; dieser Bau würde indeß nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters Winter bedeutende Selbstkosten verursachen. Wollte man aber nur alle Reste aus jener alten Zeit konserviren, so müsse man alle Anbauten entfernen und es würde eine Ruine übrig bleiben von einem nichts weniger als schönen Anblick. Lege man die Umfassungsmauern nieder, so daß nur die Arcadenreihe stehen bleibe, so müsse man überlegen, was aus letzterer werden solle.

Zweimal sei die Burgcaserne von einer Feuersbrunst heimgesucht worden, das Feuer habe seinen zerstörenden Einfluß bis tief in das Gebäude hinein ausgeübt und die Steine haben zum großen Theile, wie mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen stehe, vom Feuer gelitten. Erst eine nähere Untersuchung könne genau den Erhaltungszustand ergeben. Wenn jene früher stattgehabte Feuersbrunst, deren Spuren man an der Nordostecke des Domes noch erkennen könne, sich auch auf den Nordflügel der Burgcaserne erstreckt habe, werde auch das Innere derselben sehr gelitten haben; man würde also ein Material erhalten, was dem atmosphärischen Einflusse sehr schlecht widerstehen würde. Der Stadtbaumeister Winter schlage vor, die Arcadenreihe mit Anlagen zu umgeben und auf diese Weise abzuschließen. Redner sei auch ein großer Freund von Gartenanlagen, aber dieselben inmitten der Stadt anzubringen, namentlich in einer so belebten Gegend, halte er nicht für zweckmäßig, die Unterhaltung jedenfalls für schwierig. Er bezweifle, das Rasenplätze und Anlagen besonders dazu angethan seien, das Ansehen dieser Arcadenreihe zu heben.

Für die Stadt handle es sich darum, ob eine breite Straße, welche eine Verkehrs-erleichterung im Mittelpunkte der Stadt herbeiführe, oder die Erhaltung dieser Ruine werthvoller sei. Redner wolle, gerade weil das Schreiben des Ortsvereins für Geschichte und Alterthumskunde diesen Punkt betone, öffentlich konstatiren, daß die Stadtverordneten nach gründlicher Prüfung, unter Leitung des Stadtbaumeisters Winter, an die Sache herantreten seien, nachdem sie längere Zeit sich in der Ruine aufgehalten und nach allen Richtungen hin eruiert hätten, was aus der Ruine gemacht werden könne und was nicht. Es habe vielleicht der eine oder andere der Herren mit Freunden über die Sache Rücksprache genommen; auch sei anzunehmen, daß Anhänger der verschiedenen Richtungen einzelnen Mitgliedern gegenüber ihren Ansichten Ausdruck verliehen hätten, so daß also wohl Jeder instruiert an die Sache herangegangen sein und sich seine Ansicht gebildet haben werde.

Die Idee, die alten Reste erhalten zu können, habe ja ihre große Berechtigung; es existirten nicht sehr viele Reste von Profanbauten aus jener alten Zeit Deutsch-

lands mehr. Ob aber dieser einfache freistehende Arcadengang zur Zierde der Stadt gereiche, sei sehr fraglich.

Auf der anderen Seite habe aber auch die Jetztzeit ihre Berechtigung und wenn für unsere Stadt von 70 000 Einwohnern eine neue Verkehrs erleichterung geschaffen werden könne, so sei es Pflicht der städtischen Behörden, reiflich zu überlegen, was den meisten Werth für die Stadt habe: die Erhaltung der Ruine, oder die Erleichterung des Verkehrs.

Die Statutencommission hege einstimmig mit dem Magistrate den Wunsch, daß die Versammlung sich für den Abbruch der Burgcaserne entscheiden möge und trage deshalb darauf an, den Magistratsanträgen zu entsprechen.

Der Folgen müsse man sich allerdings sehr wohl bewußt sein: der Wolfenbütteler Verein habe in seinem Schreiben den Braunschweigern schon ziemlich unverblümt Vandalismus und Impietät vorgeworfen. Zu einem solchen Vorwurfe sei nun aber dieser Verein durchaus nicht berechtigt. Man könne sich — und das werde jeder Unbefangene bestätigen — vollständig frei von diesen Untugenden fühlen. In der Stadt Braunschweig würden die Alterthümer in ganz gründlicher Weise konservirt; der Stadtbaurath Tappe habe fortwährend dafür gesorgt und auch der Oberbürgermeister Caspari habe das Seinige dazu beigetragen. Auch habe sich von jeher in der Bürgerschaft selbst ein sehr reger Sinn für Alterthümer gezeigt; gehe man durch unsere Straßen, so könne man beobachten, wie Jeder bestrebt sei, die alten schönen Häuser wieder in entsprechenden Zustand zu bringen.

Wenn nun dieser Verein frage, ob die Braunschweiger eines geringen Vortheils willen diesen historischen Platz ruiniren wollten, so stehe über diese Frage zunächst den Braunschweigern die Entscheidung zu.

Der Magistrat sowohl wie die Statutencommission habe die Bedürfnisfrage anerkannt und bitte er als Referent die Versammlung, sich auch für den Abbruch der Burgcaserne zu entscheiden.

Referent stellte danach noch namens der Statutencommission den Antrag:

»Die Versammlung möge sich dafür aussprechen, das Ersuchen an den Magistrat zu stellen, mit dem Abbruche der fragl. Caserne in der Weise vorzugehen, daß die historisch und bautechnisch interessanten Theile des Gebäudes, namentlich die aus der ältesten Zeit stammenden Reste, soweit möglich, ermittelt und für sich zur Anschauung gebracht, auch in photographischen oder anderen Nachbildungen dargestellt werden.«

Die Diskussion eröffnend

erklärte zunächst Herr Rieß, daß er der Besichtigung der Burgcaserne am vergangenen Dienstage allerdings nicht habe beiwohnen können, da ihn Privatgeschäfte daran gehindert hätten; er habe aber bereits in früheren Jahren unter Leitung des Biblio-

thekars Bethmann das Gebäude in Augenschein genommen und sei ihm daher der thatsächliche Zustand desselben schon länger bekannt. Auch sei er nicht so glücklich, in jenen Kreisen, welche sich für Erhaltung der Ruine so warm ausgesprochen, Bekanntschaft zu besitzen. Wenn er sich dessen ungeachtet für die Frage nicht so entscheiden könne, wie der Herr Referent, welcher rein tabula rasa machen wolle, so habe auch dieser Standpunkt seine volle Berechtigung, indem jener Rest, welcher der Erhaltung werth erscheine, das einzige Stück Profanbau aus der Zeit Heinrichs des Löwen sei, welches in Braunschweig überhaupt existire; rühre man es an, bevor es durch den Zahn der Zeit von selbst zusammenbreche, so könne man es nicht wieder hinstellen; es gebe eben keinen Ersatz dafür. Er habe, ohne an diese Sache zu denken, in letzterer Zeit Helmolds *Chronicon Slavorum*, herausgegeben in *Perk Monumenta Germaniae*, in der Uebersetzung von Laurent gelesen, und wenn man sich die Mühe geben wolle, nachzulesen, was jener Helmold, ein Lübecker Domherr und Zeitgenosse Heinrichs des Löwen, als Augenzeuge über die aus diesen Mauern hervorgegangenen geschichtlichen Thatsachen schreibe, so werde man sich einer gewissen Pietät nicht entschlagen können, das Bestehende, soweit es echt sei, zu erhalten zu suchen.

Daß die Rasenplätze Braunschweigs in schlechtem Zustande seien, habe für ihn bei dieser Angelegenheit wenig Bedeutung; das sei nur Sache der Verwahrlosung, indem hier Niemand, wie anderorten üblich, mit der speciellen Ueberwachung dieser Anlagen beauftragt sei.

Der fernere Vorschlag des Herrn Referenten, den Stadtbaumeister Winter zu instruiren, die Reste zu schonen, und alles historisch und bautechnisch Interessante zu erhalten, sei seines Erachtens nur eine Vertröstung, die keinen realen Werth habe; es komme ihm vor, als wolle man damit den gefallenen Stücken einen Todtenschein ausstellen. Architectonisch betrachtet hätten die Ueberreste, darüber brauche man nicht zu streiten, keinen bedeutenden Kunstwerth; es lägen aber andere Rücksichten vor, welche die Conservirung derselben forderten, Rücksichten, geboten durch die Thatsache, daß auf dieser Stelle Ereignisse stattgefunden und Pläne entstanden seien, welche für die Kulturgestaltung von ganz Nord- und Nordostdeutschland von größter Bedeutung geworden seien. Und diese Pietätsrücksichten seien es, welche ihn veranlaßten, dem Vorschlage des Stadtbaumeisters Winter, die Arcadenreihe zu erhalten, seine Zustimmung zu geben.

Was die Verkehrserleichterung anlange, so werde die Straße, welche an den stehenden bleibenden Arcaden vorüberführe, doch so breit werden, daß sie dem jetzigen Zustande gegenüber als bedeutende Verbesserung angesehen werden könne. Man dürfe sich dem Gedanken nicht verschließen, daß, wenn diese ehrwürdigen Baureste der Verkehrserleichterung geopfert würden, sie durch kein Gold der ganzen Welt so wiederherzustellen seien, wie sie jetzt ständen; wolle man sie aber abreißen und an einer andern Stelle wieder aufrichten, so würden sie doch den jetzigen Werth nicht haben. Man solle an andere Städte denken, die in gleicher Weise vorgegangen, z. B. an

Nürnberg, das einen Theil der Stadtmauer beseitigt habe. Wie habe damals alle Welt über dieses Vorgehen Empörung an den Tag gelegt!

Sein Vorschlag sei: Niederlegung der Mauern, Freilegung des Platzes, unter allen Umständen aber Erhaltung der Arcadenreihe.

Redner beantragte:

Die Versammlung wolle beschließen, daß die Burgoaserne mit Ausnahme der Arcadenreihe niedergelegt werde und daß erst nach Freilegung der letzteren ein Beschluß über den Abbruch derselben gefaßt werde.

Herr Steinacker: Es freue ihn, daß Jemand das Wort ergriffen habe, um dieses alt-ehrwürdige Denkmal, wie es Carl Schiller nenne, nicht so ohne Sang und Klang begraben zu lassen. Er müsse gestehen, daß ihn beim Durchschreiten jener Räume ein Gefühl der Wehmuth beschlichen habe. Man müsse immerhin bedenken, daß der Raum, wo die Arcaden stehen, derjenige Platz gewesen sei, auf welchem Heinrich der Löwe seine Hoheitsrechte ausübte, daß der obere Raum, ein Banketsaal, ihn in seiner vollen Kraft und Thätigkeit als Herrscher in Person gesehen habe; nach jeder Seite hin seien diese Räume von Bedeutung, ja von ehrwürdiger Autorität. Ob die Arcaden einen großen künstlerischen Werth hätten, wage Redner nicht zu entscheiden, er glaube, daß in hiesigen Kirchen ähnliche Pfeiler — einfache romanische Pfeiler mit Eckcylindern und obenauf Würfelcapitäl — vorhanden seien, und die Umfassungsmauern in künstlerischer Beziehung vielleicht noch etwas weniger der Erhaltung werth seien, und doch müsse er bitten, aus Pietätsrücksichten heute nicht den Beschluß zu fassen, Alles niederreißen zu lassen. Man möge den Stadtbaumeister Winter, welcher selbst einen dahingehenden Wunsch geäußert habe, zum Berichte darüber auffordern, was von den noch vorhandenen Ueberresten der Erhaltung werth erscheine und was beseitigt werden könne. Nach Redners Ansicht sei beim Stehenlassen der Arcaden zwischen und neben denselben immer noch genügend Raum, um für die Bequemlichkeit der Passage sowohl hinsichtlich des Fußgänger- wie des Wagenverkehrs keinen Abbruch befürchten zu müssen. Das sei aber eine Frage, die sich später erledigen lasse. Uebrigens glaube er nicht, daß die städtischen Behörden, wenn sie einen Theil der Ruine stehen ließen, dem Spotte Deutschlands anheimfallen würden, wie das die Meinung Verschiedener sei. Er glaube im Gegentheil, daß man sich, wenn so ohne Weiteres mit Leichtherzigkeit über das einzige Profanbauwerk, welches die Stadt von dem erlauchten Ahnherrn des braunschweigischen Fürstenhauses noch aufzuweisen habe, zur Tagesordnung übergegangen werde, viel eher in den Zeitungen Deutschlands, und zwar nicht in den allerunbedeutendsten, einem gerechten Tadel aussehe. Es könne sein, daß man schließlich durch die Verhältnisse gezwungen werde, gegen sein Herz zu stimmen, aber er bitte heute noch keinen Beschluß zu fassen, der etwas zur Folge habe, was nachher nicht wieder gutzumachen stehe.

Herr Stadtrath Rittmeyer war nicht der Meinung, daß die städtischen Behör-

den und Bürger Braunschweigs den Vorwurf zu fürchten brauchten, sie hätten nur materielle Interessen im Auge, strebten keinen idealen Zielen nach und hingen namentlich auch ihren historischen Erinnerungen nicht an. Man brauche ja nur darauf hinzuweisen, welche bedeutenden Summen die Stadt zur würdigen Restaurirung der alten Kirchen, der Ulrichs-, Magni- und Katharinen-Kirche aufgewandt habe, sowie auf die herrlichen und werthvollen Alterthümer, welche die Bürger Braunschweigs im städtischen Museum zusammengebracht hätten. Man müsse bei der vorliegenden Frage auch die practische Seite im Auge haben und erwägen: wie harmoniren alle diese Liebhabereien mit den gegenwärtigen Bedürfnissen, die den Stadtseckel schon so bedeutend in Anspruch nehmen? Wenn der Magistrat im Jahre 1873 der Versammlung mit dem Antrage gekommen wäre, für die Erhaltung der alten Arcaden 75 000 *M.* zu verwilligen, so würde er kein großes Glück damit gehabt haben und so werde auch wohl heute die Versammlung nicht geneigt sein, eine so erhebliche Summe dafür aufzuwenden. Wohl aber habe der Magistrat der Zeit den Antrag gestellt und sei auch damit durchgedrungen, diese bedeutende Summe zur Herrichtung einer höchst wichtigen Verkehrsader aufzuwenden, und auf diesem Standpunkte müsse man stehen bleiben. Beschließe die Versammlung die Beibehaltung der Burgcaserne, so würde dieselbe, da sie im jetzigen Zustande nicht bleiben könne, unter Aufwendung bedeutender Geldmittel umgebaut werden müssen und so doch den Character des Alterthümlichen verlieren. Beseitige man aber Dach und Umfangswände und lasse die Arcaden frei stehen, so dürften letztere auch nicht ohne Schutz gelassen werden, sie würden sonst, wie der Stadtbaumeister Winter wiederholt versichert habe, keine 10 Jahre stehen, indem sie der Witterung nicht widerstehen könnten. Wolle man aber zu ihrem Schutze ein neues würdiges Gebäude errichten, so müsse man zu den obigen 75 000 *M.* noch hundert Tausende aufwenden. Das könne man aber von den städtischen Behörden, bei aller Pietät für alte Ueberreste aus vergangenen großen Zeiten, nicht verlangen; diese müßten vielmehr den Bedürfnissen und Wünschen der Jetztzeit nach Möglichkeit Rechnung tragen. Er bitte, dem Antrage des Magistrats Folge zu geben.

Herr Krampe hielt es nicht für gerechtfertigt, eine lange Reihe von ziemlich plumpen, oben durch Bogen verbundene Säulen, welche einfach zur Stütze des darüberliegenden Bankettsaals gedient hätten, fortwährend mit dem stolzen Namen »Arcaden« zu bezeichnen. Er verstehe unter Arcaden einen überdachten zweireihigen Gang von Säulen. Um über den Begriff Klarheit zu gewinnen, bitte er um Aufschluß von sachmännischer Seite aus der Versammlung. Er stimme indeß dem Antrage des Herrn Nies bei.

Herr Oberbürgermeister Pockels war gleichfalls der Ansicht, daß man es in der Burgcaserne überall nicht mit Arcaden zu thun habe; auch er verstehe darunter eine doppel- oder mehrreihige parallele Säulenstellung oder aber eine Reihe von Säulen



vor einer Wand, so daß man immer einen Gang dazwischen habe, was in der Burg-caserne nicht der Fall sei.

Herr Nieß: Seines Wissens liege die Sache doch etwas anders. Diese Säulenreihe habe nicht bloß den Zweck gehabt, die Balken des Bankettsaals zu tragen; sie habe das untere Gemach, welches in früheren Zeiten zu Wohn- und Wirtschaftszwecken für die Gefolgsleute bestimmt gewesen sei, in zwei Theile getrennt und zu beiden Seiten einen Gang gebildet, so daß man wohl, ohne sich einen Verstoß zu Schulden kommen zu lassen, von Arcaden sprechen könne. Es habe zu jener Zeit die Baukunst keine Pfeiler und keine Stützen gestellt, ohne diese Form in ihrer Weise auszubilden. In Helmstedt finde man noch heute dieselbe Form in einer anderen Stilbildung am Zuleo, dem alten Universitätsgebäude.

Der Herr Vorsitzende warf die Frage auf, ob es bei Annahme des Nieß'schen Antrages, wonach über den Abbruch der Arcaden erst später beschlossen werden solle, möglich sei, daß die Feuerwehr, wie im Magistratschreiben ausdrücklich hervorgehoben sei, in die Caserne übersiedeln könne, ohne eine Beschädigung der Säulenreihe befürchten zu müssen.

Herr Stadtrath Rittmeyer war der Ansicht, daß durch eine Benutzung der Caserne seitens der Feuerwehr diesen alten massiven Pfeilern kein erheblicher Schaden zugefügt werden könne.

Herr Heymann: Im Laufe der Debatte habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß es zweckmäßig sei, auf den Nieß'schen Antrag, welcher eine Hinausschiebung der Angelegenheit hinsichtlich der Arcaden anstrebe, einzugehen, und doch habe er ein Bedenken gegen diesen Antrag: daß nämlich diese Hinausschiebung wegen der Unterbringung der Feuerwehr in der vom Herrn Vorsitzenden angedeuteten Richtung vielleicht höchst unzuweckmäßig sein werde. Die Feuerwehr könne, wie auch im Magistratschreiben hervorgehoben sei, im Thurne nicht bleiben, sobald die Caserne abgebrochen sei. Man würde sich also im schlimmsten Falle die Frage vorzulegen haben: läßt sich nicht provisorisch bis zur Vollendung des für die Feuerwehr in der Münzstraße projectirten Gebäudes ein anderer Aufenthaltsort für dieselbe schaffen, wie viel kostet das und sollen diese Kosten im Interesse der Sache aufgewandt werden? Danach könne die Sache nochmals gründlich geprüft und über drei wesentliche Punkte ein richtiges Urtheil gewonnen werden, nämlich: ist es möglich, die Arcaden ohne das Gebäude zu erhalten, wie würden sich dieselben freistehend ausnehmen, und ist in diesem Falle die Verkehrsstörung wirklich so bedeutend, wie hervorgehoben wird?

Herr Munte empfahl die Annahme des Magistratsantrags, da er sich einen günstigen Eindruck von den freigelegten Arcaden nicht versprechen könne.

Herr Reuter: Die Säulen bedürften allerdings bei einer Freilegung des Schutzes, sobald die Feuerwehr in der Caserne einquartirt würde, da sie leicht durch das Gefahren größerer Spritzen beschädigt werden könnten; hierdurch entstünden

jedoch selbstverständlich noch Kosten, die er in seinem Anschlage nicht vorgesehen habe, da er von der Annahme ausgegangen sei, daß die ganze Ruine abgebrochen werden solle. Es gebe aber auch noch ein ferneres Auskunftsmittel: man könne, da das Trocknen der Schläuche in neuerer Zeit vielfach auf andere Weise, als durch Placiren derselben in hohen Gebäuden, bewerkstelligt werde, zwei Etagen vom Feuerwehrturme abnehmen, lasse den übrigen Theil stehen und breche dann die Caserne ab: man würde auf diese Weise die Frage um so rascher zur Entscheidung bringen. Der Ansicht des Herrn Munte, daß die freigelegten Säulen keinen angenehmen Eindruck auf das Auge machen würden, könne er, zumal bei näherer Betrachtung der Stellung der einzelnen Säulen zur Kirche, nur beitreten. Letztere würde sich nach Redners Uebersetzung weit schöner präsentieren, wenn die ganze Caserne abgebrochen würde. Daß der ganze Platz dann kein harmonisches Bild abgeben würde, wie die Wolfenbüttler Herren glaubten, könne er nicht zugestehen; der Platz würde im Gegentheil sehr durch den Abbruch gewinnen, besonders, wenn erst die Feuerwehr von dort verlegt und schöne Neubauten wie z. B. das projectirte Dompredigerhaus, auf demselben entstanden wären. Ein Anderes wäre es, wenn man die Säulen versetzen könnte, das gehe aber nicht an, da sie dabei zerfallen würden. Redner gab anheim, die Sache, falls die Magistratsanträge nicht pure angenommen würden, einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen.

Herr Nieß bat nochmals, seinen Antrag anzunehmen, damit die Versammlung vor dem Vorwurfe bewahrt bleibe, daß sie zu eilig vorgegangen sei; es handle sich hier um eine Angelegenheit eigener Art. Sollte die Ansicht des Herrn Munte, daß die Arcaden bei einer Bloßlegung keinen freundlichen Anblick gewährten, sich als richtig herausstellen, so hätte man wenigstens den sich dafür Interessirenden — dabei wolle er nicht gerade von den Wolfenbüttlern sprechen, denn es interessirten sich auch noch andere Leute für diese Sache — den guten Willen gezeigt.

Referent: Er habe seinen Bericht mit etwas gemischtem Gefühle erstattet. Als Referent habe er sich verpflichtet gehalten, die Ansichten der Commission zum Ausdruck zu bringen, es möge ihm aber auch vergönnt sein, seiner persönlichen Gefühlsrichtung in einigen Worten Rechnung zu tragen. Auch er hege den lebhaften Wunsch, daß die denkwürdigsten Theile der Burgcaserne, wenn es irgend angehe, erhalten bleiben möchten, und es sei ihm schwer geworden, sich von dem gänzlichen Abbruche im Interesse der Verkehrserleichterung als unbedingt nothwendig zu überzeugen. Durch Annahme des Nieß'schen Antrags sei nun aber die Möglichkeit gegeben, daß das erhalten werde, was irgend der Erhaltung werth erscheine. Gewinne man später die Uebersetzung, daß Alles der Verkehrserleichterung geopfert werden müsse, so könne man dazu immer noch schreiten. Er bitte deshalb als Privatperson, nicht als Referent, dem Antrage des Herrn Nieß zuzustimmen.

Herr Steinacker betonte nochmals, daß allerdings zwingende Gründe für den gänzlichen Abbruch der Caserne sprechen könnten, diese seien aber heute noch nicht bei-

gebracht und ehe das nicht geschehe, könne er es nicht übers Herz bringen, dafür zu stimmen. Er bitte gleichfalls, dem Nieß'schen Antrage zuzustimmen.

Der Herr Vorsitzende, auf die letzten Äußerungen des Herrn Referenten sich beziehend, und hervorhebend, daß man daraus auf einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der Ansicht der Statuten-Commission und der des Herrn Nieß schließen könne, erklärte im Namen der Commission, als deren Vorsitzender, gegen solche Auffassung sich verwahren zu müssen. Es habe in dem Antrage der Commission der Wunsch derselben seinen Ausdruck gefunden, daß unter allen Umständen bei dem Abbruche, auch unter Aufwendung eines Geldopfers, in sachverständiger Weise constatirt werde, was in dem alten Baue an historisch oder architektonisch beachtenswerthen Ueberresten sich noch befinde, und daß durch Nachbitung derselben auf photographischem oder anderem Wege deren Erhaltung im Bilde gesichert werde. Bei dieser Anschauung der Commission erscheine der Antrag Nieß nicht als Gegensatz, sondern als eine Erweiterung des Commissionsantrages.

Hiernächst wurde dem Antrage Nieß, welcher als Zusatzantrag zu dem Commissionsantrage aufgefaßt wurde, sowie letzterm, mit Ausnahme einer Stimme, allseitig zugestimmt.

Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Herr Vorsitzende, daß es sich in jeder Beziehung sehr empfehle, auch die Commissionsanträge sämmtlich schriftlich zu überreichen.

Zu dem zweiten Theile der Magistratsvorlage, betreffend die Verlegung des provisorischen Wachlocals der Feuerwehr in die Burgeaserne, zu welchem der Herr Referent sodann überging,

beantragte Herr Heymann: »mit Rücksicht auf die Annahme des Nieß'schen Antrags, die Vorlage an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückzuweisen, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.«

Herr Schwarzenberg sprach sich für Zurückweisung des Magistratsantrags behuf Einholung eines Gutachtens des Stadtbauameisters Winter über die für Herichtung eines Schutzes für die Säulen aufzuwendenden Kosten aus, was

Herr Stadtrath Rittmeyer für unnöthig hielt. Eine einfache, leicht zu veranschlagende Bretterumkleidung genüge dem Zweck vollständig, zumal auch die Säulen bis auf Manneshöhe nicht von besonderm architektonischem Werthe seien.

Herr Nieß stimmte diesen Angaben zu, dabei die Kosten einer Bretterverschalung auf 50 bis 60 *M.* angehend.

Herr Tellgmann hielt eine Schutzvorrichtung schon deshalb für erforderlich, weil bei Anlage einer Gas- oder Wasserleitung, wie sie auch hier wohl zu erwarten stehe, gewöhnlich ein bischen radical verfahren werde und auf diese Weise die Pfeiler leicht ruinirt werden könnten.

Herr Reuter bezeichnete die vom Magistrate durch Einsparung der Miete für den Feuerwehrrthum bei dessen Abbruche erwarteten Vortheile als illusorisch, indem eine einfache Bretterbekleidung der Pfeiler höchst wahrscheinlich nicht genügen würde und auch für anderweite Unterbringung der zu trocknenden Schläuche Rath geschaffen werden müßte. Von einer Gasanlage sei indeß nichts Nachtheiliges zu befürchten, da diese eintretendenfalls nur provisorisch hergerichtet und auch nicht bis in die Mitte des Gebäudes geführt werden würde.

Herr Munte empfahl, den Magistratsantrag anzunehmen.

Die darauf erfolgende Abstimmung ergab die Ablehnung des Heymann'schen Antrags und Annahme des Magistratsantrags, letztere mit geringer Majorität.

Sodann

IV. wurde nach einem Referate des Herrn Munte über ein Magistrats-schreiben vom 7. Februar c., betreffend die Feststellung der Baulinie am Wilhelms-platz und im Langenhofe, und auf Grund zweier im Sitzungssaale ausgehängter Situationspläne beantragtermaßen beschlossen:

- 1) das Eigenthum der Herzogl. Landesregierung resp. der Herzogl. Cammer an dem zum Bau des Dompfarrgebäudes ausersehenen, auf dem Situationsplane B. mit a. e. d. f. g. h. bezeichneten Terrain unter den vorliegenden Umständen anzuerkennen.
- 2) die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß als Baulinie des Langenhofes und des Wilhelmsplatzes resp. als Begrenzungslinie des Pfarrbauplatzes die auf dem Situationsplane C. mit m. a. b. c. d. bezeichneten Linie festgestellt werde,
- 3) desgleichen, daß das Rasch'sche Gebäude seitens der Stadt zu einem werthentsprechenden, event. im Wege des Expropriationsverfahrens festzustellenden Preise angekauft und abgebrochen, daß die area des fraglichen Gebäudes nach Maßgabe der in Vorschlag gebrachten und festgestellten Baulinie m. a. des Situationsplans C. zum Theil zur Verbreiterung des Langenhofes verwandt, zum Theil dem Pfarrbauplatze hinzugefügt werde, und daß die Kosten des Ankaufs des fragl. Hauses von der Herzogl. Landesregierung resp. von der hiesigen Stadt nach Verhältniß der Größe des beiden Theilen zu überweisenden Terrains getragen werden,

wobei zugleich die Finanz-Commission ermächtigt ist, entweder einen im Wege gütlicher Vereinbarung zu ermittelnden Kaufpreis für das Rasch'sche Gebäude namens der Stadtverordnetenversammlung

lung zu genehmigen, oder aber sich für Einleitung des Expropriationsverfahrens zu erklären,

- 4) daß an Herzogliche Baudirection die Erklärung abgegeben werde, daß, falls die Stadt in den Besitz des Casinogrundstücks gelangen sollte, sie sich verbindlich mache, dasselbe in ähnlicher Weise zu bebauen resp. bebauen zu lassen, wie auf dem Situationsplane C durch Bleischraffirung angedeutet ist, mithin mit parkartigem Vorgarten und einer ähnlichen Einfriedigung, wie solche für das Pfarrgrundstück gewählt werden wird, wobei indeß ausdrücklich zur Bedingung gemacht werde, daß als Einfriedigung auch des neuen Pfarrgrundstücks keine Mauer, sondern ein eisernes Staket auf massivem, nicht über 0,75 m hohem Sockel zur Anwendung komme.

Danach

V. berichtete Herr Grote namens der Statutencommission über den Antrag des Magistrats vom 7. Februar c. — Auf Grund der dem Magistrate in der vertraulichen Sitzung vom 18. December v. J. vorläufig erteilten Ermächtigung hat derselbe den Erben der Wittve des Hoflieferanten Schrader geb. Denecke dieselbst das zum Nachlasse des Letzteren gehörige, vor dem Fallersteleberthore an der Trift und der Spielmannstwete belegene Gartengrundstück zu 67 a 36 qm sammt darauf befindlichen Gebäuden und übrigen Zubehör für den Preis von 50 000 *M.* zum 1. April d. J. behuf Errichtung einer Bürgerschule abgekauft. Bei Vorlegung des Kaufcontractes vom 14. Januar c. und der Nachtragsverhandlung vom 27. ej. m. ersucht der Magistrat um Erklärung der Genehmigung zum Ankauf des bezeichneten Grundstücks.

Auf Empfehlung der Commission wurde die beantragte Genehmigung ohne Debatte beschlossen.

Durch diesen Beschluß fand zugleich eine vom Architekten Schrader an die Versammlung gerichtete, vom Vorsitzenden heute ihrem Inhalte nach mitgetheilte Eingabe, in welcher derselbe die Bitte ausspricht, ihm mit Rücksicht auf seine ungünstigen Vermögensverhältnisse sofort von der Verkaufssumme eine bestimmte Quote zu bewilligen, ihre Erledigung, wie vom Vorsitzenden im Einverständnisse der Versammlung constatirt wurde

VI. wurde nach einem Referate des Herrn Heymann dem Magistratsantrage vom 16. Februar c. gemäß beschlossen, sich mit der Kündigung des dem Restaurateur Jordan auf sein am Hagenmarkte *N. ass.* 2101 belegenes Haus von der Stadt dargeliehenen Hypothekcapitals von 18 000 *M.* einverstanden zu erklären.

## Schließlich

VII. wurde über die Magistratsvorlage vom 16. Februar c., wegen einer Erhöhung der für die Functionen des Kreisbranddirectors und Commandeurs der Gesamtfeuerwehr hieselbst bislang gewährten Remuneration verhandelt.

Nachdem Herr Reuter den Sitzungssaal verlassen hatte,

beantragte Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission, dem Magistratsantrage gemäß, das Einverständniß dazu zu erklären, daß die Remuneration des Kreisbranddirectors und Commandeurs der Gesamtfeuerwehr Reuter von 1500 *M.* auf 2400 *M.* jährlich, vom 1. Januar d. J. an gerechnet, erhöht, und daß dieser Betrag aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden (Cap. XIV. sub 4 des Haushaltsetats) entnommen werde. Der Magistrat gehe bei seinem Antrage von der Voraussetzung aus, daß, falls etwa dem Director Reuter in dem projectirten Feuerlöschgebäude demnächst eine Dienstwohnung eingeräumt werden sollte, derselbe eine Wohnungsmiethe von 900 *M.* zu zahlen haben werde.

Von den bei der Vorberathung über diese Angelegenheit zugegen gewesenem 5 Commissionsmitgliedern haben sich 3 gegen und 2 für den Magistratsantrag erklärt. Referent, welcher die Minorität vertrat, hob hervor, daß die Majorität die dem Herrn Reuter bislang gezahlte Remuneration von 1500 *M.* als seinen Leistungen entsprechend angesehen und dabei betont habe, daß bei event. Neubefetzung der Stelle leicht ein pensionirter Officier oder eine sonstige qualifizierte Persönlichkeit für die gedachte Summe zu gewinnen sei. Die Minorität der Commission habe sich dieser Ansicht nicht anschließen können, vielmehr gemeint, daß die vom Magistrate in Vor-schlag gebrachte Remuneration im Vergleich zu den an anderen Orten für ein verantwortliches Haupt der Gesamtfeuerwehr ausgesetzten Summen noch als eine sehr mäßige zu bezeichnen sei, zumal man anerkennen müsse, daß Braunschweigs Einrichtungen von vielen Städten gleicher Größe als mustergültig anerkannt und nachgeahmt seien.

Herr Rieß hob hervor, daß in Folge des vortrefflichen Zustandes des Feuerlöschwesens in hiesiger Stadt die Prämien im Versicherungswesen heruntergedrückt seien und die jetzt beantragten Mehrausgaben für Remuneration auf diese Weise einem Theile der Bürgerschaft wieder eingebracht würden. Die Prämien für Baarenladungen und Mobilien seien um die Hälfte herabgegangen. Um sich über den Magistratsantrag ein klares Urtheil bilden zu können, sei es jedoch erforderlich, auch die Ansicht der Majorität der Commission zu hören.

Herr Rieke protestirte gegen die beantragte Remunerationserhöhung; der Materialismus, welcher von vielen Seiten bekämpft werde, trete bei solchen Erhöhungen stark zu Tage: die Herren, welchen sie zugebacht seien, führten so wie so schon ein angenehmes Leben gegenüber der großen nothleidenden Masse und könnten sich durch die Ehre ihrer Stellung schon etwas entschädigt fühlen.

Herr Ding schloß sich den Ausführungen des Herrn Vorredners an. Angesichts der traurigen Geschäftslage in allen Branchen könne man sich unmöglich für die Erhöhung der Beamtengehälter aussprechen; es sei jetzt nicht die passende Zeit dazu und er hätte gewünscht, daß der Magistrat mit seinem Antrage noch ein Jahr zurückgehalten hätte. Ueberdem sei Herrn Reuter erst kürzlich eine Aufbesserung dadurch zu Theil geworden, daß ihm Pensionsberechtigung bewilligt sei. Er empfehle den Antrag der Majorität der Commission zur Annahme.

Herr Tellingmann: Die Gründe, welche die Majorität der Commission zur Ablehnung des Magistratsantrags bestimmt hätten, seien folgende: Die Gehaltsverhältnisse des Herrn Reuter seien erst kürzlich in liberalster Weise von der Versammlung geregelt worden, indem ihm dadurch ein bedeutender Vortheil geschaffen sei, daß ihm, unter Belassung seines bisherigen Einkommens von 9000 *M.* jährlich, auch Pensionsberechtigung von 6600 *M.* zugestanden sei. Außerdem sei die Majorität von der Erwägung geleitet worden, daß das Amt eines Commandeurs der Feuerwehr früher ein viel umworbenees Ehrenamt gewesen sei, und daß auch jetzt noch die Hauptleute, deren Posten gewiß kein leichter sei, kein Gehalt bezögen; es sei also durchaus keine Noth vorhanden, Herrn Reuter um jeden Preis zur Beibehaltung seines Postens zu bestimmen. So schätzenswerth es sei, diesen Posten durch eine so tüchtige Kraft, wie die des Herrn Reuter, ausgefüllt zu sehen, so liege doch kein Grund darin, den Posten gegen früher so unverhältnißmäßig hoch zu dotiren.

Herr Oberbürgermeister Pockels ersuchte die Versammlung, sich nicht auf den Standpunkt zu stellen, den der Herr Vorredner einnehme. Die Sache liege so: Bei der commissarischen Vorprüfung der Magistratsvorlage über die Ordnung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Beamten der städtischen Gas- und Wasserwerke hätten sich mehre Commissionsmitglieder mit Entschiedenheit dahin ausgesprochen, daß das Gesamteinkommen des Directors Reuter aus seinen verschiedenen Functionen in Rücksicht auf das Maß der Leistungen nicht genügend sei, und demnach ein Antrag bezüglich einer Aufbesserung bei der Versammlung eingebracht werden müßte. Die Herren, welche diese Ansicht vertreten, hätten dabei die besonderen Verdienste des Herrn Reuter um das hiesige Feuerlöschwesen hervorgehoben. Man habe sich dann schließlich dahin geeinigt, von der Erhöhung des Einkommens des Herrn Reuter als Director an den Gas- und Wasserwerken abzusehen, dagegen eine Vorlage wegen Erhöhung des Einkommens als Kreisbranddirector zu begünstigen. So sei die Magistratsvorlage entstanden. Es sei nicht zu bezweifeln, daß die Stadt Braunschweig Herrn Reuter eine Feuerwehr verdanke, deren Einrichtung weit über die Grenzen des Herzogthums hinaus zum Muster genommen würde; Redner könne das aus eigener Erfahrung bestätigen, indem des Destern an den Magistrat von außen her Anfragen in dieser Beziehung gestellt würden. Wenn Herr Reuter sein Amt als Kreisbranddirector und Commandeur der Gesamtfeuerwehr einmal niederlegen sollte, so würde sich, und wenn man auch noch soviel Geld für den Nachfolger auslobe, kaum Jemand

finden, der mit verhältnißmäßig so geringen Mitteln das leiste, was Herr Reuter leiste. Redner empfehle deshalb, dem Magistratsantrage aus Rücksichten der dankbaren Anerkennung der Verdienste des Herrn Reuter um das hiesige Feuerlöschwesen und im Interesse der Stadt, welche dahin streben müsse, sich eine derartige Kraft solange als möglich zu erhalten, zuzustimmen.

Herr Winter: Es sei von einer Seite auf eine in voriger vertraulicher Sitzung gefallene Aeußerung zurückgegriffen. Damals habe er die Anfrage an den Magistrat gestellt, wie es sich mit der Beschaffung einer Wohnung für Herrn Reuter in dem neuerrichtenden Feuerwehr-Gebäude an der Münzstraße verhalte, worauf Herr Nief erwidert habe, daß darüber erst nach Vollendung des betreffenden Gebäudes gesprochen werden könne. Heute trete dieselbe Frage bereits an die Versammlung heran, es empfehle sich daher, eine Gehaltserhöhung des Herrn Reuter bis dahin ruhen zu lassen, daß das neue Gebäude fertig sei, denn man komme schließlich doch nicht darum weg, Herrn Reuter freie Wohnung zu gewähren. — Herr Nief' Ansicht, daß die Prämiensätze der Landesbrandversicherung nur durch die vortreffliche Einrichtung des hiesigen Feuerlöschwesens heruntergegangen seien, könne Redner nicht theilen; dieser Umstand sei vielmehr, wie auch Herr Kybiz in der letzten vertraulichen Sitzung schon zum Theil hervorgehoben habe, einmal auf den günstigen Stand des Reservefonds der Landesbrandversicherungscasse, dann aber auch auf die vermehrte Concurrnz auswärtiger Feuerversicherungs-Gesellschaften zurückzuführen. Bis vor ungefähr 25 Jahren seien hier nur 4 Gesellschaften concessionirt gewesen.

Referent hob noch hervor, daß die dem Herrn Reuter zugedachte Remunerationserhöhung nur eine richtige Consequenz der bei Berathung des Regulativs über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken gefaßten Beschlüsse sei, indem denjenigen Beamten, welche demnächst freie Wohnung erhalten würden, bereits eine Geldentschädigung vom 1. Januar d. J. an bewilligt sei. Außerdem habe sich Herr Reuter seit dem Jahre 1867 keiner Gehaltserhöhung zu erfreuen gehabt. Das Amt des Commandeurs der Feuerwehr aber als ein Ehrenamt betrachten zu wollen, sei sehr mißlich, denn erst mit der Honorirung übernehme derselbe eine Verantwortlichkeit, ohne, welche wirkliche Resultate nicht zu erzielen seien. Herr Winter müsse Redner erwidern, daß die Prämiensätze nicht nur durch die Concurrnz, sondern grade durch die guten Einrichtungen des Feuerlöschwesens herabgegangen seien, wie er, weil früher selbst im Versicherungswesen thätig, constatiren könne. Eine Erhöhung der Remuneration des Herrn Reuter als Commandeur der Feuerwehr sei um so mehr gerechtfertigt, als mit dem Posten eine Menge Ausgaben verbunden seien, und andererseits, z. B. in Bremen, der Director der Gas- und Wasserwerke allein mehr Gehalt beziehe als Herr Reuter in allen seinen Functionen zusammengenommen.

Herr Nief: Da bisher Niemand aus der Versammlung auf die Aeußerungen des Herrn Niefe zurückgegriffen habe, so sehe er sich, wie bereits auf ähnliche Aus-



lassungen in der letzten vertraulichen Sitzung, zu einer kurzen Erwiderung veranlaßt; es sei eben nicht gut, die von Herrn Rieke der Versammlung entgegengeworfene Apostrophe, weil sich grade nichts Thatsächliches darauf erwidern lasse, unbeantwortet zu lassen, es könnte sonst leicht den Anschein gewinnen, als ob Niemand etwas zu erwidern gewußt hätte, auch könnte Herr Rieke leicht in dieser Annahme bekräftigt werden. Wenn Herr Rieke — ob aus eigener Initiative, oder im Sinne Anderer, könne Redner nicht feststellen — sage, daß aus dem Magistratsantrage Materialismus hervorleuchte, so sei diese Anschauung doch eine so widersinnige, daß sie nicht besonders widerlegt zu werden brauche. Es sei kein Materialismus, wenn einem verdienten Beamten von seiner vorgesetzten Behörde das Gehalt bewilligt werde, welches ihm vermöge seiner Leistungen zukomme. Würde Herr Rieke mit seinen Ideen durchbringen können, so würde allerdings die Möglichkeit, daß zweierlei Leute auch zweierlei Einnahmen hätten, bald ausgeschlossen sein; die Ordnung der Dinge aber, daß die Leute, welche arbeiten könnten und wollten und das geistige Zeug dazu befäßen, mehr erringen könnten als die Faulen und geistig Zurückgebliebenen, werde Herr Rieke nimmermehr aus der Welt schaffen. — Redner wandte sich sodann mit einigen Worten gegen die Auslassung des Herrn Winter, indem er betonte, daß die Versicherungsgesellschaften nur deshalb einander die Concurrenz bieten und die Prämiensätze herunterdrücken könnten, weil sie bei dem vortrefflichen Zustande des hiesigen Feuerlöschwesens vor der Gefahr großer Verluste ausreichend gesichert wären. Redner empfahl schließlich den Magistratsantrag zur Annahme.

Herr Grote schloß sich den Ausführungen des Herrn Referenten an.

Nachdem sodann noch

Herr Winter den Ausführungen der Herren von Seckendorff und Nies gegenüber seine Meinung aufrecht erhalten,

und Herr Zellgmann sich gegen einen etwaigen Vorwurf, daß er die Verdienste des Herrn Reuter als Kreisbranddirector nicht gehörig zu würdigen wisse, verwahrt,

auch Herr Rieke in einer persönlichen Bemerkung den indirecten Vorwurf des Herrn Nies, daß er sich nicht von seiner eigenen Ueberzeugung hätte leiten lassen, zurückgewiesen hatte,

wurde der Antrag des Magistrats resp. der Minorität der Commission mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen.

Darauf schloß der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung, nach 8 Uhr;

ihr folgte noch eine kurze vertrauliche zur Beschlussfassung über einen Magistratsantrag, betreffend die Bewilligung eines Extraordinariums für einen Lehrer.

(Beilage zu **N 87** der **Braunschw. Anzeigen**.)**1880.**(Fortsetzung der Beilage zu **N 83** de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N 4.**

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. März 1880.

**Öffentlich:**

- I. Interpellation des Herrn Rieß, betreffend den Abbruch der Burgaserne.
- II. Beantwortung der Interpellation des Herrn Riese wegen der bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke vorgekommenen Unregelmäßigkeiten.
- III. Mittheilungen des Magistrats bezüglich der Einrichtung ärztlicher Nachtwachen.
- IV. Entschädigungen für im Dienste beschädigte Mitglieder hiesiger Feuerwehren.
- V. Bewilligung von Gehaltsquoten für Personal der Schule an der Osterstraße.
- VI. Bewilligung von Geldmitteln behuf Beschaffung von Aushülfe in den Geschäften eines Schulpedellen.
- VII. Provisorische Anstellung einer Lehrerin.
- VIII. Bewilligung von 100 *M* zur Anschaffung von Schulbüchern für untere Bürgerschulen.
- IX. Austausch bezw. Ankauf von Terrain am Feldweg *N 141* im Hagen.
- X. Bewilligung einer außerordentlichen Remuneration für einen Magistratschreiber.
- XI. Bewilligung von 200 *M* zu einer Brunnenanlage für die neue Mädchenschule.
- XII. Deckung einer Ueberschreitung des Etats des städtischen Museums.
- XIII. Abschluß neuer Dienstverträge mit städtischen Beamten.

**Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.**

- 1) Wahl eines Mitgliedes zu dem zu bildenden Comité wegen Einrichtung eines Denkmals zur Erinnerung an das Jubiläum Sr. Hoheit des Herzogs.
- 2) Wahl von Mitgliedern zur Ersatzcommission.

**Vertraulich:**

**Sitzung der Stadtverordneten.**

- 1) Canalisirung der Oker in der Gegend des Bruchthors und Feststellung einer Baulinie daselbst.
- 2) Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Grote, Jasper, Steinacker und Wilke. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Bammel, Haake und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden Otto

wurde zunächst vom Herrn Oberbürgermeister Pockels das in das Magistrats-Collegium neu eingetretene Mitglied, Herr Stadtrath Ketemeyer, der Versammlung vorgestellt.

Der Herr Vorsitzende hieß denselben in der Mitte der Versammlung namens derselben willkommen, indem er daran den Wunsch knüpfte, es möge das neue Mitglied volle Befriedigung in der Betheiligung an dem einträchtigen Zusammenwirken von Stadtmagistrat und Stadtverordneten für das Wohl der Stadt Braunschweig finden.

Herr Stadtrath Ketemeyer dankte darauf für das ihm durch die Wahl zum Magistratsmitgliede geschenkte Vertrauen, welches um so ehrenvoller für ihn sei, als die Versammlung gewußt habe, daß er sich in seinem bisherigen Wirkungskreise noch nicht den Schatz von Erfahrungen im Verwaltungsfache habe sammeln können, welchen seine jetzige Stellung erfordere, versprach aber bemüht sein zu wollen, den ihm übertragenen Posten würdig auszufüllen und drückte die Hoffnung aus, daß sein Wirken der Stadt zum Segen gereichen werde.

Es lagen die Protokolle vom 11. und 18. December v. J. und 9. Februar d. J. zur Genehmigung vor.

Herr Winter bemerkte zum Protokolle vom 18. December v. J., daß er darin eine auf den Vortrag des Herrn Reuter in der Debatte bezüglich einiger Aenderungen des Statuts über das Feuerlöschwesen vorgebrachte Berichtigung vermissen, deren nachträgliche Reproduktion er zur Klarlegung der Sache für erforderlich erachte. Er habe unter Andern hervorgehoben: »er müsse Herrn Reuter's Ausführungen insoweit berichtigen, als seines Wissens nicht über die bereits in der Feuerwehr befindlichen, nicht aus dem Männerturnvereine hervorgegangenen Mitglieder, sondern nur über solche, welche sich von nun an zum Eintritt in die Turnerfeuerwehr melden würden, und nicht schon dem Männerturnvereine angehörten, ein Ballottement stattfinden solle; es sei dies ein erheblicher Unterschied.« Dieser Passus sei zu Beginn der Seite 242 einzuschalten.

Die Versammlung erkannte die Richtigkeit der Ausstellungen an, worauf das Protokoll unter Vorbehalt der Ausnahme der Berichtigung in das gegenwärtige Protokoll genehmigt wurde.

Die beiden anderen Protokolle gaben zu Ausstellungen keinen Anlaß und wurden ohne Weiteres genehmigt.

## Danach

I. verlas der Herr Vorsikende folgende von Herrn Nieß gestellte Interpellation an den Stadtmagistrat:

»Hat der verehrliche Stadtmagistrat officiell Kenntniß genommen von den wichtigen Architecturdetails, welche in der Burg Dankwarderode gefunden sind und entsprechende Stellung genommen zu der dadurch neugeschaffenen Situation bezüglich des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Februar a. c.«

Herr Nieß bemerkte hierzu, er halte, da im Augenblick Niemand wisse, wie die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums nach diesem Funde ausfallen werde, für geboten, daß seitens der städtischen Behörden nichts versäumt werde, um die vorhandenen Reste der Burgcaserne vor dem geplanten Abbruche zu schützen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärte sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit: Der Beschluß, die Burgcaserne bis auf die durch dieselbe hinziehende Bogenreihe abzubringen, sei von den städtischen Behörden unter der Voraussetzung gefaßt, daß bei dem Abbruch, der dieserhalb mit besonderer Vorsicht vorgenommen werden sollte, nicht etwa Denkmäler vorgestanden würden, die der Erhaltung werth seien. In diesem Sinne habe denn auch der Magistrat dem Herzoglichen Staats-Ministerio Bericht erstattet und zwar aus der Rücksicht, weil diese Behörde s. Z. bei Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten des Ankaufs der Burgcaserne sich das Recht vorbehalten habe, über die demnächstige Verwendung derselben gehört zu werden. Hinterdrein habe allerdings der Stadtbaumeister einberichtet, daß in der östlichen Umfangsmauer der Caserne eine Fensterreihe aufgefunden und theilweise von ihm bloßgelegt sei, durch welche die Motive der architectonischen Ausbildung des ursprünglichen Aeußern dieses Bauwerks ohne Zweifel klar gestellt würden. Der Magistrat habe diese Entdeckung, weil dieselbe vielleicht für das Schicksal der vormaligen Burgcaserne von entscheidender Bedeutung sein werde, sofort dem Herzoglichen Staatsministerium berichtet; eine Entschließung dieser Behörde stehe noch aus. Im Uebrigen habe er (Redner), da dem Magistrate zu einer weitergehenden gründlichen Untersuchung nach einem festen Systeme die erforderlichen Geldmittel bekanntlich noch nicht zur Verfügung gestellt seien, die einstweilige Einstellung jener Untersuchungsarbeiten angeordnet. Auch habe er zugleich angeordnet, daß Niemand ohne Vorwissen des Stadtbaumeisters die Burgcaserne betreten solle, und zwar aus dem Grunde, damit nicht etwa von unberufener oder frevelnder Seite an dem Innern derselben im Mauerwerke eine Zerstörung oder Beschädigung ins Werk gesetzt würde, für die man hinterher keinen Andern, als ihn, verantwortlich machen würde. Zu diesen letzteren Mittheilungen habe er sich veranlaßt gefunden gegenüber den verdrehten Redereien über diese Anordnungen und über die durch dieselben bedingte Handlungsweise des Stadtbaumeisters.

Weitere Anträge über die Behandlung der Burgasferne bei der jetzt wesentlich veränderten Sachlage, namentlich auch in Betreff eines vom Stadtbaumeister bereits angeforderten Credits zur Fortsetzung der bereits angefangenen Forschungen, habe sich der Magistrat einstweilen vorzubehalten.

Herr Rieß erklärte sich durch diese Auskunft befriedigt.

### Ferner

II. beantwortete Herr Oberbürgermeister Pockels die von Herrn Rieke in der Sitzung vom 18. December v. J. gestellte Interpellation, betreffend die bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke vorgekommenen Unregelmäßigkeiten: Der Motivirung nach habe der Herr Interpellant diejenigen Vorkommnisse gemeint, welche im verflossenen Herbst zu der Selbstentlebung des ehemaligen Cassirers Piepenbrink, sowie zu dem gerichtlichen Verfahren gegen den ehemaligen Gascontroleur Hesse geführt hätten. Redner verlas zunächst ein in dem gegen den Hesse gefällten gerichtlichen Erkenntnisse enthaltene Darstellung von den Obliegenheiten dieser beiden Beamten bei Einkassirung der Rückstände des Gaswerks. Es ging daraus hervor, daß Hesse auf Grund von ihm überlieferten Quittungen von den Consumenten des Gaswerks Geldbeträge einzuziehen und diese oder die nicht honorirten Quittungen an den Cassirer Piepenbrink abzuliefern hatte. Hesse hat nun seit Jahren stets wachsende Beträge für sich behalten und im eigenen Nutzen verwendet, wobei er verschiedene als rückständig angegeben, ohne die betreffenden Quittungen abzuliefern. — Wie aus den Untersuchungsacten hervorgehe, treffe Piepenbrink kein weiteres Verschulden in dieser Angelegenheit, als daß er in dem Glauben an die Ehrlichkeit des Gascontroleurs es unterlassen habe, sich tagtäglich die wegen nicht erfolgter Zahlung nicht an Consumenten ausgehändigten Quittungen zurückgeben zu lassen. Eine ausreichende Controle in Bezug auf die Einkassirung werde sich erst ausführen lassen, wenn der in Aussicht genommene Neubau des Verwaltungsgebäudes für Gas- und Wasserwerke hergestellt sei. Die Deputation für dasselbe habe den bisherigen Uebelständen einstweilen dadurch Abhülfe zu schaffen gesucht, daß sie von Oestern an ein weiteres Zimmer für Büreauzwecke disponibel gestellt habe. Es liege — was man wohl als eine Unregelmäßigkeit bezeichnen könne — ein Uebelstand darin, daß die Gas- und Wasserwerke, besonders aber das erstere, in Folge der großen Ausdehnung dem vor verhältnißmäßig langer Zeit erlassenen Regulative über den Kopf gewachsen seien und dieses in Folge davon manche veraltete, für die heutigen Verhältnisse nicht mehr passende Bestimmung enthalte. Die Deputation habe deshalb zur Herbeiführung einer sicheren und controlirbaren Verwaltung bereits vor längerer Zeit ein neues Regulativ auszuarbeiten beschlossen, welches demnächst zur Vorlage kommen werde.

Nachdem Herr Rieke sich mit dieser Beantwortung seiner Interpellation für vollständig zufriedengestellt erklärt hatte,

III. fuhr Herr Oberbürgermeister Voßels fort: Auf Anregung aus der Mitte der Versammlung habe der Magistrat im October v. J. versuchsweise eine Einrichtung getroffen, welche den unbemittelten Einwohnern die Erlangung ärztlicher Hülfe zur Nachtzeit erleichtern solle. Diese Einrichtung habe darin bestanden, daß eine Anzahl von Aerzten sich bereit erklärt habe, auf Anforderung diese Hülfe zu leisten, wogegen der Magistrat bereit gewesen, den Aerzten das Honorar für Hülfeleistung an unbemittelte Einwohner aus der Stadt- oder Armenkasse zu zahlen, wenn die Einziehung des Honorars von den Pflichtigen sich als unmöglich herausgestellt habe. Ärztlicher Seits sei jedoch der Anspruch erhoben, daß das Honorar immer Seitens der Stadt gezahlt werde, und dieser überlassen bleibe, die Pflichtigen zur Erstattung des Honorars anzuhalten. Auf diesen Anspruch habe der Magistrat geglaubt, nicht eingehen zu sollen und sich genöthigt gesehen, einstweilen die ins Leben gerufene Einrichtung, nachdem sie 6 Wochen bestanden, wieder aufzuheben. Er habe sich später mit dem Oberarmenarzte in Verbindung gesetzt, um zu prüfen, ob vielleicht durch Heranziehung der Armenärzte dem Zwecke der erwähnten Einrichtung genügt werden könne. Der Oberarmenarzt habe dem Magistrate darauf erwidert, daß auch schon die gegenwärtig vorhandenen Armenärzte sich den ihnen obliegenden Verpflichtungen im vollsten Maße bewußt seien, und daß es sich empfehle, bei Anstellung neuer Armenärzte gleich darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Aerzte resp. Wundärzte instructionsmäßig verpflichtet würden, unbemittelten Einwohnern zur Nachtzeit Hülfe zu leisten und die Honorirung dafür aus der Stadtkasse zu gewärtigen. — Darüber hinausgehende Einrichtungen zu treffen, sei der Magistrat augenblicklich nicht in der Lage. Eine Gelegenheit, die Sache vollständig zu ordnen, werde sich bei der in Aussicht genommenen Reorganisation des städtischen Armenwesens darbieten, der Magistrat glaube aber auch bis dahin weitergehende Einrichtungen verschieben zu können, weil in der That ein dringendes Bedürfniß zu solchen Einrichtungen nicht anerkannt werden könne. Der ärztliche Kreisverein habe von Anfang an ein Gleiches erklärt, und die Stadt sei in der Zeit, wo die gedachte Einrichtung bestanden, nur ein einziges Mal in die Lage gekommen, die Liquidation eines Arztes zu honoriren. Daß ein Bedürfniß zu sofortigen weitergehenden Einrichtungen nicht vorliege, lasse sich aus einem Vorfalle schließen, der sich neuerdings zugetragen habe. Ein unbemittelter, vor dem Thore wohnender Mann, dem ein Familienmitglied erkrankt gewesen, sei nacheinander zu drei verschiedenen Aerzten hingegangen und habe, da dieselben nicht zu Hause gewesen seien, seine Adresse hinterlassen; die Folge sei gewesen, daß drei Aerzte zu gleicher Zeit am Krankenbette erschienen seien.

Herr von Seckendorff theilte darauf mit, daß vom Magistrate die Niederlegung eines auf dem Grundstücke der höheren Mädchenschule befindlichen Abortgebäudes und die Errichtung desselben auf einer anderen Stelle beabsichtigt werde. Eine Vorlage über die Kosten werde später erfolgen.

### Zur Tagesordnung übergehend

bemerkte der Herr Vorsitzende, daß zur Behandlung des Punktes I. derselben, betreffend die Sanafisirung der Oser in der Gegend des Bruchthors und Feststellung einer Baulinie daselbst, der Magistrat vertrauliche Sitzung beantragt habe.

Es wurde nach Schluß der öffentlichen Sitzung diesem Antrage gemäß beschlossen.

IV. berichtete Herr Heymann für die Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 5. März c. — Der Kreisbranddirector Reuter hat unterm 28. Februar c. für zwei im Dienste beschädigte Feuerwehrleute, den Spritzenmeister Rud. Rusche von der Bürgerfeuerwehr und den Steiger Nortmann von der städtischen Feuerwehr Entschädigungen beantragt. Rusche ist bei einem Brande am 8. November 1878 beim Herabsteigen einer nassen Bodentreppe ausgeglitten und die Treppe hinuntergestürzt und hat in Folge davon eine heftige Rückenmarkerschütterung erlitten. Sein Zustand ist jetzt derartig, daß die Aerzte nur noch Heilung von dem längeren Besuche eines Curoorts im Süden erwarten. Kreisbranddirector Reuter hat daher beantragt, Rusche als Entschädigung für die Vergangenheit und zur Befreiung der Kosten einer Badereise eine seinen Verhältnissen angemessene Entschädigung von 2000 M. zu bewilligen. — Nortmann ist bei einer Uebung der städtischen Feuerwehr am 14. September 1879 aus einer Höhe von etwa 5 m zur Erde gestürzt und hat dabei, wie ärztlich festgestellt, einen Schädel-, einen Rippen- und einen Brustbeinbruch, sowie eine Schlüsselbeinverrenkung erlitten. Es steht anzunehmen, daß Nortmann, wenn auch nicht in seinem Berufe als Dachdecker, wieder erwerbsfähig werden wird, es wird sich dieses aber erst nach einiger Zeit genauer beurtheilen lassen. Für jetzt hat der Kreisbranddirector für denselben als Curokostenvergütung und zum Unterhalten seiner Familie eine Entschädigung von 550 M. beantragt. — Der Magistrat schließt sich diesen Anträgen an und giebt die einstweilige Deckung der Kosten aus der Kreiscommunalcasse anheim mit dem Bemerken, daß er wegen definitiver Deckung derselben nach Abschluß der städtischen Rechnungen de 1879 weitere Anträge stellen werde.

Die Anträge (welche sich auf §. 40 des Gesetzes über das Feuerhülfswesen vom 2. April 1874 stützen) wurden vom Herrn Referenten zur Annahme empfohlen.

Auf eine Anfrage des Herrn Krampe, ob denn Rusche mit jenen 2000 M. ein für alle Mal abgefunden sein solle, oder ob für denselben event. auch ferner gesorgt werden werde,

bemerkte Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Herr Vorredner könne sich versichern, daß der Magistrat sich stets der Pflicht bewußt sein werde, für derartig verunglückte Bürger zu sorgen und bereits in Erwägung gezogen habe, wie dem Rusche, wenn derselbe früher oder später als halb oder ganz invalide seine

Thätigkeit wieder aufnehmen könnte, durch Verleihung einer feineren früheren Lebensverhältnissen entsprechenden Stellung auf irgend einem Rechnungsbureau geholfen werden könne, damit das unbehagliche Gefühl einer Unterstützungsbedürftigkeit von demselben fern gehalten werde.

Herr Krampe sagte dem Herrn Vorredner für diese beruhigende Zusicherung namens der bedrängten Rusche'schen Familie verbindlichsten Dank, worauf die obgedachten Summen bewilligt wurden.

V. wurden auf einen Magistratsantrag vom 21. Februar c. nach einem Referate des Herrn von Seckendorff namens der Finanzcommission für einen Schulinspector an der neuen Bürgerschule an der Klosterstraße der vierteljährliche Minimalgehalt von 750 *M.* und für einen Pedell daselbst 195 *M.* für das letzte Quartal d. J. aus den durch den Schulcassenetat zur Verfügung der städtischen Behörden gestellten Mitteln bewilligt.

Der Herr Vorsitzende bemerkte dabei, daß die eben erledigte Angelegenheit nur noch von finanzieller Bedeutung und daher der Schul-Commission nicht überwiefen. Zugleich nahm derselbe Gelegenheit, hiebei auf die Bestimmung der Geschäftsordnung hinzuweisen, nach welcher es Sache der Commissionen sei, andere Commissionen zur Theilnahme an Vorberathungen, wo sich solches als nöthig herausstelle, einzuladen.

VI. wurden einem Magistratsantrage vom 20. Februar c. gemäß, auf Empfehlung des Referenten der Schulcommission, Herrn Schwarzenberg, 1) für Vertretung des erkrankten Pedellen Delfstör bei der dritten unteren Bürgerschule vom 1. Januar c. an bis auf Weiteres, jedoch nicht über das laufende Quartal hinaus monatlich 50 *M.* aus der Schulcasse, 2) dem Delfstör wegen langwieriger Krankheit und Bedrängniß eine Unterstützung von 100 *M.* aus der Schulstrafgeldkasse bewilligt.

VII. berichtete Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission über ein Magistrats Schreiben vom 20. Februar c. — Nach einem Berichte des Schuldirectors Schaarschmidt hat sich herausgestellt, daß die für die unteren Bürgerschulen vorhandenen Klassen trotz der zum 1. April c. einzurichtenden 4 Parallelklassen zu ordnungsmäßiger Einschulung der Kinder nicht ausreichen werden, so daß noch eine fernere Lehrkraft zur Verfügung gestellt werden muß. Der Schulvorstand giebt anheim, diese fehlende Lehrkraft in der Person einer Lehrerin zu engagiren, welche während ihres Probejahrs eine Remuneration von 900 *M.* zu beziehen haben würde. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und trägt darauf an, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß eine Lehrerin zum 1. April d. J. provisorisch auf ein Jahr angenommen werde —



ein Antrag, welchem die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Referenten ohne Debatte stattgibt.

VIII. Die Freischüler der unteren Bürgerschulen werden mit den nöthigen Schulbüchern und Schulutensilien auf Kosten der Armencaſſe verſehen. Neben dieſen Freſchülern giebt es nun aber in den unteren Bürgerschulen noch viele andere Kinder, deren Eltern ihnen ordentliche Schulbücher entweder nicht halten können, oder aber aus Gleichgültigkeit, unter dem Vorwande des Mangels an Geldmitteln, nicht halten wollen. Der Schulvorſtand erklärt, daß dieſer Mißſtand, unter welchem der Unterricht leidet und durch welchen das regelmäßige Fortſchreiten der Kinder gehemmt, die Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung erſchwert wird, nicht anders, als durch Verſorgung der betreffenden Kinder mit Schulbüchern aus öffentlichen Mitteln werde beſeitigt werden können; der Schulvorſtand verhehlt ſich aber dabei nicht, daß mit Gewährung freier Schulbücher Mißbrauch in der Richtung könne getrieben werden, daß gleichgültige Eltern die Verſorgung ihrer Kinder mit Schulbüchern, obwohl dazu im Stande, unterlaſſen und ſich darauf berufen würden, daß anderen Kindern, deren Eltern nicht in ſchlechterer Lage ſich befänden, ſolche Bücher ſchulſeitig angeſchafft ſeien. Der Schulvorſtand iſt der Anſicht, daß zunächſt verſuchsweiſe in einer der unteren Bürgerschulen den Kindern bedürftiger Eltern die fehlenden Bücher und Utensilien ſchulſeitig und zwar ſo geliehen werden, daß die letzteren von den Kindern nicht mit nach Hauſe genommen werden dürften, welche Einrichtung für das laufende Jahr 100 *M.* erforderlich machen würde. In Uebereinkunft mit dem Schulvorſtand trägt der Magiſtrat in ſeinem Schreiben vom 21. Februar c. darauf an, dieſe 100 *M.* zu beregtem Zwecke von dem verfügbaren Vorrathe der Schulſtrafgeldcaſſe zu bewilligen.

Die Schulcommiſſion, namens welcher Herr Löſekrug berichtet, iſt im Allgemeinen mit dieſem Antrage einverſtanden, dabei aber doch der Anſicht, daß der beabſichtigte Zweck nicht ganz erreicht werde, wenn die Kinder die Schulbücher nicht mit nach Hauſe nehmen dürften, da beſpielsweiſe Catechiſmen und Geſangbücher beim alleinigen Gebrauch in der Schule wenig nützen würden. Die Commiſſion empfiehlt daher die Annahme des Magiſtratsantrags mit der Aenderung, »daß es dem Schulvorſtande überlaſſen bleibe, zu beſtimmen, ob und in welchen Fällen dieſe Schulbücher den Kindern mit nach Hauſe gegeben werden können.«

Herr Kloß hielt die angeforderte Summe für zu gering und beantragte, eine event. Ueberschreitung derſelben bis zu 50 *M.* gutzuheißen.

Nach einigen Debatten unter den Herren Oberbürgermeiſter Pockels, Krampe, Mühe, Haſenbalg, Schwarzenberg und dem Herrn Referenten, wobei Herr Krampe die Annahme der Vorlage für ſehr gefährlich hielt, da die Anſchaffung von Schulbüchern von Vielen als Luxus betrachtet werde und die Anſprüche der

Eltern danach ins Maßlose wachsen würden, und der Herr Referent die angeforderte Summe Herrn Kloss gegenüber als völlig genügend bezeichnete, indem es sich hier nicht um die Unterstützung recipirter Armer, sondern darum handele, Leuten, die nicht gerade arm seien, denen aber dennoch die Anschaffung von Schulbüchern schwer werde, im Interesse des Unterrichts zu Hülfe zu kommen,

zog Herr Kloss seinen Antrag unter dem Bemerken zurück, daß er bei der Armenverwaltung demnächst die Bewilligung einer Summe zu gedachtem Zwecke besonders beantragen werde.

Danach wurde der Principal-Antrag des Magistrats mit dem Zusatzantrage der Commission genehmigt.

### Sodann

IX. berichtete Herr Schwarzenberg namens der Statuten-Commission über ein Magistrats Schreiben vom 20. Februar c. — Die Verwaltungsdeputation der Feldmarksiinteressentschaft Hagen hat an den Branntweinbrenner Müller von dem auf Blatt III. des Feldrisses Hagen mit N. 141 bezeichneten Feldwege zwei Parzellen von resp. 6 qm und 21 qm für 60 M. verkauft, wozu der Magistrat die Genehmigung ertheilt hat. Da nach dem projectirten Ortsbauplane eine Verbreiterung des vorbezeichneten Feldweges in Aussicht genommen ist, in Folge deren Müller von seinen Grundstücken Terrain zur Straße abzutreten haben, theils Straßenterrain zugelegt erhalten würde, so hat der Magistrat mit demselben die Vereinbarung getroffen daß die abzutretenden, resp. zu empfangenden Flächen gegen einander vertauscht werden sollen, und daß der sich bei solchem Tausche ergebende, dem Müller zu gute kommende Terrainüberschuß von letzterem mit 2,2 M. per qm baar vergütet werden solle. Ferner hat der Magistrat mit Müller vereinbart, daß bei erfolgender Abtretung der Parcellen des Müllerschen Grundstücks die Kosten der Versekung der vor der nördlichen Parcellen befindlichen Mauer vom Stadtmagistrate zu tragen sei, sowie daß die Kosten des Notariatscontracts und der Ausführung desselben zur Hälfte von der Stadt zu übernehmen seien. Da für den Fall der demnächstigen Ausführung des projectirten Ortsbauplans die vorstehende Vereinbarung augenscheinlich von Nutzen für die Stadt ist, so ersucht der Magistrat um Genehmigung der getroffenen Vereinbarung.

Ohne Debatte wurde der Antrag angenommen, nachdem der Commissionsreferent sich dafür ausgesprochen hatte.

X. wurde nach einem Referate des Herrn von Seckendorff auf einen Magistratsantrag vom 5. dieses Monats dem bei der Stadtverwaltung in Bremerhaven zum Registrator gewählten Magistratschreiber Heise wegen besonderer Dienstleistungen im Jahre 1879 nachträglich eine außerordentliche Gratification von 150 M. bewilligt.

## Wie

XI. Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission referirte, hat der auf dem Hofe der städtischen höheren Mädchenschule stehende Brunnen, weil gesundheitschädliches Wasser liefernd, geschlossen werden müssen. Auf dem Grundstücke der Stadtcasse, hart an der Grenze des Schulgebäudes, steht ein gutes Wasser liefernder Brunnen, welcher für die Schule durch Einsetzung eines Saugrohrs nutzbar gemacht werden kann. Die Kosten einer dahin zielenden Einrichtung belaufen sich nach ungefähre Schätzung auf 200 M., und beantragt der Magistrat in seinem Schreiben vom 8. d. M. zur Herstellung der gedachten Brunnenanlage einen Credit bis zu dieser Summe auf den Etat der Casse der höheren Mädchenschule zu gewähren.

Auch dieser Antrag wurde auf Empfehlung der Commission ohne Debatte angenommen.

## Ferner

XII. beschloß die Versammlung auf Vortrag des Herrn von Seckendorff einem Magistratsantrage vom 8. d. Mts. gemäß, eine Ueberschreitung des Etats des städtischen Museums pro 1879 mit 471 M. 72 S für das Mal genehm zu halten, nachdem der Herr Referent erwähnt hatte, daß Herr Overbürgermeister Pockels, welcher den Commissionsverhandlungen beigewohnt habe, mit der Verwaltung des städtischen Museums in Erwägung ziehen werde, wie künftigen Etatsüberschreitungen möglichst vorgebeugt werden könne.

XIII. genehmigte die Versammlung den Abschluß der mittels Magistratschreibens vom 5. d. M. vorgelegten, mit dem Director Reuter sowie mit dem Oberingenieur Mitgau abzuschließenden Dienstverträge, nachdem der Commissionsreferent, Herr von Seckendorff dieselben verlesen hatte. Die Vorlage hielt sich an die in der Sitzung vom 12. Februar c. bezüglich der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der betreffenden Directoren gefaßten Beschlüsse.

Zu dem letzten Punkte der Tagesordnung, Niederschlagung eines Communalsteuerrestes von 1878 lag ein Antrag des Magistrats auf Verhandlung in vertraulicher Sitzung vor,

es wurde deshalb die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten geschlossen.

## In gemeinschaftlicher Sitzung

- 1) machte sodann der Vorsitzende, Herr Overbürgermeister Pockels, Mittheilung von einem Schreiben der Mitglieder des Ausschusses der Landesversammlung. Zur Errichtung eines Denkzeichens zur Erinnerung an die

bevorstehende Jubelfeier Sr. Hoheit des Herzogs ist die Bildung eines Landescomitees mit der Maßnahme in Anregung gebracht, daß demselben außer den Mitgliedern des Ausschusses der Landesversammlung je ein Mitglied der Kreiscommunalverbände des Herzogthums hinzutrete. Der Communalverband Braunschweig hatte demnach ein die städtischen Behörden vertretendes Mitglied zu dem gedachten Landescomitee zu deputiren.

Auf Vorschlag des Herrn von Seckendorff wurde dazu Herr Oberbürgermeister Pockels durch Acclamation gewählt.

- 2) Nachdem schließlich noch zu Mitgliedern der Ersatzcommission für den Aushebungsbezirk Braunschweig Herr Stadtrath Ketemeyer und Herr Kloß, sowie als Stellvertreter derselben Herr Stadtrath Schöttler und Herr Tellingmann gewählt waren, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Es folgte noch eine längere vertrauliche **Sitzung der Stadtverordneten**

- 1) zur Berathung über die Magistratsvorlage vom 13. dieses Monats, betreffend die Canalisirung der Oker in der Gegend des Bruchthors und Feststellung einer Baulinie daselbst und
- 2) zur Erledigung von Steuerreclamationen.



1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 87 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 5.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. April 1880.

### Öffentlich:

- I. Errichtung von Baracken für Typhuskrante.
- II. Aenderungen des Entwurfs des Statuts wegen Untersuchung zc. eingeführter Schlachtwaaren.
- III. Gebührentarif für Untersuchung der eingeführten Schlachtwaaren.
- IV. Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums wegen der sog. Burgaserne.
- V. Zustimmung zu einer Proceßführung.
- VI. Bewilligung der Kosten eines Rivellir-Instrumentes.
- VII. Abstandnahme von der den städtischen Behörden zustehenden Mitwirkung bei Feststellung der Abgaben von Testamenten u. s. w. zur Armen- und Wegeverbesserungscasse.
- VIII. Verkauf von, durch eine Baulinie an der Leopoldstraße zu Banterrain gewordenem, bisherigem Straßenterrain.
- IX. Berechnung der vom Baufonds des Schlachthaus der Stadtkasse auf Vorschüsse zu zahlenden Zinsen.
- X. Ausführung des Regulativs über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an der höheren Mädchenschule.
- XI. Erhöhung des Zuschusses zur Zeichenschule des Kunstgewerbevereins.
- XII. Bewilligung von Mitteln für ein Schullocal und neue Lehrkräfte.
- XIII. Eingabe des Eigenthümers des Hauses N. ass. 3802 (Kastanienallee) wegen Ausschlußes von der Benutzung eines Straßencanals.
- XIV. Aenderungen am Statute über die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung.

### Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Erledigung von Reclamationen, die Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu außerordentlichen Beiträgen wegen Benutzung der städtischen Communalwege betreffend.

Entschuldigt die Herren Kronheim, Jasper und Kunzen.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Bammel, Haake, Götte, Schöttler und Ketemeyer.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnete die Versammlung, indem er zunächst

I. Herrn Oberbürgermeister Pockels das Wort ertheilte: Es sei in diesen Tagen an den Magistrat eine Angelegenheit von großer Dringlichkeit herangetreten, nämlich die Einrichtung von Räumen zur Unterbringung von am Flecktyphus leidenden Personen. Im Herzoglichen Krankenhause lägen gegenwärtig 35, im städtischen Krankenhause 14 derartig Erkrankter und den Höhepunkt scheine die Krankheit noch nicht erreicht zu haben; es liege die Nothwendigkeit vor, bei der Gefährlichkeit und Ansteckungsfähigkeit dieser Krankheit zunächst die Insassen des städtischen Krankenhauses zu isoliren. Die Verwaltungscommission desselben habe zu dem Ende beschlossen, daß die im Jahre 1871 anlässlich der Pockenepidemie an der Pflegehausstraße errichteten Baracken nothdürftig in den Stand gesetzt würden, die Flecktyphuskranken aufnehmen zu können. Der Stadtbaumeister habe sich indeß gegen solche Maßregel erklärt, weil einmal diese Baracken selbst zeitweilig diesem Zwecke nicht dienen könnten, da die aus Pappe hergerichteten Dächer nicht mehr reparaturfähig wären, der Fußboden so niedrig über dem Terrain gelegen sei, daß in den Räumen eine sehr dumpfe Luft herrsche, und dann auch die ganze Lage der Baracken eine durchaus ungünstige sei, indem sie an einen Schulplatz und ein Privatgrundstück grenzten. Der Oberarmenarzt, welchen der Magistrat gehört habe, erkläre gleichfalls, daß die Lage der jetzigen Baracken nicht als eine geeignete bezeichnet werden könne, wenngleich eine Ansteckung durch die freie Luft entschieden nicht stattfinden; ferner habe er sich dahin ausgesprochen, daß, da die Räume im neuen Krankenhause nicht ausreichend seien, um bei ausbrechenden Epidemien alle Kranken unterzubringen, es sich empfehle, größere, solidere Baracken zu errichten. Darum handle es sich aber heute nicht, denn zur belegfähigen Herstellung solcher Baracken seien immerhin 6 Monat erforderlich, es handle sich jetzt darum, schon für die nächsten Tage Abhülfe zu schaffen. Der Stadtbaumeister Winter, welcher zur Aeußerung darüber aufgefordert sei, ob die gegenwärtig an der Pflegehausstraße noch befindlichen alten Baracken und mit welchem Kostenaufwande vielleicht an einer anderen geeigneten Stelle wieder aufzuschlagen seien, habe erklärt, daß dieses allerdings möglich sei; an Kosten würde das für die größere Baracke zu 16 Betten 1800 *M.*, für die kleinere zu 8 Betten 1100 *M.*, zusammen 2900 *M.* verursachen. Zu bemerken sei noch, daß der Oberarmenarzt in seinem vom 10. d. datirten und vorgestern eingegangenen Berichte die Hoffnung ausgesprochen habe, es würde dem augenblicklichen Bedürfnisse dadurch abgeholfen werden, daß im Herzogl. Krankenhause fernere Räume disponibel gestellt würden. Diese Hoffnung sei nicht in Erfüllung gegangen. Der Magistrat habe die

Mittheilung erhalten, daß das Herzogliche Krankenhaus wegen räumlicher Beschränkung nicht im Stande sei, der Krankheit noch ferner im äußersten Maße zu begegnen. Der Magistrat habe sich nun dahin entschieden, daß sofort die eine und wenn nöthig, beide Baracken abgebrochen und nach Bestimmung des Stadtbaumeisters im Pflegehausgarten in der Nähe des städtischen Krankenhauses wieder aufgerichtet würden. Diese Maßregel könne nun, streng genommen, nicht ohne vorgängige Zustimmung der Versammlung in Bezug auf den Kostenpunkt ergriffen werden, da aber beim Mangel an Zeit nicht möglich gewesen sei, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen, so halte sich Redner verpflichtet, schon heute der Versammlung von dem Magistratsbeschlusse Mittheilung zu machen in der Erwartung, daß, wenn entschiedener Widerspruch gegen die geplanten Maßnahmen sich geltend machen würde, dieser hier zum Ausdruck kommen würde.

Es ergriff Niemand das Wort zu dieser Angelegenheit, worauf Herr Overbürgermeister Pockels zur Beruhigung noch ausdrücklich hervorhob, daß, soweit es sich habe ermitteln lassen, von den 51 Personen, welche im Krankenhause am Flecktyphus darnieder lägen, nur 4 in der Stadt selbst erkrankt, die Uebrigen krank zugereist seien. Der Magistrat habe aber bereits Schritte gethan, um sich gegen die Last, die ihm aus der Unterbringung fremder Kranken erwachse, zu schützen.

Damit wurde die Angelegenheit als erledigt betrachtet und die Versammlung ging

nach Genehmigung der Protokolle *M* 2 vom 12. Februar und *M* 3 vom 26. Februar c.

zur Tagesordnung über.

Der Herr Vice-Vorsitzende Kypke übernahm das Präsidium,

worauf

II. Herr Otto namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 5. d. M., betreffend das Statut über die Untersuchung des zum Verkauf und Genuß von Außen in die hiesige Stadt eingebrachten Fleisches, berichtete. — Obwohl diejenigen Bedenken, welche Herzogliches Staatsministerium in dem Rescripte vom 28. Januar c. *M* 132 gegen den von den städtischen Behörden beschlossenen Statutenentwurf erhoben hatte, durch die vom Magistrate vorgeschlagenen und von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Modificationen ihre Erledigung gefunden, hat das Herzogliche Staatsministerium dennoch Anstand genommen, das beregte Statut zu genehmigen, vielmehr in dem Rescripte vom 13. März c. *M* 1136 verschiedene neue Bedenken geltend gemacht, nämlich:

»1) Um die Deutung zu vermeiden, als habe durch die Worte »alles frische



Fleisch« in §. 1 bei **M** 1 auch Wild, Geflügel u. mitbegriffen werden sollen, empfiehlt sich für die fragliche Bestimmung folgende Fassung:

»Das frische Fleisch von allem zur Gattung der Säugethiere gehörigen Schlachtvieh, sowie die Eingeweide von solchem Schlachtvieh.«

2) Wenn nach §. 2 **M** 2 für alle Schlachtwaaren, welche nicht lediglich behuf Feilhaltung auf den hiesigen Wochenmärkten in die Stadt eingebracht werden, das städtische Schlachthaus als ausschließliche und einzige Untersuchungsstelle vorgeschrieben wird, so muß eine solche Bestimmung bei näherer Prüfung die erheblichsten Bedenken erregen. Bei der excentrischen Lage des Schlachthauses, ziemlich weit vor dem Wendenthore, würde eine solche für einen Großhandel von Importeuren einem Verbote des Verkehrs und Handels mit auswärtigen Schlachtwaaren ziemlich gleichkommen, und es müßte sich als ein bedenklicher Eingriff in die Gewohnheiten vieler einheimischer Consumenten darstellen, sollten durch übertrieben strenge Bestimmungen solcher Art auswärtige Lieferanten sich genöthigt sehen, vielleicht von langer Zeit her gewohnte Geschäftsverbindungen mit hiesigen Einwohnern abzubrechen. — Auf der anderen Seite dürfte die Bestimmung qu. aber auch undurchführbar und uncontrolirbar sein; es erhellt wenigstens bis jetzt nicht, auf welche Weise z. B. sollte controlirt werden können, ob nicht Anwohner des Madamenweges in Lehn Dorf geschlachtetes, oder irgend welche hiesige Einwohner ihnen von außen durch die Post oder die Eisenbahn zugesandtes Fleisch verzehren, ohne daß dieses zuvor der vorgeschriebenen Untersuchung im Schlachthause unterworfen ist.

Das Mindeste, was verlangt werden könnte, wäre wohl, daß neben dem städtischen Schlachthause noch eine anderweite, mehr im Centrum der Stadt belegene Untersuchungsstelle eingerichtet würde. Auf diese Weise würde wenigstens die Belästigung des Publicums in etwas gemildert; ob freilich die Möglichkeit einer wirklichen Controle damit hergegeben wäre, steht dahin.

3) Bescheinigungen, wie sie nach §. 3 Absatz 2 von den Gemeindebehörden der Importeure (nicht »Gemeinde-Vorstehern« — denn auch aus anderen Städten kann hier Fleisch eingebracht werden) behuf des Nachweises ausgestellt werden sollen, daß die vorliegenden Waaren aus dem Herzogthume eingeführt sind und zugleich von einem Schweine herrühren, welches in einer Gemeinde des Herzogthums den gesetzlichen Vorschriften gemäß auf Trichinen untersucht worden ist, — werden in zahlreichen Fällen von einer gewissenhaft verfahrenen Gemeindebehörde nicht ausgestellt werden können, da ein strenger Nachweis der Identität des Fleisches nicht zu erbringen ist. In Ermangelung solcher Bescheinigung müßte aber, wenn jene Vorschrift erlassen würde, Alles von außen her in die Stadt eingebrachte Schweinefleisch auch wenn es thatsächlich bereits auf Trichinen untersucht ist, zum zweiten Male einer solchen Untersuchung unterworfen werden, und dieß würde wiederum eine so erhebliche Belästigung sein, daß eine solche Bestimmung in der That einem — unzulässigen —

Verbote des Verkehrs und Handels mit Schweinegut, welches auswärts geschlachtet ist, ziemlich gleichkommen würde.

Bedenkt man nun, daß bezüglich der im Herzogthume geschlachteten Schweine überhaupt und bezüglich des durch hiesige Gewerbetreibende vom Auslande bezogenen Schweineguts in den überall zur Durchführung gelangten Bestimmungen des Gesetzes vom 15. März 1866 *N.* 25 eine hinlängliche Garantie der wirklich stattfindenden Untersuchung auf Trichinen geboten ist, so wird es ausreichen, daß die Untersuchung auf Trichinen auf das aus dem Auslande importirte Schweinegut — §. 11 *leg. cit.* — beschränkt und die Art und Weise dieser Untersuchung nur allenfalls näher präcirt wird.

4) Bei den Bestimmungen des §. 7 des Entwurfs würde noch näher zu erwägen resp. zu erläutern sein, ob

- a. unter lit. b. die Worte »während der vom Magistrat im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction, durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machenden Stunden« nicht weggelassen werden könnten, da auch eine solche Vorschrift den Verkehr ungebührlich zu beschränken scheint;
- b. die unter lit. c. gegebene Vorschrift mit den bezüglichlichen Vorschriften der Post- und resp. der Eisenbahnverwaltung in genügenden Einklang zu bringen steht resp. nicht auch eine ungebührliche Verkehrsbeschränkung Privater involvirt; und ob
- c. die unter lit. d. gegebene Vorschrift nicht ganz gestrichen werden könnte.«

Der Magistrat hat den bisherigen Statut-Entwurf mit Rücksicht auf diese Bedenken und zugleich behuf Ausfüllung einer nachträglich von ihm erkannten Lücke in demselben sowie einer von ihm für nothwendig erachteten Veränderung umgearbeitet und den neuen Entwurf den Stadtverordneten zur Genehmigung vorgelegt. Die Statutencommission beantragt nun, im Einverständnisse mit dem Magistrat, Folgendes bezüglich des früher umgearbeiteten Statut-Entwurfes jetzt zu beschließen:

I. zu §. 1.

a. die *N.* 1 folgendermaßen zu fassen:

»1) das frische Fleisch von allem zur Gattung der Säugethiere gehörigen Schlachtvieh, sowie die Eingeweide von solchem Schlachtvieh,«

b. den Stadtmagistrat zu ersuchen, dem Herzogl. Staatsministerium behuf Befestigung der von diesem gegen den Inhalt des §. 1 erhobenen allgemeinen Bedenken die Auslegung, welche nach übereinstimmender Ansicht des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten dem in dem §. 1 des Statuts wörtlich wiedergegebenen §. 2 des Gesetzes vom 12. April 1876 *N.* 46 zukommt, berichtlich darzulegen,

eventuell

- c. folgendem, einer über die gesetzlichen Grenzen hinaus gehenden Auslegung des fraglichen Paragraphen vorbeugenden Zusätze zu §. 1 zuzustimmen:

»Schlachtwaaren, welche von hiesigen Einwohnern nicht behuf gewerbsmässiger Verwerthung, sondern lediglich für ihren häuslichen Bedarf außerhalb des Stadtgebiets gekauft und dann demselben zugeführt werden, unterliegen der fraglichen Untersuchung nicht.«

## II. zu §. 2:

Denselben folgendermaßen zu fassen:

Die Untersuchung findet statt

- 1) für Schlachtwaaren, welche lediglich auf den hiesigen Wochenmärkten feilgehalten werden sollen und bei welchen zugleich, wenn sie vom Schweine herrühren, eine Untersuchung auf Trichinen nach Maßgabe des §. 3 nicht weiter erforderlich ist, auf dem Wochenmarkte selbst, und zwar im Sommerhalbjahre von 6 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr, im Winterhalbjahre von 7 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr Morgens,
- 2) in allen anderen Fällen entweder im städtischen Schlachthause während der für dasselbe angeordneten Untersuchungsstunden,

oder

an einer thunlichst im Mittelpunkte der Stadt belegenen Untersuchungsstelle, welche vom Stadtmagistrate im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizeidirection zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen ist, in folgenden Morgenstunden der Werkstage: im Sommerhalbjahre von 7—9, im Winterhalbjahre von 8—10 Uhr.«

## III. zu §. 3:

Dessen Absatz 2 folgendermaßen zu fassen:

»Neben dieser allgemeinen Untersuchung findet eine mikroskopische Untersuchung auf Trichinen bei allen, nicht aus Gemeinden des Herzogthums herrührenden Schweinefleischwaaren statt. Darüber, wie der Nachweis des Ursprungsortes der Waare zu erbringen, sowie über Ort, Zeit und Art und Weise der mikroskopischen Untersuchung trifft die Herzogl. Polizei-Direction Anordnung.«

## IV. zu §. 6:

Denselben folgendermaßen zu fassen:

»Für die Untersuchung der Schlachtwaaren ist eine von den städtischen Behörden im Einverständnisse mit Herzogl. Polizei-Direction festzusetzende und öffentlich bekannt zu machende Gebühr zu zahlen, welche vor der Untersuchung zu entrichten ist.

Bis zur Zahlung der fraglichen Gebühr kann die Waare polizeilich angehalten werden, die Quittung über den Empfang der Gebühr ist auf dem Befundscheine zu erteilen.«

V. zu §. 7:

Denselben folgende Fassung zu geben:

»Bei der Einführung von, dem Erforderniß der Untersuchung unterliegenden Schlachtwaaren in das städtische Gebiet ist Folgendes zu beobachten:

- a. Das frische Fleisch soll in der Regel in Hälften und Vierteln der geschlachteten Thiere eingeführt werden, in kleineren Stücken als von 5 kg Gewicht zerlegt, wird dasselbe nicht zugelassen.
- b. Die Einführung der Schlachtwaaren darf nur bei Tage stattfinden.
- c. Gewerbsmäßige Schlachter oder Händler mit Fleischwaaren haben auf den Transportmitteln, welche zur Einführung in das städtische Gebiet dienen, die deutliche und sichtbare Bezeichnung »Eingebrachtes Fleisch« anzubringen.
- d. Alle eingebrachten Fleischwaaren unterliegen der jederzeitigen Controle der Polizeibeamten und sind denselben nebst der Bescheinigung über die stattgehabte Untersuchung auf Anfordern vorzuzeigen.«

eventuell aber auch sich mit der Streichung der jetzigen pos. c. einverstanden zu erklären, falls Solches von Herzogl. Staats-Ministerium noch endgültig verlangt oder überhaupt vom Stadtmagistrat für angemessen erachtet werden sollte.

VI. folgenden neuen §. 9 dem Statute hinzuzufügen:

»Nach Ablauf eines Jahrs, oder auf Verlangen des Herzoglichen Staats-Ministeriums noch früher, soll eine Revision dieses Statuts stattfinden.«

Referent wandte sich, nachdem er die unter Ia. vorgeschlagene Fassungsänderung als einer irrthümlichen Auffassung des vom Statute Gewollten vorbeugend und zugleich unbedenklich empfohlen hatte, dem Antrage unter Ib. zu. Veranlaßt sei dieser, sowie der Vorschlag der Einrichtung einer weiteren Untersuchungsstelle im Centrum der Stadt (siehe Antrag II,) durch die vom Herzogl. Staats-Ministerium jetzt erhobenen principiellen Bedenken, denen die Statuten-Commission mit dem Stadtmagistrat sich freilich nicht habe anschließen können, denen Rechnung zu tragen sich jedoch empfehle, um endlich den lange verzögerten Abschluß des ganz unentbehrlichen Statuts herbeizuführen. Es sei von Herzogl. Staats-Ministerium hingewiesen auf die Belästigung der Gewerbetreibenden, welche Handel mit eingeführten Schlachtwaaren betrieben. Sei es aber eine ungerechtfertigte Zumuthung, wenn man von

diesen nicht mehr und nicht weniger verlange, als was von den hiesigen Schlachtern, die in getreuer Erfüllung gesetzlicher und statutarischer Bestimmungen das Schlachthaus benutzten, verlangt werde? Man fördere, indem man jenen Händlern besondere Erleichterung gewähre, geradezu das Unwesen der Errichtung von Schlachthäusern außerhalb des städtischen Gebiets Seitens hiesiger Schlachter, ein Verfahren, das auf Umgehung von Gesetz und Statuten hinauslaufe und die Existenz des städtischen Schlachthauses in Frage stelle, damit aber der Stadt eine ernste finanzielle Gefahr bereite und die sanitären Wirkungen jener Einrichtung vernichte.

Unerfindlich sei, weshalb die Rücksicht auf das consumirende Publicum die Aenderung des Statuten-Entwurfes fordern solle. Diese Auffassung könne, wenn die übereinstimmende Ansicht der städtischen Behörden bezüglich der Auslegung des §. 2 des Gesetzes vom 12. April 1876 *N.* 46 richtig sei, nur auf einem Irrthume beruhen. Gewarnt durch die Erfahrungen, welche man bei früheren Statuten gemacht, habe man im vorliegenden Falle Wort für Wort die Bestimmung des Gesetzes im §. 1 des Statuts reproducirt, sich also auf gar keine interpretirende Fassung eingelassen, die künftige Interpretation des Gesetzes resp. Statuts lediglich dem Richter überlassend. Bei solchem Verfahren hätte man allerdings auch auf Genehmigung des Statuts rechnen dürfen und müssen.

Die Auslegung der gesetzlichen Bestimmung (»durch Ortsstatut kann ferner bestimmt werden, daß — — — alles zum Verkaufe und Genuße von Außen her in die Gemeinde gebrachte Fleisch, vor dem Uebergange in den freien Verkehr, rücksichtlich seiner gesundheitlichen Beschaffenheit untersucht werde,«) anlangend, sei man hier davon ausgegangen, daß bei der copulativen Fassung »zum Verkaufe und Genuße« auch beide Thatfachen vorliegen müßten, um die Untersuchungspflicht zu begründen. Nicht untersuchungspflichtig sei, was nicht zum Genuße, sondern zu anderen Zwecken, ferner was nicht zum Verkaufe, sondern zum eigenen Verbrauche von außen eingeführt werde. In dem Begriffe »Verkauf« hätten die städtischen Behörden nur insofern eine weitere Bedeutung gefunden, als untersuchungspflichtig sei sowohl das, was in unveränderter, als auch das, was in veränderter Form für den Genuß gewerblich verwerthet werde, so z. B. das Fleisch, welches, eingeführt, von hiesigen Gewerbetreibenden zu Wurst für den Verkauf, oder von Speisewirthen zu Fleischspeisen für die Gäste verarbeitet werde. Daß diese ganze Auffassung richtig, dafür sprächen auch wohl die Worte »vor dem Uebergange in den freien Verkehr.« Sei sie aber richtig, so falle das aus der Rücksicht für das consumirende Publicum abgeleitete Bedenken völlig hinweg. Zudem werde der Wochenmarktsverkehr, als das leicht zu controlirende Concurrencygebiet, in jeder Weise erleichtert. Nach den Anträgen I. b. und II. solle Herzoglichem Staats-Ministerium die vorstehende Auffassung dargelegt, event. aber ein die Auslegung des Gesetzes betreffender Zusatz zum §. 1 vorgeschlagen, ferner nach §. 2 noch eine Untersuchungsstelle im

Mittelpunkte der Stadt errichtet werden. Hoffentlich seien dann alle Bedenken beseitigt.

Neu sei noch die Bezeichnung der Untersuchungsstunden in §. 2. Der Stadtmagistrat habe dies für zweckmäßig erachtet; die Statutencommission sei damit einverstanden.

Zu Antrag III. bemerkt Referent, daß die jetzige Fassung die Bedenken des Herzoglichen Staats-Ministeriums am ehesten beseitigen werde. Wie der Nachweis des Ursprungsorts der Waare u. zu beschaffen sei, hänge danach lediglich von Herzoglicher Polizei-Direction ab. Dieser werde, wie in der Commission zur Sprache gebracht sei, die Kenntniß der betreffenden Schlachter, ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnorts schon genügen, um in den meisten Fällen von Weiterem abzusehen. Es werde sich das in der Praxis besser machen, als man hier annehmen könne.

Zu Antrag IV. bemerkt Referent, daß §. 6 mit der vorgeschlagenen Aenderung nach Ansicht des Magistrats richtiger sei als in der früheren Fassung. Die Stadt zahle an die Sachverständigen entsprechende Entschädigungen und nehme ihrerseits die Gebühren in Anspruch. Es sei dabei zu berücksichtigen, daß die Gebühren nicht nur für den Act der eigentlichen Untersuchung, sondern auch für Localbenutzung u. gelten und unter Umständen die Schlachthauskosten decken helfen müßten.

Hinsichtlich des Antrags V. bemerkt Referent: Hier sei allen Bedenken Rechnung getragen, nur die Bestimmung unter c. des Antrags gegen den Wunsch des Herzogl. Staats-Ministerium noch beibehalten, weil man dieselbe in Rücksicht auf die Controle des gefährlichen Hausirhandels mit Fleischwaaren für wünschenswerth gehalten habe. Die Statuten-Commission verkenne die Wichtigkeit des letzteren, vom Stadt-Magistrate geltend gemachten Grundes nicht, schlage aber doch, um jeder weiteren Verzögerung vorzubeugen, vor, sich eventuell mit Streichung der pos. c. im Antrage einverstanden zu erklären.

Herr Witke fragt 1) an, ob denn auch rücksichtlich der Bestimmung, daß die Schlachtwaaren nur bei Tage eingeführt werden dürften, dafür gesorgt sei, daß fortwährend ein Sachverständiger zur Vornahme der Untersuchungen zur Stelle sei? 2) Ferner vermisse er unter a. des §. 7, wo es heiße, daß die Fleischwaaren nicht in Stücken unter 5 kg eingeführt werden dürfen, die Aufführung von Wurst; letztere werde doch sehr viel eingebracht und müsse selbstverständlich in geringerem Gewichte zulässig sein.

Referent zu 1): Zu den Untersuchungen finde sich im Schlachthause fast zu allen Stunden des Tages Gelegenheit. Dorthin müsse sich, wer von den anderen Untersuchungsstellen zu den in §. 2 angegebenen Zeiten keinen Gebrauch mache, wenden. Zu 2): Nur auf frisches, aufgethauenes, nicht verarbeitetes Fleisch beziehe sich die Bestimmung bezüglich des Gewichtes, also nicht auf verarbeitete Schlacht-

waaren, nicht auf einzelne selbständige Theile, wie Lunge, Leber u. s. w. Nach einem anderen Ausdrucke sei vergeblich gesucht.

Auf eine Anregung des Herrn Vorsitzenden fügte Referent noch hinzu: Was auf dem Markte untersucht worden, dürfe nach Sinn und Wortlaut nur auf dem Wochenmarkte verkauft werden. Wer mit dort ausgestellten Waaren später haufsiren wolle, müsse an anderer Stelle untersuchen und dort die Waaren auch plombiren lassen, da letzteres Erforderniß für den Haufsirhandel nach der bezüglichen Bestimmung des Statutes unzweifelhaft angeordnet werden werde.

Zu Antrag VI. bemerkt Referent: Da man immer noch Bedenken trage, ob nicht durch Einführung des Statuts tief in den Verkehr eingegriffen werde, habe der Magistrat den neuen §. 9 vorgeschlagen. Sodann habe der Magistrat noch den Antrag gestellt, dem §. 9 als zweiten Absatz hinzuzufügen:

»Dieses Statut verliert, wenn die Revision zu einem Resultate nicht führt, nach bezüglicher Anordnung des Herzoglichen Staats-Ministeriums seine Gültigkeit.«

Dieser Punkt sei in der Commission nicht zur Berathung gekommen; Redner sei indeß persönlich der Ueberzeugung, daß auch dieser Zusatz als unbedenklich angenommen werden könne.

Herr Stadtrath Rittmeyer: Das Herzogliche Staats-Ministerium wünsche offenbar Garantie dafür zu haben, daß ihm, wenn das Statut sich in der Praxis nicht bewähren, oder zu Unzuträglichkeiten führen sollte, auch die Handhabe bleibe, dasselbe je nach Bedürfniß ändern zu können. Wenn sich die städtischen Behörden nun zunächst in dieser Weise verpflichteten, daß die Revision des Herzoglichen Staats-Ministeriums spätestens binnen Jahresfrist eintreten solle, so entspreche das dem Wunsche des Herzoglichen Staatsministeriums. Wenn aber die Revision zu keinem Resultate führe, so trete offenbar der Fall ein, daß das Statut suspendirt werde, weil sonst die ganze Maßregel ohne Bedeutung sei.

Herr Schwarzenberg sprach sich gegen den vorgeschlagenen Zusatz aus, indem er nicht glaubte, daß derselbe dem Wunsche des Herzoglichen Staats-Ministeriums entsprechen werde; er werde unbedingt dagegen stimmen.

Herr Rybicki hielt für angemessen, daß dieser Punkt einer etwas näheren Erörterung unterzogen werde, zumal die Statuten-Commission nicht über denselben berathen habe. In formeller Beziehung scheine es ihm nicht richtig zu sein, solche Bestimmung im Statute zu treffen. Es wäre formell richtiger, wenn Herzogliches Staats-Ministerium die Genehmigung auf eine bestimmte Zeit, etwa ein Jahr, ausspreche, so daß nach Ablauf der Zeit das Statut von selbst außer Kraft trete, ohne daß es der Aufnahme der Bestimmung in das Statut bedürfe. Bei letzterm Verfahren weise man das Publicum ohne Noth darauf hin, daß das Statut rückgängig gemacht werden könne, und schwäche dadurch dessen Bedeutung

Referent: Der Antrag, diesen Zusatz einzuschalten, sei ihm unmittelbar vor der Sitzung vom Magistrate mit dem Bemerken überreicht, daß die Einfügung dieser Bestimmung Wunsch Herzoglichen Staats-Ministeriums sei, welches das Statut nur unter der Bedingung der Aufnahme dieses Zusatzes genehmigen würde. Es könnte aber auch, wie anzuerkennen, sehr wohl so verfahren werden, wie vom Herrn Vorsitzenden vorgeschlagen worden. Dann würde nach seiner, Referentens, Ansicht der Magistrat zu ersuchen sein, eine entsprechende Erklärung des Sinnes, wie er sich aus dem vorgeschlagenen Zusatz zu §. 9 ergebe, dem Herzoglichen Staats-Ministerium abzugeben, und es würde nichts im Wege stehen, die Bestimmung im Statute fallen zu lassen. Er beantrage deshalb:

- 1) den zu §. 9 magistratsseitig vorgeschlagenen Zusatz fortzulassen,
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß, wenn Herzogliches Staatsministerium solches noch verlangen sollte, die Fortdauer der Gültigkeit des Statuts von dem Zustandekommen der nach §. 9 in Aussicht genommenen Revision desselben ausdrücklich abhängig gemacht werde.

Nachdem Herr Stadtrath Rittmeyer das magistratsseitige Einverständniß zu diesem Antrage erklärt, und

Herr Steinacker noch bemerkt hatte, daß, wenn das Statut nach einer bestimmten Frist zur Revision gestellt würde, solche der Regierung überlassen werden könne, indem die Sache, wenn Herzogliches Staatsministerium sage, das Statut solle nicht mehr gelten, damit abgemacht sei,

wurde zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme der Vorschläge der Commission sowie des Herrn Referenten ergab.

Weiter

III. berichtete Herr Otto über den vom Magistrate zur Genehmigung vorgelegten Tarif der Gebühren, welche für die Untersuchung der von außen in die hiesige Stadt eingebrachten Fleischwaaren zu erheben sind. Derselbe bedarf nicht der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums; er wird von den städtischen Behörden in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizei-Direction festgestellt und lautet nach einigen unwesentlichen Modificationen der Commission folgendermaßen:

a. Gebühren für Untersuchungen mit Ausschluß der mikroskopischen Untersuchung auf Trichinen;

I. Auf dem Wochenmarkte:

- 1) für alle in einer Bude feilgehaltenen Fleischwaaren bis zum Gesamtgewicht von 100 kg . . . . . 1,50 M.
- 2) für alle auf Karren oder in größeren Körben feilgehaltenen Fleischwaaren bis zum Gesamtgewicht von 35 kg. . . . . 50 A.



3) für alle in Tragkiepen feilgehaltenen Fleischwaaren bis zum Gesamtgewicht von 20 kg . . . . .	25 A
Findet eine Ueberschreitung der vorbezeichneten Gewichtsgrößen statt, so sind:	
ad 1) für jede weiteren 50 kg . . . . .	25 A
ad 2) » » » 20 kg . . . . .	15 A
ad 3) » » » 10 kg . . . . .	5 A

mehr zu entrichten. Geringere Ueberschreitungen bleiben unberücksichtigt.

## II. Im städtischen Schlachthause und an den sonstigen Controlstellen:

1) für frisches Fleisch und Eingeweide pro kg . . . . .	2 A
2) für sonstige Fleischwaaren, als Wurst, Schinken, geräucherter Speck u. s. w. pro kg . . . . .	4 A
für Andringung eines Merzeichens behufs Feststellung der Identität untersuchter Fleischwaaren . . . . .	5 A

b. Die Gebühr für die mikroskopische Untersuchung von Fleischwaaren,  
welche vom Schweine herrühren, beträgt für jedes untersuchte Stück 60 A

Herr Schwarzenberg erschien der Satz unter II. 2 von 4 A pro kg für  
sonstige Fleischwaaren, Wurst, Speck ic. für zu hoch gegriffen, zumal zu diesen Ge-  
bühren noch diejenigen für die Trichinenschau hinzukämen; die Concurrenz würde sehr  
durch dieses Vorgehen erschwert werden. Er beantrage deshalb, für die Untersuchung  
aller Fleischwaaren den Satz von 2 A pro kg festzustellen.

Herr Rybik stellte, um der Debatte eine bestimmte Richtung zu geben, zur  
Erwägung, ob der Satz von 2 A pro kg frisches Fleisch nicht außer Verhältniß zu  
den übrigen Sätzen stehe. Es sei vielleicht angemessen, einen gewissen Minimalatz  
festzustellen, bis wohin diese Gebühren erhöht werden könnten, dann aber je nach der  
Kilogrammzahl eine verringerte Steigerung eintreten zu lassen.

Herr Rieß hielt es für bedenklich, die Sätze für die Untersuchungen im Schlachthause  
höher zu normiren, als für die Untersuchungen auf dem Wochenmarkte; bei  
einer solchen Ungleichheit, wie vorgeschlagen, würden die Leute selbstverständlich nicht  
nach dem Schlachthause gehen, zumal noch die Unbequemlichkeit der größeren Entfer-  
nung hinzukomme. Es bewege ihn nicht etwa die Absicht auf Zurückdrängung der  
Concurrenz, wenn er für eine Gleichstellung der Sätze spreche; wenn es auf ihn an-  
käme, würde er überall verbieten, daß auch nur ein Stück Fleisch in der Stadt  
umhergetragen würde, welches nicht das Schlachthaus passiert wäre, denn es sei ihm  
von einem Sachverständigen versichert, daß man von einem geschlachteten Thiere, aus  
welchem die Eingeweide entfernt seien, trotz aller Untersuchungen nicht mit Sicherheit  
feststellen könne, ob es gesund gewesen sei.

Auf allgemeine Bedenken gegen die Fassung des Statuts glaubte der Herr  
Referent jetzt nicht näher eingehen zu können. Nach seiner Ansicht sei die Existenz  
des Schlachthauses nur dadurch gesichert, daß man gegen den Hausirhandel mit

Fleischwaaren die allerstärksten Bestimmungen treffe. Zuzugeben sei, daß aus Rücksichten auf die Existenz des Schlachthauses, und aus sanitären Rücksichten der Hausirhandel mit Fleischwaaren, ebenso aber auch der stehende Gewerbebetrieb im städtischen Bezirk von auswärtigen Schlachthäusern aus so viel als möglich zu beschränken sei. Das müsse man auch wollen man Billigkeit gegen die das hiesige Schlachthaus nutzenden Schlachter üben. In Preußen beabsichtige man jetzt den Erlaß eines noch weit stärkeren Gesetzes, nach welchem unter Anderem in den Gemeindebezirken, in welchen ein öffentliches Schlachthaus errichtet worden, statutarisch bestimmt werden könne, daß diejenigen Personen, welche daselbst das Schlächtergewerbe oder den Handel mit frischem Fleisch als stehendes Gewerbe betrieben, innerhalb des Gemeindebezirkes das Fleisch von Schlachtvieh, welches sie nicht in dem öffentlichen Schlachthause sondern an einer anderen Schlachtstätte geschlachtet haben oder haben schlachten lassen, nicht feilbieten dürften. Concurrerz müsse aber auch sein, und dafür sei der Wochenmarktsverkehr aussersehen. Für diesen seien Erleichterungen gegeben. Der Tarif sei auf Grund vorstehender Principien entworfen.

Herr Stadtrath Rittmeyer schloß sich den Ausführungen des Herrn Referenten an.

Herr Stadtrath Schöttler gab, Bezug nehmend auf das von Herrn Schwarzenberg Vorgetragene anheim, die vorgeschlagenen Sätze zu acceptiren. Man müsse immerhin bedenken, daß die Fleischwaaren durch das Räuchern bedeutend leichter würden und im Hinblick auf diese Gewichts Differenz zwischen frischer und getrockneter Waare sei ein erhöhter Untersuchungspreis für letztere vollkommen gerechtfertigt. Ob der jetzt vorgeschlagene Preisunterschied der richtige oder ob nicht vielleicht ein Verhältniß von 2 zu 3 richtiger sei, müsse erst die Erfahrung lehren. Die ergriffenen Maßregeln seien nur darauf berechnet, soviel wie möglich den Hausirhandel mit Fleisch zu treffen.

Nach einigen Schlußbemerkungen des Herrn Referenten, wobei derselbe betonte, daß durch die Praxis sich bald herausstellen werde, ob und inwieweit die Preisdifferenz zu hoch gegriffen sei,

wurde zur Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Schwarzenberg'schen Antrags und die Annahme des Gebührentarifs mit den Modificationen der Commission ergab.

Nachdem Herr Otto den Vorsitz wieder übernommen,

IV. berichtete Herr Grote über die Magistratsvorlage vom 6. d. M., die frühere Burgcaserne betreffend. — Der Magistrat hat der übernommenen Verpflichtung gemäß die in der Sitzung vom 26. Februar c. bezüglich der Burgcaserne gefaßten Beschlüsse dem Herzoglichen Staatsministerium unterm 6. März c. mitgetheilt. Ein vom Stadtbaumeister Winter unterm 16. März c. eingegangener Bericht ist

dem Herzoglichen Staatsministerio nachträglich zugesandt worden. Derselbe bringt, nachdem auf den früheren Bericht vom 7. Februar c., in welchem unter Hinweis auf die historische Bedeutung der Burgcaferne auch der Vermuthung Ausdruck gegeben war, daß außer der offenkundig im Innern sich hinziehenden Arcadenreihe, auch in den Umfassungsmauern noch architectonische Ueberreste aus der Zeit Heinrichs des Löwen sich vorfinden könnten, Bezug genommen ist, zur Kenntniß des Magistrats, daß durch eine Nachforschung an den Umfassungsmauern wider Erwarten sehr bald, wenigstens im 2. Stock der östlichen Umfassungsmauer, die Spuren des ehemaligen Bestandes in einer Weise aufgedeckt seien, welche alle Zweifel über die Motive, die zur architectonischen Ausbildung des Aeußeren des Bauwerks gedient hätten, beseitige. Aus den bis jetzt frei gelegten Architecturtheilen im 2. Stock der östlichen Umfassungsmauer sei zu schließen, daß letztere mehrere Fenstergruppen enthalten habe, deren Zwischenstützen durch wohlgeformte Säulen mit reich ornamentirten Capitälern gebildet seien. Von diesen Fenstergruppen hätten sich bis jetzt erst vier nachweisen lassen; die am weitesten nach Süden belegene derselben sei ganz freigestellt, so daß man bei dieser einen klaren Begriff von der Gesamtformgebung gewinnen könne. In der Mitte zwischen den Fenstergruppen habe sich eine größere Oeffnung vorgestunden, über deren Zweck die weitere Freilegung bestimmteren Anhalt geben werde. Stadtbaumeister Winter giebt schließlich, in der Ueberzeugung, daß bei umfassenderen Nachforschungen sich noch mehr Anhaltspunkte für die ursprüngliche Gestalt der Burg bieten würden, anheim, vor Ausführung der Beschlüsse der städtischen Behörden vom 26. Februar c. nochmals in Erwägung zu ziehen, ob nicht aus den angeführten Gründen genauere Untersuchungen vorgenommen werden sollen. — Dem Berichte hat ein Kostenanschlag beigelegt, welcher für Untersuchung des Gebäudes 500 *M.*, für Bloßlegung der Fundamente 500 *M.* bis 2000 *M.* und für den Abbruch der an der Ostseite befindlichen Fachwerksbauten 550 *M.* aufweist; aus dem Erlöse des Abbruchmaterials würden ca. 800 *M.* erzielt werden. — Auch die Vorstände des Ortsvereins für Geschichte und Alterthumskunde zu Wolfenbüttel, des Kunstclubs und des Architekten- und Ingenieurvereins hieselbst haben sich in einer Collectiveingabe vom 20. März c. dringend für die Erhaltung des Bauwerks ausgesprochen; Baurath Schulz in Goslar und Baurath Hesse zu Hannover haben sich nach eingehender Untersuchung im gleichen Sinne geäußert. — Herzogliches Staatsministerium trägt Inhalts des Rescripts vom 23. März c. *N.* 1953 Bedenken, die von den städtischen Behörden gefaßten Beschlüsse zu genehmigen, erachtet vielmehr für nothwendig, daß der werthlose und abgängige Fachwerksanbau hinweggeräumt, der Massivbau aber mit seinen Umfassungsmauern erhalten und durch die nöthigen Aufräumarbeiten im Innern klargelegt werde, welche historisch, architectonisch oder kunstgeschichtlich werthvolle Gebäudetheile sich vorfinden. Dabei werden die weiter zu treffenden Anordnungen jetzt lediglich dem Magistrate, als dem derzeitigen Eigenthümer des Gebäudes, unter dem Bemerken überlassen, daß es

angemessen erscheine, die dem Stadtbaumeister zu übertragenden weiteren Untersuchungen u. im Einverständnisse und unter Mitwirkung von Organen der obersten Landesbaubehörde und namentlich des mit der Sache bereits bekannten Bauraths Wiehe vornehmen zu lassen. Ueber die Kosten der Vorbereitungsarbeiten erwartet Herzogliches Staatsministerium Bericht. — Der Magistrat ersucht nun in seinem Schreiben vom 6. d. Mts. im Hinblick auf die jetzt wesentlich veränderte Sachlage, unter Zurücknahme der in dem Schreiben vom 26. Februar d. J. sub Nris. 1 und 2 enthaltenen Beschlüsse zu genehmigen, daß der Fachwerksanbau der Burgcaserne beseitigt und sodann unter einstweiliger Erhaltung der massiven Umfangsmauern der Burgcaserne diejenigen Aufräumungsarbeiten vorgenommen werden, welche zur Klärlegung der historisch, architectonisch oder kunstgeschichtlich werthvollen Gebäudetheile erforderlich erscheinen, auch die dadurch entstehenden Kosten, insoweit dieselben nicht aus dem Erlöse des Abbruchmaterials oder durch Verwilligung aus Staatsmitteln gedeckt werden sollten, zu verwilligen.

Die Commission könne sich, da man — mit geringen Ausnahmen — bis vor wenigen Wochen von den jetzt aufgefundenen Architecturtheilen keine Ahnung gehabt habe, den Erwägungen des Stadtmagistrats nicht verschließen. Der Kostenpunkt habe jedoch — fügt Referent hinzu — zu längeren Verhandlungen in der Commission Veranlassung gegeben, da sich zur Zeit nicht übersehen lasse, welche besonderen Arbeiten und Kosten ein Abbruch, so modificirt, wie er jetzt nach der Sachlage nöthig werde, sowie die Ermittlung der Fundamente des alten Baues veranlassen würden. Erwüchsen daraus im Vergleiche zu einem einfachen Abbruche erhebliche Mehrkosten, so werde man deren Tragung billiger Weise von der Stadt nicht fordern können, wie übrigens auch schon in dem Rescripte des Herzoglichen Staatsministerium indirect wenigstens anerkannt sei.

Die Commission gebe daher anheim, dem Antrage des Magistrats unter einstweiliger Aussetzung der Beschlüsse vom 26. Februar c., unter der Voraussetzung des staatsseitigen Wiederersatzes der etwaigen Verluste durch geringeren Werth des Abbruchmaterials und der etwaigen Mehrkosten des Abbruchs, beizustimmen.

Herr Steinacker, zunächst seiner Freude über den jetzigen Stand der Angelegenheit Ausdruck gebend, äußerte den Wunsch, daß die Inangriffnahme der Untersuchungsarbeiten recht bald vor sich gehen möchte und knüpfte daran die Bitte, die Verwilligung der Aufräumungs- und Untersuchungsarbeiten nicht von der Erwartung der Zurückstattung abhängig zu machen, sondern dieselbe ohne Weiteres auszusprechen; wenn man sich auch dieser Erwartung anschliesse, so halte er es doch für eine Ehrensache, daß die Stadt diese Kosten vorerst auf sich nehme. Seines Erachtens liege die Hauptaufgabe der Aufräumungsarbeiten in der Aufdeckung der Architecturtheile in der östlichen Umfangsmauer, von der man noch nicht wisse, was sie noch Werthvolles berge. Die Ahnungen von dem Vorhandensein alter Architecturtheile in

der Ostwand seien jedoch etwas substanzieellerer Natur gewesen, als der Herr Referent angenommen habe. Abgesehen von den jetzigen Entdeckern erwähne schon Dr. Carl Schiller in seinem vortrefflichen Werke über die mittelalterliche Architectur Braunschweigs einer Arcade in der östlichen Außenmauer, die, noch vorhanden, aller Wahrscheinlichkeit nach das ursprüngliche Mittelportal des alten Palastbaues Heinrichs des Löwen sein werde, was unzweifelhaft darthue, daß er die ganze Ostfront dem alten Bau zuschreibe; was noch darin stecke, habe er allerdings nicht wissen können. Eine Wasserschräge an der Außenseite dieser Front führe auf denselben Gedanken, nämlich der Zugehörigkeit der Ostwand zum alten Bau, und habe auch vielleicht den jetzigen Entdeckern Anhalt bei ihren Arbeiten gegeben. Der Werth der letzteren bestehe eben mit darin, daß die Lage der Bauaren dadurch vollständig klar gelegt und ferner genügend Detail jetzt schon aufgedeckt sei, um es jedem einsichtigen Architekten zu ermöglichen, eine Reconstruction dieser östlichen und Hauptfront zu entwerfen, die von der ursprünglichen Anlage nur wenig abweichen dürfte.

Herr Nieß constatirte, daß die bereits aufgedeckten Architecturtheile in der östlichen Fassade nicht allein im Umriss sondern auch in allen wesentlichen Theilen vorhanden seien; selbst die bisher fehlende Säule der zweiten Fenstergruppe habe man aufgefunden; dieselbe sei später in eine größere Bogenöffnung eingestückt, was man schon daraus entnehmen könne, daß die Bögen darüber aus Barnsteinen, und nicht gleich den übrigen, aus Quadern hergestellt seien. Indem Redner die Anführung des Herrn Steinacker unter dem Hinzufügen bestätigte, daß Schiller in der seinem Werke über die älteren Bauten Braunschweigs angehängten chronologischen Uebersicht die aus der Zeit Heinrichs des Löwen herstammenden Fasadentheile der alten Burgcaserne aufgeführt habe, daß aber das jetzt lebende Geschlecht von der Sache höchst wahrscheinlich sehr wenig gewußt habe, da sich eine solche chronologische Notiz dem Gedächtnisse schwer einpräge, bemerkte er noch, daß man dem Herrn Vorredner, welcher dem Dr. Schiller die Kenntniß von dem Vorhandensein der Arcaden reservirt habe, hierfür auf alle Fälle zu Danke verpflichtet sei.

Nachdem hierauf die Commissionsanträge angenommen waren,

V. beantragte Herr Heymann namens der Statutencommission, die in dem Magistratschreiben vom 19. October v. M. erbetene Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der Maurer Anton Wolters hieselbst zur Erstattung der durch Verpflegung seines Sohnes, des Schmieds Theodor Wolters, vom 21. bis 23. Januar c. im Courthaus zu Hamburg entstandenen Kosten im Gesamtbetrage von 2 M. 20 S. im Wege des Processes gezwungen werde.

Herr Zellgmann hielt nicht für opportun, einer so geringen Summe willen einen Proceß anzustrengen. Das jetzige Gerichtsverfahren erfordere unverhältnißmäßig viel Klagekosten, so daß diese den Werth des Objects möglicherweise weit übersteigen

würden. Außerdem erwachse dem Magistrate eine nicht unbedeutende Last aus derartigen Proceßführungen.

Herr Stadtrath Ketemeyer konnte diese Ansicht nicht theilen. Bei den großen Summen, welche die Stadt alljährlich lediglich im Interesse der Armenverwaltung ausbebe, halte er für erforderlich, daß der Magistrat, um des Princip's willen, darauf bedacht sei, auch derartige kleine Beträge wieder einzuziehen und müsse er auch in diesem Falle bitten, schon der Consequenz wegen, dem Magistratsantrage zuzustimmen. Wenn die Sache der Geringfügigkeit wegen ad acta gelegt würde, könne man fest annehmen, daß bald eine Menge von Leuten aus gleichen Rücksichten die Niederschlagung derartigen Kosten beanspruchen würde.

Referent stimmte dem Herrn Vorredner bei und hob hervor, daß die Ansicht, die jetzige Gerichtsorganisation verursache bei Proceßten um kleine Beträge mehr Unkosten als die frühere, nicht richtig sei. Was die Zeitungen über die bedeutenden Kosten bei kleinen Beträgen referirten, sei zwar thatsächlich richtig, das Publikum habe aber dabei die falsche Vorstellung, daß das früher anders gewesen sei. Es sei aber absolut nicht anders möglich, daß die Klagekosten bei so geringen Beträgen sich höher herausstellten, als das Object an Werth sei.

Hiernach wurde der Commissionsantrag angenommen.

VI. beschloß die Versammlung nach einem Referate des Herrn Telligmann zur Anschaffung eines größeren Nivelirinstrument's nebst Zubehör zum Zweck der bei Ausarbeitung des Ortsbauplans, sowie bei Straßenanlagen vorzunehmenden Nivellementsarbeiten aus den für ordentliche Ausgaben, In'sgemein (Cap. XIV. *M.* 4), disponibeln Fonds nachträglich 237 *M.* zu verwilligen.

Danach

VII. berichtete Herr Kybik namens der Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 20. März c. — Nach den Bestimmungen des mit dem 1. October v. J. in Kraft getretenen Gesetzes *M.* 39 vom 28. Juni v. J., die Abgaben an die Armen- und Begebefferungscasse betreffend, ist der Betrag der letzteren fortan von den Herzoglichen Kreisdirectionen festzustellen und beizutreiben und soll nach §. 7 leg. cit. vor solcher Feststellung der betreffende Kreisausschuß, in hiesiger Stadt die städtischen Behörden, gehört werden. In Gemäßheit dieser Vorschrift sind denn auch dem Magistrate von Herzoglicher Kreisdirection verschiedene Verzeichnisse von lehtwilligen Verfügungen und vertragsmäßig erworbenen Grundstücken aus den Monaten October und November v. J. zur Begutachtung übersandt. Der Magistrat glaubt nun, daß wenn die Stadtverordnetenversammlung, bei dem bedeutenden Umfange, welchen der Verkehr mit Grundstücken in hiesiger Stadt seit mehreren Jahren erreicht hat, über den Werth aller durch Vertrag in andere Hände übergegangenen Grundstücke resp. selbst-

ständigen Gerechtigkeiten gutachtlich äußern wollte, derselben eine um so größere Geschäftslast erwachsen würde, als diese Gutachten allmonatlich über den Werth der während des verfloffenen Monats veräußerten einzelnen Grundstücke zu erstatten sind. Da nur unbedeutende Differenzen zwischen dem abgeschätzten und dem wirklichen Werthe veräußerter Grundstücke vorkommen können, auch die Gefahr einer unrichtigen Feststellung der den obigen Abgaben unterliegenden Nachlasse um so seltener vorliegt, als in allen den Fällen, wo eine Vormundschaft angeordnet oder eine Erbschaftsteuer zu entrichten ist, bereits von anderen Behörden jene Werthsermittlung vorgenommen ist, resp. gleichzeitig vorgenommen wird, so beantragt der Magistrat, ohne eine Schädigung der Armen- und Begebesserungscasse befürchten zu müssen: die Versammlung wolle auf eine Mitwirkung bei Feststellung der obengedachten Werthe ihrerseits verzichten und dieselbe ihm allein überlassen.

Die Finanzcommission hat, wie Referent bemerkt, einige Bedenken gegen den Antrag in der Allgemeinheit gefunden. Die Sache liege nicht so ungünstig in Bezug auf die Geschäftslast, als im Magistratschreiben angenommen werde. Die städtischen Behörden seien nach §. 7 des oben citirten Gesetzes vor Feststellung der Abgaben allerdings in allen Fällen zu hören. Darunter seien jedoch die meisten Fälle solche, in denen die Herzogliche Kreisdirection bei der Feststellung die Werthsermittlungen zu Grunde zu legen habe, welche von der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection behuf der Erbschaftsteuer oder der Veränderungssteuer beim Eigenthumswechsel angenommen seien. In diesen, die Regel bildenden Fällen handele es sich bei Feststellung der Abgaben lediglich um eine calculatorische Arbeit, nämlich die Ermittlung von  $\frac{1}{2}\%$  des von der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection ermittelten Werthes. Nur in den Fällen habe die Herzogliche Kreisdirection zu einer selbständigen Schätzung zu schreiten, wo von der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection wegen eintretender Steuerfreiheit jene Ermittlungen nicht vorgenommen seien (§. 6 leg. cit.) Um dieser willen sei auf die Mitwirkung der Stadtverordneten nicht wohl zu verzichten. Der Vereinfachung wegen halte die Finanz-Commission es für unbedenklich, wenn sie mit Wahrnehmung der Rechte der Versammlung betraut würde, jedoch so, daß sie nach ihrem Ermessen Fälle von besonderer Wichtigkeit oder auch solche, die zu principiellen Fragen Anlaß geben, vor das plenum bringen könne. Der Antrag der Finanz-Commission zielt auf folgenden Beschluß:

»Die Finanz-Commission wird mit der regelmäßigen Wahrnehmung der der Stadtverordneten-Versammlung gesetzlich obliegenden Functionen bei der Feststellung der Abgaben zur Armen- und Begebesserungscasse in dem Maße beauftragt, daß

derselben die von der Herzoglichen Kreis-Direction aufgestellten Monatsverzeichnisse — unter Hervorhebung der Fälle, in welchen Werthsermittlungen seitens der Herzoglichen Kreis-Direction statt-

gefunden haben -- mitgetheilt, von ihr geprüft und event. mit zustimmender Erklärung zurückgegeben werde, dem Ermessen der Commission aber überlassen bleibt, auftauchende Principienfragen der einzelnen Werthermittlungsfälle in der Versammlung zum Vortrage zu bringen.«

Ohne Debatte wurde der Commissionsantrag genehmigt.

VIII. wurde nach einem Referate des Herrn von Seckendorff auf einen Antrag des Magistrats vom 25. März c. zu genehmigen beschlossen, daß an den Kohlenhändler Geffers hieselbst das zur Errichtung eines neuen Bohnhauses auf seinem sub Nris. ass. 319 und 320 an der Leopoldstraße belegenden Grundstücke in der vorgeschriebenen Baulinie erforderliche 8 qm haltende bisherige Straßenterrain zu einem Kaufpreise von 15 *M.* pro qm abgetreten werde.

Wie

IX. Herr Wolff namens der Finanz-Commission berichtete, sind nach einer vom Stadtcämmerer beim Magistrate eingereichten Uebersicht dem Schlachthausbaufonds von der Stadtcasse vom 30. September 1877 an, wo der erste große Vorchuß mit 16 500 *M.* geleistet wurde, bis ult. Februar c. insgesammt 800 000 *M.* vorgeschossen. Dazu sind am 1. März aus der Cassé des Kreiscommunalfonds 98 216 *M.* gezahlt, so daß die Ausgabe sich bis jetzt auf insgesammt 898 216 *M.* beläuft. Diese Summe wird sich durch Berichtigung noch einiger Restkaufgelder und Regulirung einer Baurechnung auf fast 1 000 000 *M.* steigern. Es handelt sich nun darum, einen angemessenen Zinsfuß für die von der Stadtcasse der Schlachthausbaukasse dargeliehenen Summen festzustellen und beantragt der Magistrat in seinem Schreiben vom 30. v. Mts. dem Vorschlage des Cämmerers gemäß einen Zinsfuß von 4½ % (wonach die aufgelaufenen Zinsen 12 107 *M.* 81 *S.* betragen werden), auch die vorgelegte Zinsberechnung, vorbehaltlich der ihr zum Grunde liegenden Darlehensgewährungen, zu genehmigen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Herrn Referenten ohne Weiteres die Zustimmung der Versammlung findet.

X. Bei Feststellung der Gehaltsverhältnisse des Lehrpersonal an der städtischen höheren Mädchenschule hat der Magistrat auf Anregung der Schulcommission die Einbringung einer Vorlage zur Ausgleichung der Befoldung derjenigen Lehrer gestellt, welche zwar weder das Rectorexamen noch die beiden theologischen Prüfungen absolvirt haben, jedoch in den oberen Classen solchen Unterricht erteilen, welcher in der Regel nur von academisch gebildeten Lehrern gefordert wird. Der Magistrat beantragt nun in seinem Schreiben vom 5. d. Mts. unter eingehender Darlegung der



Gründe, daß die Versammlung sich mit einer Gehaltserhöhung für die Lehrer Hohnstein und Henze von bezw. 300 *M.* und 120 *M.* vom 1. Januar c. an einverstanden erklären möge, und bemerkt dabei, daß er sich eines Antrags, das Gehalt des Lehrers Fricke nach der für den Lehrer Henze vorgeschlagenen Norm zu bemessen, mit Rücksicht darauf, daß Fricke nachträglich das Rectoreramen zu absolviren beabsichtige, enthalten wolle.

Die vereinigte Schul- und Finanzcommission, namens welcher Herr Schwarzenberg referirt, empfiehlt die Anträge zur Annahme, welche denn auch ohne Debatte erfolgt.

XI. referirte Herr Kybik namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 31. März c. — Der Verein für Förderung des Kunstgewerbes, welcher aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde einen jährlichen Zuschuß von 2000 *M.* bezieht, hat um abermalige Erhöhung dieses Zuschusses zum Zwecke der Unterhaltung der Vereinszeichenschule nachgesucht. Da nicht lediglich eine Erhaltung der Zeichenschule sondern auch eine kräftige Förderung ihrer fernerer Entwicklung im Interesse der hiesigen Gewerbetreibenden geboten erscheint, und Herzogliches Staatsministerium die bisher aus Staatsmitteln verwilligte Beihilfe von 3000 *M.* unter der Bedingung erhöht hat, daß dem Vereine auch aus städtischen Mitteln in erhöhter Weise als zeither zu Hülfe gekommen werde, so beantragt der Magistrat zu genehmigen, daß dem Vereine zur Erhaltung und Entwicklung der Zeichenschule vom laufenden Jahre an bis auf Weiteres ein um jährlich 800 *M.* erhöhter Zuschuß, mithin im Gesamtbetrage von 2800 *M.*, aus der obgedachten Casse gewährt werde.

Die Commission ist mit der beantragten Erhöhung einverstanden, giebt jedoch, da nicht abzusehen ist, ob diese Casse auch für nächstes Jahr die Mittel dazu darbieten wird, zu beschließen anheim: daß dem fraglichen Vereine zu beregtem Zwecke für das laufende Jahr ein auf 2800 *M.* erhöhter Zuschuß aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde gewährt, die Bewilligung der etwa ferner zu gewährenden Zuschüsse aber der Etatfeststellung vorbehalten werde.

Auch diesem Antrage stimmt die Versammlung ohne Debatte zu.

XII. berichtete Herr Schwarzenberg für die vereinigte Schul- und Finanzcommission, daß nach einem Berichte des Schuldirectors Schaarschmidt die im Laufe der lektverfloßenen Monate behuf Entlastung der unteren Classen der Bürgerschulen getroffenen Einrichtungen bei der unerwartet starken Anmeldung jetzt schulpflichtig gewordener Kinder nicht ausreichen, um die letzteren ordnungsmäßig einschulen zu können. Es ist deshalb erforderlich gewesen, für die schulpflichtig gewordenen Kinder der unteren Bürgerschulen zwei neue 6. Classen und für diejenigen der mittleren Bürgerschulen eine neue 7. Klasse einzurichten, auch ist beim

Mangel an einem für die letztgedachte Klasse verfügbaren Schullocale ein geeignetes Zimmer in dem Vorhauer'schen Schulhause an der Faller'sleberstraße für das laufende Schulhalbjahr zu einem Preise von 200 *M.* einschließlich der Reinigungsvergütung gemiethet. Für diese drei Klassen sind vom Schulvorstande drei Lehrerinnen und zwar zunächst auf ein Probejahr gegen eine Remuneration von je 900 *M.* jährlich angenommen. Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 6. d. Mts. 1) zur Ermiethung des qu. Schullocal's für das laufende Schulhalbjahr 200 *M.* zu bewilligen, 2) die beim Schulcassenetat vom Jahre 1880 durch die Besoldung neu angestellter Lehrkräfte entstehende Fehlsomme von 1545 *M.* nachzuverwilligen, —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Herrn Referenten ohne Weiteres genehmigt wurde.

### Ferner

XIII. berichtete Herr Heymann für die Statutencommission über eine Eingabe des Eigenthümers des Hauses *N.* ass. 3802 (Kastanienallee) vom 15. März c. wegen Ausschlusses von der Benützung eines Straßencanals. — Der frühere Besitzer dieses Hauses ist mit den auf dasselbe entfallenden Canalisationskosten rückständig geblieben und hat solche auch beim Verkauf des Grundstückes im Submissionstermine nicht zur Anmeldung gebracht. Als nun die Stadtcasse die Beiträge ausschrieb, hat Eingebener sich geweigert, dieselben zu entrichten. Der Magistrat hat darauf durch die Verfügung vom 16. Februar c. die Absperrung des vom gedachten Grundstücke nach der Hauptröhrenleitung führenden Canals angeordnet und richtet nun der jetzige Besitzer die Bitte an die Versammlung, sich beim Magistrate für die Zurücknahme der gedachten Verfügung zu verwenden. Er hält sich, da die rückständigen Canalisationsbeiträge bei dem Submissionstermine verschwiegen seien, nicht für verpflichtet, dieselben zu bezahlen und glaubt, daß er mit dem Kaufe des Hauses auch das Recht auf Benützung des fraglichen Canals als integrierendem Bestandtheile desselben mitgekauft habe, der Magistrat daher zu der getroffenen Maßregel nicht berechtigt sei.

Die Statutencommission ist, da es sich nicht um eine Entscheidung der Versammlung handelt — zu welcher dieselbe auch durchaus nicht competent sein würde — der Ansicht, daß man dem Antrage in formeller Beziehung nicht entgegen sein dürfe. Was die materielle Seite der Angelegenheit betreffe, so könne man dabei auf sehr schwierige und zweifelhafte Rechtsfragen stoßen; es komme nämlich in Frage, ob man es hier mit einer *res publica*, wobei der Magistrat nicht ohne Weiteres den Gebrauch einer öffentlichen Anlage Jemandem entziehen könne, oder aber, da es sich um die Zuleitung der Röhren einzelner Anlieger in den Hauptcanal handle, mit nach Privatrechten zu beurtheilenden Verhältnissen zu thun habe. Da nun das in Frage stehende Object verhältnißmäßig nicht bedeutend und Aussicht vorhanden sei, daß Bittsteller sich im Wege der Güte mit dem Magistrate über diese zweifelhafte Frage abfinden

werde, so giebt die Statuten-Commission anheim, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Antragsteller behuf Vermeidung eines, schwierige und zweifelhafte Rechtsfragen betreffenden Processes, dessen Kosten unter Umständen im Mißverhältnisse zum Objecte stehen würden, in Güteverhandlungen einzutreten.

Die Versammlung erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden,

worauf schließlich

**XIV.** Herr Heymann noch namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 14. d. Mts. berichtete. — Herzogliches Staatsministerium hat das von den städtischen Behörden beschlossene Statut, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betreffend, unter der Bedingung genehmigt, daß §. 3 desselben, welcher von dem im etwaigen Bedürfnissfalle anzunehmenden expeditierenden Hilfsbeamten des Magistrats handelt, gestrichen werde. Um möglichst bald das Statut erlassen zu können, hat der Magistrat, da er auf die Beibehaltung des gedachten Paragraphen wenig Gewicht legte, dem Herzoglichen Staatsministerium die Streichung desselben unter Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung der Stadtverordneten empfohlen. Der Magistrat beantragt, diese nachträgliche Zustimmung zu ertheilen.

Die Commission schloß sich dem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wurde.

Darauf Schluß der öffentlichen Sitzung.

#### **In gemeinschaftlicher Sitzung**

wurden sodann noch vertraulich Reclamationen, die Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu außerordentlichen Beiträgen wegen Benutzung der städtischen Communalwege betreffend, zur Erledigung gebracht.

---

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 116 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 6.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. Mai 1880.

### Öffentlich:

- I. Veränderung im Gehalte des ersten Cassirers der Stadtcasse.
- II. Erhöhung der Remuneration eines Armenarztes.
- III. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten des vom Verein für öffentliche Gesundheitspflege veranstalteten Druckes des Berichts über Prüfung auswärtiger Städte-  
reinigungsanlagen durch Vereinsmitglieder.
- IV. Bewilligung einer Beihilfe zu einer ärztlich verordneten Reise eines Magistrats-  
schreibers.
- V. Vermietung der Keller unter dem Bürgerschul-Gebäude östlichen Bezirks.
- VI. Genehmigung der Uebernahme der hier für die Kaiser-Wilhelms-Spende zu errichtenden  
Zahlstelle Seitens des Stadtschreibers.
- VII. Bewilligung der Kosten von Veränderungen in Straßennamens-Tafeln zc.
- VIII. Vorläufige Gewährung eines Credits zu einleitenden Arbeiten zc. für einen Schul-  
haus-Bau.
- IX. Entschädigung zweier Anlieger der Bruchstraße für zur Straße gezogenes Terrain.
- X. Entsendung des Oberbürgermeisters nach Berlin behuf Besichtigung des dortigen  
Schwemmstems.
- XI. Erhöhung des Gehalts des Mühlenmeisters der Neustadtmühle.
- XII. Verpachtung städtischer Länderei am Giersberge.
- XIII. Ankauf von Terrain an der ersten Langencampswetz behuf deren Verbreiterung.
- XIV. Weitere Fürsorge für einen im Dienste beschädigten Feuerwehrmann.
- XV. Bewilligung der Kosten für Reparaturen in der Neustadtmühle.
- XVI. Anfrage des Herrn K r a m p e wegen Veröffentlichung des neuen officiellen Plans  
der Stadt.

### Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt wegen Abwesenheit die Herren du Roi, Nieß, Wilke und Wolf, wegen Verspätung Herr Steinacker. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer und Stadtrath Ketemeyer.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: »M. H.! Seit wir zuletzt hier versammelt waren, hat der Tod aus unserer Mitte einen Mann abberufen, der eine lange Reihe von Jahren in gemeinsamer Arbeit mit den Stadtverordneten sich in diesem Saale zusammengefunden hat: unsern allverehrten Oberbürgermeister Caspari. Es wird Ihnen wie mir ein Herzensbedürfnis sein, des Verstorbenen heute, ehe wir uns den Pflichten des Lebens zuwenden, an dieser Stelle noch einmal in dankbarer Pietät zu gedenken. Was der Verstorbene unserer Stadt gewesen ist, das ist ausgesprochen, als Magistrat und Stadtverordnete ihm die höchste Ehre erwiesen, die sie zu erweisen vermochten, als sie ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Braunschweig verliehen, das ist ausgesprochen bei der erhebenden Todtenfeier. Das Bild des Mannes wird Ihnen, m. H., lebhaft vor Augen und im Herzen stehen, ich brauche es nicht in Ihnen wachzurufen. Ausgestattet mit reichen Gaben des Geistes, mit hohen Eigenschaften des Charakters und des Herzens, hat er lange Jahre sich fast ausschließlich und bis zur Erschöpfung der ihm anvertrauten Leitung unserer Stadt gewidmet! Und sein Wirken ist nicht erfolglos geblieben. Ueberall, wohin wir unsere Blicke wenden in der städtischen Verwaltung, finden wir die Spuren seiner Geistesarbeit, überall sehen wir die Zeugen seiner schaffenden Kraft, die laut genug für ihn und für sich sprechen. Wie sehr wünschten wir dem Verstorbenen, daß es ihm vergönnt gewesen wäre, noch längere Zeit der beschaulichen Ruhe nach langen Jahren harter Arbeit, die er, seinem innersten Wesen getreu, in höchster Lebenseinfachheit hingebracht hat, zu genießen! Gott hat es anders gefügt. Das Andenken des Verstorbenen, des können wir versichert sein, wird noch lange in unserer Stadt leben und stets ein gesegnetes sein. Wir aber, m. H., wollen der tiefen und schmerzlichen Bewegung, welche uns alle beim Tode dieses Mannes ergriffen hat, und zugleich der dankbaren Verehrung für ihn nochmals einen schlichten und ernsten Ausdruck geben. Ich bitte Sie, sich mir anzuschließen, und das Andenken des Verstorbenen zu ehren, indem Sie sich von Ihren Sitzen erheben.

Die Versammlung kommt dieser Aufforderung nach.

Herr Bürgermeister Rittmeyer ergreift die Gelegenheit, im Namen der Hinterbliebenen Dank für dies und für alle anderen Zeichen der Theilnahme und der Verehrung, zu welchen der Tod des Oberbürgermeister Caspari Anlaß gegeben, zu sagen, worauf der Herr Vorsitzende fortfährt: »Wir haben noch eines Todten zu gedenken, des Eisenbahndirectors Dr. Aronheim. Derselbe hat früher längere Jahre unserer Versammlung angehört und hat sich noch in vorgerücktem Alter trotz Kränklichkeit, befeelt von hohem Interesse für öffentliche Angelegenheiten, insbesondere auch für die Angelegenheiten unserer Stadt, durch das Vertrauen der Wähler berufen,

bewegen lassen, in unsere Versammlung einzutreten. Leider ist ihm keine lange neue Wirksamkeit in diesem Kreise beschieden gewesen; nach wenigen Monaten schon hat ihn der Tod abberufen. Auch das Andenken dieses Verstorbenen bitte ich durch Erheben von den Sitzen zu ehren.«

Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.

Darauf theilt der Herr Vorsitzende mit, daß nach einem Magistratschreiben vom 22. v. M. in dem am 21. v. M. abgehaltenen Wahltermine an Stelle des zurückgetretenen Stadtverordneten, Rechtsanwalts und Notars Lucius, der Hauptagent Herr Rudolf Ramdohr bis zum Ablaufe des Jahres 1882 zum Stadtverordneten gewählt ist und die Wahl angenommen hat. Redner bemerkt dabei, daß Herr Ramdohr nach eingegangener Anzeige wegen einer nothwendigen Geschäftsreise an der heutigen Sitzung theilzunehmen behindert sei und seine Abwesenheit zu entschuldigen bitte.

Nach Genehmigung des Protokolles .K. 4 vom 18. März c.

zeigt der Herr Vorsitzende ferner an, daß der Versammlung unterm 12. d. M. eine an den Magistrat gerichtete Eingabe des ärztlichen Vereins des Kreises Braunschweig zur Kenntnißnahme abschriftlich mitgetheilt sei. Die Eingabe führe einige Fälle an, in denen theils Untersuchungen von Thieren im Schlachthause nicht vorgenommen sein sollen, obgleich diese das Schlachthaus passiert hätten, theils bei der Untersuchung nicht nach den Anordnungen des betreffenden Sachverständigen verfahren sein solle. Dann werden Vorschläge bezüglich einer Besserung dieser Zustände gemacht. Redner werde das Schreiben im Einverständnisse mit dem Herrn Bürgermeister in der Registratur des Magistrats zur Einsicht auslegen, event. könne dasselbe den Mitgliedern der Versammlung auf Verlangen zugesandt werden; eine Vorlesung an dieser Stelle halte er nicht für opportun.

Zur Tagesordnung übergehend

1. berichtet Herr Kybik namens der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 10. vorigen Monats. — Durch den gegen Ende v. J. festgestellten Normalgehaltsetat der städtischen Beamten ist das Normaleinkommen des ersten Cassirers bei der Stadtcasse auf 1800 M. mit Alterszulagen von 300 M. nach Ablauf von je 3 Dienstjahren bis zum Höchstbetrage von 3600 M. festgesetzt. Der Cassirer Schmidt würde, wenn er auf ein nach Maßgabe dieses Gehaltsetats festzustellendes Einkommen Rechtsanspruch hätte, seiner Dienstzeit nach seit dem 1. Januar d. J. 3300 M. zu beziehen haben, während er in Wirklichkeit nur 2850 M. Gehalt hat. Da mit dem Jahre 1880 drei Jahre seit der dem Schmidt zuletzt gewährten Gehaltszulage abgelaufen sein werden, so behält sich der Magistrat vor, für denselben mittels des

nächstjährlgen Etats die regelmässige Alterszulage von 300 *M.* zu beantragen, hält aber inzwischen für billig und beantragt, ~~daß~~ zur annähernden Ausgleichung der Differenz zwischen dem jetzigen Einkommen des Schmidt und dem beschlossenen Durchschnittsgehalte des ersten Cassirers; dem Schmidt schon jetzt und vom 1. Januar d. J. angerechnet eine extraordinäre Gehaltszulage, von 150 *M.* ausgesetzt, das Dienstgehalt desselben mithin auf 3000 *M.* abgerundet werde. Die Mittel zur Deckung dieser Ausgabe sind durch Ersparnisse an den etatisirten Dienstgehältern der städtischen Beamten und Diener verfügbar geworden.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

### Danach

II. wird nach einem Referate des Herrn Telligmann auf einen Magistratsantrag vom 10. vorigen Monats beschlossen, die Remuneration des Armenarztes von Holwede mit Rücksicht darauf, daß derselbe zwei und noch dazu beschwerliche und besonders umfangreiche Armenbezirke zu verwalten hat, von 350 *M.* auf 400 *M.* jährlich, vom 1. Januar d. J. angerechnet, zu erhöhen.

III. Der vom Oberingenieur Mitgau über die in Berlin, Amsterdam und einigen englischen Städten eingeführten Systeme der Städtereinigung erstattete Bericht ist auf Veranlassung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege im Druck erschienen. Der Vorstand dieses Vereins hat nun gebeten, ihm zu den dadurch mit 489 *M.* 29 *S.* erwachsenen Kosten einen Beitrag aus städtischen Mitteln zu bewilligen. In Anerkennung der gemeinnützigen Wirksamkeit des gedachten Vereins, speciell auf dem Gebiete der Städtereinigungsfrage, giebt der Magistrat, unter Ueberreichung verschiedener Berichtseremplare, anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß zu den beregten Kosten ein Beitrag von 300 *M.* aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde geleistet werde, —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Referenten der Finanz-Commission, Herrn Telligmann, ohne Debatte genehmigt wird.

IV. wird dem Magistratsantrage vom 12. vorigen Monats gemäß, welchen die Finanz-Commission durch ihren Referenten Herrn von Seckendorff zur Annahme empfiehlt, beschlossen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Magistratschreiber Otte zum Gebrauche einer ihm ärztlicherseits verordneten Cur eine Beihilfe von 100 *M.* aus der Stadtcasse bewilligt werde.

### Wie

V. Herr Kunken berichtet, sind einem Magistratschreiber vom 16. vorigen Monats zufolge diejenigen Miethcontracte, welche in Betreff der unter dem Schul-

gebäude auf der südlichen Wilhelmsstraße belegenen Kellerräume abgeschlossen waren, abgelaufen und es beantragt der Magistrat, da in dem zum Zwecke anderweiter Vermietung anberaumt gewesenen Termine außer einigen bisherigen Miethern anderweite Reflectanten sich nicht eingefunden haben, die Prolongation der Miethcontracte unter den bisherigen Bedingungen auf den Zeitraum von 6 Jahren, mithin von Ostern 1880 bis dahin 1886, zu genehmigen.

Auch dieser Antrag wird auf commissionsseitige Befürwortung ohne Weiteres angenommen.

VI. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über den Magistratsantrag vom 20. vorigen Monats, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Stadtsecretair Priesemann die Erlaubniß zur Uebernahme der hier für die Kaiser-Wilhelms-Spende zu errichtenden Zahlstelle ertheilt werde. Referent bemerkte, daß in den gestrigen Braunschweigischen Anzeigen bereits die Herzogliche Leihhausanstalt als Zahlstelle namhaft gemacht sei, nichtsdestoweniger gebe die Commission anheim, dem Antrage zu willfahren.

Herr Riecke erklärt sich gegen den Antrag, weil bei dessen Annahme binnen kurzer Zeit die Forderung an die Versammlung herantreten werde, eine Remuneration für dieses Geschäft zu bewilligen. Außerdem würden die Zwecke des fragl. Instituts von jeder beliebigen Versicherungsanstalt weit billiger erfüllt.

Referent erwidert, daß die Versammlung die Ansicht des Herrn Vorredners in keiner Weise theilen werde. Sollte die Forderung einer Remuneration an die Versammlung herantreten, so werde diese immer in der Hand haben, dieselbe abzulehnen. Für jetzt sei von einer Remunerationbewilligung gar nicht die Rede.

Herr Kybitz hebt hervor, daß es sich hier darum handle, einem Institute entgegenzukommen, welches grade im Interesse der minder bemittelten Klassen in's Leben gerufen sei. Die Verwaltung der Kaiser-Wilhelms-Spende sei bemüht gewesen, möglichst viele Zahlstellen zu schaffen. Auch an die Staatscassen im Herzogthume sei dabei gedacht. Die Steuercassen als die zahlreichsten mit den Geschäften zu betrauen habe sich als unthunlich erwiesen. So seien im Herzogthum staatsseitig die Herzogl. Leihhaus-Cassen ausersuchen, die Functionen zu üben. Sie thäten dies neben den Seitens der Communalverwaltungen mit den gleichen Functionen betrauten Stellen. Selbstverständlich zahle die Verwaltung auch etwaige Remunerationen.

Danach wurde dem Magistratsantrage zugestimmt.

VII. Bei Bearbeitung des Ortsbauplans für den außerhalb der Umfluthgräben belegenen Theil der hiesigen Stadt hatten sich rücksichtlich der Bezeichnung der Straßen und Numerirung von Häusern verschiedene Mängel ergeben, deren Beseiti-



gung 228 *M.* 9 *h* Kosten verursacht hat. Der Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 16. vorigen Monats die Bewilligung dieser Summe anheim mit dem Bemerkten, daß, insofern zur Deckung die Mittel aus Cap. IX. des Haushaltsetats nicht ausreichen sollten, das Dispositionsquantum der städtischen Behörden (Cap. XIV. des Etats) dazu herangezogen werden könne.

Auf Empfehlung des Referenten der Finanz-Commission, Herrn Kunken, wird der Antrag ohne Debatte angenommen.

### Sodann

VIII. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanz-Commission über ein Schreiben des Magistrats vom 27. vorigen Monats. — Nachdem die Stadt das ehemals Schrader'sche Grundstück am Büldenwege zur Errichtung eines Bürgerschulgebäudes angekauft hatte, war der Stadtbaumeister beauftragt, einen Riß und Kostenanschlag zu diesem Gebäude auf Grund des vom Schulvorstande aufgestellten Bauprogramms, und zwar schleunigst, auszuarbeiten, damit das Gebäude zur Entlastung der übrigen städtischen Schulen im Herbst e. künft. Jahrs der Benutzung übergeben werden könne. Der Stadtbaumeister hat das (im Sitzungssaale ausgehängte) von dem Schulvorstande und dem Stadtbauamte gebilligte Project nebst einem die Bausumme von 272 000 *M.* ergebenden Kostenüberschläge vorgelegt und dabei anheimgegeben, ihm, damit er die augenblicklich günstige Bauzeit ausnützen und so die rechtzeitige Ausführung des Baues sichern könne, einen vorläufigen Credit von bis zu 30 000 *M.* aus der Stadtcasse zu eröffnen. Unter dem Hervorheben, daß die Stadtcasse für die qu. Bauausführung (nach Absatz der Kosten für den Arealerwerb) pro 1880 eine Rate von 120 000 *M.* verfügbar hat, beantragt der Magistrat, bei der Dringlichkeit der Sache sich damit einverstanden zu erklären, daß schon jetzt auf der Grundlage des vorgelegten Bauprojects — die definitive Feststellung desselben und der Kostensumme vorbehältlich — dem Stadtbaumeister der beantragte Credit gewährt werde.

Referent giebt namens der Commission die Gewährung des angeforderten Credits anheim, dabei bemerkend, daß eine specielle Berathung über den Schulhausbau erst dann stattzufinden brauche, wenn die detaillirten Kostenanschläge und Pläne vorgelegt seien.

Herr Krampe wünscht Auskunft darüber, ob mit der Bewilligung dieser 30 000 *M.* auch bereits der ganze Plan genehmigt sei. Alsdann könne er allerdings nicht umhin, seine Bedenken geltend zu machen, denn seines Wissens seien für den Bau einer Bürgerschule noch niemals so viel Mittel angefordert, wie für den in Rede stehenden. Die bisher gebauten Schulhäuser hätten nicht mehr als 70 000 bis 80 000 *fl.* gekostet, diesmal stehe man vor einer Forderung von über 90 000 *fl.*

Referent: Die Bewilligung der Gesamtkosten und Genehmigung des

speciellen Project's bleibe, wie schon bemerkt, der Versammlung noch vorbehalten. Wenn übrigens die Kosten etwas höher veranschlagt seien als bei anderen Schulbauten, so finde das wohl darin seine Berechtigung, daß hier ein Eckbau mit etwas kostspieligerer Decoration, wie es die Verhältnisse mit sich brächten, aufgeführt werden solle. Das Quadratmeter bebauter Fläche sei mit 225 *M.* berechnet; bei der Realschule 2. Ordnung habe dasselbe 216,5 *M.*, bei der Bürgerschule an der Dttmerstraße 206 *M.*, an der Pflegehausstraße 208 *M.*, am neuen Petrithore 222 *M.* gekostet. Andererorten werde bedeutend theurer gebaut; so habe beispielsweise das Quadratmeter der Volksschule in Bremen 261,6 *M.*, der 6. Bürgerschule in Hannover 271 *M.* gekostet.

Vorsigender: Die Fassung des Magistratschreibens lasse allerdings Zweifel darüber zu, ob man es hier bereits mit dem definitiven oder aber nur mit einem vorläufigen Projecte zu thun habe. Die Worte, »daß jetzt schon auf Grundlage des Bauproject's« ließen die Deutung zu, als wolle man mit dem zu gewährenden Credit Arbeiten bezahlen, welche das definitive Project erheische, während nach den darauf folgenden, in Parenthese gesetzten Worten »die definitive Feststellung desselben und der Kostensumme vorbehaltlich« auf das Gegentheil zu schließen sei. Es sei aber wünschenswerth, daß das definitive Project bis zur demnächstigen Specialberathung noch vollständig intact bleibe und demselben durch die jetzt beabsichtigten Arbeiten in keiner Weise vorgegriffen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn im Magistratschreiben der Credit zur Vornahme der Vorarbeiten »auf Grundlage des vorgelegten Project's« angefordert sei, so habe der Magistrat damit gewissermaßen nur erklären wollen, daß in erster Linie ein Massibau und kein Fachwerksbau beabsichtigt werde; denn es handle sich in Wirklichkeit momentan nur um die Herbeischaffung der Materialien zu Fundamenten, Sockel u. s. w. Im Uebrigen werde die Entschließung der Versammlung über die Ausführung des Baues selbst nach jeder Richtung hin gewahrt werden. Die ganze Angelegenheit sei übrigens inzwischen in ein solches Stadium gekommen, daß der Magistrat keinen besonderen Werth mehr auf die Erlangung des Credits lege, es sei denn, daß einige Fuhrlöhne und angefahrne Steine bezahlt werden müßten, was Redner augenblicklich nicht wisse. Es sei nämlich die Zurechnungsfähigkeit des einen der Schrader'schen Miterben in Zweifel gezogen, und es frage sich noch, ob die Stadt schon in ganz nächster Zeit in den eigenthümlichen Besitz des Grundstücks gelangen werde. Bei diesen eigenthümlichen und nicht zu übersehenden Verhältnissen sei nichts weiter zu beschaffen als die allernöthigsten Vorarbeiten; die Versammlung könne daher den Credit ganz unbedenklich bewilligen.

Herr Reuter weist darauf hin, daß die Angabe des Preises pro Quadratmeter bebauter Grundfläche nicht den richtigen Anhalt für die Beurtheilung biete; es sei dieser Preis immer abhängig von der Construction des Schulgebäudes, ob dabei Mittelcorridore oder Seitencorridore gewählt seien; bei Anwendung der letzteren

werde sich der Preis für das Quadratmeter natürlich billiger stellen. Das Richtige sei aber, neben dem Preise pro Quadratmeter auch den Preis pro Sitz der unterzubringenden Schüler anzugeben; erst dann sei mit angeführten Beispielen etwas zu beweisen.

Herr Hasenbalg hält Vergleiche zwischen Bauten in Braunschweig und Hannover durchaus nicht für maßgebend, da in Hannover ganz andere Preisverhältnisse vorhanden seien. Der mitgetheilte Preis pro Quadratmeter sei ein sehr hoher, wenn man bedenke, daß das Baumaterial jetzt so billig sei wie nie zuvor.

Darauf wird beschlossen, den angeforderten Credit zu gewähren.

IX. Die Bauunternehmer Möbe und Severit haben bei Bebauung ihres an Bruchstraße belegenen Grundstücks behufs Innehaltung der vorgeschriebenen Baulinie 5 qm Terrain zur Straße abtreten müssen und verlangen dafür 180 *M.* Entschädigung. Nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters Winter erscheint der Kaufpreis annehmbar und beantragt daher der Magistrat in seinem Schreiben vom 22. vorigen Monats, die gedachte Summe zu verwilligen.

Die Finanz-Commission, namens welcher Herr von Seckendorff berichtet, schließt sich diesem Antrage an, und wird derselbe nach kurzen Erörterungen zwischen dem Herrn Möbe und dem Herrn Referenten zur Orientirung auf dem vorliegenden Situationsplane angenommen.

X. wird auf einen Antrag des Magistrats vom 3. dieses Monats, welcher vom Commissionsreferenten Herrn von Seckendorff zur Annahme empfohlen wird, beschlossen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß behufs weiterer Vorbereitung der Frage über das in hiesiger Stadt anzuwendende Reinigungssystem, der Magistratsdeccrent, Overbürgermeister Pockels, nach Berlin entsandt werde, um sich von dem daselbst zur Ausführung gebrachten Schwemmsysteme an Ort und Stelle Kenntniß zu verschaffen.

XI. In einem Schreiben vom 3. dieses Monats beantragt der Magistrat, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß dem Mühlenmeister der Neustadtmühle, Räche, vom 1. Januar d. J. an eine Gehaltszulage von 150 *M.* bewilligt und der Normalgehalt desselben in Zukunft dem der Gas-, Maschinen- und Werkmeister bei den städtischen Gas- und Wasserwerken gleichgestellt werde, wonach Räche vom 1. September 1881 an (wo derselbe 18 Jahre angestellt sein wird) in den höchsten Gehaltsatz von 2400 *M.* einrücken würde.

Die Finanz-Commission habe, wie Herr Rybik referirt, gegen diese Gleichstellung des Räche mit den gedachten städtischen Beamten im Allgemeinen keine Bedenken zu erheben vermocht. Es sei aber die Frage aufgetaucht, ob es nicht rathlich

erscheine, Räche dadurch im Einkommen zu erhöhen, daß ihm neben seinem jetzigen Gehaltsbezüge Tantième bewilligt werde. Diese Frage solle vorerst der näheren Erwägung unterzogen werden, wozu Herr Oberbürgermeister Pockels bereits sein Einverständnis erklärt habe. Die Commission beantrage daher:

- 1) dem Mühlenmeister Räche statt der beantragten Gehaltszulage ein Extraordinarium von 150 M. für das laufende Jahr zu bewilligen,
- 2) den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmäßiger sei, Räche an Stelle der beantragten Gehaltserhöhung durch Gewährung einer Tantième neben seinem bisherigen Gehalte den Maschinen- u. Meistern der Gas- und Wasserwerke im Einkommen gleichzustellen.

Ohne Debatte wird der Commissionsantrag genehmigt.

Danach

**XII.** berichtet Herr Munte namens der Statutencommission über einen Magistratsantrag vom 3 dieses Monats — Die bisherigen Pächter der der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen, am Giersberge vor dem Steinthore belegenen Ländereien haben um Prolongation ihrer Pachtcontracte auf weitere 6 Jahre unter den bisherigen Bedingungen gebeten. Da die gezahlten Pachtpreise nach dem Gutachten des Gartengeschworenen Dürre angemessen sind, so giebt der Magistrat anheim, die Versammlung wolle sich mit der beantragten Prolongation der fraglichen Contracte einverstanden erklären.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an.

Nachdem auf eine Anfrage des Herrn Winter, ob es sich bei der immer noch offen stehenden Frage hinsichtlich der von Reichswegen zu erbauenden 2. Husaren-Caserne auf jener Länderei nicht empfehle, die Pachtzeit nur auf 3 Jahre zu verlängern, indem dann die Pächter keine Entschädigung beanspruchen könnten, wenn sie späterhin etwas von der Länderei hergeben müßten,

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwiedert hat, es sei in den Pachtbedingungen ausdrücklich vorbehalten, daß, wenn die Stadt der Ländereien bedürfe, diese ohne Entschädigung abgetreten werden müßten, und nur Entschädigung für Gail und Saare für das betreffende laufende Jahr zu zahlen sein würde,

gelangt der Magistrats- resp. Commissionsantrag zur Annahme.

Ferner

**XIII.** berichtet Herr Munte für die Finanz-Commission über ein Magistrats-schreiben vom 3. dieses Monats. — Der Bauunternehmer Bachhaus, Eigenthümer des an der Ecke der Gliesmaroder Straße und der ersten Langencampswette belegenen Grundstücks, beabsichtigt, auf diesem Grundstück ein Wohnhaus zu erbauen. In Gemäßheit des bereits früher festgestellten Ortsbauplanes, durch welchen die Verbreiterung der fraglichen Wette auf 48 Fuß vorgesehen ist, mußte dem Bachhaus seitens des Stadt-

bauamts aufgegeben werden, 80 qm Terrain unbebaut zu lassen, und hat Bachhaus den Antrag gestellt, daß ihm der Selbstkostenpreis dieses zur Straße abzutretenden Terrains mit 5 M. 60 A pro Quadratmeter gezahlt werde. Da nach Lage der Sache diesem Antrage wird entsprochen werden müssen, so hat der Magistrat unter Vorbehalt der Genehmigung der Versammlung einen Kaufcontract mit Bachhaus abgeschlossen und beantragt, denselben zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Commission wird auch diesem Antrage gemäß beschloffen.

XIV. Der bei einer dienstlich angeordneten Feuerwehrrübung zu Schaden gekommene Steiger Nortmann, welchem aus städtischen Mitteln als Curskostenvergütung und behuf seines Unterhalts für die Zeit bis Anfang Mai c. 550 M. gezahlt sind, ist nach einem Berichte des Kreisbranddirectors auch jetzt noch nicht im Stande, die Subsistenzmittel für sich und seine Familie durch Thätigkeit zu gewinnen. Der Magistrat beabsichtigt, in der nächsten Zeit dem Nortmann eine seinen Kräften entsprechende Stellung als Aufseher beim Neubau der Bürgerschule am Bültenwege zu verschaffen, ist aber augenblicklich nicht in der Lage, den Zeitpunkt des Beginnes dieser Thätigkeit des Nortmann, wie auch die Auskömmlichkeit des dem letzteren dadurch zuzuführenden Lohnes übersehen zu können, und beantragt danach in seinem Schreiben vom 12. dieses Monats, ihm zur weiteren Fürsorge für den Unterhalt der Familie Nortmann einen Credit auf die Kreiscommunalcasse im Betrage von bis zu 181 M. 50 A zu ertheilen.

Die Finanz-Commission, für welche Herr von Seckendorff berichtet, giebt, da der Kreiscommunalfonds gesetzlich verpflichtet ist, für derartige Fälle aufzukommen, anheim, die Uebernahme der beantragten Summe auf die Kreiscommunalcasse genehm zu halten,

worauf die Verwilligung seitens der Versammlung ausgesprochen wird.

Weiter

XV. berichtet Herr von Seckendorff über einen Magistratsantrag vom 19. dieses Monats. — Die sämmtlichen Wasserkasten zu den Turbinen der Neustadtmühle bedürfen einer gründlichen Reparatur, insbesondere der größte derselben in solchem Maße, daß die Arbeit bis zum nächsten Jahre nicht aufgeschoben werden kann. Es ist übersehen, die Kosten der Neuherstellung des lehterwähnten Wasserkastens in den diesjährigen Etat der Neustadtmühle aufzunehmen. Der Magistrat beantragt unter Hinweis auf die Dringlichkeit der Sache, die Kosten mit 2000 M. zu bewilligen und zwar aus den laufenden Einnahmen der Neustadtmühle —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Herrn Referenten ohne Weiteres zur Annahme gelangt.

## Schließlich

XVI. richtet Herr Krampe an den Magistrat die Anfrage, ob die Veröffentlichung des neuen, officiellen Planes der Stadt Braunschweig demnächst zu erwarten sei. Die Herausgabe eines solchen Planes habe sich längst als ein recht fühlbares Bedürfnis herausgestellt, und sei das Vorhaben seiner Zeit mit großer Freude begrüßt, auch der vom Magistrate dazu angeforderte Beitrag bereitwilligst zugestanden. In der betreffenden Vorlage seien als Maximalzeit der Fertigstellung und Herausgabe dieses Planes 2 Jahre angenommen; es sei inzwischen die Zeit von 3 Jahren verflossen und immer sei der Plan dem Publicum noch nicht zugänglich geworden. Da nun aber das Bedürfnis nach demselben immer noch dasselbe geblieben, ja sogar noch dringender geworden sei, so bedürfe es vielleicht nur dieser Anregung, um die von vielen Seiten so sehnlichst gewünschte Veröffentlichung in etwas zu fördern.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Kartirung der Außen- wie Innenstadt, wofür die Restsumme mit 4—5000 Mk. im diesjährigen Etat vorgesehen, bereits vollendet sei, und die Ueberreichung des Plans unmittelbar bevorstehe. Eine Vervielfältigung desselben sei nothwendig und auch schon von Seiten des Directors der städtischen Gas- und Wasserwerke zur Benutzung bei Vertheilung der Straßenlaternen und Weiterführung der Gasbeleuchtung in Anregung gebracht. Auf welche Weise und in welchem Umfange aber die Vervielfältigung stattzufinden habe, lasse sich für den Augenblick nicht näher bestimmen. Der Stadtbaumeister sei vor einiger Zeit zum Bericht über diese Angelegenheit aufgefordert, auf Grund dessen der Versammlung demnächst weitere Vorschläge in Bezug auf die Vervielfältigung des Plans gemacht werden würden.

Herr Krampe sagt für diese Auskunftsertheilung seinen Dank,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird;

ihr folgt noch eine längere vertrauliche zur Erledigung von Steuerreclamationen.



(Beilage zu **N. 164** der **Braunschw. Anzeigen**.)

**1880.**

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 125** de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**N. 7.**

# **Verhandlungen**

der

## **Stadtverordneten zu Braunschweig.**

Sitzung am 17. Juni 1880.

### **Öffentlich:**

- I. Uebernahme des Gaudenkmals zu Schutz und Pflege seitens der Stadt.
- II. Bewilligung der Kosten eines Classen-Erweiterungsbaues in der Bürgerschule an der Leopoldstraße.
- III. Desgl. zu Erweiterungen und Reparaturen am Gaswerke.
- IV. Desgl. einer Ausgabe, veranlaßt durch eine in Aussicht genommene anderweite Vertheilung der Schulkinder auf die vorhandenen Bürgerschulgebäude.
- V. Verstärkung des 5. Zuges der städtischen Feuerwehr bei gleichzeitiger Entlassung der Schornsteinfeger aus Feuerwehrdiensten.
- VI. Anstellung von Unterbeamten des Schlachtehauses.
- VII. Bauplan des Bürgerschulgebäudes am Mützenwege.
- VIII. Aenderungen des Entwurfs des Statuts wegen Untersuchung u. eingeführter Fleischwaren.
- IX. Ärztliche Hülfe zur Nachtzeit.
- X. Magistratsseitig ergriffene Maßregeln gegen die Verbreitung des Plectyphus.
- XI. Wahl von Beamten der städtischen Gas- und Wasserwerke.

### **Vertraulich:**

#### **Gemeinschaftliche Sitzung.**

- 1) Wahl von Vertrauensmännern für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Geschworenen.
- 2) Wahl von Mitgliedern zu dem vom Bürgerverein gebildeten Comité wegen der Feier der 50jährigen Regierung Sr. Hoheit des Herzogs.
- 3) Steuerreclamationen.

#### **Sitzung der Stadtverordneten.**

#### **Steuerreclamationen.**



Entschuldigt die Herren Bewig, Klopß, Steinacker, Tellingmann und Wolff.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Bammel, Stadtrath Ketemeyer und Schuldirector Schaarschmidt.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung, in dem er zunächst mittheilt, daß nach einem eingegangenen Magistratschreiben Herr Landesöconomierath Lüdersen an Stelle des verstorbenen Eisenbahndirectors Kronheim zum Stadtverordneten gewählt sei.

Herr Lüdersen ist gegenwärtig, imgleichen zum ersten Male Herr Ramdohr.

Der Herr Vorsitzende heißt beide Herren namens der Versammlung willkommen und drückt dabei den Wunsch aus, daß ihre Mitwirkung bei den Berathungen der Stadt zum Segen und ihnen selbst zur inneren Befriedigung gereichen möge.

Nach Genehmigung der Protokolle Nris. 5 und 6 vom 15. April bezw. 20. Mai c., zu welchem ersteren zu bemerken ist, daß der in dem Vortrage des Herrn Otto über das Statut. betreffend die Untersuchung des eingeführten Fleisches, enthaltene, auf S. 66 Z. 2 v. u. beginnende Passus »Nach seiner Ansicht . . . Bestimmungen treffen« als irthümlicher Weise eingefügt zu betrachten — wie auch von der Versammlung constatirt wird — und demnach zu streichen ist,

wird zur Tagesordnung übergegangen, und

I. es berichtet Herr Kybitz namens der Finanzcommission über ein eingegangenes Magistratschreiben, nach welchem das Comité zur Errichtung des Gauß-Denkmal's beim Magistrate die Anzeige gemacht hat, daß die feierliche Enthüllung dieses Denkmal's am 27. Juni c., Mittags 11½ Uhr, stattfinden werde. An diese Mittheilung hat das Comité das Ersuchen geknüpft, daß die städtischen Behörden das Denkmal, wie f. B. das Lessingdenkmal, in Obhut und Pflege nehmen möchten. Der Magistrat beantragt, diesem Ersuchen Folge zu geben —

ein Antrag, welcher, da es sich um Verausgabung eines nur geringen Kostenbetrages handelt, von der Commission empfohlen und danach ohne Weiteres zur einstimmigen Annahme gelangt

Der Herr Vorsitzende bemerkt dabei, daß für die städtischen Körperschaften Einladungen zur Enthüllungsfeier von dem ged. Comité übersandt und die Festkarten beim Magistratsdiener in Empfang zu nehmen seien.

Der nächstfolgende Punkt: Verlängerung des Lehrcurfus der städtischen Realschule bei Einrichtung einer neuen obersten Klasse, wird, da der Referent, Herr Steinacker, nicht erschienen, auf Beschluß der Versammlung von der Tagesordnung abgesetzt.

## Sodann

II. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanz-Commission über ein Magistrats Schreiben vom 21. v. Mts. — Nach einem Berichte des Schuldirectors Schaarschmidt war die 4. Mädchenclasse der 2. unteren Bürgerschule an der Leopoldstraße im Frühjahre vorigen Jahrs so überfüllt, daß die Schülerinnen nicht alle Platz finden konnten, und da auch die übrigen unteren Bürgerschulen sehr stark besetzt waren, so war nur dadurch sofortige Hülfe zu schaffen, daß durch die Entfernung einer Zwischenwand das neben der fraglichen Classe belegene Lehrerzimmer zu dem ged. Classenzimmer hinzugelegt wurde. Der Magistrat hat bei der Dringlichkeit der Sache die sofortige Ausführung dieser Baulichkeit angeordnet und beantragt, die erwachsenen Kosten zu 530 *M.* 80 *S.* nachträglich zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Commission wird die Verwilligung der gedachten Summe ohne Weiteres ausgesprochen.

## Weiter

III. berichtet Herr von Seckendorff als Referent der Finanzcommission über einen Magistratsantrag vom 27. v. Mts., Reparaturen und Erweiterungen am Gaswerke betreffend. — Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hat die Ausführung folgender Erweiterungs- resp. Reparaturarbeiten beim Gaswerke beantragt:

- 1) die Vergrößerung der Condensatoranlage in der neuen Fabrik für 4500 *M.*
- 2) die Aufstellung eines neuen Reinigungsapparates für . . . 6000 »
- 3) die Aufstellung zweier Regulatoren für den Exhaustorbetrieb für 1000 »
- 4) die Belegung des alten Retortenhausdaches mit neuem Blech für 5000 »

---

zusammen 16500 *M.*

Die Deputation für die Gas- und Wasserwerke hat diesen Antrag geprüft und zur Berücksichtigung empfohlen. Der Magistrat trägt darauf an, die Ausführung der bezeichneten Anlagen und Arbeiten zu genehmigen und die damit verbundenen Kosten im Gesamtbetrage von bis zu 16500 *M.* auf die verfügbaren Ueberschüsse des Gaswerks aus dem Betriebsjahre 1878/9 zu verwilligen.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf die obgedachte Summe ohne Debatte bewilligt wird.

## Wie

IV. Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission aus Anlaß einer Magistratsvorlage vom 3. d. Mts. riferirt, beabsichtigt der Schulvorstand, nach Voll-

endung des beschlossenen Neubaus eines Schulgebäudes am Bültenwege, über sämtliche städtische Schulen anderweitige Dispositionen zu treffen:

1) den mittleren Bürgerschulen sollen überwiesen werden die Gebäude	
a. an der Wilhelmstraße, mit . . . . .	14 Klassen,
b. am neuen Petritzhore, mit . . . . .	18 Klassen,
c. am Prinzenwege, mit . . . . .	14 Klassen,
zusammen	46 Klassen

für Knaben;

Die Zahl der die mittleren Bürgerschulen besuchenden Knaben beträgt 2171; danach würden also auf jede demnächstige Klasse rund 47 Knaben entfallen;

d. am Südklinte, mit . . . . .	15 Klassen,
e. an der Leopoldstraße, mit . . . . .	12 Klassen,
f. am Sandwege, mit . . . . .	12 Klassen,
zusammen	39 Klassen

für Mädchen;

nach der gegenwärtigen Schulbesuchsziffer (1837 Mädchen) würden somit auf jede demnächstige Klasse 47 Mädchen kommen;

2) die unteren Bürgerschulen sollen untergebracht werden in den Gebäuden	
a. an der Reichenstraße, mit . . . . .	12 Klassen,
b. an der Dttmerstraße, mit . . . . .	18 Klassen,
c. an der Pflegehausstraße, mit . . . . .	18 Klassen,
d. am Bültenwege, mit . . . . .	18 Klassen,
zusammen	66 Klassen.

Die unteren Bürgerschulen werden gegenwärtig besucht von 1621 Knaben und 1752 Mädchen, zusammen 3373 Kindern; so daß hiernach die demnächstige Klasse durchschnittlich 51 Köpfe zählen würde.

Auf diese Weise würden die einzelnen Kategorien von Bürgerschulen möglichst gleichmäßig auf das ganze Stadtgebiet vertheilt werden.

In vorbereitender Ausführung dieses Planes soll zu Michaelis d. J. in dem alsdann fertig gestellten neuen Schulgebäude am neuen Petritzhore eine mittlere Bürgerschule für Knaben und in dem Schulhause am Südklinte eine solche für Mädchen; und zwar eine jede derselben mit einer neuen siebenten Klasse, eingerichtet werden; während die übrigen Schulen in ihren Gebäuden einstweilen noch verbleiben. Dadurch, daß man einen Theil der Einrichtung vorweg zur Ausführung bringt, werden für 7 Monate sieben Lehrstunden mit einer Ausgabe von 220 M. 50 A gedeckt werden müssen. Der Magistrat giebt daher auf Antrag des Schulvorstandes und im

Einverständnisse mit demselben anheim, die gedachte Summe, insoweit dieselbe auf das laufende Etatjahr fällt, d. i. für 3 Monate, im Betrage von 94 M. 50 P. zu bewilligen.

In der Schulcommission, welche diese Vorlage gründlich berathen, hat eine Einigung nicht erzielt werden können. Die Majorität, welche Referent vertritt, hat die Vorschläge als zweckmäßig anerkannt und beantragt, die angeforderten Kosten zu bewilligen. Die im Magistratschreiben angeführten Gründe sind derselben zu wichtig erschienen, als daß sie sich der Vorlage gegenüber hätte ablehnend verhalten können; maßgebend für sie ist der Grund der Einführung eines halbjährigen Lehrcursus gewesen. Aber auch aus ethischen Gründen sei — wie Referent bemerkt — eine Trennung der Schulen nach den Geschlechtern wohl zu empfehlen, wenngleich besondere Nachtheile aus dem bisherigen Zustande nach dieser Richtung hin durchaus nicht erwachsen seien. Daß mit der projectirten Einrichtung auch ein finanzieller Vortheil verbunden sei, lasse sich nicht verkennen, indem sie noch auf eine längere Reihe von Jahren das Bedürfniß nach Schulräumen zurückhalte und so ein baldiger Schulneubau für die unteren Bürgerschulen vermuthlich werde vermieden werden. Das Schulgebäude an der Ottmerstraße passe, wie auch vorgeschlagen, weit besser zu einer unteren Bürgerschule, weil grade die Gegend des Krähenfeldes ein starkes Contingent für diese Schulkategorie stelle, wogegen bei der jetzigen Benützung dieses Gebäudes zur mittleren Bürgerschule vier Klassen leer stehen.

Die Minorität der Commission hat als Hauptgrund gegen die Vorlage geltend gemacht, daß durch die Neuverung den Kindern zu weite Schulwege erwachsen würden. Dann dürfe man auch, wenn man in dieser Beziehung überall vorgehen wolle, die unteren Bürgerschulen nicht zurückstellen, man sei dann auch für diese in gleicher Weise zu sorgen verpflichtet.

Daß in vielen Fällen die Entfernung zwischen Schule und Haus durch dieses Arrangement vergrößert werde, habe von der Majorität der Commission allerdings nicht verkannt werden können, doch sei dieser Nachtheil nicht so erheblich, da die Entfernungsfrage überhaupt nur bei den kleineren Kindern in Betracht kommen und man zur Ausgleichung dieses Uebelstandes den Schulbesuch der letzteren so ordnen könne, daß derselbe nur auf die Morgen- oder Nachmittagsstunden beschränkt werde, und auf diese Weise der Schulweg nur einmal gemacht zu werden brauche. Wünschenswerth sei ja nun, die Trennung der Knaben- und Mädchenschulen auch in den unteren Bürgerschulen durchzuführen, doch müsse davon so lange Abstand genommen werden, bis der Bau noch eines Schulgebäudes, vielleicht an einem Punkte, wo die jetzt vorhandenen am weitesten von einander entfernt, erforderlich werde. Jedenfalls seien die von der Minorität der Commission vorgebrachten Bedenken, dem großen Vortheile gegenüber, daß ein halbjähriger Cursus eingeführt

werden könne, so verschwindend klein, daß die Majorität den Magistratsantrag anzunehmen und die angeforderten Geldmittel zu bewilligen bitte.

Herr Lösekrug, als zur Minorität der Commission gehörend, spricht sich gegen die Vorlage aus. Seit den  $1\frac{1}{2}$  Jahren, wo er der Schulcommission angehört, sei es das erste Mal, daß eine Einigung unter den Mitgliedern derselben nicht hätte erzielt werden können, was um so mehr zu bedauern sei, als der vorliegende Gegenstand viel Staub aufgewirbelt habe. Die pädagogischen Gründe, welche vom Magistrate vorgebracht seien, hätten Herrn Grote und ihn nicht überzeugen können, daß man den Mitbürgern und deren Kindern Opfer zumuthen dürfe, wie sie durch die projectirte Einrichtung gefordert würden. Die Frage, ob es besser sei, die Kinder gemeinschaftlich oder den Geschlechtern nach getrennt zu erziehen, sei noch lange nicht entschieden. Vielseitig hege man die Ansicht, daß es besser sei, Knaben und Mädchen unter wachsender Aufsicht gemeinschaftlich zu erziehen, damit sie sich von vornherein achten lernen, statt sie bis zu einem gewissen Alter streng von einander zu scheiden; im letzteren Falle seien weit eher üble Folgen zu befürchten, als im ersteren. Einer näheren Beleuchtung dieser Frage wolle er sich jedoch enthalten. Der Hauptgrund, weshalb die Minorität der Commission die Vorlage zur Annahme nicht empfehlen könne, sei der, daß den Kindern, wie aus dem (im Sitzungssaale ausgehängten) Plane leicht zu ersehen sei, in der That zu weite Schulwege auferlegt würden. So würden z. B. sämtliche Kinder der mittleren Bürgerschule vor dem Augustthore, unter denen doch viele von 6 Jahren, den weiten Weg zur Schule am Prinzenwege machen müssen, eine Strecke, von der Salzbadlumer Straße abgerechnet, von mindestens 25 Minuten. Ebenso würden die Mädchen, da sämtliche 3 Mädchenschulen weder Turnhalle noch Zeichensaal hätten, zum Turnen oder Zeichnen über die Straße gehen müssen. — Ueber die Competenzfrage der Stadtverordneten bei Schulangelegenheiten sei man im Schulvorstande bislang nicht recht im Klaren gewesen. Man sei dort immer der Ansicht gewesen, die Stadtverordneten hätten in Schulangelegenheiten nicht weiter mitzusprechen, als wenn es sich um Verwilligung von Geldmitteln handle und nur aus Höflichkeitsrücksichten brauche ihnen Näheres über die innere Verwaltung mitgetheilt zu werden. Nach §. 46 der revidirten Städteordnung sei aber die Zustimmung der Stadtverordneten auch erforderlich, sobald es sich um eine veränderte Benützung von Grundstücken handle. Das sei hier der Fall. Wenn also eine mittlere Bürgerschule in eine untere, oder umgekehrt, verändert werden solle, so hätten die Stadtverordneten ganz entschieden mitzusprechen. Bei näherer Inaugenschrinnahme des Planes werde man finden, daß die Neuerung auch noch eine andere Schattenseite habe. Die Grenzen für die Bezirke der Knaben und Mädchen seien nicht dieselben. Bisher habe der ältere Bruder sein Schwesterchen an der Hand zur Schule führen können, da beide denselben Weg zu machen hatten; das sei dann vielfach anders; es würden z. B. dem Plane nach von der Wenden-

straße ab die Knaben nach dem Pettrithore, die Mädchen nach dem Sandwege geschickt werden müssen. — Wenn nun schließlich der Herr Referent hervorgehoben habe, daß die projectirte Neuerung auch aus Sparsamkeitsrücksichten geboten erscheine, so könne sich Redner dieser Ansicht nicht anschließen. In Braunschweig werde, sobald es sich um Schulangelegenheiten handele, mit dem Gelde sicherlich nicht gekargt, was sogar auswärtige Autoritäten anerkannt hätten; wenn aber die Trennung der Geschlechter bei sämtlichen Bürgerschulen eingeführt werden solle, wozu man event. auch bei den unteren Bürgerschulen gezwungen sei, so werde bald der Fall eintreten, daß die Versammlung wiederum bedeutende Summen für Schulhausbauten bewilligen müsse, dann aber nicht für ein Gebäude, sondern gleich für zwei, eins für Knaben und eins für Mädchen. Beide Gebäude würden aber erst mit der Zeit gefüllt werden, und man werfe auf diese Weise ein großes Capital aus, welches auf längere Zeit keine Zinsen trage. Herr Schaarschmidt habe in der Commission erklärt, daß die Schule an der Dttmerstraße sich zu einer mittleren Bürgerschule durchaus nicht eigne, indem dieselbe nicht zu füllen sei, während die Schulen an der Wilhelmsstraße und am Prinzenwege überfüllt seien. Den letzten Nachrichten des Herrn Schaarschmidt vom März zufolge sei nun aber die Schule am Prinzenwege von 800 und die an der Dttmerstraße von 767 Schülern resp. Schülerinnen besucht, wozu noch komme, daß viele Kinder, welche nach der Dttmerstraße nähere Wege hätten, in den beiden vorhin erwähnten Schulen unterrichtet würden. Redner glaubt daher, daß bei richtiger Vertheilung der Schülerzahl in den fraglichen Schulgebäuden eine Ausgleichung sich sehr wohl werde erreichen lassen. Aus all diesen Gründen bitte er, den Magistratsantrag abzulehnen. In Hannover habe man vor einigen Jahren dieselbe Einrichtung getroffen, sei aber bald wieder davon abgekommen.

Herr Nieß: Die ganze Vorlage komme ihm einigermaßen überraschend. Soviel ihm bekannt, sei der Magistrat mit Arbeiten nicht wenig überhäuft und er könne nicht begreifen, wie derselbe noch Zeit genug gefunden habe, ein so völlig neues Princip auszuarbeiten. Diese Ueberfülle von Arbeiten lasse es auch nur erklärlich erscheinen, daß die Versammlung von dieser Vorlage vorher so wenig Kenntniß erhalten habe. Er halte es aber für ein Unding, ein Urtheil über eine Sache abzugeben, über deren Principien man sich vorher nicht völlig klar geworden sei. Er müsse sich nach dem, was ihm seit gestern und heute bekannt geworden — denn weiter gehe seine Kenntniß von der Sache nicht — entschieden gegen die ganze Vorlage erklären. Zu bedauern sei, daß zwei Magistratsmitglieder nicht zugegen seien, die sich seinen Ansichten unbedingt anschließen würden und er bitte, heute über den Gegenstand noch keinen Beschluß zu fassen. Dann könne er auch nicht umhin, sein Erstaunen darüber an den Tag zu legen, daß die Sittlichkeit der heutigen Jugend so sehr in Zweifel gezogen werde. Die Lehrer müßten üble Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht haben. Wenn die Hebung der Sittlichkeit so sehr Noth thue, dann könne man das ganze Vorgehen

doch nur als Prüderie ansehen und sich einen wahren Nutzen davon nicht versprechen. Sollten aber wirklich überzeugende Beweise vorliegen, daß die Sittlichkeit durch den bisherigen Zustand leide, so dürfe man die Vorlage nicht annehmen, ohne streng zu fordern, daß auch bei den unteren Bürgerschulen dasselbe Princip eingeführt werde; denn wolle man aufrichtig sprechen, so sei die Gefahr einer Entfittlichung bei den unteren Bürgerschulen eine größere als bei den mittleren, und er glaube nicht, daß die Versammlung das Gegentheil aussprechen möchte, indem sie die Vorlage annehme. Was den Vortheil einer halbjährigen Versetzung anlange, so lasse sich diese, soweit er beurtheilen könne, doch auch gewiß unter den jetzigen Verhältnissen einführen. Sollte denn dieser gerühmte Vortheil nur durch eine Trennung der Geschlechter zu erreichen sein? Angenommen nun, es sprächen weder für noch gegen die Vorlage Gründe von Bedeutung, so müsse man doch wenigstens fest überzeugt sein, daß das, was geschaffen werden solle, auch wirklich gut sei. Seines Wissens stehe aber die ganze Sache noch auf dem Fuße des Versuchs und Niemand könne für deren Resultate garantiren. Auf Grund theoretischer Behauptungen werde er der Vorlage unter keinen Umständen zustimmen; denn wenn die Sache schließlich mißglücke, dürfe man sich nicht über die daraus erwachsenden Kosten täuschen, sich auch nicht wundern über die Vorwürfe aus dem Publikum, die man über sich werde ergehen lassen müssen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Auslassungen des Herrn Lösekrug nöthigten ihn zur Erwidern einiger Worte in Bezug auf die Zuständigkeit der städtischen Behörden rücksichtlich der Gemeindeschulen. Schulangelegenheiten seien keine Gemeindeangelegenheiten im Sinne der Städteordnung. Die Schulen würden nach Maßgabe des Landesgesetzes nicht von den städtischen Behörden, sondern von den Schulorganen verwaltet und wenn er deshalb in der Commissionsitzung gesagt habe, der Schulvorstand wäre in der Lage gewesen, die von ihm vorgelegte veränderte Einrichtung der Schulen ohne Zustimmung der Stadtverordneten in's Leben zu rufen, sobald nicht eben Geldmittel dazu erforderlich wären, so sei er dazu vollständig im Rechte gewesen. Damit habe er aber nicht etwa sagen wollen — was er auch in der Commissionsitzung ausdrücklich erklärt habe, und von Herrn Lösekrug billigerweise hätte erwähnt werden müssen, — daß der Schulvorstand, wenn er so tief eingreifende Neuerungen im Schulwesen einführe, den städtischen Behörden das Wort nicht gönnen wolle. Die ganze Vorlage lege Zeugniß davon ab, daß die Stadtverordnetenversammlung über dieses Vorgehen habe gehört werden sollen, nur mit dem gewaltigen Unterschiede, daß die Ansicht der Stadtverordneten — auf die der Magistrat natürlich immer Gewicht gelegt habe — nur als Gutachten, nicht aber mit der Wirkung einer Entscheidung seitens des Schulvorstandes entgegenzunehmen sei; die Entscheidung liege eben beim Schulvorstande, dem Consistorium und in letzter Instanz beim Ministerium. Das Mitwirkungsrecht der Stadtverordneten bei Schulangelegenheiten sei das Selbstbewilligungsrecht. Das sei aber ein bedeutendes Recht.

Wenn die Versammlung die an sie vom Schulvorstande ergehenden Forderungen rücksichtlich ihrer Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit glaube bestreiten zu müssen, dann könne sie eben die Vorlage ablehnen; es müsse dann dem Schulvorstande überlassen bleiben, wie er sich weiter zur Frage stelle. Auf die Bemerkung des Herrn Lösekrug, daß ein Schulgebäude immer zu den Zwecken dienstbar bleiben müsse, zu welchen das Baucapital bewilligt sei, müsse er erwidern, daß die Bestimmung eines Schulgebäudes zur unteren oder mittleren Bürgerschule immer von dem wechselnden Bedürfnisse abhängig sei und Herr Lösekrug selbst schon mehrfach seine Zustimmung zu Einrichtungen erteilt habe, wonach Kinder aus der mittleren Bürgerschule nach Gebäuden der unteren Bürgerschule, und umgekehrt, übergeführt seien.

Herr Schuldirector Schaarschmidt: Als er sich erlaube habe, die in Rede stehende Angelegenheit dem Schulvorstande zur weiteren Begutachtung und eventuellen Genehmigung vorzulegen, sei er keineswegs von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß eine Scheidung der Geschlechter im Interesse der Zucht und Ordnung in den Bürgerschulen eine Nothwendigkeit sei. Gott sei Dank werde beides in unseren Schulen so gehandhabt, daß Störungen gegen die gute Sitte in nennenswerther Weise nirgends vorgekommen seien. Wenn also auch bei dem jetzigen Zustande Zucht und Ordnung durchaus keinen Schaden leide, so sei andrerseits nicht zu verkennen, daß in die ganze Handhabung der Disciplin eine weit größere Einheit hineinkommen würde, sobald die betreffenden Lehrere collegien ihre ungetheilte Aufmerksamkeit nur auf ein einziges Geschlecht zu richten brauchten. Was Redner zur Stellung seines Antrags veranlaßt habe, seien pädagogische Rücksichten und andrerseits Gründe, zu denen er sich als Vertreter der Gemeindeschulen den städtischen Behörden gegenüber für verpflichtet gehalten habe. Unsere Schulen leiden an dem Uebelstande, daß viele Kinder nicht frühzeitig genug eingeschult werden können. Jetzt, wo nur eine einmalige Aufnahme zu Ostern stattfinde, sei es nicht zu vermeiden, daß Kinder, die nicht das 6. Lebensjahr voll erreicht haben, in den Schulen keine Aufnahme finden. In Folge dessen komme es zu häufig vor, daß die Kinder  $6\frac{1}{2}$ ,  $6\frac{3}{4}$  ja 7 Jahr alt werden, ehe sie eintreten können, was nach zwei Seiten hin bedenklich sei. Einmal seien die Kinder dann bei vollständiger Schulreise sich zu lange selbst überlassen, was den Lehrern bei der Einschulung sehr viel Last bereite, und zweitens machten die Eltern häufig Gebrauch von dem Dispensationsrechte bei der Confirmation; es würden viele Kinder bis zum Verlassen der Schule nur  $13\frac{1}{2}$  Jahr alt. Auf diese Weise stelle sich die sehr üble Erfahrung heraus, daß viele Kinder einerseits wegen verspäteter Einschulung, andererseits wegen zu frühen Verlassens der Schule die erste Klasse nicht erreichten. Es müsse aber vom pädagogischen Standpunkte aus großer Werth darauf gelegt werden, daß die Schule vollständig absolvirt werde und die Kinder volle 2 Jahr in der ersten Klasse verbleiben, zumal in den mittleren Bürgerschulen, wo der ganze Lehrplan darauf bemessen sei, die



Kinder volle 8 Jahr in der Schule zu behalten, in den 6 unteren Klassen je 1 Jahr, in der ersten 2 Jahr. In der unteren Bürgerschule seien die Verhältnisse insofern etwas anders, als der ganze Schulcursus nur auf 7 Jahr bemessen sei. — Nun frage es sich, in welcher Weise diesem Uebelstande am besten abgeholfen werden könne. Bei den jetzigen Schuleinrichtungen, wo die mittleren Bürgerschulen nur soviel Klassenräume enthielten, wie Klassen vorhanden seien — mit Ausnahme der Schule an der Ottmerstraße, wo noch 4 Parallelklassen zur Verfügung stehen — sei das nicht möglich. Wenn aber 3 Schulgebäude nur von Knaben und die anderen nur von Mädchen benutzt würden, dann könne man in jedem der Gebäude mit der Zeit eine Doppelschule errichten und auf diese Weise einmal Ostern und einmal Michaelis schulpflichtige Kinder aufnehmen. Kinder, die dann Ostern eingeschult seien, würden einen Jahrescursus von Ostern zu Ostern, die übrigen von Michaelis zu Michaelis haben; zugleich sei es möglich, diejenigen Schulkinder, welche im regelmäßigen Cursus das Klassenziel nicht erreichten, derselben Klasse in der Parallelschule zuzuführen, wo schon nach einem halben Jahre wieder die Möglichkeit der Versetzung geboten sei; es würden also die sog. schrägen Kurse in diesen Schulen Zugang finden. Auf diese Weise würden die Kinder schneller vorwärts kommen und es scheue nicht zu befürchten, daß dieselben nicht früh genug die erste Klasse erreichten, einmal weil sie früher eingeschult seien und dann auch, weil das Zurückbleiben in den meisten Fällen sich nur auf ein halbes Jahr erstrecke. Am meisten falle das ins Gewicht bei Kindern, die im 1. Schuljahre stehen; bei diesen stelle sich in der Regel schon innerhalb des ersten halben Jahres heraus, ob sie im Stande seien, in die folgende Klasse versetzt zu werden oder nicht. Wenn sich nun herausstelle, daß die Kinder die Reife zur Versetzung nicht hätten, dann sei es vortheilhafter, sie zur Erspargung eines halben Jahres nur um ein halbes Jahr nocheinmal von vorn anfangen zu lassen. Die Kinder würden auf diese Weise geistig frischer und reger erhalten und der Gefahr der geistigen Schlassheit und Träumerei, der sie in diesem Alter gar zu leicht ausgesetzt seien, leichter überhoben werden. Ein anderer wichtiger Grund, der noch für die projectirte Einrichtung spreche, sei der, daß diejenigen Kinder, welche später das Gymnasium besuchen wollten und danach die 4 untersten Klassen absolvirt haben müßten, bei hinreichender Fähigkeit gleich nach vollendetem 10. Lebensjahre übergehen könnten, da die Aufnahme beim Gymnasium Ostern sowohl wie Michaelis stattfinde.

Dies seien die Gründe auf pädagogischem Gebiete, denen sich noch weitere auf auf anderen Gebieten zugesellten. Durch Einführung dieser Neuerungen würde man — wie Redner durch specielleres Eingehen auf die jetzigen und die zu erwartenden Frequenzverhältnisse nachzuweisen sucht — in die Lage kommen, welche bereits sein Vorgänger sowie sämtliche Lehrer schon lange sehnlichst herbeigewünscht, daß man dem Bedürfnisse nach Schulräumen etwas vorauskomme, statt, wie bisher, immer hinterdrein sein zu müssen.

Wenn dem Projecte nun entgegengehalten werde, daß dasselbe nicht gleichmäßig auch die unteren Bürgerschulen berücksichtige, so müsse er gestehen, daß er allerdings auch bei diesen Schulen eine gleiche Einrichtung gern gesehen hätte; wenn dies für jetzt auch noch nicht angehe, so werde er die Sache bei weiterer Entwicklung doch fest im Auge behalten. Man dürfe aber dann, wenn man von zwei guten Zielen nur eins erreichen könne, nicht gleich von beiden Abstand nehmen, zumal auch die unteren Bürgerschulen nur Vortheile dadurch hätten; die weitere Entwicklung der Frage müsse eben der Zukunft überlassen bleiben.

Daß die neue Einrichtung auch einige Unzuträglichkeiten mit sich führe, wie beispielsweise etwas weitere Schulwege, sei nicht zu verkennen; es gebe aber eben keine Einrichtung, die nicht irgend welche Unzuträglichkeiten mit sich führe; die gedachte komme aber für Redner, gegenüber den erheblichen Vortheilen für den Unterricht, erst in zweiter Linie. Herrn Nieß müsse er erwidern, daß er die ganze Einrichtung allerdings nicht für dringend nothwendig, wohl aber im Interesse der Erziehung und des Unterrichts für sehr wünschenswerth halte. Der Umstand, daß die Bezirke für die Knaben anders abgegrenzt seien wie diejenigen für die Mädchen, falle nicht sonderlich in's Gewicht, denn meistens müßten die kleineren Kinder zu anderen Zeiten, also doch allein, zur Schule gehen, und es fänden sich die Kinder überall schnell genug zurecht, wenn ihnen nur eine Zeit lang von den Eltern zur Hand gegangen werde. Wenn es den Mädchenschulen an Zeichensaal oder Turnhalle fehle, so ließen sich auch hiergegen zweckentsprechende Einrichtungen treffen, ohne daß der Stadt irgend welche Unkosten daraus erwüßten.

Aus all diesen Gründen bittet Redner dem Projecte zuzustimmen und damit in den Schulen an der Dferstraße und am Südklinke den Anfang zu machen.

Herr Winter: Der Herr Vorredner habe viele Gründe für sein Project angeführt, in der That spreche aber nur einer dafür, nämlich der, daß in Zukunft ein halbjähriger Cursus eingeführt werden könne, was jetzt nicht möglich sei. Dieser Grund scheine ihm indeß nicht so durchschlagend, wie die von den Herren Nieß und Bösekrug entwickelten. Daß der jetzige Zustand der mittleren Bürgerschulen ein vorzüglicher sei, stehe außer Frage. Schon vor Jahresfrist habe der Schuldirector Krumme erklärt, daß er keine Vorschule für seine Realschule nöthig habe, weil die mittleren Bürgerschulen so ausgezeichnete Resultate erzielten, daß sie eine Vorschule, von ihm selbst dirigirt, vollständig ersetzten. Danach könne man fest annehmen, daß die mittleren Bürgerschulen auch ausreichen würden, genügendes Material für das Gymnasium zu liefern. Sollten einzelne Kinder so mangelhaft beanlagt sein, daß sie  $\frac{1}{2}$  oder 1 Jahr länger als gewöhnlich in der Bürgerschule bleiben müßten, so sei dieser Grund nicht wichtig genug, um eine Aenderung der ganzen Organisation eintreten zu lassen. Die weiten Schulwege würden sich, besonders bei den Mädchenschulen, sehr fühlbar machen. Die Schulen an der Leopoldstraße und am Sandwege haben jede nur 12

Klassenräume, es seien aber mit Einführung eines 7stufigen Lehrkursus 14 Klassen erforderlich. Es würden der Zeichensaal und bei sämtlichen Mädchenschulen die Turnhallen fehlen. Das Turnen sei aber obligatorisch und es müßten die Mädchen von den Schulen an der Leopoldstraße und am Sandwege jedesmal den weiten Weg zur Ottmerstraße oder Wilhelmstraße machen, was, zumal bei ungünstigem Wetter, billigerweise nicht verlangt werden könne.

Herr Bösekrug bestätigt die Anführung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels hinsichtlich der von demselben in der Commissionsitzung über die Competenzfrage der Stadtverordneten bei Schulangelegenheiten gemachten Bemerkung, kann aber, was die Sache selbst anlangt, nur auf dem vorhin bezeichneten Standpunkte stehen bleiben. Herrn Winter's Ausführungen könne er sich nur anschließen. Wie man eine 7stufige Schule in 6 Klassen unterbringen wolle, verstehe er nicht; wenn sich das wirklich anfänglich durch Wechseln der Schulstunden bewerkstelligen lasse, so werde schon nach wenigen Jahren das ganze Exempel nicht mehr stimmen. Er bedaure, daß keine Statistik der Kinder nach ihren Wohnungen vorliege, dann würde man sehen, welche weiten Wege dieselben zum Theil zur Schule haben würden. Da nun Herr Schaarschmidt selber zugestanden habe, daß sein Project nicht dringend nothwendig sei, so bitte er die Vorlage abzulehnen. Sollte in spätern Zeiten sich die Frage zur Nothwendigkeit gestalten, dann könnten unsere Nachkommen die Sache wieder aufnehmen. Redner beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Grote: Die Ermöglichung eines halbjährigen Cursus sei der einzige practische Vortheil, den der Plan biete, während der Nachtheile, wie schon genügend hervorgehoben, sehr viele seien, die alle durch den einen Vortheil nicht aufgehoben würden. Bis jetzt seien die Schulen ziemlich gleichmäßig über die ganze Stadt vertheilt, so daß die Kinder keine exorbitanten Schulwege zu machen haben. Wäre die Schuljugend in unserer Stadt in einer Weise vertheilt, daß eine Gegend besonders durch Knaben, die andere durch Mädchen bevölkert wäre, dann hätte das Project etwas für sich, so aber nicht. Solange nicht eine größere Anzahl von Schulgebäuden vorhanden, könne er für eine Trennung der Geschlechter nicht sprechen. In einer Versammlung des hiesigen Lehrervereins im vorigen Herbst habe man sich mit 48 gegen 3 Stimmen gegen eine derartige Einrichtung ausgesprochen und in der letzten Conferenz dieses Vereins sei genau dasselbe zum Ausdruck gebracht. Im Interesse der Sache liege es aber, auch diese Stimmen zu hören. Er bitte, eine Vorlage abzulehnen, deren Nachtheile seiner Ansicht nach nicht gehörig erwogen seien.

Der Majorität sei, wie Referent nochmals hervorhebt, der Grund maßgebend gewesen, daß bei der beabsichtigten Einrichtung ein halbjähriger Lehrkursus eingeführt werden könne; dieser Grund sei auch von der Minorität als triftig anerkannt. Als selbstverständlich sei vorausgesetzt, daß auch bei den unteren Bürgerschulen in derselben Weise vorgegangen werde, sobald man nur über noch ein Schulgebäude verfügen

könne. Hinsichtlich der Competenz der Stadtverordneten zur Vorlage verweise er auf das Gemeindeschulgesetz vom 8. September 1851, woraus das Nöthige erhellet. Einrichtungen und Veränderungen im Lehrplane gehörten mehr zur Competenz des Schulvorstandes, er glaube indeß, daß ein Votum der Stadtverordneten allemal Beachtung finden werde.

Herr Nieß betont, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn der Magistrat außer dem Referenten auch noch einen Correferenten in die Versammlung geschickt hätte, da so verschiedene Ansichten über die vorliegende Frage in der Stadt laut geworden wären. Verschiedene Bürger, unter denen nicht bloß Lehrer, hätten ihn gebeten, seine Stimme nicht für die Vorlage abzugeben. Was die Machtvollkommenheit der Stadtverordneten bei Schulangelegenheiten betreffe, so könne er nicht unbenutzt lassen, daß man immer auf eine gewisse Empfindlichkeit stoßen werde, sobald die Versammlung nur Geldmittel bewilligen und sich um Weiteres nicht bekümmern solle. Werde der Versammlung das Recht des Mitsprechens so sehr beschnitten, dann könne man ihr nicht verdenken, wenn sie in Zukunft an die Bewilligung von Geldern, beispielsweise für eine untere Bürgerschule, die Klausel binde, daß diese Schule auch für ewige Zeiten eine untere Bürgerschule bleiben solle. Seiner Ansicht nach gehöre die beabsichtigte Einrichtung unbedingt zur veränderten Benutzung eines städtischen Grundstücks, über die der Magistrat gemeinschaftlich mit den Stadtverordneten zu verfügen habe. Man möge nun Gründe für die Vorlage haben, welche man wolle, keinesfalls sprächen dieselben für ein einseitiges Vorgehen; die unteren Bürgerschulen müßten event. nach dem nämlichen Principe eingerichtet werden, und da das noch nicht angehe, so schlage er vor, mit dem ganzen Projecte solange zu warten, bis die neuen Schulräume geschaffen seien, von denen der Herr Referent gesprochen habe. Schließlich bittet Redner Herrn Schaarschmidt um eine präcise Antwort auf die Frage: welche Garantien letzterer dafür geben könne, daß die von ihm in Aussicht gestellten Vortheile sich nachher auch thatsächlich einstellen würden?

Herr Mühle: Aus den von Herrn Schaarschmidt angeführten Gründen habe auch er zur Majorität in der Commission gehört. Er müsse auch constatiren, daß Herr Grote in der Commissionssitzung sowohl wie heute sich gegen das Princip nicht ausgesprochen, sondern dasselbe, soweit es wenigstens bei den Schulen an der Dckerstraße und am Südklinte in Frage komme, als unbedenklich bezeichnet habe. Wenn man aber das Princip als solches anerkenne, dann müsse man auch die Gründe, die dagegen sprechen, genau prüfen. Es lasse sich ja nicht verkennen, daß der Grund der weiten Schulwege nicht ohne Bedeutung sei. Wer leide aber am meisten unter den weiten Wegen? Doch die Kinder, deren Beschulung sich oft in sehr desolaten Umständen befinden, die Kinder der unteren Bürgerschulen. Diese haben aber jetzt weitere Wege, als sie später haben würden. Die meisten Kinder der unteren Bürgerschule wohnen der Peripherie der Stadt nahe, theilweise auch außerhalb der Thore.

Die Schule am Sandwege werde größtentheils von Kindern außerhalb des Steintors, die Schule an der Leopoldstraße von Kindern vom Lämmchenteiche, von der Friedrichstraße, vom Krähenfelde besucht, so daß die Kinder, welche demnächst nach dem Büldenwege gingen, einen entschieden günstigeren und näheren Weg haben würden. Außerdem würden die unteren Bürgerschulen noch den Vortheil haben, daß sie Turnhallen bekämen. Die weiten Schulwege seien nicht so schlimm, wie es dem Plane nach scheine, auch könne dieser Grund nur bei den kleineren Kindern in Betracht kommen und die würden ja den Schulweg nur einmal zu machen haben; bei 10jährigen Kindern könne doch ein Unterschied in der Entfernung von 3 bis 4 Minuten nicht ins Gewicht fallen. Der ältere Bruder könne die kleinere Schwester auch leicht in der Regel nicht zur Schule begleiten, da sein Unterricht meist zu anderer Zeit beginne. Für die weitab wohnenden Kinder müßten überall noch Schulen vorhanden sein, dann würden die Gründe, welche gegen das Project geltend gemacht seien, von selbst verschwinden. Redner wendet sich dann mit einigen Worten den Aeußerungen des Herrn Grote zu: Er (Redner) müßte kein Standesgefühl haben, wenn er sich nicht darüber freuen sollte, daß Herr Grote auf ein Urtheil hingewiesen habe, welches von Seiten des Lehrervereins gefallen, und solches als neuen Beleg für seine Ueberzeugung ins Feld führe. Er bedauere nur, daß er in diesem Punkte mit seiner Collegenschaft nicht übereinstimme. Daß jene Versammlung sich mit 48 gegen 3 Stimmen gegen das Project erklärt habe, sei richtig. Soviel er aber wisse, bestehe die hiesige Lehrerschaft aus 120 und noch mehr Personen. Er habe Achtung vor jeder Ueberzeugung, verlange sie aber auch für die seinige, und er halte das Project aus Zweckmäßigkeitsgründen entschieden für gut. Wenn die Lehrer befragt wären, welche in jener Versammlung gefehlt hätten, so würden sich auch 48 Stimmen gefunden haben, die sich für das Project entschieden hätten. Der in dem Lehrerverein gefaßte Beschluß sei also für ihn nicht maßgebend genug, um seine Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit der geplanten Einrichtung umzustößen. Für nothwendig wolle er diese Neuerung auch nicht erklären, denn es werde auch ohne dieselbe in der bisherigen Weise weiter gehen. Unsere Schulen haben sich einer allgemeinen Achtung nicht nur bei den hiesigen städtischen Behörden, sondern auch außerhalb zu erfreuen, und er sei nur mit Herrn Schaarschmidt der Ansicht, daß wenn die Verhältnisse vereinfacht und dadurch erleichtert würden, in vielen Beziehungen noch bessere Resultate erzielt werden könnten; und daran müsse doch der Stadt gelegen sein. Ein halbjähriger Cursus sei eben ein solcher Vortheil; denselben aber unter den jetzigen Verhältnissen einzuführen, halte er für unmöglich.

Herr Schuldirector Schaarschmidt: Wenn die jetzigen Schulverhältnisse als gut und zweckentsprechend anerkannt würden, so sei damit noch nicht gesagt, daß sie nicht noch besser werden könnten, und eine Verbesserung müsse in der angestrebten Einrichtung jedenfalls erblickt werden. Er freue sich, constatiren zu können, daß die meisten

Herren, die gegen die Vorlage gesprochen, auch das Gewicht seiner Gründe, die auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung liegen, mehr oder weniger anerkannt hätten. Nur hätte er gern gesehen, wenn diese Gründe mit etwas mehr Gewicht anerkannt wären. Daß große Vortheile mit der geplanten Einrichtung verbunden seien, liege für ihn außer Frage. Was die Beantwortung der Frage des Herrn Nieß anlange, so glaube er das Nöthige schon vorhin angeführt zu haben. Ein großer Vortheil liege darin, daß die Kinder frühzeitig eingeschult werden könnten, früher und sicherer vorwärts kämen und bei Weitem zum größten Theil auch die Schule vollständig absolvirten. Das sei ein Vortheil, der bei den meisten Kindern mit fast mathematischer Gewißheit erreicht werden könne. Beim größten Theile könne er dafür garantiren, nicht bei allen, da auch noch andere Factoren in Betracht kämen, die außerhalb der Schule wie der Lehrercorporation lägen. — Daß der Lehrerverein gegen diese Frage Stellung genommen, habe Redner schmerzlich bedauert, ihn aber auch zugleich in der Ueberzeugung bestärkt, daß ein großer Kreis niemals in der Lage sei, über Organisationsfragen endgültig und ausreichend nach allen Seiten hin zu entscheiden. — Die Bedenken hinsichtlich der weiten Schulwege, welche immer als die entscheidendsten angeführt seien, möge die Versammlung nicht so schwer nehmen. Es lasse sich dieser Umstand in Wirklichkeit in irgend welcher Weise ausgleichen, besonders dadurch, daß die Kinder im ersten Schuljahre den Weg nur einmal zu machen hätten. Auch die Benutzung der Turnhallen könne so geordnet werden, daß Unzuträglichkeiten durch weite Wege nicht erfolgten. Dann wolle er noch geltend machen, daß in Bezug auf den vorliegenden Punkt in keiner Weise, weder in der pädagogischen Praxis noch in der pädagogischen Theorie irgend welche endgültige Bestimmungen getroffen seien. Man sehe die Sache nicht für so nothwendig an, daß man sage: es solle unter allen Umständen eine Trennung der Knaben und Mädchen eintreten. Es würde ihm nie in den Sinn gekommen sein, an der seit 1830 bestehenden Einrichtung zu rütteln, wenn nicht Gründe einerseits auf dem Gebiete des Unterrichts, andererseits im Interesse der Stadt, maßgebend für ihn gewesen wären. Dann könne er nicht verhehlen, daß er, wenn der jetzige Zustand beibehalten würde, spätestens nächsten Sommer mit einem Antrage auf Errichtung einer neuen Bürgerschule kommen müsse. Er erkenne mit Dankbarkeit an, daß die städtischen Behörden die größte Sorgfalt auf das Schulwesen nach allen Seiten hin verwendeten, halte sich aber grade deshalb für verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, wenn einfachere und den Umständen entsprechendere Verhältnisse eingeführt werden könnten. In erster Linie sprächen für ihn die Gründe, die auf Seiten seines Berufes lägen und er könne sich da, wo es sich um Unterricht und Erziehung handle, nicht für widerlegt halten, daß sein Vorschlag nicht noch ein Schritt zum Bessern wäre. Wenn endlich auf das Unterbleiben der Einrichtung in den unteren Schulen hingewiesen worden, so solle man daraus doch keinen Grund zur Verwerfung der beabsichtigten theilweisen Ver-

besserung im Schulwesen entnehmen. Hier möchte er darauf hinweisen, daß das Bessere so oft der Feind des Guten sei!

Ein inzwischen eingegangener Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und es erfolgt namentliche Abstimmung, wobei der Magistratsantrag mit 16 gegen 4 Stimmen abgelehnt wird. Gegen denselben stimmen die Herren Lüderßen, Ribitz, Krampe, Munte, Nieß, Ding, Hasenbalg, Du Roi, Riefe, Grote, Heymann, Ramdohr, Lösekrug, Winter, Witke und Reuter; für denselben die Herren Mühle, Schwarzenberg, Kunze und von Seckendorff.

V. Die »städtische Feuerwehr«, als dritte Compagnie der Gesamtfeuerwehr, besteht gegenwärtig aus 5 Zügen à 24 Mann. Der Kreisbranddirector hält diese Stärke zwar rücksichtlich der 4 Spritzenzüge für ausreichend, nicht aber für den 5. Zug, den Steigerzug, weil dieser nach Abgabe der Mannschaft für die von ihm zu bedienenden beiden langen Schiebeleitern nicht stark genug sei, um ein Gebäude rasch niederlegen zu können, die übrigen Abtheilungen der Feuerwehr aber zu derartigen, mit Sicherheit nur von Bauhandwerkern ausführbaren Arbeiten geeignete Aushilfsmannschaften zu stellen nicht in der Lage seien. Der Kreisbranddirector beantragt hiernach Verstärkung des 5. Zuges der städtischen Feuerwehr um 12 Bauhandwerker, was einen Kostenaufwand von jährlich 216 M. erfordern würde. Diese Ausgabe wird sich jedoch mindern, wenn, wie der Magistrat auf Antrag des Kreisbranddirectors zu thun beabsichtigt, die Stellung der Schornsteinfegergesellen zu der Gesamtfeuerwehr gelöst wird. Ihre Zuziehung zur Feuerhülfe ist seit Einrichtung einer ständigen Feuerwehr überflüssig geworden, sie hat sogar, namentlich seit der zu Anfang 1879 erfolgten Vertheilung der städtischen Kehrbezirke unter drei Schornsteinfegermeister, leicht Unzuträglichkeiten im Gefolge. Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 5. d. Mts., nach erfolgtem Einverständnisse der Herzoglichen Polizei-Direction, die Zustimmung zur Verstärkung des 5. Zuges der städtischen Feuerwehr um 12 Mann zum 1. Juli d. J., unter dem Vorbehalte einer gleichzeitigen Entlassung der Schornsteinfeger aus deren seitherigen Feuerlöschdiensten, zu ertheilen, mit dem Bemerken, daß die aus solcher Verstärkung der Feuerwehr für das laufende Jahr erwachsenden Kosten durch Ersparnisse an anderen Positionen des Feuerlöschetats voraussichtlich voll werden gedeckt werden.

Die Statuten-Commission, für welche Herr Munte referirt, empfiehlt den Antrag zur Annahme, worauf derselbe genehmigt wird.

VI. berichtet Herr Reuter für die Finanzcommission über einen Magistratsantrag vom 12. v. Mts. — Die in Gemäßheit des §. 2 des Statuts über die Verwaltung und Benützung des hiesigen öffentlichen Schlachthauses dem Schlachthausdirector probeweise auf 6 Monate beigegebenen Unterbeamten, als

- 1) Hallenmeister Bassenberg,
- 2) Maschinenwärter Baumann,
- 3) Buchhalter und Cassirer Godelmann,
- 4) Aufseher Fricke,
- 5) Aufseher Gremmers,
- 6) Aufseher Gruß,
- 7) Portier Bode,

haben sich als zuverlässig, fleißig und brauchbar bewährt, und hat die Schlachthausdeputation auf Anregung des Directors Rudolph die Anstellung derselben als städtischer Unterbeamten nach Maßgabe der betreffenden statutarischen Bestimmungen beantragt. Der Magistrat tritt diesem Antrage unter dem Bemerkten bei, daß, wenngleich verschiedene hiesige Schlächter in den letzten Monaten nicht im städtischen Schlachthause, sondern in benachbarten Ortschaften, als Delper, Gliesmarode u., geschlachtet haben, dadurch aber dem Schlachthause eine nicht unbedeutende Einnahme entzogen ist, die Gesamteinnahmen des Schlachthauses, soweit sich solches bis jetzt übersehen läßt, dennoch zur Bestreitung der etatmäßigen Ausgaben, insbesondere auch der Zinsen des Anlagecapitals und der Gehälter, ausreichen werden.

Die Versammlung beschließt dem Magistratsantrage gemäß.

Der nächstfolgende Gegenstand, betreffend die Herrichtung einer Gasleitung in der Schule an der Osterstraße zu Zwecken der Handelsschule, wird, nachdem der Magistrat den Antrag auf Verwilligung der dazu erforderlichen Kosten wegen Ablehnung seines damit in Verbindung stehenden Antrags auf anderweite Vertheilung der Schuljugend auf die vorhandenen Bürgerschulen zurückgezogen hat, von der Tagesordnung abgesetzt.

Sodann

VII. berichtet Herr von Seckendorff namens der vereinigten Schul- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 12. d. Mts., mit welcher ein Bericht der städtischen Bauverwaltung nebst Bauplan und Kostenüberschlag über die Erbauung eines Schulgebäudes übersandt sind. Die Pläne sind in 11 Blättern im Sitzungssaale angeheftet. Aus dem Magistratschreiben geht hervor, daß eine nochmalige sorgfältige Berechnung der Baukosten vorgenommen ist, der Schulbau verhältnißmäßig genau soviel kosten wird, wie das gegenwärtig im Bau begriffene Schulgebäude am neuen Petrihore und der gesammte Aufwand mit Einfluß des Mobiliars 269 500 M. betragen wird. Von dieser Summe entfallen auf das dreistöckige 18klassige Schulhaus 188 750 M., auf die Turnhalle 19 500 M., auf die Aborte 11 500 M., auf die Befriedigungen 13 200 M., auf die Gas- und Wasserleitung 2800 M., Brunnen 800 M., Canalisation und Pflasterung des Spielplatzes 13 700 M.



und auf die Anschaffung des Mobiliars 21 200 *M.* Da die Ausarbeitung des Kostenanschlags noch mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird, mit der Bauausführung aber — bei der Nothwendigkeit einer Eröffnung der Schule zu Michaelis künftigen Jahres — schleunigst vorgegangen werden muß, so giebt der Magistrat, nachdem auch das Stadtbauamt das Project geprüft und gebilligt hat, anheim, das vorliegende Bauproject — unter Vorbehalt einer nachträglichen Feststellung des speciellen Kostenanschlags durch das Stadtbauamt — zu genehmigen und die obgedachten Kosten zu bewilligen.

Die Commissionen geben die Zustimmung zu den Magistratsanträgen anheim und haben nur den Wunsch hinzuzufügen, daß bei Herrichtung der Brunnen für eine gehörige Anzahl von Pumpwerken Sorge getragen werde, damit die Kinder in den Pausen ihren Durst genügend befriedigen können.

Herr Munte giebt die Bewilligung der angeforderten Summe anheim, stellt aber in Anbetracht, daß Material und Arbeitslohn gegen damals, als der Bau des Schulgebäudes an der Dferstraße in Angriff genommen, jetzt bedeutend billiger seien, den Antrag, das Ersuchen an den Magistrat zu richten, bei Verwendung der veranschlagten Gelder mit möglichster Sparsamkeit zu Werke zu gehen, auch dabei den Wunsch auszudrücken, daß der Versammlung demnächst genau mitgetheilt werden möge, wie hoch sich die wirklich verwandten Baukosten beliefen,

welchen Antrag Herr Schwarzenberg unterstützt.

Herr Reuter macht darauf aufmerksam, daß das angekaufte Grundstück reichlich groß genug sei, um zwei Schulgebäude aufnehmen zu können und es liege die Frage nahe, ob es nicht räthlich sei, für die Zukunft einfachere und kleinere oder aber noch weit größere Schulhäuser zu erbauen, als bisher hier üblich gewesen sei. Die Schulhäuser, wie sie jetzt gebaut würden, kosteten verhältnißmäßig am meisten. Das 24klassige Schulgebäude für 1200 Kinder in Holzminden sei unseren Schulgebäuden gegenüber sehr billig zu stehen gekommen und in Dresden würden immer zwei Schulen in ein Gebäude gelegt, wodurch eine bedeutende Kostenersparniß erzielt würde. Er bedauere, daß der große Bauplatz nicht besser ausgenutzt werde.

Herr Rieß bemerkt, daß seiner festen Ueberzeugung nach die Preise für Material und Arbeitslohn jetzt an der Minimalgrenze angekommen seien, sich aber unmöglich ferner darauf halten könnten. Der ausführende Baumeister habe daher mit Recht die bereits beim Bau der Schule an der Dferstraße verrechneten Sätze auch hier wieder in Ansaß gebracht. Wenn, wie Herr Reuter anführe, die Schulen anderwärts billiger gebaut würden als hier, so liege das entweder in localen Verhältnissen wie in Holzminden, wo das Bausteinmaterial fast nichts koste, oder aber an niedrigeren Anforderungen seitens der Gemeindecolliegen, besonders in sanitärer Beziehung.

Nachdem sodann der Herr Vorsitzende noch darauf hingewiesen, daß der Magistrat die Genehmigung des Bauprojects unter dem ausdrücklichen Vorbehalte einer nachträglichen Feststellung des speciellen Kostenanschlags durch das Stadtbauamt beantragt habe,

zieht Herr Munte seinen Antrag zurück, worauf der Magistratsantrag genehmigt wird.

Der Herr Vorsitzende theilt im Anschluß an diesen Punkt noch mit, daß der Architect Schrader eine Eingabe an die Versammlung gerichtet habe, welche auf dem Präsidialtische zur Einsicht bereit liege; da dieselbe sachlich nicht von Interesse sei, so glaube er von einer genaueren Mittheilung derselben Abstand nehmen zu können.

Der Herr Vicevorsitzende Kybik übernimmt das Präsidium, worauf

VIII. Herr Otto namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage, betreffend Aenderungen des Entwurfs des Statuts wegen Untersuchung u. der in die hiesige Stadt eingeführten Fleischwaaren berichtet. Das Herzogliche Staatsministerium hat danach das Statut mit einigen geringen Aenderungen zu den §§. 2, 3 und 8 nunmehr genehmigt und beantragt der Magistrat die Zustimmung zu denselben zu ertheilen.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

Nachdem Herr Otto den Vorsitz wieder übernommen,

IX. trägt Herr Oberbürgermeister Pockels Folgendes vor: In der Sitzung vom 28. März c. habe er bezüglich der Einrichtung ärztlicher Nachtwachen erklärt, daß im October v. J. versuchsweise eine Einrichtung getroffen sei, welche den unbemittelten Einwohnern die Erlangung ärztlicher Hülfe bei Nachtzeit erleichtern solle. Diese Einrichtung habe darin bestanden, daß eine Anzahl von Aerzten sich bereit erklärt habe, auf Anforderung diese Hülfe zu leisten, wogegen der Magistrat bereit gewesen, den Aerzten das Honorar für Hülfeleistung an unbemittelte Einwohner aus der Stadt- oder Armeencasse zu zahlen, wenn die Einziehung des Honorars von den Pflichtigen sich als unmöglich herausgestellt habe. Aerztlicherseits sei jedoch später der Anspruch erhoben, daß das Honorar immer seitens der Stadt gezahlt werde und dieser überlassen bleibe, die Pflichtigen zur Erstattung des Honorars anzuhalten. Diese Angabe habe er damals auf Grund der vorhandenen Acten gemacht, sie sei aber in Folge eines thatsächlichen Irrthums des damaligen Magistratsdecernenten unrichtig, indem die betreffenden Aerzte, mit denen der Magistrat damals zu thun gehabt habe, nicht erst später, sondern gleich von Anfang an sich zur ärztlichen Hülfe nur unter der Voraussetzung bereit erklärt hätten, daß ihnen das Honorar unterschiedslos aus der Stadtcasse gezahlt würde. Der ärztliche Verein, der jener Zeit mit dem Magistrate

Verhandlungen nach dieser Richtung hin gepflogen, habe ihn ersucht, diesen Sachverhalt richtig zu stellen, was er hiermit thun wolle.

### Weiter

X. macht Herr Oberbürgermeister Pöckels vorläufige Mittheilung über die zur Verhütung der weiteren Verbreitung des Flecktyphus getroffenen Maßregeln. Im Mai c. habe Herzogliche Polizei-Direction angezeigt, daß zur Bekämpfung des Flecktyphus die Ergreifung besonderer Maßregeln dringlich sei, sie sich aber nicht in der Lage befinde, mit ihren Mitteln den Erfordernissen zu genügen. Redner habe denselben Nachmittag eine Versammlung aus Beamten der Herzoglichen Polizei-Direction, verschiedenen Stadträthen und Mitgliedern der Medicinalbehörde zusammenberufen und es seien dort die nöthigen Schritte beraten. Die getroffenen Vereinbarungen, welche sofort den anderen Tag in's Leben gerufen und besonders die Einschleppung der Krankheit von außen durch zugereist gekommene Handwerksgesellen zu verhindern bestimmt sind, haben sich als durchaus zweckmäßig erwiesen. Vom 27. Mai bis zum 14. Juni sind 1241 Personen untersucht und von diesen 49 krank und 5 am Typhus erkrankt befunden. Letztere sind sofort in die Baracken aufgenommen. Im Ganzen sind in Braunschweig 160 Personen am Flecktyphus erkrankt, 1 im Februar, 27 im März, 71 im April, 51 im Mai und 10 in der ersten Hälfte des Juni. Von diesen 160 Personen sind 31 gestorben, 107 geheilt, 22 noch in Behandlung; 139 Personen waren zugereist und 21 aus der Stadt; die letzteren sind erst im April, Mai und Juni von der Krankheit ergriffen. Die durch die getroffenen Maßregeln erwachsenen Kosten sind nicht unerheblich, weil Herzogliche Polizei-Direction nicht in der Lage und nicht verpflichtet gewesen ist, mit ihren Mannschaften die Thorwachen zu stellen und die Einrichtung hat getroffen werden müssen, daß Nachtwächter in Dienstkleidung diesen Dienst unter Assistenz von Polizeibeamten versehen sollten. Auch sind sonst noch Kosten entstanden durch Visitationen der Herbergen und Desinfectionen, so daß diese sanitären Maßregeln einen Kostenaufwand von nahezu 4000 M. erfordern. Der Magistrat giebt sich nun der Hoffnung hin, daß die Landesregierung zu diesen Kosten welche nicht allein im Interesse der Stadt, sondern des ganzen Landes aufgewandt sind, einen nicht unwesentlichen Theil tragen werde. Die Versammlung werde aus diesen Mittheilungen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die ergriffenen Maßregeln zweckentsprechend seien und Redner nehme an, daß, wenn kein Widerspruch erfolge, die Versammlung dem Magistrat und der Herzoglichen Polizei-Direction die Ermächtigung ertheile, die getroffenen Einrichtungen so lange bestehen zu lassen, bis alle Gefahr vorüber sei.

Da Niemand weiter das Wort zu diesem Gegenstande ergreift,

folgt schließlich

XI. von Herrn von Seckendorff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 1. d. Mts., betreffend die Wahl von Beamten der städtischen Gas- und Wasserwerke. Bei dem städtischen Gaswerke sind die Dienststellen eines Cassirers und Laternencontroleurs, von denen die erstere durch den Tod des Cassirers Piepenbrink, die letztere durch Entlassung des Controleurs Hesse vacant geworden ist, wiederum zu besetzen. Auf Vorschlag der Deputation für die Gas- und Wasserwerke präsentiert der Magistrat zu diesen Stellen, und zwar

a. zu derjenigen eines Cassirers

- 1) den Cassenbuchhalter Franz Lüters,
- 2) den Cassenbuchhalter August Roloff,
- 3) den Cassenbuchhalter Louis Schmidt;

b. zu derjenigen eines Laternencontroleurs

- 1) den provisorisch mit diesen Functionen bereits beauftragten Controleur August Petri,
- 2) den Controleur Fr. Laterman,
- 3) den Hilfscontroleur Hr. Hoffmeister.

Nach Maßgabe des Regulativs über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken wird der Cassirer ein Dienstgehalt von 1800 M., der Controleur ein solches von 1050 M. zu beziehen haben. Der Magistrat giebt die Erwählung eines Cassirers und eines Controleurs aus den vorgeschlagenen Candidaten anheim und beantragt die Dienstcaution des ersteren auf 1500 M., die des letzteren auf 600 M. festzusetzen.

Es werden gewählt

- 1) zum Cassirer, der Cassenbuchhalter Franz Lüters,
- 2) zum Laternencontroleur, der provisorische Controleur August Petri.

auch wird hinsichtlich der Cautionsleistung beschlossen, wie beantragt.

Nachdem sodann noch in die Statutencommission Herr Lüdersen an Stelle des verstorbenen Dr. Kronheim gewählt,

die Herren Ramdohr und Lüdersen der Steuereinschätzungscommission für den August- und Steinthordistrikt zugetheilt sind,

und der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß er behufs Erledigung einer sehr eiligen, bereits morgen eingehenden Magistratsvorlage, betreffend das Project über die Erbauung des städtischen Feuerlöschgebäudes, worüber sämtliche Pläne von morgen an im Stadthause zur Einsicht auslagen, auf über 8 Tage die Versammlung wiederum zusammenzuberufen genöthigt sei,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich werden darauf in längerer **gemeinschaftlicher Sitzung** Steuerreklamationen erledigt;

eine kurze vertrauliche **Sitzung der Stadtverordneten** zu gleichem Zwecke bildet den Schluß, Abend 8½ Uhr.

---

(Beilage zu *N* 175 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu *N* 164 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)*N* 8.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 24. Juni 1880.

### Öffentlich:

- I. Erweiterung der städtischen Realschule durch Einrichtung einer neuen Klasse.
- II. Künftige Benutzung der Schulen am Südklinte und am neuen Petritzhore.
- III. Gasanlage zu Zwecken der Handelsschule in der Schule an der Osterstraße.
- IV. Bewilligung von Reisekosten für Feuerwehrlente.
- V. Genehmigung des Bauplans für das Feuerlöschgebäude u. und Bewilligung der Baukosten.
- VI. Benutzung des Platzes bei St. Leonhard für die bevorstehenden Messe zur Aufstellung von Schaubuden.
- VII. Anfrage des Herrn Munte bezüglich des Platzes zwischen der Bahnhof- und Friedrich-Wilhelmstraße.
- VIII. Anfrage des Herrn Kunze bezüglich der Bepflanzung der Wallpromenaden.

### Vertraulich:

Bewilligung einer Unterstüßung für einen Gemeinbeschullehrer.

Entschuldigt die Herren Jasper, Kloss und Telligmann. — Am Magistrats-tische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Götte, Stadtrath Kettemeyer und Schuldirector Krumme.

### Nach Eröffnung der Sitzung

I. berichtet Herr Steinacker namens der Schulcommission über eine Magistratsvorlage vom 10. Mai c., betreffend die Verlängerung des Lehrganges der städtischen Realschule von 7 Jahren auf 9 Jahre durch Einrichtung einer neuen Klasse mit zweijährigem Lehrgange zu Ostern 1884 bezw. 1885. Der Schuldirector Dr. Krumme hat dem Schulvorstande ein ausführlich motivirtes Gutachten über diese Angelegen-

heit überreicht, welches der Versammlung in autographirten Exemplaren vorliegt und folgende Gesichtspunkte entwickelt:

1. Die Schule hat jetzt nur nominell einen 7jährigen Lehrgang; nach 6jährigem, erfolgreichem Schulbesuche kann die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst durch Conferenzbeschluß erteilt werden; der Unterricht während der 6 ersten Jahre ist in allen Fächern auf einen Abschluß berechnet; das 7. Jahr wird von Niemand benutzt, weil durch den Besuch der Schule während des 7. Jahres keinerlei Berechtigung erworben, insbesondere auch nicht der mit Aussicht auf Zulassung zu Staatsprüfungen verbundene Zugang zu den technischen Hochschulen ermöglicht werden kann.

2. Durch die Errichtung einer neuen Klasse bleibt bezüglich der Freiwilligen-Berechtigung Alles ungeändert; auch erfährt, dem entsprechend, der Unterricht während der 6 ersten Schuljahre keinerlei Veränderung; das Lateinische bleibt auch während der letzten 3 Jahre vom Lehrplane ausgeschlossen; in den übrigen Fächern sind die Lehrziele dieselben, wie die der Realschulen I. Ordnung; nur im Zeichnen sind die Anforderungen höher. Das Zeugniß der Reife dieser 9jährigen Schule ohne Latein berechtigt zu den Studien auf den technischen Hochschulen und zur Prüfung für den Staatsdienst im Bau- und Maschinenfach.

3. Durch eine Nachprüfung im Lateinischen kann in Preußen der Besitzer des unter 2 erwähnten Zeugnisses die Berechtigungen der Realschule I. Ordnung erwerben. Wer die Schule ohne Latein 6 Jahre lang mit Erfolg besucht, hat gegen denjenigen, der die Realschule I. Ordnung während der gleichen Zeit besucht, einen Vorsprung in allen Fächern, mit Ausnahme des Lateinischen; weil nun die Ziele in allen den beiden Schulen gemeinsamen Fächern, ausschließlich des Zeichnens, dieselben sind, so können offenbar in den 3 letzten Jahren die Anforderungen bei der Realschule ohne Latein niedriger gestellt werden, als bei der mit Latein; man kann also jungen Leuten, die nicht technischen Studien sich widmen, sondern ein Fach ergreifen wollen, wozu die Kenntniß des Lateinischen erfordert wird, wohl zumuthen, nunmehr die Erlernung des Lateinischen zu beginnen, und die Schule hat ihnen dazu die Gelegenheit zu bieten.

Die Ausführungen des Gutachtens haben Magistrat und Schulvorstand überzeugt, daß im eigenen Interesse der ferneren Lebensfähigkeit der Schule und zur Erfüllung der derselben bei ihrer Gründung gegebenen Zweckbestimmung eine Verlängerung des Lehrganges von 7 auf 9 Jahre — vorbehaltlich der inneren Selbstständigkeit der Anstalt rücksichtlich des Lehrplans für die ersten 6 Jahre — geboten sei. Neben den Ausführungen des Gutachtens spricht aber für die beantragte Reorganisation annoch der folgende Umstand:

Es ist dem Magistrate bekannt geworden, daß das Reichskanzleramt sich bereits mit der Frage beschäftigt hat, ob nicht denjenigen Lehranstalten, welche zwar (wie die städtische Realschule) noch um einen Jahreskursus über den Termin der Militair-

berechtigung hinausgehen, aber weder diesen letzten Cursus ausführen, noch durch regelmäßige Abgangsprüfungen am Ende des ganzen Lehrkursus die wirkliche Einhaltung ihres höheren Lehrzieles sicher stellen, — die Berechtigung, nach einjährigem erfolgreichen Besuche der 1. Klasse auf Grund eines Beschlusses der Lehrersconferenz das Qualificationszeugniß zum einjährigen Militärdienst zu ertheilen, entzogen werden müsse, so zwar, daß bei derartigen Lehranstalten die Ausstellung des Qualificationszeugnisses fortan von dem Bestehen einer Entlassungsprüfung abhängig gemacht werde. Fände dieser von der Reichsschulcommission bei dem Reichskanzleramt befürwortete Grundsatz Annahme, dann würde die städtische Realschule, bei Beibehaltung ihrer gegenwärtigen Verfassung, des hochbedeutsamen Vorrechts, ihren Schülern nach 6jährigem Schulbesuch die Berechtigung zum einjährigen Dienst durch Conferenbeschuß zu ertheilen, verlustig gehen.

Was nun die finanzielle Tragweite der vorgeschlagenen Verlängerung des Lehrganges betrifft, so sind die dazu erforderlichen Räume, Lehrmittel und Utensilien bereits vorhanden und können mit den jetzt dazu im Etat laufend ausgeworfenen Mitteln ergänzt werden. Die Kosten der Einrichtung der neuen Klasse bestehen mithin, abgesehen von dem unerheblichen Mehraufwande für Heizung und Reinigung, lediglich aus dem Dienstgehalt für  $1\frac{1}{2}$  Lehrkraft und werden sich, wenn man zur Grundlage für ihre Berechnung das Durchschnittsgehalt der Realschullehrer nimmt, auf jährlich 5625 *M.* beziffern.

Darf man mit dem Gutachten des Schuldirectors Dr. Krumme annehmen, daß die neu zu errichtende Klasse von mindestens 25 Schülern im Durchschnitt werde besucht werden, so wird, bei Erhebung eines mit dem Sake der jetzigen obersten Klasse übereinstimmenden Schulgelbes von jährlich 84 *M.*, zwar nur eine Summe von 2100 *M.* zur Bestreitung des Mehraufwandes von 5625 *M.* erzielt werden, mithin eine Fehlsomme von jährlich 3525 *M.* verbleiben; diese Fehlsomme wird aber reichlich indirect, insofern nämlich gedeckt werden, als auf der einen Seite, bei Belassung der Schule in ihrer gegenwärtigen Verfassung, die Zahl der Schüler sich erheblich vermindern und, in dem Verhältnisse ihrer Abnahme, der Zuschuß der Stadt zur Erhaltung sich steigern würde, auf der anderen Seite die Verlängerung des Lehrganges einen verstärkten Zuzug zur Schule im Gefolge haben wird.

Der Magistrat stimmt mit dem Schulvorstande darin überein, daß zwar die beantragte neue Klasse erst zu dem Zeitpunkte einzurichten sei, wo sofort — nämlich nach Durchführung der Parallelklassen, zu Ostern 1884 oder 1885, vielleicht schon 1883, — eine den Kostenaufwand deckende resp. rechtfertigende Zahl von Schülern für dieselbe zu erwarten sein werde, daß aber eine Entschließung über ihre Einrichtung, zur Belegung der Frequenz der Schule, schon jetzt erforderlich sei; die Zahl der diesjährigen Anmeldungen für die städtische Realschule hat nur 58, gegen deren 82 im vorausgegangenen Jahre betragen.



Der Magistrat giebt anheim, die Zustimmung dazu ertheilen zu wollen, daß der Lehrgang der städtischen Realschule von 7 Jahren auf 9 Jahre durch Einrichtung einer neuen Klasse mit zweijährigem Lehrkursus zu Ostern 1883 event. 1884 oder 1885 verlängert werde.

Die Forderung basiert also wesentlich auf zwei Gründen:

- A. Erhaltung der Berechtigung zur Ertheilung der Freiwilligen-Qualification durch Conferenzbeschluß, ohne welche eine Verminderung des Schulbesuchs zu befürchten steht,
- B. Ermöglichung des unmittelbaren Zugangs zu den technischen Hochschulen, so daß diejenigen Schüler, welche zwar beim Eintritt in die Schule nicht die Absicht haben, sich höheren Studien zu widmen, bei denen aber im Laufe ihres Schulbesuchs dieser Wunsch hervortritt, nicht gezwungen werden, auf eine andere Schule überzugehen, was die Nachholung des Studiums der alten Sprachen, bezw. des Lateinischen, durch Privatunterricht nöthig macht und somit zu Inconvenienzen und Ueberbürdungen führt.

Die Commission habe sich, wie Referent ausführt, in zwei Sitzungen über die Vorlage nicht einigen können; drei Mitglieder seien für, zwei gegen dieselbe.

Die Majorität pflichte den in dem Gutachten des Dr. Krumme und dem Magistratschreiben dargelegten Gründen bei.

Die Minorität verkenne den Werth der Erweiterung der städtischen Realschule ebenso wenig wie die Majorität, sie habe sich aber folgenden Erwägungen nicht verschließen können:

Zu A. Einmal sei das Vorrecht, daß den Schülern nach 6jährigem Schulbesuche die Berechtigung zum Freiwilligendienste durch Conferenzbeschluß ertheilt werden könne, bei der jetzigen Gestaltung der Schule nicht so unmittelbar bedroht, als der Magistrat in seinem Schreiben annehme. Wenn wirklich die befürchtete Gefahr herannahen, so sei nach Ansicht der Minorität noch immer Zeit genug, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, denn so ohne Weiteres, ohne jedwedes Anzeichen der Warnung, werde mit der Entziehung der Berechtigung oder gar Schließung der Schule nicht vorgegangen werden. Sodann könne, wenn wirklich die Einrichtung getroffen werde, daß die Berechtigung zum Freiwilligendienste von einer Abgangsprüfung abhängig sei, ein so bedeutender Nachtheil darin nicht erblickt werden. In dem Bestehen einer Abgangsprüfung liege für den trägeren Schüler ein Sporn, das Seinige zu thun, um nicht zu unterliegen. Im Uebrigen werde dem Schüler dadurch mehr eine Formalität als eine Erschwerung auferlegt. Ein Conferenzbeschluß sei allerdings mehr innere Angelegenheit, an der nur die Schule und die betreffende Familie theilhaftig seien, wogegen die Ablegung eines Examens mehr oder weniger vor die Oeffentlichkeit trete, und es sei dem Schüler event. immer lieber, durch Conferenzbeschluß zurück-

gehalten zu werden, als seine Unreife durch eine Prüfung documentirt zu sehen. Wenn aber dem unfähigen Schüler vorher der dringende Rath ertheilt werde, sich der Prüfung nicht zu unterziehen, so werde auch, da dieser Rath regelmäßig wohl werde befolgt werden, ein Nichtbestehen der Prüfung nur selten vorkommen; es komme also in beiden Fällen dasselbe heraus. Nach Ansicht des Herrn Referenten hat der Schüler bei einer Abgangsprüfung weniger zu riskiren, als bei einem Conferenzbeschlusse, da bei letzterem das Urtheil immer etwas schärfer gefällt werden kann.

Die städtische Realschule stehe in einem ausgezeichneten, weit über die Grenzen Braunschweigs hinausgehenden Rufe nicht bloß ihrer Leitung und Lehrkräfte wegen, sondern auch wegen des ganzen Unterrichtsmaterials, das nach den neuesten pädagogischen Erfahrungen ausgesucht und danach von einer Beschaffenheit sei, wie man es bei wenig anderen Schulen finde. Es sei deshalb nicht anzunehmen, daß die Schule im Vertrauen des Publikums sinken und an Frequenz verlieren werde. Die jährige Verminderung der angemeldeten Schüler beweiße noch nichts; solche Schwankungen kämen ebenso an anderen Schulen vor, auch die Realschule I. Ordnung habe in diesem Jahre weniger Anmeldungen gehabt als im vorigen. Statistisches Material sei überhaupt erst nach längeren Jahren beweisfähig.

Zu B. Auch den im Krumme'schen Gutachten angeführten Grund, daß Schüler während des Besuchs der Schule sich nachträglich zum Studium entschlossen hätten und deshalb größtentheils zur Realschule I. Ordnung übergegangen seien, habe die Minorität nicht als maßgebend anerkennen können; das seien bisher im Ganzen 12 Fälle gewesen, wobei aber erwogen werden müsse, daß von den betreffenden Schülern noch ein Theil im Uebergangsstudium den Wechsel der Schulen vollzogen habe. Zum Gymnasium seien bis jetzt im Ganzen 2 Schüler übergegangen; diese Fälle seien also gar nicht mitzurechnen. Es müßte demnach auch hier erst eine Reihe von Jahren verstrichen sein, um sich ein richtiges Urtheil von dem Bedürfnisse nach einer oberen Stufe bilden zu können. Wenn die Härten, welche mit dem Uebergange von einer Schule zur anderen verbunden sind, vermieden werden sollten, dann bleibe nichts anders übrig, als eine einzige Normalschule zu schaffen, auf der alle Berechtigungen erworben werden könnten.

Ferner könne sich die Minorität dem Bedenken nicht verschließen, daß der Character der Schule bei der beabsichtigten Einrichtung nicht unwesentlich geändert würde; sie fürchte, daß man nicht mehr im Stande sein würde, die Ausbildung der Schüler auf den ersten 6 Stufenjahren als Hauptsache im Auge zu behalten, und daß sich das Bestreben, die Schüler den höheren Studien zuzuführen, unwillkürlich, nicht absichtlich, immer mehr geltend machen würde, wodurch die Schule, gegen Willen und Wunsch der Stadt, allmählig in die Kategorie der Realschulen I. Ordnung hinein, gedrängt würde. Die Schule würde sich schließlich die Ausbildung künftiger Staatsdiener zur Hauptaufgabe machen. Dazu aber die Hand zu bieten, habe die Stadt

wenig oder gar keine Veranlassung; ihr liege daran, eine für die bürgerlichen Berufsarten tüchtig vorgebildete städtische Jugend zu erziehen, und das lasse sich mit den bisherigen Mitteln sehr wohl erreichen.

Schließlich glaube die Minorität, daß die Ausgabe in keiner Weise im Verhältniß zur Einnahme stehen würde. Wenn im Krumme'schen Gutachten angenommen werde, daß von den in den beiden Sorten in zwei Jahren zur Aufnahme gelangenden 200 Schülern 15-30 für die oberste Klasse übrig bleiben würden, so scheine diese Zahl im Vergleich zu anderen Schulen, z. B. der Gerecke'schen in Magdeburg, wo 1878/79 von 650 Schülern nur 7 das Abiturientenexamen gemacht hätten, doch etwas zu hoch gegriffen. Nehme man nun die Durchschnittszahl der die Selecta besuchenden Schüler zu 20 an, so würde sich, bei Befreiung nur eines Schülers vom Schulgelde, eine Einnahme von rund 1600 *M.* ergeben. Werde dieser Betrag den verschiedenen Ausgaben gegenüber gehalten, so bleibe von der Stadt immer noch eine Summe zu decken, welche ein Capital von 100 000 *M.* repräsentire.

Aus allen diesen Gründen habe die Minorität die Ansicht gewonnen, daß die Vorlage des Magistrats vor der Hand einem dringenden Bedürfnisse nicht entspreche und daher, unter dem Vorbehalt, auf die Frage später zurückzukommen, zur Annahme nicht empfohlen werden könne.

Referent schließt seinen Vortrag, indem er für den Fall der Annahme des Magistratsantrags den Wunsch ausspricht, daß die von der Minorität gehegten Bedenken sich als hinfällig erweisen möchten!

Herr Grote kann sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten nicht einverstanden erklären; er bezweifelt zunächst, daß die Ertheilung der Berechtigung zum Freiwilligendienste durch Conferenzbeschluß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht bedroht sei. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sei diese Art der Berechtigung nur durch Absolvierung der 7. Klasse zu erreichen. Die städtische Realschule habe nun allerdings 7 Klassen, es werde aber schon nach Absolvierung der 6. Klasse die Freiwilligenberechtigung durch Conferenzbeschluß ertheilt, weil die 7. Klasse bisher nur auf dem Papiere gestanden habe. Das sei bislang ganz gut gegangen; komme aber dieses Verfahren zur Kenntniß der Reichsschulcommission, welche die Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen habe, so werde der Schule dieses Recht sofort entzogen und ihr dadurch eine wesentliche Schädigung zugesügt werden. Sämmtliche Schüler würden sich sofort nach solchen Schulen umsehen, wo sie die Freiwilligenberechtigung ohne Prüfung erlangen könnten.

In Preußen haben sich die Realschulen II. Ordnung sehr bewährt; sie werden stets als Muster Schulen hingestellt und es ist den Abiturienten derselben vor zwei Jahren das Recht des Uebergangs zu den Studien der technischen Wissenschaften eingeräumt; letztere können jetzt außer zum Maschinen- und Baufache auch zur Naturwissenschaft und zum Ingenieurwesen übergehen, und für die Folge ist ihnen noch

Weiteres in Aussicht gestellt, nämlich der Uebergang zum Post- und Telegraphenwesen, zum Forst- und Bergfache. Wie sei man aber dazu gekommen den Abiturienten der Realschulen II. Ordnung soweit gehende Competenzen zu geben? Weil man gesehen habe, daß sie zu diesen Fächern am besten vorbereitet und nach den Urtheilen von Autoritäten in gewissen Unterrichtszweigen, wie Mathematik und Zeichnen, den Abiturienten der Realschule I. Ordnung und denjenigen der Gymnasien weit überlegen seien. Daß aber den Abiturienten die Berechtigung zum Studium der technischen Wissenschaften ertheilt werde, halte Redner für den wichtigsten Punkt von allen. Wenn nun ein Schüler zwischen verschiedenen Schulen die Wahl habe, so werde er sich natürlich für diejenige Gruppe entscheiden, die ihm nach Aussage Sachverständiger die besten Aussichten gewähre.

Das vorliegende Project habe noch eine gute Seite. Die neuzubildende oberste Klasse werde für verschiedene andere Schulen der Stadt und des Landes, so das Günther'sche Institut, die Schulen zu Helmstedt, Seesen und Gandersheim, einen angemessenen Durchgang zu den technischen Hochschulen bilden; jetzt bleibe den Abiturienten dieser Schulen, wenn sie nicht Latein lernen wollten, weiter nichts übrig, als nach preussischen Schulen überzugehen.

Dann müsse man auch die geographische Lage unsers Herzogthums berücksichtigen; rings von Preußen eingeschlossen, sei man schon nothgezwungen, auch gleichen Schritt mit dem zu halten, was Preußen seinen Bürgern biete. In Magdeburg, wo man bereits im Besitze einer Realschule I. Ordnung gewesen sei, habe man sich der Nothwendigkeit gefügt und noch eine Realschule II. Ordnung mit 9jährigem Cursus ins Leben gerufen.

Hinsichtlich des Geldpunktes könne man verschiedene Rechnungsarten aufstellen; soviel sei aber gewiß, daß die Stadt, sobald diese Schule die Freiwilligenberechtigung verliere, einen weit größeren Zuschuß zu leisten habe als bisher.

Die Majorität der Commission habe sich überzeugt, daß der Vorschlag des Magistrats ein practischer sei und Redner bitte dringend, demselben zuzustimmen; durch Annahme desselben werde die Schule erst recht lebensfähig gemacht werden. Lasse man die Schule in ihrer jetzigen Verfassung, so könne man nur sagen, man wolle eine Bürgerschule daraus machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Anerkennung deutscher Lehranstalten als vollberechtigte Realschulen II. Ordnung erfolge bekanntlich durch den Reichskanzler; an ihm liege es aber auch, dieses Recht wieder zu entziehen, wenn die Voraussetzungen, unter denen die Anerkennung erfolgt, nicht erfüllt würden. Auch unserer städtischen Realschule sei diese Anerkennung auf Grund ihres Lehrplans und des in demselben vorgesehenen 7jährigen Cursus, der aber nur auf dem Papiere geblieben sei, zu Theil geworden. Es liege nun ein bedenkliches Anzeichen für die Annahme vor, daß der Reichskanzler über kurz oder lang der städtischen Realschule die Voll-

berechtigung nehmen werde. Dieses Anzeichen finde sich in einem Schriftwechsel zwischen dem Reichskanzler und der Reichsschulcommission vor. Letztere sei ein Organ, welches nur alle 3 oder 4 Jahr zusammenkomme und die in dieser Zeit über die Schulen des ganzen deutschen Reichs gesammelten Erfahrungen dem Reichskanzler amte mittheile. Vielleicht schon in allernächster Zeit werde sie dem Reichskanzler diejenigen Mittheilungen machen, welche derselbe nöthig habe, um sich über die Entziehung der Vollberechtigung bei denjenigen Realschulen, welche ihren Plan nicht angekündigtermäßen erfüllt, schlüssig zu werden. Wenn Herr Steinacker der Meinung sei, daß die Berechtigung der städtischen Realschule zum Freiwilligendienste durch Conferenzbeschluß nicht sehr bedroht sei und man mit vorbeugenden Maßregeln füglich solange warten könne, bis eine Warnung ergangen sei, so könne Redner sich dieser Meinung nicht anschließen; ein gemüthliches Abwarten einer sich heranwälgenden Gefahr gegenüber halte er für sehr mißlich. Es sei bekannte Sache, daß der Reichskanzler seine Entschlüsse rasch auszuführen pflege, und wenn er das in gedachter Beziehung bei unserer Realschule einmal thue, dann dürfe man sich nicht beklagen. Die Anschauung der Reichsschulcommission, welche dem Magistrate auf amtlichem Wege zugegangen, müsse schon als Warnungsruf aufgefaßt werden; wenn dem nicht Folge gegeben werde und es trete das Uebel ein, dann habe man es sich selbst zuzuschreiben. Werde der vom Herrn Referenten angedeutete Zeitpunkt abgewartet, dann sei es zu spät. Der Magistrat würde dann, um die verlorene Position möglichst rasch wiederzugewinnen, auf die heutige Vorlage zurückkommen, und dann würde sie genehmigt werden. Wenn man dann dem Reichskanzler mit dem Ersuchen käme, die Berechtigungen wieder zu ertheilen, dann würde sich derselbe nicht sofort darauf einlassen, sondern erst abwarten, ob nun auch wirklich nach seinem Willen verfahren werde; darüber könnten Jahre vergehen und in der Zwischenzeit würde es mit der Schule sehr schlecht bestellt sein; das Vertrauen des Publikums würde auch nach erfolgter Genehmigung erst mit der Zeit wiederkommen und die Schülerziffer würde sich erst sehr langsam wieder heben, mit anderen Worten: die Schule würde vor den Bankrott gestellt werden. Hinsichtlich des Kostenpunktes, der ja immerhin keine Kleinigkeit sei, müsse berücksichtigt werden, daß beim Belassen der Schule in ihrer jetzigen Verfassung die Schülerzahl noch mehr als in den letzten Jahren abnehmen und die Stadt also einen noch größeren Zuschuß zu leisten haben werde, wogegen, wenn man gleichzeitig mit der Sicherung der Vollberechtigung im Sinne der deutschen Wehrordnung noch neue Vortheile und Berechtigungen sichere, die Schülerzahl erheblich steigen und die Einnahme in den Durchgangsklassen eine bedeutend höhere als jetzt werden werde, so daß die Kosten, welche die Neuerung mit sich führe, voll gedeckt werden würden.

Herr Nieß schließt sich dem Majoritätsantrage an. Die städtische Realschule werde von sehr vielen Kindern besucht, die sich später dem Handwerkerstande widmen

sollen; sie sollen sich aber neben der Schulbildung, welche heutzutage von einem tüchtigen Handwerker verlangt werde, die Berechtigung zum Freiwilligendienst erwerben; dies sei die Absicht der meisten Eltern, die ihre Kinder zu dieser Schule schicken, und sie würden sie nicht hingeschickt haben, wenn sie hätten voraussehen können, daß der Schule diese Berechtigung möglicherweise genommen werden könnte. — Es komme auch noch ein anderer Gesichtspunkt in Frage. Welche Eltern wären nicht bei der Wahl eines Berufs ihres Kindes in der schwierigen Lage, in's Ungewisse greifen zu müssen. Der eine täusche sich in den guten Aussichten, der Andere in der dem Kinde innewohnenden Befähigung. Zeige sich nach Absolvirung der Schule in dem Kinde eine über das Maß des Erwarteten hinausgehende Befähigung, so könne das selbe immer noch, wenn sonst die pecuniären Verhältnisse es erlaubten und nicht sonstige Schwierigkeiten sich in den Weg legten, zu den technischen Studien übergehen; es sei also auch einem sich erst später entwickelnden Talente die Möglichkeit geboten, dem Ziele zugeführt zu werden, auf welches es lossteuert. Wenn nun auch eine große Anzahl von Schülern von vornherein darauf verzichte, demnächst eine Stellung im Staatsdienste einzunehmen oder überall zu den technischen Studien überzugehen, so verzichte doch Niemand gern auf die sociale Gleichberechtigung, die er dadurch gewinne, daß er seinen für die technischen Studien bestimmten Mitschülern bis zu deren unmittelbaren Uebergange zur technischen Hochschule im Bildungsgange folge. Dies sei in der städtischen Realschule nur möglich, wenn derselben die jetzt fehlende Zwischenstufe zur Hochschule, die projectirte oberste Klasse, aufgesetzt werde. Redner empfiehlt den Magistratsantrag dringend zur Annahme.

Herr Schuldirector Krumme entwickelt nochmals in kurzen Umrissen die Gründe, welche derselbe in seinem vorhin erwähnten Gutachten ausführlich dargelegt hat. Er betont dabei unter Anderm, daß, wenn die inzwischen veränderten gesetzlichen Vorschriften eine Erweiterung des Cursus nothwendig machten, damit noch keine Aenderung des Characters der Schule angedeutet sei; dieser bleibe, was er gewesen, nur daß die Vorbereitung zur technischen Hochschule eine unmittelbare werden solle und statt des dafür bis jetzt ausgesetzten 1 Jahrs in Zukunft 3 Jahr verlangt würden. Mit Preußen sei bereits ein Vertrag abgeschlossen, wonach die hier abgelegten Abiturientenprüfungen mit den in Preußen abgelegten gleichberechtigt seien, und umgekehrt; es müßten daher auch dieselben Bedingungen für die Vorprüfungen gestellt werden. — Die Ausbildung des gewerblichen Standes wie des Staatsdienerstandes lasse sich sehr wohl in einer Schule vereinbaren; es liege nicht der mindeste Widerspruch darin, wenn ein Abschluß nach 6 Jahren erzielt und das spätere Studium darauf gebaut werde. Redner stellt darauf die städtische Realschule den preussischen Gewerbeschulen vergleichend gegenüber und fügt hinzu, daß der preussische Staat auch diesen eine Erweiterung ihrer Berechtigung schwerlich vorenthalten werde. — Der Kostenpunkt werde sich bei Annahme seines Vorschlags durch den vermehrten Schul-

befuch weit günstiger gestalten, als der Herr Referent annehme, und es solle ihm (Redner) leid thun, wenn nicht zu den bis jetzt aufgewandten Mitteln auch dieser geringfügige Aufwand noch hinzugefügt würde, damit die Schule nicht untergehe, sich vielmehr auch ferner zum Segen der Stadt gesund entwickle!

Herr Schwarzenburg gehört zur Minorität der Commission. Als der Magistrat seiner Zeit mit dem Antrage auf Errichtung der städtischen Realschule eingekommen sei, habe derselbe darin hervorgehoben, daß neben dem Gymnasium und der Realschule I. Ordnung eine zwischen diesen und den Bürgerschulen liegende Anstalt dringendes Bedürfniß für die Stadt sei. Es sollte eine höhere Bürgerschule mit der Berechtigung zum Freiwilligendienste ohne Latein sein. Durch die beabsichtigte Erweiterung der Schule solle hauptsächlich bewirkt werden, den Schülern eine Bildung beizubringen, welche sie zum späteren Uebergange in den Staatsdienst vorbereite. Es sei aber Sache des Staats, nicht der Stadt, auf die Heranbildung von Staatsdienern bedacht zu sein, und wenn man an die großen Ausgaben denke, welche die Stadt jetzt fortwährend im Interesse ihrer Schulen zu bestreiten habe, so wolle es ihm scheinen, als sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, in der beabsichtigten Weise vorzugehen. Mit demselben Rechte, wie jetzt die Erweiterung der Schule zur Vorbildungsanstalt für das Maschinen-, Bau- und Ingenieursfach beansprucht werde, könne auch später ein weiterer Anspruch auf abermalige Erweiterung zur Vorbereitungsanstalt für das Berg- und Forstfach u. erhoben werden. Die Anzahl der Kinder, welche mit der Absicht in die Realschule geschickt würden, um tüchtige Handwerker oder Kaufleute aus ihnen zu machen, und die sich im Laufe der Zeit erst zu den technischen Schulen entschlossen, sei so gering, daß man zu deren Berücksichtigung unmöglich die ganze Organisation der Schule umstoßen könne.

Nach einem kurzen Schlussworte des Herrn Referenten, in welchem derselbe hervorhebt, daß der im Laufe der Debatte zum Ausdruck gebrachte Vergleich der Qualification zwischen Schülern der Realschule I. Ordnung und solchen einer Realschule ohne Latein nach der angedeuteten Richtung hin doch sehr bedenklich sei und er beispielsweise in Bezug auf Mathematik eine Ueberlegenheit der letztern in keiner Weise anerkennen könne,

wird zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme des Magistrats- resp. Majoritätsantrags mit 18 gegen 5 Stimmen ergibt.

Sodann

II. berichtet Herr Schwarzenberg für die Schulcommission über einen Magistratsantrag, betreffend die künftige Benutzung der Schulen am Südklinte und am neuen Petritthore. — Nachdem der Antrag des Magistrats auf Trennung der Geschlechter in den mittleren Bürgerschulen in der letzten Sitzung abgelehnt worden, ist der Schuldirector Schaarschmidt darum eingekommen, die Trennung aus lokalen

Rücksichten wenigstens in den genannten beiden Schulen eintreten zu lassen, indem er Folgendes zur Motivirung sagt:

1. Da diese beiden Schulen so nahe bei einander liegen, so wird, wenn in einer jeden eine Knaben- und eine Mädchenabtheilung untergebracht wird, die Abgrenzung des Schuldistricts für eine jede dieser Schulen ganz erhebliche Schwierigkeiten und für die beiden Schulinspectoren in ihrem Verkehr mit dem Publikum große Unzuträglichkeiten verursachen. Diese großen Uebelstände werden aber dadurch vermindert, daß die größere Schule an der Dferstraße den Knaben, die am Südklinte den Mädchen der 2. mittleren Bürgerschule überlassen wird.

2. Die zur Schule am Südklinte gehörigen beiden Schulhöfe sind sehr klein, namentlich ist dieß bei dem für die Knaben bestimmten der Fall. Da nun die Mädchenabtheilungen in den mittleren Bürgerschulen stets eine geringere Kinderzahl enthalten als die der Knaben, so ist es auch aus diesem Grunde zweckmäßig, in der Schule am Südklinte nur Mädchen unterrichten zu lassen.

3. Schon seit Jahren hat es sich herausgestellt, daß der in der Schule am Südklinte belegene Zeichensaal für die Knaben zu klein ist. Bei dem letzten Erweiterungsbau hat ein größerer Zeichensaal hergestellt werden sollen, jetzt hat man aus baulichen Gründen davon Abstand genommen. Da nun die neue Schule an der Dferstraße einen großen zweckmäßig eingerichteten Zeichensaal enthält, der am Südklinte aber für Mädchen vollständig ausreicht, so ist auch aus diesem Grunde eine Trennung der Geschlechter in den beiden genannten Schulen wünschenswerth.

Da beide Schulen so nahe beieinander liegen, so würden dadurch weder den Knaben noch den Mädchen größere Schulwege entstehen als jetzt.

Der Magistrat beantragt, diese Proposition zu genehmigen, die Commission schließt sich diesem Antrage an.

Herr Nieß erklärt sich gegen den Antrag. Im Laufe der Woche seien ihm mancherlei Bedenken über diese Sache zu Ohren gekommen; dieselbe könne, so unschuldig sie auch scheine, doch mehr im Gefolge haben, als man glaube. Er erblicke in dem Antrage einen erneuerten Versuch, ein von der Versammlung verworfenes Princip auf Hinterwegen wieder einzuführen. Lasse sich die Versammlung darauf ein, so würden bald fernere Anträge nach derselben Richtung hin folgen.

Herr Kybik stimmt dem Herrn Vorredner im Wesentlichen bei. Nach dem in der letzten Sitzung Vorgefallenen müsse man überrascht sein, daß jetzt ein derartiger Antrag der Versammlung unterbreitet werde, sofern damit die gleichen Absichten verfolgt würden. Die Schulbehörden seien gewiß befugt, ohne Zustimmung der Stadtverordneten ihre Anordnungen zu treffen. Es bleibe ihnen ebendeshalb aber billig überlassen, nachdem die gutachtliche Aeußerung der Versammlung vorliege, vorzugehen. Der jetzt proponirten theilweisen Trennung zuzustimmen, empfehle sich jedenfalls nicht, bevor nicht der in der vorigen Sitzung hervorgehobene wesentliche



Punkt weiter aufgeklärt sei, nämlich, daß man in Hannover üble Erfahrungen mit der von Herrn Schaarschmidt vorgeschlagenen Einrichtung gemacht habe und wieder davon abgegangen sei; er beantrage daher, den Magistrat zu ersuchen, zunächst mit dem Magistrate in Hannover über die bezüglich der Trennung der Geschlechter in den Bürgerschulen gemachten Erfahrungen zu communiciren und die Erwiederung der Versammlung mitzutheilen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die heutige Vorlage mit der vor 8 Tagen zurückgewiesenen in durchaus keinem Zusammenhange stehe. Damals habe es sich um die Möglichkeit gehandelt, halbjährige Einschulungstermine herbeizuführen, heute handle es sich nur darum, die Kinder dieser beiden Schulen nach Verhältniß der gegebenen Lokalitäten einzuschulen. In der Schule am Südklinte sei ein solches Durcheinanderlaufen von Knaben und Mädchen, daß man es nicht gut mehr ansehen könne. Aber die Erklärung wolle er Herrn Nieß zur Beruhigung geben, daß es dem Magistrate vollständig fern gelegen habe, auf diesem Wege nach und nach zu erreichen, was die Versammlung in voriger Sitzung zurückgewiesen habe. Wenn der Magistrat damit umginge, dann würde er nicht nöthig haben, die Sache der Versammlung zur gutachtlichen Äußerung zu unterbreiten. Daß dies der Magistrat aber thue, sei ein sicheres Zeichen, daß man nicht gegen den Willen und hinter dem Rücken der Versammlung operiren wolle. Es liege also keine Veranlassung vor, dem Magistrate mit irgend welchem Mißtrauen entgegenzutreten.

Herr Lösekrug kann nach reiflicher Ueberlegung nicht umhin, sich jetzt gegen die Vorlage zu entscheiden, obgleich er in der Commission dafür gestimmt hat. Er glaube, daß man an maßgebender Stelle mit einschlägigen Dispositionen zu weit vorgegangen sei und diese nicht wieder rückgängig machen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels constatirt, daß die heutige Vorlage mit der Frage über die Trennung der Geschlechter durchaus in keinem Zusammenhange stehe, sondern lediglich ihre Motivirung in den Raumverhältnissen, in einer bessern Ausnutzung der Schullocalitäten habe, auch zuweit gehende Dispositionen in keiner Weise getroffen seien.

Diese positive Erklärung veranlaßt Herrn Rybiß, seinen Antrag zurückzuziehen, da die dadurch zu erzielende Sachinstruction für eine Proposition in dem jetzt erläuterten Sinne gegenstandslos sei, und daher richtiger verschoben werde, bis etwa die principielle Frage wieder aufgegriffen werde.

Nachdem aus gleichen Gründen die Herren Nieß und Lösekrug nunmehr erklärt haben, dem Magistratsantrage zustimmen zu wollen, wird derselbe mit 15 gegen 8 Stimmen angenommen.

III. In der letzten Sitzung hatte der Magistrat unter Ueberreichung einer Eingabe des Vorstandes der Handelsschule beantragt, den Unterricht dieser Schule nach

dem neuen Schulgebäude an der Dferstraße zu verlegen und zu dem Ende die Kosten für Herrichtung einer Gasanlage im Betrage von 580 *M.* zu verwilligen, zog aber als die Proposition des Schuldirectors Schaarschmidt wegen Trennung der Geschlechter in den mittleren Bürgerschulen nicht zur Annahme gelangte, seinen damit in Verbindung stehenden Antrag zurück. Heute liegt ein erneuertes Gesuch des gedachten Schulvorstandes zur Berücksichtigung vor, in welchem unter Aufführung der dieser Schule aus der jetzigen Benutzung der Localitäten am Südklinke erwachsenden Unzulänglichkeiten dringend gebeten wird, die Uebersiedelung der Schule in das Schulgebäude an der Dferstraße, wodurch allein die Fortdauer der Schule gesichert sei, genehm zu halten, auch die obigen Kosten zur Herstellung der Gasanlage zu verwilligen.

Die vereinigte Schul- und Finanzcommission, für welche Herr Schwarzenberg referirt, giebt anheim, zu beschließen: zu der Erweiterung der Gasanlage in der Schule am neuen Petriithore zu Zwecken der Handelsschule die Zustimmung zu ertheilen und zu genehmigen, daß der erforderliche Kostenbetrag bis zu 580 *M.* für den Fall, daß der Schulhausbaufonds nicht ausreicht, aus den verfügbaren Mitteln der Casse für die polizeiliche Abgabe von Hunden entnommen werden.

Der Antrag wird ohne Weiteres genehmigt.

IV. wird nach einem Berichte des Referenten der Finanzcommission, Herrn Kungen, auf einen Magistratsantrag vom 18. d. Mts. beschlossen, dem Commandeur der Gesamtfeuerwehr, sowie je einem Mitgliede von jeder der vier Feuerwehre, Compagnien die Reisekosten zu dem am 17., 18. und 19. nächsten Monats in Dresden stattfindenden 11. deutschen Feuerwehrtage mit insgesammt 200 *M.* zu verwilligen.

V. In der Sitzung am 13. December 1877 haben die Stadtverordneten auf Antrag des Magistrats die Anlage einer Verbindungsstraße zwischen der Friedrich-Wilhelmsstraße und dem Damme beschlossen und genehmigt, daß an der Ostseite dieser neuanzulegenden Verbindungsstraße auf dem Terrain des vormaligen Alexiipflegehauses und dem durch die Canalisirung des daselbst belegenen Dfergrabens und durch den Abbruch von fünf Häusern am kleinen Damme zu gewinnenden Terrains die für das städtische Feuerlöschwesen und die Zwecke der städtischen Gas- und Wasserwerke erforderlichen Gebäude errichtet werden. Nachdem die schwierigen und zeitraubenden Verhandlungen, welche mit der Canalisirung der betreffenden Dfergräben, der Auseinandersetzung mit den Anliegern der zur Dfer führenden Wassergänge, dem Ankauf bez. der Expropriation der abzutretenden Häuser verbunden waren, ihre Endschafft erreicht haben, wird nunmehr zur Ausführung der vorbezeichneten Neubauten geschritten werden können. Bei näherer Prüfung des vom Stadtbaurath Tappe und dem Kreisbranddirector Reuter seiner Zeit ausgearbeiteten Projectes zeigt sich dasselbe sowohl in Bezug auf die Bureauräume als auf die Werkstättengebäude als ungenügend, auch lassen die Haupt-

gebäude, welche unter sich in keinem Zusammenhange stehen, den Blick von der Straße ab auf die im Hintergrunde liegenden, nicht gerade im schönen Style gehaltenen Werkstättengebäude zu, welcher Umstand für eine neue, im Centrum der Stadt belegene, eine Hauptverkehrsader derselben bildende Straße keineswegs erfreulich ist. Es ist deshalb vom Stadtbaumeister Winter ein neues Project ausgearbeitet, welches sich von dem vorgedachten dadurch vortheilhaft unterscheidet, daß das Hauptgebäude die ganze Straßenfront des zu bebauenden Grundstücks ausfüllt und mit seiner stylgerechten, höchst geschmackvollen Fagade den in der Nähe befindlichen kostbaren Regierungsbauten (Justiz- und Polizeigebäude) würdig zur Seite gestellt werden kann; auch ist darin dem Bedürfnisse nach allen Seiten hin genügt.

Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 17. d. Mts., das Winter'sche Bauproject zu genehmigen und die dazu erforderlichen Kosten von 278 400 *M.* zu verwilligen.

Nach Eingang dieses Schreibens ist ein neuer Umstand hinzugetreten. Der Kreisbranddirector Reuter hat gefunden, daß der Steigerthurm nach diesem neuen Plane sehr ungünstig gelegen, nämlich nicht isolirt, sondern mit den Stallgebäuden verbunden, auch der sehr schmale Hof zur Abhaltung von Feuerwehrrübungen zu klein sei. Es ist nun gelungen, mit dem angrenzenden Grundbesitzer, Kaufmann Schaper, dessen Hintergebäude sich weit bis nach dem Waisenhause erstrecken, einen Vertrag abzuschließen, wonach derselbe einen 250 qm haltenden Theil seines Grundstücks für 35 000 *M.* der Stadt überläßt. Bei Genehmigung dieses Vertrags wäre es möglich, die Stallgebäude weiter nach Osten zu rücken und den Steigerthurm weiter in den Hintergrund und isolirt hinzustellen. Außerdem würde eine bessere Auseinandersehung mit dem Waisenhause erreicht werden. Nach dem Plane müsse das Waisenhaus ein kleines Stallgebäude abtreten, damit an dessen Stelle ein Abortgebäude errichtet werden könne. Dem Waisenhause liege aber im Gegentheil daran, Terrain zuzubekommen, weil es eine Turnhalle zu erbauen beabsichtige. Dies würde aber nur möglich sein, wenn demselben ein Theil des von Schaper zu acquirirenden Terrains abgetreten würde, wodurch sich dann auch die Ankaufskosten bedeutend herabmindern würden. Der Magistrat beantragt die Genehmigung dieses Vertrags.

In den zu errichtenden Gebäuden sind Dienstwohnungen enthalten: für den Kreisbranddirector, den Brandmeister, den Hausmeister und den Meister für Installationen; eine fünfte Dienstwohnung bleibt disponibel.

Die Gesamtkosten belaufen sich einschließlich der Acquisition der obengedachten Schaper'schen Terrainfläche auf 313 400 *M.* In dieser Summe sind nicht mitbegriffen die Kosten für die Wasserleitung im Hause, für Inventar, soweit dasselbe nicht aus den alten Räumen in die neuen übertragen werden kann, und für die Telegraphenleitungen, welche Kosten sich noch nicht genau angeben lassen und später zu verwilligen bleiben.

In dem diesjährigen außerordentlichen Etat ist ein Ansatz von 180000 *M.* für das Project ausgeworfen, welche Summe vollständig ausreicht, um die Grund- und Kellermauern mit Betonunterlage zu beschaffen. Nächstes Jahr soll dann die Hauptausführung geschehen und im Sommer 1882 würde die letzte Hand angelegt werden. Die noch fehlende Summe wird sich nächstes Jahr unschwer beschaffen lassen, weil bei dem Gas- und Wasserwerke erhebliche Ueberschüsse für diesen Zweck angesammelt sind.

Die vereinigte Finanz- und Statutencommission, für welche Herr Kunze berichtet, hat das Project eingehend geprüft und giebt anheim, dasselbe zu genehmigen, zu dem mit dem Kaufmann Schaper abgeschlossenen Kaufvertrage die Zustimmung zu ertheilen, und die erforderlichen Kosten im Gesamtbetrage von 313400 *M.* zu bewilligen.

Herr Munte spricht sich gegen die Vorlage aus. Er habe schon bei den früheren Verhandlungen über diesen Gegenstand sich dagegen erklärt, daß an dieser Straße ein Feuerlöschgebäude erbaut werde, weil nach der damaligen Vorlage die Stallgebäude im Hintergrunde sichtbar waren, was gegen die Bauordnung verstieß. Heute müsse er sich aus anderen Gründen dagegen wenden. An den im Sitzungssaale ausgelegten Plänen habe er nichts auszusetzen; die Stadt könne sich Glück wünschen, daß sie Architekten in ihrem Dienste habe, welche im Stande seien, solche Pläne anzufertigen. Er könne es aber nicht billigen, daß an eine Straße, an welcher hauptsächlich Geschäftsleute wohnten, so viel öffentliche Gebäude hingestellt würden, das Justizgebäude, das Polizeigebäude und nun noch das Feuerlöschgebäude. Nach seiner Meinung lasse sich für letzteres ein anderer passender Platz finden, z. B. das alte Postgebäude, welches vermuthlich zu einem mäßigen Preise zu haben sein werde. Ein Umbau dieses Gebäudes zu gedachtem Zwecke würde ungefähr  $\frac{2}{3}$  der jetzt angeforderten Summe erheischen. Da aber der Bauplatz für den vorliegenden Plan schon acquirirt sei, so könne man denselben, wenn man ihn sonst nicht zu Schulbauten verwerthen wolle, bei den jetzigen Verkaufswerthen von Bauplätzen den bescheidenen Satz von 100 *M.* pro qm angenommen, zu 200000 *M.* wieder verkaufen. Er bitte, den Antrag abzulehnen und dem Magistrate anheimzugeben, sich nach einem billigeren Platze umzusehen.

Herr Nieß weist den Einwand des Herrn Vorredners, daß die gedachte Straße sich zu behördlichen Zwecken nicht eigne, zurück. Abgesehen davon, daß es sich hier um ein neues Project gar nicht handle und der aufersehene Bauplatz längst die Zustimmung der Versammlung habe, fühle er sich als Stadtverordneter nicht verpflichtet, diese Straße absichtlich zu einer Geschäftsstraße umzustempeln. Er glaube überall nicht, daß diese Straße je ein Muster von Geschäftsstraße werden werde. Uebrigens wolle er wünschen, daß die Stadt vor dem Ankaufe des alten Postgebäudes bewahrt bleibe; die Bureaur seien dort so dunkel, daß die Beamten das ganze Jahr hindurch nur auf Kosten ihres Augenlichts arbeiten könnten.

Herr Reuter: Seit dem Jahre 1868 sei nach einem passenden Locale gesucht worden, um die Feuerlöschanstalten und die Gas- und Wasserwerke unterzubringen. Schon damals sei der Wunsch zu erkennen gegeben, daß das desfallsige Gebäude möglichst im Centrum der Stadt belegen sein müsse; dieser Wunsch sei auch ganz gerechtfertigt, weil das Publicum fortwährend mit diesem Institute zu verkehren habe und andrerseits auch die Feuerwehr schnell nach allen Gegenden der Stadt gelangen müsse; es möge brennen, wo es wolle, die Feuerwehr müsse sofort zur Stelle sein. Gegen jeden der früher in Aussicht genommenen Plätze sei etwas einzuwenden gewesen, nur der jetzt gewählte Platz habe sich als passend herausgestellt. Das alte Postgebäude habe nicht nur eine schlechte Einfahrt, sondern diese führe auch noch in eine enge, winklige Straße. Bei Einrichtung des alten Postgebäudes zum Feuerlöschgebäude wäre auch die sofortige Anlage einer Filialwache im entgegengesetzten Theile der Stadt nöthig, die über 8000 *M.* jährlich koste. — Redner geht dann zur näheren Beleuchtung des Kostenpunktes über, wobei er zu dem Resultate kommt, daß die angeforderte Summe eine verhältnißmäßig nicht so bedeutende sei und die Versammlung sie mit gutem Gewissen bewilligen könne. Ein Vergleich zwischen dem projectirten Feuerlöschgebäude und den Schulbauten ergebe, daß ersteres 240 *M.* pro qm, letztere 227 *M.* pro qm kosteten; der Unterschied liege hauptsächlich darin, daß das Feuerlöschgebäude an einer Hauptverkehrsstraße der Stadt zu liegen komme, während die Schulen leider fast alle hinter den Leuten lägen. — Was eine gute Feuerwehr werth sei, lasse sich statistisch nachweisen. Das Jahr 1879 sei für Berlin in Bezug auf Brände ein außerordentlich glückliches gewesen, trotzdem sei dort eine verhältnißmäßig  $2\frac{1}{2}$  mal so hohe Brandentschädigungssumme gezahlt als hier im Durchschnitte der letzten 4 Jahre. Dann wolle er noch bemerken, daß die Prämien der Landesbrandversicherungsanstalt nicht in Folge der Concurrenz, wie wohl irrthümlich behauptet werde, sondern durch die Einrichtungen des Feuerlöschwesens heruntergedrückt seien; die Verminderung der Prämie betrage erheblich mehr als  $\frac{1}{2}$  %<sub>00</sub>. Die Feuerwehr koste der Stadt jährlich ca. 21 000 *M.*, in Berlin etwa 1 368 000 *M.* Einwohnerzahl und gesammte Versicherungssumme sind in Berlin übereinstimmend jede 14,5 mal so groß, es betragen aber dort die Kosten für die Feuerlöschanstalten 63,7 mal so viel, und es entfallen daher, sowohl auf den Kopf jedes Einwohners wie auch auf 1000 *M.* Versicherungssumme, 4,4 mal höhere Kosten als hier. Daß die Kosten hier so unverhältnißmäßig geringer sind, habe seinen Grund darin, daß hier nur die erste Hülfe von Berufsfeuerwehr, die weitere Hülfe dagegen freiwillig, und abgesehen von einer geringfügigen Vergütung für die Mannschaften der städtischen Feuerwehr und von der den übrigen Wehren gelieferten Uniformen, unentgeltlich geleistet werde. Braunschweig sei bis auf 2 Städte diejenige Stadt, welche verhältnißmäßig am wenigsten für Feuerlösch-einrichtungen ausgeben. Aus all diesen Gründen giebt Redner anheim, das angeforderte Geldopfer nicht zu scheuen und die Vorlage zu genehmigen, wie sie ist.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwidert Herrn Munte, daß es sich heute nicht darum handle, einen Bauplatz zu genehmigen; das sei bereits vor Jahren geschehen. Es handle sich jetzt nur um Bewilligung der Mehrausgabe von 98 400 *M.*, welche durch Ausführung des Winterschen Project's an Stelle des früheren, einschließlich der nachträglichen Acquisition des Terrains vom Schaperschen Grundstücke, erforderlich würden. — Wie wichtig eine gute Feuerwehr für die Stadt sei, brauche er nicht weiter hervorzuheben, er wolle aber bemerken, daß es die höchste Zeit sei, auf die Beschaffung ordentlicher Räume für die Feuerwehr Bedacht zu nehmen, denn die jetzigen seien unter aller Würde. Außerdem sei der Stadt schon vor sieben Jahren aufgegeben, die unteren Räume des Herzoglichen Museums von den Sprüngen zu räumen; man habe es lediglich der Rücksicht des Herzoglichen Staatsministeriums zu danken, daß sie nicht längst auf die Straße gestellt seien. Ueber den Feuerwehrthurm auf dem Ruhfäutchenplatze lasse sich kein Wort weiter verlieren; abgesehen von der Unschönheit desselben, sei der Aufenthalt dort im Winter unerträglich. Er gebe anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Munte: Wenn er auch nicht abgeneigt sei, für unsere Feuerwehr, welche als mustergültig hingestellt werde, Summen zu bewilligen, so glaube er doch, daß die Stadt noch für viel wichtigere Sachen zu sorgen habe. Unser Trinkwasser sei schon seit Jahren von so schlechter Beschaffenheit, daß eine Besserung mit allen Kräften angestrebt werden müsse. Das Project einer Harzwasserleitung, wovon immer die Rede gewesen, scheine noch in sehr weiter Ferne zu liegen. Es sei auch schon öfters hervorgehoben, daß die Stadt ein Hochreservoir haben müsse. Hierzu die Ersparnisse der Gas und Wasserwerke zu verwenden, sei wünschenswerther, als sie für das vorliegende Project auszugeben.

Herr du Roi hält die Ausführung des vorliegenden Project's für wünschenswerth, er bedauert nur, daß der angrenzende Bauplatz an die Gebrüder Liebergeseß verkauft sei und jetzt ein Theil vom Schaper'schen Grundstück als Nothbehelf wieder zugekauft werden müsse. Wäre die Stadt noch im Besiz des Liebergeseß'schen Grundstücks, so hätte man einen Platz, der auf drei Seiten an die Straße grenze, und nebenbei den Vortheil, daß man auch hintern lieben Frauen zu eine Ausfahrt vorrichten könnte.

Die Debatte wird geschlossen; die Abstimmung ergiebt die Annahme der Magistratsproposition.

Der Herr Vorsitzende macht hierauf die Mittheilung, daß ein Magistrats-schreiben eingegangen sei, welches noch heute zur Verhandlung gebracht werden müsse; es betreffe den Erfaß eines Platzes für die Messchaustellungen auf dem Lessingplatze. Der weniger wichtige Gegenstand wegen Verkaufs von Bauplätzen an der Leopoldstraße könne dafür von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Nachdem sich die Versammlung bereit erklärt hat, in der gedachten Weise vorzugehen

VI. berichtet Herr Lüderßen namens der Statutencommission, daß Herzogliche Polizei-Direction ein Schreiben an den Stadtmagistrat gerichtet habe, in welchem darauf hingewiesen wird, daß auf den Ersatz eines Platzes für die Messschaustellungen auf dem Lessingplatz Bedacht genommen werden müsse, nachdem dieser Platz zur Aufstellung des Siegesdenkmals ausersehen sei. Wenn auch für die bevorstehende Sommermesse noch die Einrichtung eines Circus dort erlaubt sei, so werde doch in Zukunft das Aufbauen von Buden nicht mehr erlaubt werden können. Die Herzogliche Polizei-Direction hält es für zweckmäßig, diesen Theil des Messverkehrs nach dem St. Leonhardplatz zu verlegen. — Der Magistrat wünscht nun die Ansicht der Versammlung zu hören, ob und an welchem Orte dergleichen Schaustellungen für die Folge gehalten werden sollen.

Die Commission hat der Kürze der Zeit wegen wenig Gelegenheit gehabt, sich zu instruiren, um specielle Vorschläge wegen eines bestimmten Platzes machen zu können. Sie giebt daher anheim zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung hält es im Interesse der Stadt entsprechend, solange die Messen dauern, auch die Schaustellungen thunlichst zu erhalten und zu begünstigen. Sie giebt dem Magistrat anheim, zu diesem Behufe im Verein mit Herzoglicher Polizei-Direction

- a. für die bevorstehende Sommermesse, nöthigenfalls auch für die nächstfolgenden Messen, eine interimistische Auskunft zu ermitteln, wobei sie den Wunsch ausspricht, daß die im Interesse des hiesigen Publicums im Jahre 1874 beschlossenen Beschränkungen des Messverkehrs auf dem Tummelplatz aufrecht erhalten werden;
- b. für die Zukunft aber, falls der Tummelplatz nach Errichtung des Siegesdenkmals aus ästhetischen, räumlichen oder sonstigen Gründen sich ungeeignet zeigt, einen Platz außerhalb der Stadt einzurichten, auf welchem die Schaustellungen in angemessener Weise stattfinden können.

Herr Otto, welcher den Vorsitz an seinen Stellvertreter, Herrn Kybik, abgetreten hat, beantragt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

sich für die bevorstehende Messe mit der Benützung des Platzes bei St. Leonhard zu dem bezeichneten Zwecke, soweit dies von der Zustimmung der Stadtverordneten überhaupt abhängig, zwar einverstanden zu erklären, in Rücksicht auf die Kürze der Zeit

aber eine allgemeine gutachtliche Aeußerung bezüglich der Frage für jetzt abzulehnen.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Es unterliege keinem Zweifel, daß durch die Wahl des Platzes, welche ja schnell vor sich gehen müsse, zugleich ein großer Einfluß darauf ausgeübt werde, ob die Schaustellungen überhaupt zugelassen werden sollen oder nicht. Wenn dieselben z. B. auf den großen Exercierplatz verlegt würden, so werde die Sache zweifelsohne bald aus der Welt geschafft werden, und deshalb habe der Magistrat die Ansicht der Stadtverordneten vernehmen wollen. Auch der Magistrat sei der Ansicht, daß kein anderer Platz übrig bleibe als der bei St. Leonhard. Im Uebrigen bitte er, die Ansicht des Magistrats zu billigen, daß nicht durch die Wahl eines ungeeigneten Platzes die Schaustellungen unterdrückt würden und dadurch der Stadt ein bedeutender Schaden zugefügt würde.

Herr Schwarzenberg ist der Ansicht, daß die Stadtverordneten nicht so ohne Weiteres über den Platz bei St. Leonhard verfügen könnten, da der Eigenthumsverhältnisse wegen der betreffende Domainenpächter befragt werden müsse. Auch sei der Platz schon deshalb ungeeignet, weil weder Gas- noch Wasserleitung dort vorhanden sei. Der kleine Exercierplatz eigne sich jedenfalls besser zu dem Zwecke.

Herr Reuter glaubt, daß die Schaustellungen, wenn man sie nach dem Platz bei St. Leonhard hin verlege, bald ganz aufhören würden; sobald sie dort nur eine Wintermesse stattgefunden hätten, würde Niemand mehr hingehen. Dagegen eigne sich, wie der Herr Vorredner richtig bemerkt habe, der kleine Exercierplatz, wo ja auch der Johannismarkt stattfindet, sehr gut dazu.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Commissionsantrag abgelehnt, der Antrag des Herrn Otto angenommen.

Nachdem Herr Otto den Vorsitz wieder übernommen,

VII. fragt Herr Munte an, wie es mit der Instandsetzung des Platzes zwischen dem Bahnhofe und der Friedrich-Wilhelmsstraße stehe, wozu die Versammlung bereits im Jahre 1875 eine Summe von 12000 M. zur Verfügung gestellt habe. Die Herzogliche Baudirection habe sich seiner Zeit auf Veranlassung des Magistrats sofort bereit erklärt, einen Canal nach dem dort belegenen Okerbette zu legen. Große Aufschüttungen hätten auf dem Platz nicht stattgefunden, er sei aber im Laufe der Zeit in einen Zustand gerathen, der jeder Beschreibung spottete. Bei trockenem Wetter thürmten sich große Staubhäulen auf, so daß ein Passiren fast unmöglich sei, und bei Regenwetter sei der Zustand noch unerträglicher. Die Stadt stehe vor einem großen Ereignisse. Künftiges Jahr werde das 50jährige Jubiläum Sr. Hoheit des Herzogs gefeiert, und da sei es Pflicht der Behörden, den Zustand dieses Platzes wenigstens bis dahin in einen der Stadt würdigen zu versetzen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Die Instandsetzung des Platzes setze voraus, daß



derselbe nach allen Seiten hin auch feste Grenzen habe. Diese festzustellen, sei der Magistrat nach Möglichkeit bemüht gewesen; es sei dies aber mit mehr Schwierigkeiten verbunden, als Herr Munte sich denke. Der Magistrat habe wegen der Grenzregulirung mit einigen Anwohnern, die sich nicht grade sehr entgegenkommend gezeigt hätten, an Herzogliches Staatsministerium berichtet und werde jeden Augenblick eine Antwort unter Feststellung der Baulinie erwartet, nach deren Eingang sofort mit der Pflasterung werde vorgegangen werden.

### Schließlich

VIII. stellt Herr Kunze noch die Anfrage, wie es mit dem Erlaß des im vorigen Jahre berathenen Statuts wegen Besprengung der Wallpromenaden stehe. Der Magistrat sei damals ersucht, das Weitere zu veranlassen; es sei aber bis jetzt noch nichts in der Angelegenheit geschehen und in diesen Frühjahr habe sich der Staub wieder in einer höchst lästigen Weise geltend gemacht.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Es sei allerdings im vorigen Jahre der Beschluß gefaßt, daß in der Zeit von Mitte März bis September an allen trockenen und staubigen Tagen der Fahrweg der Wallpromenaden besprengt werden solle und die Eigenthümer der an der Wallpromenaden belegenen Grundstücke zur Tragung der Kosten bis zur Hälfte der Fahrbahn mit herangezogen werden sollten. Im Begriff, das Statut auszuarbeiten, seien dem Magistrate Zweifel darüber aufgestiegen, ob die städtischen Behörden überall berechtigt seien, ein solches Statut zu erlassen. Contractliche Verhältnisse der einzelnen Anwohner mit der Direction der Gas- und Wasserwerke ließen sich selbstverständlich auch durch Statut nicht erzwingen. Fasse man aber die Sache so auf, daß für die Sprengung eine Abgabe erhoben werde solle, so sei es auch wieder zweifelhaft, ob der Magistrat überall berechtigt sei, von den Anliegern dergleichen Abgaben zu erheben. Diese Zweifel haben dem Magistrat Veranlassung gegeben, sich an Herzogliches Staatsministerium mit der Bitte zu wenden, über diese Principienfrage Entscheidung zu treffen. Eine Antwort sei darauf noch nicht erfolgt. Sollte dieselbe, wie zu befürchten stehe, dahin ausfallen, daß der Magistrat zum Erlaß eines Statuts nicht berechtigt sei, so würden die Kosten, wenn es für nothwendig erachtet werde, auf die Stadtcasse übernommen werden müssen.

### Schluß der öffentlichen Sitzung;

in der darauf folgenden vertraulichen wird ein Magistratsantrag wegen Bewilligung einer Unterstützung für einen erkrankten Gemeindefchullehrer genehmigt.

(Beilage zu **Nr. 176** der **Braunschw. Anzeigen.**)**1880.**(Fortsetzung der Beilage zu **Nr. 175** de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**Nr. 9.****V e r h a n d l u n g e n**

der

**Stadtverordneten zu Braunschweig.**

Sitzung am 15. Juli 1880.

Öffentlich:

Antrag des Magistrats auf Ermächtigung zur Proceßführung gegen die englische Pferde-  
Eisenbahn-Gesellschaft.

Entschuldigt die Herren Hasenbalg, Jasper, Kloss, Lüderßen, Mübe, Munte, Otto und Steinacker. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Bammel, Götte, Haake und Ketemeyer.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Kybik, eröffnet die Sitzung, indem er Herrn Heymann das Wort erteilt. Derselbe verliest zunächst das vom Magistrat unterm 1. Juli an den Vertreter der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft gerichtete Schreiben, welches lautet:

»Da die Pferdebahnlinie vom Bahnhofe hieselbst bis Richmond (cf. §. 2 **Nr. 2** des Contracts) bis zum heutigen Tage nicht dergestalt fertig gestellt worden ist, daß dieselbe in vollen Betrieb gesetzt werden kann, so entziehen wir hierdurch der City of Brunswick etc. auf Grund des mit derselben abgeschlossenen Vertrages die Erlaubniß zur Anlegung und zum Betriebe einer Pferde-Eisenbahn in hiesiger Stadt, erklären die gestellte Caution für verfallen und fordern Sie auf, den Fortbau und den Betrieb der Pferde-Eisenbahn sofort einzustellen, die Gleisanlagen und sonstigen Vor-

richtungen aber binnen 3 Monaten von den Straßen und Plätzen der Stadt fortzunehmen und das Straßenpflaster in seinen früheren Zustand wieder herzustellen.«

Die Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft hat nun einen Proceß gegen den Magistrat in Aussicht gestellt und vom Herzoglichen Landgerichte eine sog. einstweilige Verfügung erwirkt, dieselbe lautet:

»In Sachen 1c, wird in Erwägung, daß die beklagte Behörde, indem sie durch die Verfügung vom 1. d. Mts. die Klägerin ihrer Concession zur Anlegung und zum Betriebe einer Pferde-Eisenbahn in hiesiger Stadt und der von ihr bestellten Caution für verlustig erklärte und gleichzeitig die Einstellung des Betriebes und des Neubaus anbefohlen, einen Act polizeilicher Execution, zu welchem sie nicht befugt war, ausgeübt, damit aber der Klägerin eine Rechtsverletzung zugefügt hat, gegen welche dieselbe den Schutz der Gerichte nachzusuchen berechtigt ist; daß der Klägerin, wenn ihr bis zur Entscheidung über die zu erhebende Klage die Fortführung des Betriebes der Pferde-Eisenbahn entzogen bleiben sollte, erhebliche Vermögensnachtheile zugefügt werden würden, deren Beseitigung durch die beantragte einstweilige Verfügung zu erreichen steht (C. P. D. §§. 817, 819); und daß diese einstweilige Verfügung, da durch den Erlaß der Beklagten das öffentliche Interesse geschädigt wird, mithin ein dringender Fall im Sinne des §. 816 Abs. 2 der C. P. D. vorhanden ist, auch ohne mündliche Verhandlung erlassen werden kann, beschloffen:

daß der klagenden Gesellschaft das Recht zugesprochen wird, den Betrieb der Pferde-Eisenbahn in hiesiger Stadt bis zur Entscheidung über den zu erhebenden Rechtsstreit fortzusetzen.

Braunschweig, den 12. Juli 1880.

Herzogliches Landgericht.

I. Civilkammer.

gez. Mansfeld. Baumgarten.unica.«

In Rücksicht auf diesen Stand der Angelegenheit beantragt nun der Stadtmagistrat in seinem Schreiben vom 13. Juli c.:

»Zur Erhebung eines Widerspruchs gegen die einstweilige Verfügung des Herzoglichen Landgerichts die Zustimmung zu erteilen und den Magistrat zur Aufnahme des von der Pferdebahn-Gesellschaft in Aussicht gestellten Proceßes, sowie zu eigener Erhebung einer Klage auf Auflösung des zwischen dem Magistrat und der genannten Gesellschaft bestehenden Contractverhältnisses, wie auch zur Stellung aller mit diesen Proceßten zusammenhängenden processualischen Anträge zu ermächtigen.«

Die Motivirung dieses Antrages hat sich der Magistrat für die heutige Sitzung vorbehalten

Herr Oberbürgermeister Poetsch: M. H.! Nachdem Sie am 29. vor. Mts. den Magistratsantrag auf Widerrufung der der englischen Pferdebahngesellschaft erteilten Erlaubniß zum Bau und Betriebe einer Pferde-Eisenbahn in hiesiger Stadt einstimmig genehmigt und dabei uns anheim gegeben hatten, wegen Ausführung dieses Beschlusses im Einvernehmen mit Ihrer Statuten-Commission zu handeln, wurde am folgenden Tage von uns wie von Ihrer Commission ausdrücklich anerkannt, daß uns in dieser Angelegenheit nicht etwa obrigkeitliche Befugnisse zuständen, daß wir vielmehr lediglich als Mitcontrahent eines privatrechtlichen Vertrages uns zu betrachten hätten und daß darnach, falls die Bahngesellschaft der schon in dem Begriffe der Concessionsentziehung liegenden Aufforderung zur Einstellung des Baues und Betriebes der Bahn nicht aus freiem Antriebe Folge leisten sollte, von uns, unter selbstverständlicher Vermeidung irgend eines Actes der Selbsthülfe, der Weg der gerichtlichen Klage zu betreten sein würde. Demgemäß haben wir denn auch unsere, Ihnen heute vorliegende Erklärung an die Bahngesellschaft ausdrücklich und ausschließlich auf unser Vertragsrecht gestützt. Wir haben darin mit demselben Rechte, aber auch nur mit derselben Wirkung, wie z. B. ein Vermiether dem Miether die Wohnung rechtzeitig kündigen und ihn dabei zugleich zu gehöriger Instandsetzung der Wohnung und zu deren ordnungsmäßigen Räumung auffordern kann, unserer Mitcontrahentin erklärt, daß sie in Folge der Concessionsentziehung den Bau und den Betrieb der Bahn sofort einzustellen verpflichtet sei —, mit der Wirkung nämlich, daß anderen Falls unsererseits gerichtliche Hülfe werde angerufen werden.

Wenn Dem gegenüber das Gericht den Wortlaut unserer Erklärung dahin supplirt hat, daß, falls die Gesellschaft unserer Aufforderung zur Einstellung des Baues und Betriebes der Bahn nicht freiwillig nachkommen sollte, wir polizeilichen Zwang ausüben lassen würden, wenn also das Gericht uns die nicht gewollte, auch in unserer Erklärung nicht ausgedrückte Absicht und Androhung einer unerlaubten Selbsthülfe, ja sogar einen — in der einfachen Androhung der Erwirkung einer polizeilichen Hülfe immerhin noch nicht enthaltenen — wirklichen Act der polizeilichen Execution zugeschrieben hat, so können wir uns bei der auf diesen Erwägungsgrund sich stützenden einstweiligen Verfügung des Gerichts nicht beruhigen. Daß überhaupt das Gericht eine solche Auffassung der Sachlage gewinnen konnte, findet seine Aufklärung in dem klägerischen Antrage der Gesellschaft, welcher uns von deren Vertreter nachträglich aus der ausgesprochenen Rücksicht mitgetheilt worden ist, daß deren Inhalt für uns von Interesse sein werde. In diesem für uns allerdings in mehr als einer Beziehung nicht uninteressanten Antrage der Gesellschaft wird nämlich, nachdem unsere privatrechtliche Aufforderung zur Einstellung des Baues und Betriebes der Bahn als ein Befehl characterisirt worden ist, gesagt: »die Beamten der Gesellschaft hätten sich diesem Gebote, dessen Erzwingung durch polizeiliche Gewalt vorbereitet gewesen, fügen müssen;« zum Beweise dieser unserer ange-

lichen Vorbereitung eines polizeilichen Zwanges beruft sich dann die Gesellschaft auf das Zeugniß des Polizei-Assessors Prökel. Nun, meine Herren! obgleich Niemand aus dem Magistrate, geschweige denn der Magistrat selbst, mit der Herzoglichen Polizei-Direction oder irgend einem Beamten dieser Behörde in der vorliegenden Angelegenheit schriftlich oder mündlich in Verbindung getreten war, so habe ich gleichwohl den Polizei-Assessor Prökel gefragt, ob er etwa von dem durch die klägerische Gesellschaft behaupteten Umstände irgend etwas wisse. Die Antwort des genannten Herrn war eine absolut verneinende!

M. H.! Das Herzogliche Landgericht wird durch eine, bislang noch nicht stattgehabte, mündliche Verhandlung hoffentlich nicht nur die völlige Gegenstandslosigkeit des klägerischen Antrages erkennen, sondern auch wohl die Ueberzeugung gewinnen, daß durch die von uns an die Pferdebahngesellschaft erlassene Erklärung — und zwar selbst dann, wenn die letztere für die Gesellschaft die Nothwendigkeit einer sofortigen Betriebseinstellung zur Folge gehabt hätte — das öffentliche Interesse nicht allein nicht gefährdet, sondern im Gegentheil gesichert sei; denn es haben sich die städtischen Behörden in ihrer bekanntlich nicht etwa lediglich durch die verzögerte betriebsfähige Herstellung der Bahnlinie Augustthor-Richmond herbeigeführten Entschließung eben durch nichts Anderes leiten lassen, als gerade durch die Rücksicht auf das öffentliche Interesse.

Auch hierdurch, wie endlich noch durch den Nachweis, daß die Stadtgemeinde hinlängliche Sicherheit für einen etwaigen Anspruch der Gesellschaft auf Schadenersatz darbietet, vermögen wir, wenn überhaupt nöthig, einen Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung des Gerichts zu begründen.

Ueber die Schritte, die zu thun uns übrig bleiben, einmal, um eine Wiederaufhebung der einstweiligen Verfügung des Herzoglichen Landgerichts herbeizuführen, sodann aber, um so rasch wie möglich, und zwar definitiv unsere contractlichen Beziehungen zu der englischen Gesellschaft zu lösen, haben wir uns mit Ihrer Statutencommission verständigt, wie Ihnen aus der Mitte dieser Commission mitgetheilt werden wird.

Referent Heymann: Nach §. 804 der Proceßordnung sei gegen einen solchen Beschluß, durch welchen Arrest oder einstweilige Verfügungen angeordnet werde, Widerspruch zulässig, wobei die widersprechende Partei unter Mittheilung der Gründe, welche sie für die Aufhebung geltend machen will, den Gegner zur mündlichen Verhandlung zu laden habe, worauf dann durch Urtheil entschieden werde.

Der Magistrat und mit ihm die Statutencommission sei nun der Ansicht, daß zunächst dieser Weg eingeschlagen werden müsse, sowie, daß dann eine Klage wegen Aufhebung des Vertragsverhältnisses der Gesellschaft anzustrengen sei, und sollte die

Gesellschaft ihrerseits gegen den Magistrat klagend vorgehen, auch diese Klage seitens der städtischen Behörden aufgenommen werden müsse.

Aus den ausführlichen Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters werde die Versammlung ersehen haben, daß das Herzogliche Landgericht die einstweilige Verfügung erlassen habe, ohne die Beklagten, den Magistrat, zu hören, wozu es nach der Proceßordnung in dringenden Fällen befugt sei. Diese einstweilige Verfügung beruhe auf der Annahme, daß der Magistrat aus eigener Machtvollkommenheit unbefugte Selbsthülfe ausgeübt, quasi eine gewaltsame unbefugte Besitzentziehung der Gesellschaft gegenüber vorgenommen habe. Diese Annahme sei aber, wie aus dem Vortrage des Herrn Oberbürgermeisters hervorgehe, nicht richtig, denn die Aufforderung, den Betrieb einzustellen, sei ganz analog der Aufforderung eines Vermiethers an den Miether, die gemiethete Wohnung sofort zu räumen, wenn nach Ansicht des Vermiethers der Contract gelöst und der Miether danach die Wohnung zu räumen verpflichtet sei. Diese vorliegende unrichtige Auffassung seitens des Herzoglichen Landgerichts sei wohl nur aus dem Inhalte der von der Klägerin an das Landgericht gemachten Eingabe zu erklären.

Diese sei sehr lang und enthalte Vieles, was augenblicklich nicht zur Sache gehöre. Er wolle deshalb nur einige wichtige Punkte herausgreifen.

In dem Antrage sei unter Berufung auf das Zeugniß des Assessor Prökel behauptet, daß die Erzwingung des Gebotes durch polizeiliche Gewalt vorbereitet gewesen sei.

Der Assessor Dr. Prökel habe nun dem Redner auf Ansuchen eine Bescheinigung ausgestellt, welche wie folgt laute:

»In dem unterm 10. d. Mts. an das Landgericht hieselbst seitens der Braunschw. Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft gegen den hiesigen Stadtmagistrat gerichteten Antrage wegen Aufhebung der Betriebseinstellung der qu. Bahn ist die Behauptung enthalten, daß die Erzwingung der Einstellung des Betriebes und des Fortbaues der Bahn durch polizeiliche Gewalt vorbereitet gewesen sei, und wird zum Beweise dessen auch das Zeugniß des Unterzeichneten recurriert. Ich erkläre auf Ansuchen des Herrn Rechtsanwalt Heymann, daß die vorstehende Behauptung unwahr und völlig aus der Luft gegriffen ist, da zwischen dem Stadtmagistrat und der Herzoglichen Polizei-Direction resp. mir hinsichtlich der beregten Punkte überall keine Verhandlungen stattgefunden haben.

Braunschweig, den 14. Juli 1889.

gez. Dr. Prökel, Polizei-Assessor.«

Die Versammlung könne hoffen und auch erwarten, daß Herzogliches Landgericht schon durch diese Bescheinigung, die nöthigenfalls durch eine zeugeneidliche Vernehmung des Polizeiaffessors Prökel ergänzt werden könne, die Ueberzeugung gewinnen

werde, daß der Erlaß der einstweiligen Verfügung auf einem vollständigen Mißverständnisse beruhe. Möglicherweise sei auch noch ein anderer Passus im klägerischen Antrage in Bezug auf den Erlaß der Verfügung von einigem Einfluß gewesen. Dieser Passus laute:

»In der demnächstigen Hauptsache wird ferner behauptet und erwiesen werden, daß die Beseitigung der klagenden Gesellschaft auf einer schon seit längerer Zeit geplanten, durch den offenbar gewordenen finanziellen Erfolg des Unternehmens hervorgerufenen Agitation, die namentlich im Schoße der hiesigen Actionäre ihre Führer und Begünstiger gefunden hat, und deren Einwirkungen anscheinend auch die städtischen Behörden sich nicht haben entziehen können, beruht.«

Die Versammlung sehe, wie weit man sich gegnerischerseits versiegen habe.

Unter diesen Umständen beantrage die Statutencommission, die Anträge des Magistrats, folgendermaßen formulirt, anzunehmen:

die beantragte Zustimmung zur Erhebung eines Widerspruches gegen die am 12. d. Mts. ergangene einstweilige Verfügung des Herzoglichen Landgerichts hieselbst, betreffend den Antrag der City of Brunswick Tramways Company Limited wegen Widerrufs der derselben erteilten Erlaubniß zum Betriebe einer Pferdeisenbahn in hiesiger Stadt, zu erteilen, und den Magistrat zur Aufnahme des von der genannten Pferdebahngesellschaft in Aussicht gestellten Processes, sowie zu eigener Erhebung einer Klage auf Auflösung des zwischen hiesiger Stadt und jener Gesellschaft bestehenden Contractsverhältnisses, wie auch zur Stellung aller mit diesen Processen zusammenhängenden processualischen Anträge zu ermächtigen.

Herr Krampe wünscht ausdrücklich constatirt zu sehen, ob Herzogliches Landgericht von einer Vernehmung des Polizei-Assessors Pröbel Abstand genommen habe, von einer Maßnahme, die doch sehr einfacher Natur gewesen wäre.

Referent constatirt, daß die einstweilige Verfügung ohne Vernehmung des Polizei-Assessors Pröbel, sowie ohne Beweisaufnahme und ohne irgendwelches Gehör des Stadtmagistrats ergangen sei.

Der Herr Vorsitzende schreitet sodann zur Abstimmung über den Antrag der Commission; derselbe wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch constatirt hat, daß 19 Stadtverordnete gegenwärtig sind,

wird die Sitzung geschlossen 4½ Uhr.

(Beilage zu N. 216 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 176 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 10.

# Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 26. August 1880.

## Öffentlich:

- I. Anlage neuer Apotheken in hiesiger Stadt.
- II. Annahme von Hilfschreibern beim Magistrate.
- III. Entwässerung eines Theils der Höfenstraße.
- IV. Weitere Beihilfe für den beschädigten Feuerwehrmann Kortmann.
- V. Beihilfe zu einer Schulfestlichkeit.
- VI. Provisorische Herstellung eines Fußweges auf dem Terrain des ehemaligen Alexiapslegehauses.
- VII. Vertretung eines erkrankten städtischen Schulpedellen.
- VIII. Canalisirung und Instandsetzung der Kreuzstraße.
- IX. Entschädigung der Eichorienfabrik Bartels & Söhne wegen Höherlegung der Sidonienstraße.
- X. Eingabe von Anliegern der Kastanienallee wegen Erlasses eines Beitrags zu Canalisationskosten.

## Vertraulich:

- 1) Pensionirung eines städtischen Cassenbeamten.
- 2) Pensionirung eines städtischen Lehrers.
- 3) Verlängerung eines wegen Einziehung der Schulgeldrückstände erteilten provisorischen Auftrags.



Entschuldigt die Herren Bewig, Krampe, Grote, Wilke, Winter, Wolff und von Seckendorff.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Bammel und Haake.

Die Sitzung eröffnend,

bemerkt der Herr Vorsitzende Otto zunächst, daß der Versammlung ein Rechenschaftsbericht über die Ausführung der von den städtischen Behörden unterm 9. Februar c. beschlossenen Finanzoperation zugegangen sei. Der Gegenstand sei nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil mit ihm eine unmittelbare Veranlassung zu Verhandlungen nicht gegeben, der Zweck des Berichtes vielmehr nur eine Mittheilung des Ergebnisses der Operation an die Stadtverordneten und dieser Zweck mit der Uebersendung des Berichtes in autographischen Exemplaren an die einzelnen Mitglieder erfüllt sei. Zu weiteren Aufklärungen auf Grund der Acten sei er bereit. Es erfolgte kein Widerspruch gegen das eingeschlagene Verfahren.

Auch die vom Magistrate unterm 9. Juli c. eingegangene Uebersicht der Gemeindesteuer-Einschätzung für das Jahr 1880, nach welcher insgesammt 663 214,30 *M.* ausgeschrieben sind, giebt zur Verhandlung keinen Anlaß. Dieselbe ist übrigens auch nicht der Versammlung der Stadtverordneten, sondern den einzelnen Stadtverordneten zur Kenntnißnahme zugegangen.

Nach Genehmigung der Protocolle Nris. 7, 8 und 9 vom 17. Juni, 24. Juni und 15. Juli c.

wird zur Tagesordnung geschritten.

I. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 3. Juni c. — Der Vorstand des Petritthordistrictsvereins hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die Anlegung einer neuen Apotheke in der Nähe des Petritthors beim Herzoglichen Staatsministerium zu befürworten. Nachdem der ärztliche Verein die Anlage einer neuen Apotheke im Petritthorbezirke zwar nicht für ein Bedürfniß, wohl aber für wünschenswerth erklärt hatte, hat der Magistrat die Herzogliche Polizeidirection um eine gutachtliche Aeußerung über diese Angelegenheit ersucht und dabei das Bedürfniß zur Anlage zweier neuer Apotheken (in der Nähe des Petri- und Steintthors) als vorhanden anerkannt. Herzogliche Polizei-Direction hat unter Mittheilung eines Gutachtens der Mitglieder des hiesigen Gesundheitsraths die beantragte Vermehrung der Apotheken nicht befürworten zu können erklärt, weil eine neue Apotheke vor einem Thore (einerlei vor welchem) nicht lebensfähig, der Nutzen einer innerhalb der Umfluthgräben neu angelegten aber so gering sei, daß er zu den dem Staate durch die Zulassung erwachsenden Kosten in keinem Verhältnisse stehe. Auch die Mehrzahl der Mitglieder des

Gesundheitsraths hat die Bedürfnisfrage verneint und eine Vermehrung der vorhandenen Apotheken höchstens für wünschenswerth erklärt. Nachträglich ist noch eine Eingabe des Bürgervereins an den Magistrat eingegangen, worin derselbe beantragt, auf Vermehrung der Apotheken hinzuwirken, da insbesondere die Anlage neuer Apotheken in der Nähe des Petri- und Steinhors oder doch die Errichtung von Filialen der bestehenden Apotheken ein dringendes Bedürfnis sei. Vor weiterem Vorgehen in der fraglichen Angelegenheit wünscht der Magistrat die Ansicht der Versammlung zu hören und ersucht um eine gutachtliche Aeußerung darüber, ob ein Bedürfnis zur Anlage einer oder mehrerer neuer Apotheken in hiesiger Stadtgemeinde als vorhanden anzuerkennen ist oder nicht.

Referent spricht sich zunächst über die den bestehenden 4 privilegierten Apotheken auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen bei Anlage einer neuen Apotheke zustehenden Entschädigungsansprüche aus und verliest dabei die einschlägigen Paragraphen des Gewerbegesetzes und des Gesetzes über Entschädigung der Verbotungsrechte vom 3. August 1864, sowie des Medicinalgesetzes vom 25. October 1865. Die Entschädigungssumme, welche der Stadt bei Anlage einer neuen Apotheke binnen 6 Monaten nach Errichtung an die 4 vorhandenen Apotheken, je zu gleichen Theilen, zu zahlen hat, ist seiner Zeit auf 22 300 Thaler bemessen; hiervon kann der neuen Apotheke allerdings durch Uebernahme von jährlichen Beiträgen ein Gesamtbetrag bis zur Hälfte nach Uebereinkunft zu tragen auferlegt werden.

Referent weist sodann noch darauf hin, daß die im Jahre 1877 versuchte reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens, welche die Errichtung neuer Apotheken lediglich davon habe abhängig machen wollen, daß für jede der in der Nachbarschaft vorhandenen Apotheken ein Absatzgebiet, welches zur Erhaltung einer Apotheke genüge, gesichert bleibe, nicht zu Stande gekommen sei, und daß es daher zur Entscheidung der Frage lediglich darauf ankomme, daß ein Bedürfnis für die Errichtung neuer Apotheken nachgewiesen werde. Der Commission ist aber zur gründlichen Prüfung dieser so wichtigen Angelegenheit das vorhandene Actenmaterial nicht genügend erschienen, sie vermißt namentlich genaue Angaben der Bevölkerungsverhältnisse der einzelnen Bezirke und giebt deshalb anheim zu beschließen:

Die Abgabe des verlangten Gutachtens bis dahin auszusetzen, daß auf Grund der in diesem Jahre angeordneten Volkszählung genaue Ermittlungen der Einwohnerzahl der einzelnen Thorbidistricte, beziehungsweise der zu solchen gehörigen Außenwohner, stattfinden können, auch den Magistrat zu ersuchen, diese Ermittlungen vorzunehmen, und solche behuf Abgabe des Gutachtens sobald als thunlich mitzutheilen.

Referent bemerkt dabei noch ausdrücklich, daß die Commission bei diesem Vorschlage sich keineswegs den gestellten Anträgen gegenüber ablehnend verhalten wolle, daß der Vorschlag aber umsomehr motivirt sei, als der Vertreter des Stadtmagistrats

bei der Berathung erklärt habe, daß der Stadtmagistrat eventuell seinerseits, auch wenn jetzt ein sachliches Gutachten der Stadtverordneten erfolge, nicht eher vorgehen würde, als bis er sich auf Zahlenmaterial, entnommen der bevorstehenden Volkszählung, stützen könne.

Ohne Debatte wird der Commissionsantrag angenommen.

Die hiernach folgenden Punkte: Verkauf von Bauplänen an der Leopoldstraße und Ermächtigung zur Anstellung eines Proceßes, werden, da bezüglich des ersten Punktes neu angeknüpfte Verhandlungen noch nicht zum Abschlusse gebracht sind und über den zweiten wegen Abwesenheit des Referenten nicht berathen werden kann, auf Beschluß der Versammlung von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt demnach

II. eine Magistratsvorlage vom 21. Juli c., worüber namens der Finanzcommission Herr Kunken referirt. — Aus Mangel an Arbeitskräften in den Magistratsbureau haben verschiedene nothwendige Journalisirungen, die Führung von Repertorien und Aufstellung von Nachweisungen unterbleiben müssen. Da es im Interesse einer geregelten Geschäftsführung liegt, derartige Arbeiten fortwährend current zu halten, so hat sich der Magistrat auf Antrag des Stadtsecretairs Priesemann veranlaßt gesehen, die Hilfschreiber Bethmann, Mosel und Bormann zu engagiren; er beantragt, die hieraus erwachsenden Kosten zu bewilligen und danach zu genehmigen, daß bis auf Weiteres eine Remuneration von monatlich 10 *M.* für Bethmann, 15 *M.* für Mosel (vom 1. October c. ab) und 60 *M.* für Bormann (vom 1. Juli c. ab) gezahlt werde, —

ein Antrag, welcher auf Befürwortung der Commission und nach einigen Erörterungen unter den Herren Zellgmann und Oberbürgermeister Pockels bezüglich der Angemessenheit der Ersterem zu gering erscheinenden Remunerirungen von 10 *M.* und 15 *M.*, die Zustimmung der Versammlung findet.

Wie

III. Herr Kybitz namens der Finanzcommission referirt, bildet derjenige Theil der Höfenstraße, welcher nördlich durch die Grundstücke Nris. 12, 13, 14 und 15, südlich durch die Grundstücke Nris. 5 und 7 begrenzt wird, eine Niederung, nach welcher sowohl von der Goslarischen Straße und vom Bruderstiege, als auch von dem östlichen Theile der Höfenstraße selbst das Tagewasser sich hinzieht, dort stagnirt und zu großen Unzuträglichkeiten Veranlassung giebt. In Rücksicht darauf, daß das Project zur Entwässerung der Außenstadt noch nicht sobald zur Ausführung gelangen wird, daß man bis dahin den jetzigen Zustand bestehen lassen könnte, hat der Magistrat durch die städtische Bauverwaltung einen Plan ausarbeiten lassen, welcher folgende

Anlage projectirt: Das an der fraglichen Stelle der Höfenstraße sich sammelnde Tagewasser wird theilweise durch glasirte Thonröhren, theilweise in einem offenen Graben nach der südlich von der Höfenstraße belegenen, zur Domain des Kreuzklosters gehörigen Länderei geleitet, daselbst in einem anzulegenden Sammelbassin aufgenommen und so zum Versickern gebracht. Sowohl Herzogliche Cammer, Direction der Domainen, als auch der jetzige Pächter der Kreuzklosterdomaine haben sich bereit erklärt, das dazu erforderliche Terrain von 685 qm gegen eine Entschädigung von 16 *M.* 50 *S.* pachtweise auf drei Jahre abzutreten. Die anschlagsmäßigen Kosten der Anlage selbst belaufen sich auf 800 *M.*, welche der Magistrat nebst der gedachten Pachtentschädigung mittels Schreibens vom 21. Juli c. vom Unterhaltungsfonds der städtischen Communicationswege zu verwilligen beantragt.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf derselbe ohne Weiteres genehmigt wird.

#### Danach

IV. verliest der Herr Vorsitzende einen Magistratsantrag vom 26. August c., betreffend die fernere Unterstützung des bei einer dienstlich angeordneten Feuerwehrübung zu Schaden gekommenen Heizers Nortmann. Der Gegenstand hat die Versammlung schon zu wiederholten Malen beschäftigt und ist diesmal vom Vorsitzenden einer Commission zur Vorprüfung nicht überwiesen, weil keine neuen, eine Commissionsberatung erfordernden Thatsachen hinzugekommen sind. Nortmann ist noch nicht im Stande, für sich und seine Familie die nöthigen Subsistenzmittel zu erwerben, weshalb der Magistrat beantragt, wie bisher ihn zur Auszahlung von wöchentlich 12 *M.* an p. Nortmann bis auf Weiteres zu ermächtigen.

Referent empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Herr Reuter beantragt, für Nortmann außerdem wiederum die am 1. October c. fällige Wohnungsmiethen im Betrage von 37 *M.* 50 *S.* berichtigen zu lassen,

welchem Antrage sich Herr Oberbürgermeister Pockels namens des Stadtmagistrats anschließt.

Beide vorliegende Anträge werden ohne Weiteres angenommen.

#### Ferner

V. wird nach Verlesung eines Antrages des Magistrats vom 19. August c. beschlossen, den Schülern der drei oberen Klassen der Bürgerschulen, welche sich bei der bevorstehenden Sedanfeier am Festzuge theilnehmen, wiederum wie in den Vorjahren, auf dem Festplatze eine Erfrischung darreichen zu lassen, und zu solchem Zwecke einen Credit von bis zu 180 *M.* auf die Schulstrafgeldcasse zu bewilligen.

VI. Der Verkehr über den in Folge Begräumung des Alërii-Pflegehauses frei gewordenen Platz ist, soweit es die Absperrung des Bauplatzes für das neue Feuerlöschgebäude gestattet, in letzterer Zeit ein sehr lebhafter geworden. Um diesen Verkehr, zumal bei anhaltendem Regenwetter, zu erleichtern, hält der Magistrat in seinem Schreiben vom 29. Juli c. für geboten, wenigstens eine provisorische Instandsetzung der Passage durch Legen von 1 m breiten, durch Aufschütten von Bodasche an beiden Seiten zu befestigenden Platten herrichten zu lassen, und beantragt, die zu solchem Zwecke erforderlichen Mittel von 150 *M.* zu bewilligen.

Auf Empfehlung des Commissionsreferenten, Herrn Kunzen, wird der Antrag genehmigt.

VII. wird auf einen Magistratsantrag vom 6. d. Mts, welchen Herr Kunzen namens der Finanzcommission befürwortet, beschlossen, zu genehmigen, daß dem Vertreter des erkrankt gewesenen Pedellen Delsföter bei der 3. untern Bürgerschule auch für das 2. Quartal d. J. eine Entschädigung von 50 *M.* pro Monat aus der Gemeindeschulcasse gezahlt werde.

Wegen des folgenden Gegenstandes, Regulativ, das Verfahren bei Schulgeld-erlassen betreffend, sind Statutencommission und Vorsitzender der Ansicht gewesen, daß derselbe bis zur heutigen Sitzung commissionsseitig nicht wohl erledigt werden könne, zumal auch die Schulcommission noch ihr Votum in der Sache abzugeben habe. Der Gegenstand wird daher von der Tagesordnung abgesetzt.

Sodann

VIII. berichtet Herr Reuter namens der Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 20. d. Mts, die Instandsetzung der Kreuzstraße betreffend. — Um den vielfachen Klagen der Anwohner der Kreuzstraße gerecht zu werden, hat der Magistrat seiner Zeit vorgeschlagen, diese Straße chaussiren und mit Fußwegen auf beiden Seiten versehen zu lassen, die Kosten dieser Vorrichtung aber, welche auf 19500 *M.* veranschlagt waren, zur einen Hälfte den Anliegern aufzuerlegen, zur anderen Hälfte seitens der Stadt zu übernehmen, womit die große Mehrzahl der Anwohner sich einverstanden erklärt hatte. Hinterher wurde der Canal in der Sidonienstraße dergestalt angelegt, daß derselbe als Vorfluth für einen in der Kreuzstraße anzulegenden Canal dienen kann. Vor ordnungsmäßiger und dauernder Instandsetzung der Kreuzstraße schien nun aber eine Canalisirung derselben unbedingt erforderlich, da andernfalls die anzulegenden, offenen Gassen zur Ableitung der Schmutzwässer aus den anliegenden Häusern benutzt, dadurch aber Unzuverlässigkeiten aller Art herbeigeführt werden würden. Nach den vorliegenden Anschlägen würde nun die Canalisirung der Kreuzstraße 25606 *M.*, die Chaussirung derselben nebst Herrichtung von Fußwegen 24000 *M.*

bei Verwendung von Bordquadern noch 7225,19 *M.* mehr kosten. Mit der Mehrzahl der Eigenthümer der an der Kreuzstraße belegenen Grundstücke ist nun vereinbart,

- 1) daß die betreffenden Eigenthümer das zur Verbreiterung des Weges erforderliche Terrain unentgeltlich abtreten, daß aber diejenigen, welche eine größere Terrainfläche zur Straße abzutreten haben, eine verhältnißmäßig geringere Summe zur Instandsetzung der Straße beitragen, als diejenigen Grundbesitzer, welche überall kein Terrain oder geringere Grundflächen abtreten,
- 2) daß, wenn die städtischen Behörden die Uebernahme der Hälfte der Kosten der Chausfierung und Canalisirung der Straße beschließen, die betreffenden Eigenthümer die andere Hälfte der Kosten nach Maßgabe der Frontlängen ihrer Grundstücke übernehmen,
- 3) daß die betreffenden Anlieger die Kosten der Bordquadereinfassung allein zu tragen haben,
- 4) daß die betreffenden Anlieger die sich ergebenden Antheile zu den Kosten entweder zur einen Hälfte bis 15 August, zur anderen Hälfte bis 1. October c. baar einzuzahlen, oder aber, insoweit diese Kosten von der Stadt vorgeschossen werden, sich verpflichten, die Vorschüsse mit 5 % p. a. zu verzinsen und die jährlichen Raten nicht über 6 Jahr hinaus zurückzuzahlen, auch zur Sicherheit Hypothek mit ihren Grundstücken und zwar auf ihre Kosten bestellen.

Von dieser Vereinbarung haben sich 4 Anlieger ausgeschlossen, theils, weil sie angeblich kein Interesse an der Sache haben, theils, weil sie angeblich zur Bestreitung der Kosten nicht im Stande sind. Da nun diese renitenten Anwohner zum Beitritte zu der fraglichen Vereinbarung nicht gezwungen werden können, so schlägt der Magistrat vor:

- 1) die städtischen Behörden beschließen die als dringend nothwendig anerkannte Canalisirung und Instandsetzung der Kreuzstraße,
- 2) die Kosten dieser Anlage sind in Gemäßheit der Bestimmungen der §§. 7, 8 und 11 des Stadterweiterungsstatuts
  - a. für Herstellung der Fahrbahn von der Stadt zu übernehmen,
  - b. für Herstellung der Fußwege mit Bordquadern von den Grundbesitzern nach Maßgabe der Frontlänge ihrer Grundstücke zu tragen,
  - c. für die Herstellung eines unterirdischen Hauptcanals zur Hälfte von der Stadt, zur anderen Hälfte von den Anliegern nach Maßgabe der Frontlänge ihrer Grundstücke zu übernehmen.
- 3) In Ansehung des zur Verbreiterung der Kreuzstraße von den Anliegern abzutretenden Terrains hat es für alle diejenigen Anlieger, welche der im Vorstehenden erwähnten Vereinbarung beigetreten sind, bei der Verabredung

unter *N.* 1 sein Bewenden, womit sich die Betheiligten einverstanden erklärt haben, wogegen das von den Anliegern, welche der Vereinbarung nicht beigetreten sind, abzutretende Terrain im Wege der Expropriation auf Kosten der Stadt erworben wird.

Hiernach würden zu zahlen haben

A. die Stadt:

für Herstellung der Fahrbahn und Anlegung eines unterirdischen Canals (22734 + 12803) 35537 *M.*, excl. der im Wege der Expropriation für Grunderwerb zu zahlenden Summe von 1158 *M.*,

B die Anlieger:

für Herstellung der Fußwege einschließlic der Bordquader und für den unterirdischen Canal (9991,19 + 12803) . . . . 22794,19 *M.*

Da indeß verschiedene Anwohner nicht in der Lage sind, die Kosten bis zum 1. October c. einzuzahlen, so hat die Stadt an Vorschüssen gegen 5% Zinsen und Hypothekbestellung noch 7320,10 *M.* zu zahlen.

Der Magistrat giebt nun anheim

- 1) die im Vorstehenden unter *Nr.* 1—3 gemachten Vorschläge zu genehmigen,
- 2) die danach auf die Stadt entfallenden Kosten zu 35537 *M.* plus der an noch zu ermittelnden Kosten für den Erwerb des zu expropriirenden Terrains zu bewilligen und
- 3) den Magistrat zu ermächtigen, die Kosten der fraglichen Canalisirung und Wegeinstandsetzung für diejenigen Anlieger, welche zur sofortigen Berichtigung nicht im Stande sind, unter den Eingangs *N.* 4 gedachten Bedingungen vorzuschießen.

Die Commission empfiehlt die Anträge zur Annahme.

Herr Munte wünscht besonders constatirt zu sehen, daß die angeforderten Geldmittel nicht von dem Ertrage der Communalsteuern gedeckt werden,

worauf Referent hervorhebt, daß die Gelder vom extraordinaircn Etat bewilligt würden und späterhin von der für die Ausführung des Gesamtcanalisationsprojectes zu contrahirenden Anleihe wieder gedeckt werden müßten,

welcher Ausführung sich der Vorsiehende mit dem Bemerkcn anschließt, daß grade dieser Punkt in der Statutencommission eingehend erörtert sei und Herr Munte sich danach etwaigen Besorgnissen überheben könne.

Auf Herrn Ding's Anfrage, ob die nicht zu der obigen Vereinbarung beigetretenen Anlieger, von denen er annehme, daß ihre Grundstücke noch unbebauet seien, später, nachdem dieses geschehen, auch mit zu den Kosten herangezogen werden könnten,

bemerkt Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß die renitenten Anlieger, wie auch im betreffenden Magistratschreiben unter Hinweis auf §. 24 des Stadterweite-

rungsstatut<sup>s</sup> besonders hervorgehoben sei, beim Bebauen ihrer Grundstücke zu den Kosten nachträglich herangezogen werden würden,

was auch, wie der Herr Vorsitzende noch hinzufügt, mit §. 12 der Landesbauordnung bezw. den demnächst darauf zu stütgenden statutarischen Bestimmungen im Einklange stehe.

Herr Hasenbalg setzt voraus, daß der für die Kreuzstraße projectirte Canal auch in das allgemeine Canalisationsproject hineinpasse,

was Referent unter dem Bemerken bestätigt, daß der projectirte Canal einstweilen in den Nothauslaß der Sidonienstraße münde und eine Tiefelage erhalte, die bei einer Verlängerung des Canals die Abführung der Abgänge sämmtlicher Häuser der Kreuzstraße und der abzweigenden Maienstraße nach einem in dem Projecte des Ingenieurs Mitgau vorgesehenen Hauptcanale ermögliche. Allerdings sei es nothwendig, daß an dem Projecte des leghervorh<sup>er</sup>ten Hauptcanales keine wesentliche Veränderung mehr gemacht werde; sonst würde es möglich sein, daß der jetzt herzustellen<sup>de</sup> Canal in der Kreuzstraße nicht mehr in das System passe.

Danach werden die Magistrats- resp. Commissionsanträge genehmigt.

## Weiter

IX. berichtet Herr Reuter über eine Magistratsvorlage vom 25. d. Mts. Bereits im Jahre 1876 haben die Stadtverordneten darüber verhandelt, wie der Theil der Pflegehausstraße, an welchem die neuerbaute Bürgerschule liegt, (jetzt Sidonienstraße) neu zu gestalten sei, und es war damals die Rede davon, daß diese Strecke erheblich erhöht werden müßte. Der damalige Inhaber der Eichorienfabrik von Bartels und Söhne hatte sich an den Stadtbaurath Tappe gewandt und dabei die Kosten, welche ihm durch die Veränderung des Niveaus der Sidonienstraße für Reparaturen an den Fabrikgebäuden erwachsen würden, auf 3300 *M.* angegeben; zu diesen Kosten hatte der Fabrikinhaber die Hälfte zu tragen sich bereit erklärt, wogegen die andere Hälfte die Stadt übernehmen sollte. Späterhin ermäßigte derselbe seine Forderung auf 1200 *M.*; der Magistrat billigte diese Forderung zu und beantragte nunmehr beim Stadtverordneten-Collegium die ordnungsmäßige Herstellung der Straße und die Verwilligung der vereinbarten Entschädigungssumme. Der Antrag wurde indeß abgelehnt, da die Instandsetzung der Straße bedeutende Kosten erforderte und man durch Herstellung eines provisorischen Schulweges den Anforderungen der Schulkinder glauete genüge thun zu können. Heute liegt die Sache anders. Die Höherlegung der Sidonienstraße ist im Laufe dieses Jahrs bis auf den Fußweg neben dem Fabrikgrundstücke zur Ausführung gekommen und es ist der Wegebaucommissair Deneke der Ansicht, daß eine Schädigung der Fabrikgebäude vermieden werden kann, wenn längs derselben eine gepflasterte Gasse und ein 13,5 m langer Lustcanal veran-  
stellt wird, was 450 *M.* Kosten verursachen würde; diese Einrichtung würde allerdings nach



Aussage des Denecke einen unschönen Anblick gewähren. Der jetzige Fabrikhaber hat sich nun erboten, gegen Auszahlung einer Summe von 600 *M.*, also der Hälfte der früher gestellten Forderung, für Höherlegung von Schwellen, Neupflasterung des Hofes u. auf jede weitere Entschädigung zu verzichten. Man würde also bei einem Mehraufwande von 150 *M.* die Straße in einen definitiven und vorschriftsmäßigen Zustand bringen können und sich nicht auf einen Nothbehelf zu beschränken brauchen. Der Magistrat beantragt, die Entschädigung von 600 *M.* aus dem Extraordinarium der Wegebaucaße zu bewilligen.

Die Commission hält diesen Entschädigungsanspruch um so gerechtfertigter, als nach §. 10 der Bauordnung die Kosten sämmtlicher durch Straßenbauten bedingten Veränderungen seitens der Stadt zu tragen sind; sie schließt sich daher dem Magistratsantrage an,

worauf die angeforderten 600 *M.* verwilligt werden.

#### Schließlich

X. wird nach einem Referat des Herrn Lüderßen für die Statutencommission beschlossen, eine Eingabe der Einwohner Dreves und Ahrens, Kastanienallee *Nr.* 30, wegen Erlasses von Canalisirungs- und Wegebaukosten dem Stadtmagistrate, als der competenten Behörde, mit dem Ersuchen mitzutheilen, daß die Petenten von dort aus mit sachgemäßer Bescheidung versehen werden.

#### Schluß der öffentlichen Sitzung.

Vertraulich wird berathen und Beschluß gefaßt über folgende Magistratsvorlagen:

Pensionirung eines städtischen Cassenbeamten, desgl. eines städtischen Lehrers und Verlängerung eines wegen Einziehung der Schulgeldrückstände erteilten provisorischen Auftrags.

(Beilage zu N. 240 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 216 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 11.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. September 1880.

Öffentlich:

- I. Regulativ wegen Befreiung vom Schulgelde u. s. w.
- II. Gutachten wegen Einschränkung der Wechselfähigkeit.
- III. Ermächtigung zur Erhebung eines Processes.
- IV. Bewilligung einer einmaligen Unterstützung für einen erkrankten städtischen Begehrwärter.
- V. Rückzahlung Seitens des Gaswerkes auf die Forderung der Stadt und Verwendung des zurückgezahlten Betrages zu einer Abzahlung auf eine städtische Anleihe.
- VI. Decharge-Ertheilung wegen der Rechnung des Wasserwerks von 1879 und Verwendung des Ueberschusses.
- VII. Benützung des Altstadtrathhauseales bei einer Versammlung des Deutschen Vereins für höheres Mädchenschul-Wesen und Bewilligung von Kosten.
- VIII. Rückwerb des Bauplatzes an der Süboferte der neuen Verbindungsstraße zwischen Damm und Katteppeln und anderweite Veräußerung desselben.
- IX. Verkauf der area der Häuser N. ass. 301 und 302 an der Leopoldstraße.
- X. Ankauf des Grundstücks N. ord. 13 an der Abelnkarr.
- XI. Aufnahme einer Anleihe.
- XII. Abänderung des Entwurfs des Statuts über die städtischen Mädchenschulen.
- XIII. Wahl von Mitgliedern zur Ortscommission behuf Einschätzung der Gewerbetreibenden.

Vertraulich:

Bewilligung einer Beihilfe zu Guckkosten für einen städtischen Lehrer.  
Steuer-Reclamationen.

Entschuldigt die Herren von Seckendorff und Schwarzenberg.

Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Haake und Metemeyer.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung, das Protokoll *N.* 12 vom 26. August c. zur Genehmigung vorstellend; diese wird ausgesprochen unter Vorbehalt der Berichtigung eines Druckfehlers auf S. 139 Z. 16 v. o., wo es an Stelle von »Stadt« — »Staat« heißen muß.

### Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Herr Lüderßen über den der Versammlung in authographischen Abzügen vorliegenden Magistratsantrag vom 12. v. Mts. auf Ertheilung der Zustimmung zum Erlaß eines Regulativs für die Befreiung vom Schulgelde, sowie für die Bewilligung von Schulgeldermäßigungen und Erlassen. Es enthält nämlich das Gesetz über die Gemeindeschulen vom 8. December 1851 in dieser Beziehung nur höchst ungenügende Bestimmungen; die Entscheidung über den Erlaß und die Befreiung von Schulgeldern hat bislang lediglich den resp. Schulvorständen obgelegen. Hiernach scheint es geboten, allgemeine Grundsätze aufzustellen, nach denen die Befreiung vom Schulgelde, sowie die Bewilligung von Schulgeldserlassen sich zu regeln hat. Der Magistrat hat deshalb im Einverständnisse des Gesamtschulvorstandes ein Regulativ entworfen, welches sich in seinen wesentlichen Bestimmungen an die bislang beobachteten Grundsätze anschließt und mit dem 1. April 1881 in Kraft treten soll. Im Allgemeinen sind danach vom Schulgelde befreit:

- a. die Kinder der an der betreffenden Anstalt (die mittleren und unteren Bürgerschulen als eine Anstalt betrachtet) unterrichtenden Lehrer,
- b. diejenigen Kinder, welche Krankheits halber in einem Schulquartal zwei volle Monate hindurch die Schule haben aussetzen müssen, während dieses Quartals.

Den Erlaß oder die Ermäßigung von Schulgeldern anlangend, so kann einheimischen communalsteuerpflichtigen Eltern, welche zu gleicher Zeit mindestens drei Kinder auf einer und derselben Kategorie der Schulen haben, auf deren Antrag das volle Schulgeld für eins von drei Kindern, das halbe Schulgeld für jedes fernere Kind erlassen werden. Ein Erlaß oder eine Ermäßigung sind übrigens in der Regel ausgeschlossen: rücksichtlich der Realschule und der höheren Mädchenschulen für Kinder, deren Eltern ein Jahreseinkommen von mindestens 5000 *M.* haben, rücksichtlich der mittleren Bürgerschulen für Kinder solcher Eltern, deren Jahreseinkommen mindestens 3000 *M.* beträgt.

Schul- und Finanzcommission haben das Regulativ gemeinschaftlich geprüft und sich von der Zweckmäßigkeit desselben überzeugt; sie empfehlen daher die Annahme desselben.

Referent verliest die einzelnen Paragraphen des Regulativs, deren 12 vorhanden sind, und entwickelt dabei, je nach Erforderniß, die den Commissionen maßgebend gewesenem Gesichtspunkte.

Das Regulativ wird danach mit folgenden, auch magistratsseitig als zutreffend anerkannten Modificationen, daß

1) in §. 4 an Stelle von »Unterrichtsanstalt« — »Kategorie der Schulen« gesagt,

2) in §. 9 sub b 6 % in 5 %, sub c 6 % in 10 % umgeändert und das Wort »Anstalt« durch »Schule« ersetzt werde, seitens der Versammlung genehmigt.

II. referirt Herr Reuter namens der Statuten- und Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 1. d. Mts., betreffend die Abgabe eines Gutachtens über die Einschränkung der Wechselfähigkeit. Referent verliest zunächst ein Schreiben des Fürsten Hohenlohe in Vertretung des Fürsten Reichskanzlers an den königlichen Gesandten Prinzen zu Ysenburg in Oldenburg, welches folgendermaßen lautet:

Auswärtiges Amt.

Berlin, den 7. Juni 1880

Er. Durchlaucht,  
dem königlichen Gesandten  
**Prinzen zu Ysenburg**  
in  
Oldenburg.

Erw. Durchlaucht ist bekannt, daß bei der Berathung des Geschenkentwurfs, betreffend den Wucher, der Reichstag in der Verhandlung vom 7. Mai d. J. — Stenogr. Berichte S. 1212 ff. 1233 — beschlossen hat:

dem Reichskanzler zur Erwägung anheimzugeben, inwieweit es geboten sei, den im Art. 1 der Deutschen Wechselordnung gegebenen Begriff der Wechselfähigkeit im Allgemeinen einzuschränken, namentlich durch Anlage von Registern dafür zu sorgen, daß nur die in dieselben eingetragenen Personen, nach Erfüllung bestimmter in dem Gesetze näher festzusehender Bedingungen, die Wechselfähigkeit erlangen;  
und daß diese Resolution von dem Bundesrath in seiner Sitzung vom 13. Mai d. J. — Protok. S. 338 — dem Reichskanzler überwiesen worden ist.

Erw. Durchlaucht habe ich die Ehre, über die Stellung, welche der Herr Reichskanzler zu dem Beschlusse glaubt einnehmen zu sollen, Folgendes ganz ergebenst zu bemerken:

Die Resolution ist aus der Anschauung hervorgegangen, daß die allgemeine Wechselfähigkeit über das Bedürfnis hinausgehe und ungesunder Kreditgewähr, insbesondere wucherlicher Ausbeutung Vorschub leiste. Dem Einwande, daß jede Beschränkung der Wechselfähigkeit die wesentliche Aufgabe des Wechsels beeinträchtige, dem Umlaufe von Hand zu Hand zu dienen, ist nicht ohne Grund entgegengehalten worden, daß denjenigen Berufsklassen, welche an dem Geld- und Handelsverkehre keinen Theil nehmen, die Gewährung des für diesen Verkehr bestimmten Circulationsmittels keinen Nutzen bringe.

Es kommt hiernach vor Allem darauf an, den Umfang festzustellen, in welchem die Wechselfähigkeit ein wirtschaftliches Bedürfnis ist.

Von diesem Gesichtspunkte aus, — und abgesehen von den technisch-juristischen Fragen, welche bezüglich der Art und Ausführbarkeit einer Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit sich ergeben, — dürfte zwar kaum bezweifelt werden, daß gewisse Kategorien von Personen nach ihrer Geschäfts- und Berufsstellung sich völlig fern vom Wechselverkehre halten können, während andere zahlreiche Kategorien von Geschäftspersonen denselben durchaus nicht zu entbehren vermögen.

Sind beispielsweise zu ersteren Soldaten, Studenten, Gelehrte, Geistliche, Lehrer und andere Beamte zu rechnen, so gehören zu der letzteren Kategorie gewiß alle Kaufleute, Fabrikanten, Bergwerksbesitzer, die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, gewerblichen Hülfscaffen u. s. w.

Bei einer Reihe von Berufsarten aber erscheinen die Grenzen des wirtschaftlichen Bedürfnisses in hohem Grade zweifelhaft. Vornehmlich gilt dies von den Grundbesitzern und Gewerbetreibenden, welche nicht im Sinne des Handelsgesetzbuchs Kaufleute sind. Es drängt sich die Frage auf, ob der Wechselkredit dem größeren oder auch dem kleineren Grundbesitz, dem Grundbesitz, mit welchem gewerbliche Unternehmungen verknüpft sind, oder auch demjenigen, welcher sich auf den landwirtschaftlichen Betrieb beschränkt, ob er dem städtischen wie dem ländlichen Grundbesitz offen zu halten ist. Und ebenso fragt es sich, inwieweit das Bedürfnis verbietet, den Gewerbetreibenden, namentlich Handwerkern, den Wechselverkehr zu verschließen, und ob sich auch für sie die Grenze in einer erkennbaren Art ihres Gewerbebetriebs oder etwa in einer gewissen Höhe ihrer Heranziehung zu den Steuern, insbesondere der Gewerbesteuer, finden läßt.

Diese Fragen müssen beantwortet sein, bevor eine Entscheidung darüber sich treffen läßt, ob und wie die durch die Wechselordnung gewährte allgemeine Wechselfähigkeit zu beschränken ist. Die Beantwortung kann aber nur aus den Erfahrungen des Lebens geschöpft werden, und hierüber fehlt

zur Zeit ein ausreichendes und zuverlässiges Material. Dasselbe zu erlangen, ist der ausgesprochene Zweck der Resolution.

Bei der Bedeutung, welche dem Gegenstande für das Gedeihen jener Berufsklassen und für das Gesamtwohl zugestanden werden muß, hält der Herr Reichskanzler sich für verpflichtet, die Vornahme der zur Aufklärung der Sache geeigneten Ermittlungen anzuregen, indem er dieselben, angesichts der ihnen unverkennbar innewohnenden Schwierigkeiten, auf das thunlich geringste Maß zu beschränken bestrebt ist.

Erhaltenem Auftrage zufolge beehre ich mich demgemäß, mich an Ev. Durchlaucht ganz ergebenst zu wenden, um die Herzogl. Braunschw. Regierung zu ersuchen, in zweckdienlicher Weise Ermittlungen über die Frage veranlassen zu wollen:

ob das wirthschaftliche Bedürfniß es erheischt, den nicht zu den Kaufleuten gehörenden Grundbesitzern und Gewerbetreibenden, namentlich Handwerkern, die allgemeine Wechselfähigkeit zu erhalten, — oder ob es nicht vielmehr eine Beschränkung derselben sowohl zuläßt als erfordert,

und im Falle der Bejahung der letzteren Alternative, welche gesetzlich bestimmbare Grenzen für die Beschränkung zu ziehen sind?

In Anschluß hieran dürfte es sich ferner empfehlen, der Frage nachzugehen, welche in den der Resolution des Reichstags vorausgegangenen Verhandlungen, übrigens auch schon bei Berathung der Wechselordnung angeregt ist, nämlich:

ob rücksichtlich der genannten Kategorien vom wirthschaftlichen Standpunkte ein Unterschied zwischen gezogenen und eigenen Wechseln zu machen, und ob überhaupt von diesem Standpunkte es geboten ist, neben dem Institute des gezogenen Wechsels das des eigenen Wechsels bestehen zu lassen.

Dem erleuchteten Ermessen der Herzogl. Braunschw. Regierung habe ich anheimzustellen, in welcher Weise und welchem Umfange die erbetenen Ermittlungen vorzunehmen, ob und inwieweit namentlich die Gerichte zu Aeusserungen heranzuziehen sein möchten. Für den Herrn Reichskanzler würde die Auskunft angesehenen Personen, welche dem Grundbesitz bezw. dem Handwerkerstande angehören oder mit ihren Verhältnissen genau vertraut erscheinen, der Corporationen oder anderen Vereinigungen, welche zur Vertretung der Interessen derselben berufen sind, sowie der Anwaltskammer in hervorragendem Maße berücksichtigungswürth sein.

(gez.) H o h e n l o h e.

Dieses Schreiben ist vom Herzoglichen Staatsministerium dem Magistrate mitgetheilt worden und dieser hat bereits Schritte gethan, die Ansicht verschiedener Corporationen darüber zu hören.

Die eingelaufenen Gutachten werden vom Herrn Referenten verlesen, wie folgt:

1) Handwerkerverein:

»Es ist eine nicht wegzuleugnende Thatsache, daß die deutschen Wechselgesetze unter den Handwerkern zum größten Theile nicht verstanden werden und daß die Handwerker sich daher, falls sie Wechsel ausstellen oder annehmen, fast regelmäßig auf Gnade und Ungnade in die Hände derer begeben, denen sie Wechsel geben oder ausstellen. Wir beklagen das tief und wünschen aus diesem Grunde, daß dem Handwerker das Recht genommen werde, Wechsel auszustellen und anzunehmen, sobald Etwas dafür an die Stelle gesetzt ist, das ihm gleichen Vortheil bringt, ohne die schwere Verantwortung mit sich zu führen, und verständlicher für ihn ist. Bis dahin aber, wo das nicht der Fall, ist es unter den jetzigen Verhältnissen im Allgemeinen nicht möglich, ohne die Wechselfähigkeit fertig zu werden, will man einen großen Theil von Handwerkern nicht dem Ruine zuführen. Der hiesige Handwerkerverein sieht sich daher veranlaßt, trotz aller Nachtheile, die das Wechselgesetz bei Unkenntniß desselben mit sich führen kann, in Anbetracht seiner benannten, nicht zu entbehrenden Vortheile, sich unter den jetzigen Verhältnissen für die Beibehaltung der Wechselfähigkeit auszusprechen und zwar für Jedermann, der nach dem Wechselgesetze sich durch Verträge verpflichten kann.«

2) Baugewerkverein:

»Dem Magistrat zu antworten, daß der Verein mit dem Ausschluß der Studenten, Gelehrten, Soldaten, Lehrer, Geistlichen und sonstigen Beamten von der Wechselfähigkeit einverstanden sei, aber auch anerkenne, daß ferner eine große Klasse kleiner Geschäftstreibender, deren Umsatz jährlich nicht mindestens 5000 Mk. betrage, zu ihrem eigenen Vortheile von der Wechselfähigkeit ausgeschlossen werden dürfte.«

3) Handelskammer:

»Daß eine weitergehende als die in Art. 1 der Deutschen Wechselordnung enthaltene Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit sich nicht empfiehlt.«

4) Landwirthschaftlicher Centralverein:

»Der Central-Ausschuß des landwirthschaftlichen Central-Vereins hält eine Beschränkung der Wechselfähigkeit für ländliche Grundbesitzer den Interessen der Landwirthschaft entgegen, und weder für wünschenswerth noch nothwendig, den im Art. 1 der Deutschen Wechselordnung gegebenen Begriff der Wechselfähigkeit einzuschränken.«

Referent führt sodann aus, daß, wie er für seine Person bezeugen könne, die deutsche Wechselordnung bei ihrem Inslebentreten mit großer Freude begrüßt worden sei, da man sich eine wesentliche Verbesserung der Creditverhältnisse von ihr versprochen habe. Anerkannt tüchtige Juristen hätten grade die Wechselordnung stets als eins der vorzüglichsten Gesetze erklärt, auch in vielen anderen Kreisen sei dieses Gesetz als das gelungenste der neueren Zeit bezeichnet worden. Seit den 31 Jahren des Bestehens der Wechselordnung seien allerdings verschiedene Veränderungen mit ihr vorgegangen; durch die Aufhebung der Schuldhaft habe die Form des Wechsels wesentlich an Bedeutung verloren; sie sei es gewesen, welche demselben einen von anderen Geschäften weit abweichenden Character verliehen habe; augenblicklich bestehe kein großer Unterschied mehr zwischen dem Wechsel und anderen obligatorischen Geschäften. Ferner habe der Wechsel durch Zulassung und Substantiirung der *exceptio doli* vieles von seiner Strenge und Härte verloren, da bei nachweisbarem Betruge eine Einrede gegen den Wechsel zulässig sei. Allerdings seien sonstige Einreden gegen den Wechsel ausgeschlossen und es sei daher gerathen, bei Anwendung des Wechsels stets mit Vorsicht zu verfahren. Eine Gefahr liege namentlich in dem leichtfertigen Ausstellen von sogenannten Gefälligkeitsaccepten, dann aber auch in dem unüberlegten Acceptiren von Wechseln im eigenen Geschäfte, sowie ferner im Discontiren. Der Handwerkerverein denke sich die Sache schlimmer, als sie in Wirklichkeit sei. Handwerker könnten ihr momentan entbehrliches Geld stets sicher, wenn auch zu geringen Zinsen, bei dem Verhause oder einer Bank belegen und es werde überhaupt auch so leicht nicht vorkommen, daß sie, um Zinsen zu verdienen, Wechsel ankaufen und solange hinlegen, bis sie fällig sind. Dazu gehöre eine weitergehende Kenntniß der Wechselordnung, mehr aber noch eine solche der betreffenden Firmen oder Personen; derartige Geschäfte mit dem Wechsel seien den Banken und den Kaufleuten zu überlassen. Um sich vor Schaden durch Gefälligkeitsaccepte zu hüten, brauche man sich nur vorzunehmen, seinen Namen auf keinen Wechsel zu schreiben, der einen nichts angehe. Das Acceptiren von Wechseln solle nur dann stattfinden, wenn man einmal gewillt sei, die betreffende Summe ohne Widerrede zu zahlen und man ferner genau wisse, daß man am Verfalltage das Geld parat haben werde. Wer so verfare, könne durch einen Wechsel nicht gefährdet werden. Es bedürfe also, um sich vor Schaden zu wahren, gar keines großen Studiums der Wechselordnung, sondern nur einiger Vorsicht. — Diesen Nachtheilen — wenn man es so nennen wolle — ständen nun aber die großen Vortheile des Wechsels gegenüber; zunächst der, daß man, wenn man nicht besonders mit irdischen Gütern gesegnet sei, seine Mittel durch ihn vermehren könne. Geld sei fortwährend im Ueberflusse vorhanden, nur nicht für Jeden; der Wechsel helfe da, indem er dem als reell bekannten Geschäftsmann zu billigen Zinsen Geld verschaffe und so in vielen Fällen verhindere, daß der Geldbedürftige Wuchersinsen zahlen müsse. Es sei ein



großer Unterschied, ob Jemand Waaren kaufe und dazu eine Buchschuld eingehe oder ob er gegen Accept kaufe; in letzterem Falle kaufe er bedeutend billiger und zwar nicht nur um die gewöhnlichen Zinsen billiger; denn der Verkäufer müsse darauf rechnen, daß der Käufer die Zahlung, wenn auch die Buchschuld nach 3 oder 6 Monaten zu tilgen verabredet sei, hinauszuschieben und Abzüge zu machen suche. Alles das falle weg, wenn der Verkäufer das Accept in Händen habe, daher lasse sich gegen Accept billiger kaufen. — In dem Schreiben des Fürsten Hohenlohe sei gesagt, die Anträge auf Beschränkung der Wechselfähigkeit seien aus der Anschauung hervorgegangen, daß die Wechselfähigkeit eine ungesunde Creditgewährung hervorrufe; das sei unrichtig. Im Gegentheil, es sei ein viel gesunderes Verhältniß zu nennen, wenn gegen Accept verkauft werde, als wenn ein Buchcredit in Anspruch genommen und gewährt werde. Der Unterschied in der Sparniß bei dem Einkaufe von Rohstoffen betrage, was leicht nachzuweisen sei, bei manchem Kleingewerbetreibenden bis zu 7 % des Jahresverdienstes. Mit der Resolution des Baugewerkvereins könne sich Referent nicht einverstanden erklären, weil dadurch der Kleingewerbetreibende in unbarmherziger Weise von dieser Wohlthat geradezu ausgeschlossen werde. Der Ausschluß aller Gewerbetreibenden, welche unter 5000 M. jährlich Umsatz machten, lasse sich gar nicht bewerkstelligen. Der Umsatz sei nicht in allen Jahren gleich, namentlich von Preisconjunctionen abhängig; dieses Jahr werde einer wechselfähig sein, der es im nächsten Jahre nicht mehr sei. Und wie solle die Wechselfähigkeit bestimmt werden, pränumerando oder postnumerando? Wenn pränumerando, was doch allein Sinn habe, dann werde es vielfach vorkommen, daß Jemand in diesem Jahre wegen seines Umsatzes auf das nächste Jahr für wechselfähig erklärt werde, der es eben in dem Jahre nicht mehr sei. Wohin das führen würde, sei kaum abzusehen; hunderttausende von Personen würden in einem Jahre wechselfähig, im andern es nicht sein. Wenn gesagt werde, es könne mit dem Wechsel beim Bestehen der allgemeinen Wechselfähigkeit Mißbrauch seitens der Wucherer getrieben werden, so sei dem entgegenzuhalten, daß schon vor 31 Jahren, als die allgemeine Wechselfähigkeit noch nicht bestand, Wuchergeschäfte mit Erfolg getrieben worden sind. Der Wechsel könne allerdings zum wucherlichen Treiben mißbraucht werden, aber eine Beschränkung der Wechselfähigkeit einzelner Volksklassen werde jenes Treiben nicht verhindern, auch jene Klassen eventuell nicht gegen Ausbeutung durch Wucherer schützen. Dem Wucherer ständen genug andere Mittel zu Gebote, sich zu sichern; Redner erinnere nur an die berühmten Ehrenscheine, und so weise eine Gesetzgebung auch sei, die Wucherer seien immer noch schlauer, als die Gesetzgeber weise und wüßten das Gesetz auf alle mögliche Art und Weise zu umgehen. Mit einer Beschränkung der Wechselfähigkeit werde nach dieser Richtung hin sehr wenig erreicht werden. Ueberdies sei ja erst jetzt ein Wuchergesetz erlassen; da solle man doch den Erfolg abwarten und nicht so ohne Weiteres an einer so segensreichen, seit 31 Jahren bestehenden Einrichtung

rütteln und dem Verkehre unabsehbare Erschwerungen und Unannehmlichkeiten bereiten; das allein erreiche man mit Gewißheit, wenn man einzelnen Volksklassen die Wechselfähigkeit entziehe. — Es komme noch in Betracht, daß in manchen Fällen der Wechsel dem Wucher entgegenarbeite; es sei gewiß schon manche Person durch ihn aus den Händen der Wucherer befreit, indem Freunde des Bedrängten ihm durch Mitunterschrift auf einen Wechsel zu Hülfe kämen; dies werde aber unmöglich sein, wenn diese Freunde von der Wechselbeschränkung betroffen seien. Auch für Soldaten, Studenten, Gelehrte, Geistliche, Lehrer und andere Beamte sei die Beschränkung nachtheilig. So könne z. B. ein Officier, dem durch seine Frau erweise ein Geschäft zufalle, gar nicht ohne Wechselfähigkeit auskommen, da er dann weder Wechsel ausstellen, noch acceptiren, noch giriren dürfe. Auch Gelehrte kämen in die Lage, von Wechseln Gebrauch machen zu müssen. Als Liebig den Fleischertract erfunden, und diese Erfindung der ganzen Welt zugänglich gemacht habe, sei der Wechsel für ihn jedenfalls nicht zu entbehren gewesen. Die sämmtlichen genannten Kategorien von Personen könnten sehr leicht in die Lage kommen, durch ihre Wechselfähigkeit ihren Freunden in der Noth zu helfen, was ihnen andernfalls abgeschnitten sei. Nach Redners Wissen existire nur ein einziges Land, in welchem die Wechselfähigkeit bestimmten Klassen als Monopol überlassen sei: Rußland; in allen übrigen Culturländern bestehe allgemeine Wechselfähigkeit wie bei uns. Endlich sei aus den speciellen Verhältnissen, wie sie in unserer Stadt und in unserem Lande beständen, durchaus kein Grund zu entnehmen, der eine Aenderung erforderlich oder wünschenswerth erscheinen lasse. Daher empfehle Redner namens der Statuten- und Finanz-Commission folgende Resolution zur Annahme:

»Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich unter Bezugnahme auf ihr Sitzungs-Protokoll gegen jede Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit, sie sieht in derselben durchaus kein praktisches Mittel zur Bekämpfung des Wuchers, erblickt darin vielmehr eine Maßregel, welche geeignet ist, die von der Beschränkung betroffenen Personen schwer, den allgemeinen Geschäftsverkehr nicht unerheblich zu schädigen. Auch die Beseitigung des eigenen Wechsels kann dieselbe nicht für geboten erachten.

Herr Wolff kann sich den Ausführungen des Herrn Vorredners nur anschließen. Er glaube nicht zu viel zu sagen, wenn er behaupte, daß das erste Gefühl in allen geschäftlichen Kreisen beim Austausch der Nachricht von einer derartigen Enquete das der Befremdung gewesen sei; eine solche Enquete sei auch nur möglich gewesen, weil sie von einem Bismarck, wenn auch nur von einem Sohne des großen, ausgegangen sei. Die deutsche Wechselordnung sei in allen Geschäftskreisen eins der liebsten Gesetze gewesen und diese Enquete habe denn auch den Erfolg gehabt, daß nicht nur im Herzogthume Braunschweig, mit alleiniger Ausnahme des Baugewerk-

vereins, sondern in ganz Deutschland, sich sämmtliche Handelskammern, Gewerkekammern, der Juristentag und die meisten Landwirtschaftlichen Vereine gegen eine Beschränkung der Wechselfähigkeit ausgesprochen hätten. Sie hätten alle aufs lebhafteste kund gethan, daß eine Abänderung in dem vorgeschlagenen Sinne im höchsten Grade verfehlt sein würde und daß gerade das Gegentheil von dem erreicht werden würde, was bezweckt werden sollte. Ebenso habe sich der Verein der deutschen Genossenschaften, der in erster Linie befugt sei, in dieser Frage ein Urtheil abzugeben, da ihm die Verhältnisse über den Geschäftsverkehr der Handwerker am genauesten bekannt seien, einstimmig gegen eine Beschränkung ausgesprochen. Der Verband zähle an die 2000 Creditgenossenschaften, 1876 hätten 806 Genossenschaften mit 431000 Mitgliedern, 1525 Millionen Voranschuß gewährt und darunter 900 Millionen auf Wechsel an kleinere Geschäfte. Welche Unsicherheit würde es hervorgerufen, wenn da mit einem Male die Wechselfähigkeit beschränkt würde, zumal die Genossenschaften zum Theil auf fremdem Capitale basirten. Es sei der Zweck derselben, durch die Gemeinsamkeit der Solidarität die ihnen selbst zur Befriedigung des Creditbedürfnisses ihren Mitgliedern fehlenden Capitalien heranzuziehen und sich dienstbar zu machen, ebenso wie durch Unterschriften oder Bürgschaften, die Andere übernahmen, die einzelnen Mitglieder creditfähig zu machen. 1876 hätten die 806 Genossenschaften 100 Millionen eigenes und 334 Millionen fremdes Geld gehabt; sie müßten aber, weil sie mit so ungeheuern Summen arbeiteten, einen großen Theil ihrer Wechsel weiter begeben, müßten also den Wechsel durch ihr Giro wechselfähig, bankfähig und überall verkehrsfähig machen. In dieser Weise würden colossale Geschäfte in Deutschland gemacht, weniger in Braunschweig selber, wo ganz ausnahmungsweise Verhältnisse existirten, die großen Geschäfte sich durch eine Menge von Creditinstituten, die kleinen Geschäfte durch die Bürgerhülfskasse helfen könnten. Es sei deshalb durchaus nothwendig, daß die Wechselfähigkeit ohne jedwede Beschränkung dem Handwerksstande erhalten bleibe. Wie sollte auch überdies die ganze Sache behandelt werden? Man könne doch unmöglich für das ganze deutsche Reich ein Wechselregister anlegen. Wenn aber vielleicht die Gewerbesteuer maßgebend sein sollte, so würden, abgesehen von der Verschiedenartigkeit der Steuersätze in den Einzelstaaten, ganz wie in dem Falle einer Abhängigkeit der Wechselfähigkeit vom Jahresumsatz, viele in diesem Jahre wechselfähig, im nächsten Jahre es nicht sein und es würde jede Sicherheit aufhören. Viele Beamte, Lehrer, Geistliche, welche bisher gern aus Gefälligkeit für ihnen bekannte kleine Geschäftsleute eine Bürgschaft durch Wechsel übernommen hätten, würden später dazu nicht im Stande sein. Es würde also Denjenigen, die auf derartige Entgegenkommen angewiesen seien, jede Gelegenheit fehlen, im Nothfalle Geld zu bekommen, da Concurrenten und Nachbarn, wenn auch wechselfähig, sehr häufig zur Hülfe nicht bereit seien. Gerade durch die Genossenschaften sei mit Hülfe des Wechsels schon so mancher kleine Geschäftsmann

aus den Klauen des Wucherers befreit worden; daß sei aber nur dann möglich, wenn auch sämtliche Mitglieder wechselfähig seien. Auch für den Beamten sei die Institution der Genossenschaften eine segensreiche; wie oft schon sei es vorgekommen, daß der Verein Beamte unterstützte, die Geld zu einem Bau oder zu einer Familienaussteuer haben mußten. Wenn der Mann aber keine Wechselfähigkeit besäße, würde es ihm häufig unmöglich sein, Geld auf angemessene Weise zu bekommen. Die heutigen Verkehrsverhältnisse seien so ineinandergreifend, daß es ganz unmöglich erscheine, einzelne Kategorien von Personen von dem Rechte der Wechselfähigkeit auszuschließen. Redner erblicke überall in der Idee dieser Beschränkung der Wechselfähigkeit eine Bevormundung des Staats, und schon deshalb müsse man sich entschieden dagegen aussprechen. Deshalb wolle man grade Beamte oder Officiere von dieser Wohlthat ausschließen? Liege Grund vor, gerade diesen Leuten einen besondern Grad von Unkenntniß oder Leichtsinne zuzuschreiben? Oesterreich sei das einzige Land, wo man den Officiern die Wechselfähigkeit entzogen habe, es blühe aber auch der Wucherschwindel nirgend so wie dort bei den Officiern, wobei die Ehrenscheine an Stelle der Wechsel träten, was noch weit schlimmer sei. Das Wuchergesetz werde ja doch auf allerlei Weise umgangen werden können, wovon die Zeitungen uns täglich genug Beispiele böten. — Aus allen diesen Gründen empfiehlt Redner dem Commissionsantrage zuzustimmen; es stehe zu wünschen, daß das altehrwürdige Gesetz der Wechselordnung, welches sich seit seinem 31jährigen Bestehen so glänzend bewährt und der deutschen Nationalöconomie sowie der ganzen Entwicklung der Verkehrsverhältnisse so unendlichen Nutzen geschaffen habe, unangetastet bleibe.

Herr Nieß: Er wisse nicht, nachdem er von der Redaction des »Braunschweiger Tageblatts« in effigie verbrannt worden sei, woher er den Muth nehmen solle, hier seine Ansicht über die Sache noch kundzugeben. Seiner Meinung nach wäre es wohl besser, wenn künftig wieder solche Anfragen seitens des Reichskanzleramts nöthig werden sollten, diese lieber, statt an Versammlungen von einigen Duzend Personen, gleich an die Adresse fortschrittlich angehauchter Zeitungsredactionen zu richten; das Reichskanzleramt ginge dann nicht fehl und würde sicher prompt bedient werden. Nun sei aber die Sache mit der Beschränkung der Wechselfähigkeit wirklich nicht so arg, wie sie aufgefaßt werde. Aus den Vorträgen des Herrn Referenten wie des Herrn Wolff habe er herausgehört, daß die Meinung herrsche, als solle die Wechselfähigkeit an sich beschränkt oder überhaupt ein Angriff auf die Wechselordnung beabsichtigt werden. Beides sei indeß nicht der Fall: es handle sich nur darum, ob einer bestimmten Klasse von Staatsbürgern, namentlich den kleinen Handwerkern, das ihnen gelassene Recht der Wechselfähigkeit zu ihrem eigenen Besten gekürzt werden solle. Redner könne sich auch in seiner Meinung nicht beirren lassen, wenn ihm entgegengehalten werde, daß dadurch gegen die

Freiheit verstoßen werde. Er lasse sich durch den Popanz »Freiheit« durchaus nicht einschüchtern, könne auch die Ansicht nicht theilen, daß Gesetze, die sich gegen etwas richteten, wirkungslos seien. Mit demselben Rechte lasse sich einwenden, die Gesetze schützten auch nicht gegen Raub und Diebstahl. Wenn derartige Gesetze erlassen würden, so sollten sie das Geländer bilden, welches den Unmündigen vor dem Hinabstürzen in den Abgrund bewahre. In diesem Sinne fasse er die Beschränkung der Wechselfähigkeit auf. Wenn Herr Wolff sage, daß die Credit-Genossenschaften das, was sie erreicht haben, im Wesentlichen auf der Basis der allgemeinen Wechselfähigkeit erreicht hätten, so sei doch noch nicht erwiesen, daß dasselbe nicht auch auf andere Weise, also ohne dies allerdings sehr bequeme Institut, erreicht werden könne. Redners Erfahrungen über die Wechselfähigkeit liegen auf einer ganz anderen Seite. Von dem Wechsel ziehen durchgängig nur solche Leute Vortheil, die unmittelbar mit der Bank oder den Bankiers verkehren können. Die Leute, welche in der Regel durch den Wechsel thatsächlich ruiniert würden, seien bei Niemandem creditfähig; sie erhielten nirgend weiter Geld als beim Wucherer. Was das Verkaufen gegen Accept anlange, so lasse sich damit allerdings das Geschäft glatt abwickeln; das Accept werde weiter gegeben und der Verkäufer habe vorläufig nichts mehr damit zu thun. Anders verhalte es sich mit dem Käufer. Sollte das Geschäft des kleinen Handwerkers profitabel sein, so müsse er die Waaren dukendweise kaufen; das Geld für das Accept müsse nun aber in drei Monaten vorhanden sein; die Waaren seien aber meistens in der Zeit noch nicht verkauft, sondern lägen oft ein Jahr auf Lager. Nur müßten sie bezahlen, was ihnen vor drei Monaten aufgedrungen sei. Dann liefere eben die Institution des Wechsels die kleinen Handwerker dem Wucherer in die Klauen, denn sie nähmen das Geld am Verfalltage, woher sie es erlangen könnten; sie würden es vom Altare nehmen, wenn sie nur könnten. — Redner führt sodann einen Fall an, wo bei einem Wechsel von 57 M. die Unkosten der Protestaufnahme u. auf 40 % p. a. gestiegen waren. Wo bleibe da der geträumte Vortheil für den kleinen Geschäftsmann, der in solchen Sachen opereire! Die Unkenntniß des Handwerkers beziehe sich daher nicht auf die Unkunde der Paragraphen der Wechselordnung, sondern darauf, daß er überall unfähig sei, auf so raffinierte Weise zu arbeiten, wie es die Wechselgeschäfte verlangten. Der kleine Handwerker thue am besten, er hüte sich vor dem Wechselgeschäfte, solange er könne. Solange die Wechselfreiheit neben mancherlei Beschränkungen bestanden habe, sei von ihr wenig zu befürchten gewesen. Früher habe man erst mit 28 Jahren heirathen und ein Geschäft begründen können, was heute Jeder mit 21 Jahren könne; von diesem Alter seien die Leute aber noch sehr unerfahren und könnten in ihrem Unverstande gerade durch die Wechselfreiheit leicht ruiniert werden; da schlage Mancher Kopfüber, ohne sich je wieder aufzurichten. Die Resolution des Baugewerkevereins sei in der guten Absicht gefaßt, solche Leute, die nicht in Wechselgeschäften zu arbeiten verstehen, von denselben fern zu halten

und gefehlich vor übeln Folgen zu schützen. Redner könne sich nicht auf den Standpunkt stellen, zu sagen, die Wechselordnung bedürfe keiner Revision, keiner Abänderung. Er stimme gegen die Annahme der von der Commission vorgeschlagenen Resolution.

Herr Kloss: Wenn er sich in dieser Angelegenheit ein Urtheil erlaube, so geschehe es auf Grund langjähriger Erfahrungen gerade im geschäftlichen Verkehr mit dem Kleingewerbetreibenden, und er habe nicht anders gefunden, als daß die allgemeine Wechselfähigkeit für diese Klasse von Geschäftsleuten eine wahre Wohlthat sei. Wie häufig komme es vor, daß der Handwerker, wenn er zur Meßzeit seine Ausstände einziehen wolle, trotz aller Bemühungen kaum den zehnten Theil des ausstehenden Geldes erlangen könne und er sei dann, da er seinen Verpflichtungen dem Fabrikanten gegenüber nicht nachzukommen im Stande sei, in der übeln Lage, den ferneren Bezug seines Bedarfs beim Fabrikanten einzustellen, auch trage letzterer in vielen Fällen erklärlicherweise Bedenken, weitere Verabfolgungen von Rohstoffen eintreten zu lassen und das Conto zu erhöhen. Es gäbe aber manchen kleinen Handwerker, der, wenn er als rechtschaffener Mann bekannt sei, sich über diese Calamität leicht dadurch hinweghelfen könne, daß er dem Fabrikanten für die restirenden Forderungen ein Accept ausstelle; bald darauf sei er in der Lage zahlen zu können und dann komme er seinen Verpflichtungen nach. Der Wechsel sei in solchem Falle wesentlich eben nichts weiter als ein Anerkenntniß der Schuld. Sei der Acceptaussteller am Verfalltage noch nicht im Stande zu zahlen, so lasse der Fabrikant, wenn er einigermaßen human denke, prolongiren und warte, bis der Käufer zahlungsfähig sei. Redner erkläre sich gegen jedwede Beschränkung der Wechselfreiheit und bitte dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Herr Heymann schließt sich den Ausführungen des Herrn Referenten an. Er habe erwartet, daß die Resolution des Baugewerkvereins durch gewichtigere Gründe motivirt werden würde, als dies soeben durch die des Herrn Nieß geschehen sei. Es handle sich um eine Abänderung der Wechselordnung. Der einzige Grund, welcher für diese Aenderung angeführt worden, bestehe in der Befürchtung, daß durch die Wechselfähigkeit gewisse Kategorien von Leuten arg geschädigt werden würden. Herr Nieß habe das Wechselgeschäft mit Raub und Diebstahl verglichen; das sei indeß eine verkehrte Anschauung, sich den Wechsel in dieser Weise als Poranz vorzustellen. Das Wechselrecht sei allerdings streng, wenn schon ein wesentlicher Theil der Strenge durch die Aufhebung der Schuldhast beseitigt wäre, aber die Wechselausstellung sei keineswegs als etwas Gefährliches oder Captioses zu betrachten. Man sehe sehr häufig Rechtsgeschäfte eingehen, die bedeutend captioser seien, als Wechselgeschäfte. Die Eingehung einer Verbindlichkeit mittelst Wechsels sei nicht schwerer zu beurtheilen als die Eingehung einer durch irgend welches andere Mittel hervorgerufenen Verbindlichkeit; die Wechselgeschäfte seien höchst einfacher Natur und auch der Handwerkerverein werde sich in der Sache wohl klar sein. Herr Nieß meine,

daß wenn nach 3 Monaten der Wechsel verfallen, der Käufer schlimmer daran sei, als wenn er gegen Credit gekauft hätte; das sei indeß nicht der Fall, er werde dann eben aus der Buchschuld verklagt, was nur langsamer gehe, als eine Wechselklage. Er wolle noch bemerken, daß auch der Vorstand der Handelskammer sich gegen jede Beschränkung der Wechselfähigkeit ausgesprochen habe.

Nachdem noch Herr Nieß die irrthümliche Bemerkung des Herrn Vorredners über die Vergleiche des »Raubs und Diebstahls« unter Zustimmung des Herrn Vorsitzenden berichtigt,

und Herr Heymann bezüglich des zweiten Theils des Commissionsantrags bemerkt hat, daß er zwar kein großes Unglück darin erblicke, wenn der eigene Wechsel beseitigt werde, ihm aber auch kein genügender Grund vorzuliegen scheine, in dieser Richtung eine Aenderung der Gesetze eintreten zu lassen,

wird zur Abstimmung durch Erheben von den Eiden geschritten, welche eine Annahme des Commissionsantrags mit 22 gegen 1 Stimme ergiebt.

III. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über ein Magistrats Schreiben vom 4. Juli c. — Eine gegen den Commissionair Flügge hieselbst wegen Zurückzahlung von 1302 *M.* Curokosten städtischerseits erhobene Klage ist bislang ohne Resultat geblieben, weil die versuchte Execution sich als fruchtlos erwiesen hat. Flügge hat angegeben, daß er unter mehreren kleineren ihm zustehenden Forderungen eine größere von 1350 *M.* beim Schänkwirth Giffhorn ausstehen habe, welcher diese Forderung indeß als zu Recht bestehend nicht anerkannt hat. Neuerdings hat nun Letzterer sich bereit finden lassen, zur Deckung der fraglichen Provisionsforderung einen von Flügge auf ihn gezogenen Wechsel über 150 *M.*, zahlbar am 10. April d. J., zu acceptiren und ist dieser Wechsel auf den Magistrat von Flügge in blanco indossirt. Der Magistrat giebt hiernach anheim, zur Klagerhebung gegen den Schänkwirth Giffhorn wegen Zahlung der gedachten Wechelschuld zu 150 *M.* die Zustimmung zu ertheilen,

was auf Befürwortung der Commission ohne Debatte seitens der Versammlung geschieht.

IV. wird nach einem Referate des Herrn Kunken für die Finanzcommission dem Magistratsantrage vom 19. v. Mts. gemäß beschloffen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem städtischen Wegewärter Binder zu Melverode, welcher seit längerer Zeit an einer Magenkrankung leidet und arbeitsunfähig ist, eine einmalige Unterstützung von 110 *M.* aus dem Unterhaltungsfonds der städtischen Communicationswege gewährt werde.

V. Nach einer Anzeige der Verwaltungsdeputation der städtischen Gas- und Wasserwerke sind in der Cassé des Gaswerks die Mittel zur Rückzahlung derjenigen 180 000 *M.* vorhanden, welche die Stadtcassé als Restforderung für die Neubauten auf dem Gaswerke in 1874/6 zu empfangen hat. Die Mittel zur Befreiung der Kosten jener Neubauten wurden dem Gaswerke s. Z. aus einer Anleihe zur Verfügung gestellt, welche die Stadt beim Herzoglichen Leihhause im Betrage von 600 000 *M.* gegen halbjährige Kündigungsfrist mit Verzinsung zu  $4\frac{1}{2}\%$  und unter dem Beding der Amortisation mit  $1\%$  und den ersparten Zinsen contrahirt hatte, und welche gegenwärtig durch die geleisteten Abträge auf 574 269 *M.* 24 *S.* reducirt worden ist. Der Magistrat hält nun in seinem Schreiben vom 3. d. Mts. für angemessen, die qu. 180 000 *M.* auf die bezeichnete Leihhausschuld extraordinair abzutragen und erbittet hierzu die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, bemerkt übrigens, daß die Stadtcassé die Rückzahlung der letztgedachten Summe zur Vermeidung von Zinsverlusten erst am 1. März 1881 anzunehmen haben wird, dafern nicht etwa die Herzogliche Leihhausanstalt auf Innehaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist rücksichtlich des extraordinairén Capitalabtrags verzichten sollte.

Die Finanzcommission, für welche Herr Wolff referirt, empfiehlt den Antrag zur Annahme, worauf derselbe genehmigt wird.

Wie

VI. Herr Wolff namens der Finanzcommission weiter berichtet, hat der Magistrat unterm 3. d. Mts. den Rechnungsabschluß des Wasserwerks für das Jahr 1879 mit dem Bemerkén unterbreitet, daß er, gleichwie die Verwaltungsdeputation, Einwendungen dagegen nicht zu machen habe, und dabei den Antrag gestellt, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Direction des Gaswerks für das Betriebsjahr 1879, vorbehältlich der annoch vorzunehmenden Vergleichung des Abschlusses mit den Büchern, Decharge erteilt werde.

Nach Inhalt des Jahresberichts über das Wasserwerk pro 1879 beziffert sich der Gesamtgewinn aus jenem Jahre auf 81 557 *M.* 69 *S.*; von diesem Gewinne sollen, nach Vorschlag der Direction,

- 1) 4500 *M.* auf Amortisation von Obligationen verwendet,
- 2) 4996 *M.* 62 *S.* dem Anlageconto als nicht zu verzinsendes Capital für Erweiterung des Rohrnetzes zugeschrieben werden; sodann wird beantragt
- 3) 72000 *M.* als Beitrag zu den Kosten des Baues der Gebäude für die Gas- und Wasserwerke zur Verfügung zu stellen, sowie
- 4) 61 *M.* 7 *S.* dem Betriebsfonds zu überweisen, welcher danach auf 35 353 *M.* 33 *S.* sich erhöhen würde.



Der Magistrat findet, in Uebereinstimmung mit der Verwaltungsdeputation, gegen diese Vorschläge und Anträge nichts einzuwenden und giebt anheim, dieselben zu genehmigen.

Referent empfiehlt die Magistratsanträge zur Annahme und giebt seiner Freude darüber Ausdruck, constatiren zu können, daß die für 1879 dem Voranschlage nach in Aussicht genommenen Ueberschüsse von 54800 *M.* in Wirklichkeit noch um ca. 27 000 *M.* übertroffen seien.

Herr Munte erklärt, daß er sich dieses Ueberschusses wegen durchaus nicht freuen könne, daß er im Gegentheil viel lieber gesehen hätte, wenn geeignete Maßregeln zur Verbesserung des Wassers getroffen oder doch wenigstens jedem Hausbesitzer die nöthigen praktischen Filter aus dem großen Ueberschusse zugestellt worden wären.

Herr Reuter: Aus dem Schlußsate des der Versammlung in autographischen Abzügen vorgelegten Berichtes der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke sei zu ersehen, daß man Vorkehrungen getroffen habe, die Menge des Wassers zu vermehren und die Beschaffenheit desselben zu verbessern. Auch die Anlage der Harzwasserleitung, worüber der Bericht bei den Mitgliedern der Versammlung circulirt habe, werde fortwährend im Auge behalten; zur Ausführung dieses Projectes sei aber viel Geld erforderlich und man könne die Ueberschüsse des Wasserwerks daher nur mit Freuden begrüßen. Uebrigens seien auch die Leistungen des Wasserwerks nicht so ungenügend, wie das mitunter auf den ersten Blick scheine. Das Wasser könnte freilich, wie nicht zu verkennen sei, zuweilen etwas besser sein, es seien aber die Werke zu sehr von elementaren Einflüssen abhängig, wogegen sich eben nichts machen lasse. Es sei immer richtiger, vor Aufwendung größerer Summen gründlich zu prüfen, ob auch der gewünschte Erfolg davon zu erwarten stehe. Berlin, welches 42 Millionen Mark auf die Wasserwerke verwandt habe, würde gern mit unserm Wasser tauschen. In der letzten Deputationsitzung sei übrigens beschloffen worden, in der nächsten Sitzung der Frage näher zu treten, welche Einrichtungen im nächsten Frühjahr getroffen werden müßten, um mehr und besseres Wasser zu erzielen.

Darauf werden die Magistratsanträge, vorbehältlich der Vergleichung des Rechnungsabschlusses mit den Büchern, genehmigt.

VII. In den Tagen des 4. und 5. October d. J. wird in Braunschweig die 7. Hauptversammlung des deutschen Vereins für das höhere und mittlere Mädchenschulwesen tagen. Der Director der städtischen höheren Mädchenschule, Dr. Sommer, hat nun, um den erwarteten Gästen einen freundlichen Empfang und ein eigenartiges, eben nur hier mögliches Fest bereiten zu können, im Auftrage des Localcomitées darum nachgesucht, der gedachten Versammlung für den Abend der am 5. October stattfindenden geselligen Zusammenkunft den Altstadt-Rathhaussaal zur Benützung zu

überlassen und die durch die Erleuchtung des Gebäudes und des Altstadtmarktes, wie auch die durch eine musikalische Unterhaltung erwachsenden Kosten seitens der Stadt zu übernehmen. Der Magistrat glaubt dieses Gesuch in seinem Schreiben vom 8. d. Mts. um so mehr zur Genehmigung empfehlen zu sollen, als abgesehen davon, daß gleiche Begünstigungen bereits anderen Wanderversammlungen zu wiederholten Malen hier gewährt worden sind, die Lehrerversammlung von hoher Bedeutung für die Hebung auch unseres höheren und mittleren Mädchenschulwesens sein und von einer ansehnlichen Theilnehmerzahl besucht werden wird; er beantragt daher, unter dem Bemerken, daß die Kosten (excl. der Beleuchtung mit Gas) sich voraussichtlich auf 550 *M.* belaufen werden, daß eine ähnliche Summe aber auch aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt sei, ihn zur Bewilligung des Gesuchs zu autorisiren, --

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Wolff, genehmigt wird,

nachdem Herr Rieke erklärt hat, daß er gegen die Einräumung des Saales nichts einzuwenden habe, mit der Verwilligung der Kosten sich jedoch deshalb nicht einverstanden erklären könne, weil verschiedentlich anderen Vereinen nicht einmal der Saal zu Versammlungen eingeräumt sei.

VIII. Die Stadt hat im Jahre 1878 an die Gebrüder Liebergessell den an der neuen Verbindungsstraße zwischen Damm und Kattreppeln belegenen 60 qm haltenden Bauplatz für 5280 *M.*, sowie den an dieser Verbindungsstraße gegenüber der Waisenhausbuchdruckerei belegenen Bauplatz für 16 000 *M.* verkauft. Später wurde sowohl von der städtischen Bauverwaltung als auch von dem Kreisbranddirector als wünschenswerth bezeichnet, von dem für die städtischen Feuerlöschzwecke zu erbauenden Etablissement aus eine Ausfahrt über das neben der Waisenhausbuchdruckerei belegene Grundstück nach der an Stelle der Langenbrücke anzulegenden Straße zu gewinnen, auch wurde seitens der städtischen Bauverwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß das auf dem vorbezeichneten Bauplatze von den Gebrüdern Liebergessell zu errichtende Gebäude neben dem weit niedriger projectirten städtischen Gebäude für Feuerlöschzwecke einen unschönen Anblick gewähren und der Waisenhausbuchdruckerei das erforderliche Licht rauben möchte. Mit Rücksicht auf diese Wünsche und Befürchtungen hat der Magistrat laut Vertrags vom 27. August c. die Gebrüder Liebergessell veranlaßt, auf ihre Rechte an dem Bauplatze neben der Waisenhausbuchdruckerei zu verzichten, wogegen die Stadt auf den Kaufpreis für den Bauplatz neben dem Büngerschen Hause zu 5280 *M.* Verzicht zu leisten haben würde. Zugleich wird proponirt, den neben der Waisenhausbuchdruckerei belegenen Bauplatz an die Direction des Waisenhauses B. M. V. für den Kaufpreis von 21 000 *M.* zu verkaufen, wobei der Stadt das Recht einzuräumen sein würde, den Bauplatz nach der Langenbrücke zu bei ausbrechendem Schadenfeuer als Ausfahrt für die Feuerlösch-

geräthschaften zu benutzen. Die Stadt würde durch dieses Arrangement eine Einbuße von 280 *M.* erleiden, sie hat aber die Vortheile, daß ihr die gedachte Ausfahrt vom Feuerlöschgrundstücke aus gewährt wird und das Waisenhaus höhere Gebäude als das projectirte Feuerlöschgebäude auf dem fraglichen Bauplätze zu erbauen nicht beabsichtigt. Der Magistrat beantragt die mit den Gebrüdern Liebergessell bezw. der Direction des Waisenhauses B. M. V. abgeschlossenen Contracte zu genehmigen.

Die Commission, für welche Herr Rybiß referirt, ist zu der Ansicht gelangt, daß das städtische Interesse bei dem vorgeschlagenen Arrangement nicht genügend gewahrt sei. Die Direction des Waisenhauses sei nämlich zufolge Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters nicht geneigt, sich der Beschränkung, auf dem fraglichen Bauplätze kein höheres Gebäude zu errichten, als das projectirte Feuerlöschgebäude sei, zu unterwerfen und diese Eigenthumsbeschränkung ins Grundbuch eintragen zu lassen. Da hiernach gar keine Sicherheit für die Wahrung der städtischen Interessen vorliege, so gebe die Commission anheim, das Geschäft vorläufig abzulehnen.

Herr Bürgermeister Kittmeyer: Nach dem ursprünglichen Vertrage sei vorausgesetzt, daß das Waisenhaus sich verpflichten würde, die gedachte Beschränkung ins Grundbuch eintragen zu lassen; da aber das Waisenhaus sich dem gegenüber ablehnend verhalte, so frage es sich, ob nicht die Stadt trotzdem ein günstiges Geschäft mache, wenn der Magistratsantrag angenommen würde. Im eigenen Interesse des Waisenhauses liege es, sich das Licht seiner Druckerei nicht zu verbauen, es sei also nicht daran zu denken, daß es ein mehr als dreistöckiges Gebäude, welches höher sei als das Feuerlöschgebäude, an jener Stelle aufzuführen werde. Die Gebrüder Liebergessell hätten dagegen in positive Aussicht gestellt, ein Gebäude von 4½ Stock Höhe zu errichten, was in ästhetischer Beziehung der neu anzulegenden Straße schaden würde. Selbst wenn das Waisenhaus einmal vom Feuer zerstört werden würde, so sei doch nicht anzunehmen, daß solch ein Institut Gebäude von 4½ Stock hoch an die Stelle setzen würde. Es sei also mit großer Zuversicht zu erwarten, daß die erfolgte Absicht auch ohne Eintragung einer dinglichen Verpflichtung ins Grundbuch, erreicht werden würde. Er gebe daher anheim, dem Vertrage mit dem Waisenhause zuzustimmen, zumal es sich nur um das verhältnißmäßig geringe Opfer von 280 *M.* handle. Ein definitiver Abschluß der Angelegenheit sei übrigens dringend wünschenswerth.

Herr Reuter bittet gleichfalls, dem Magistratsantrage zuzustimmen. Den Fall, daß einmal das Waisenhaus durch Feuer total zerstört und das ganze Terrain neu bebaut werden müßte, befürchte er am allerwenigsten; es müßte von unheilvollen Combinationen begleitet sein, wenn ein unmittelbar an das Feuerlöschgebäude stoßendes Haus einmal ein Raub der Flammen werden sollte.

Herr Winter macht auf die Eventualität aufmerksam, daß die Direction des Waisenhauses den fraglichen Bauplatz direct von Liebergessell erwerben könnte und

die Stadt dann des erhofften Vortheils verlustig sein würde. Es liege seines Erachtens nur im Interesse der Stadt, in der vom Magistrate proponirten Weise vorzugehen.

Herr Zellgmann: Aus den Mittheilungen der Herren Vorredner gehe nicht hervor, was das Waisenhaus mit dem neuen Bauplätze beginnen wolle. Es würde sich nicht vortheilhaft ausnehmen, an jener Stelle möglicherweise einen wüsten Platz zu haben.

Herr Overbürgermeister Pockels: Das Waisenhaus habe an der Erwerbung des in Rede stehenden Areals weiter kein Interesse, als daß ihm dadurch die Möglichkeit geboten werde, die Aufführung eines hohen Gebäudes zu verhindern, welches seiner Druckerei das Licht entziehen würde. Ueber die spätere Benutzung des Platzes lasse sich für jetzt mit Bestimmtheit nichts angeben.

Nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden scheint es dringend geboten, den unterbreiteten Vertrag zu genehmigen. Man hätte allerdings besser gethan, den fraglichen Bauplatz nicht zu verkaufen; Liebergesell habe indeß nicht bloß den Kaufpreis zu zahlen, sondern sich auch verpflichtet, noch andere Leistungen zu übernehmen. Es lagen außerordentlich verwickelte Rechtsverhältnisse bezüglich des Okerkanals und eines dahin führenden Wasserganges vor; höchst lästige Berechtigungen mußten beim Verkauf des Bauplatzes an Liebergesell beseitigt werden. Man komme in eine unangenehme Situation, wenn auf dem gedachten Areal ein hohes Haus errichtet werde; diese Gefahr werde durch Veräußerung des Bauplatzes an das Waisenhaus vorläufig beseitigt. Nun sei noch ein Weg möglich, die Situation der Stadt zu verbessern, nämlich: den mit dem Waisenhause abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und daran das Ersuchen zu knüpfen, daß der Stadt seitens der Waisenhausverwaltung ein Vorkaufsrecht bezüglich des Grundstücks eingeräumt werde. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Herr du Roi hält für geboten, heute einfach den Rückwerb des Liebergesellschen Bauplatzes zu beschließen und eine Beschluffassung wegen anderweiter Veräußerung desselben für heute auszusetzen, oder aber an eine Veräußerung an das Waisenhaus die Bedingung zu knüpfen, daß auf dem fraglichen Platz kein höheres als dreistöckiges Gebäude errichtet werden darf.

Dieser Ansicht schließen sich die Herren Nieß und Bösekrug an, letzterer unter dem Bemerken, daß man durchaus nicht besorgt zu sein brauche, später nicht denselben Kaufpreis zu erzielen; die Bauplätze seien in diesem Stadttheile so gesucht, daß man jeder Zeit Käufer finden würde, welche sich unter Zahlung derselben Summe von 21 000 *M.* gern der vom Waisenhause ausgeschlagenen Bedingung unterziehen würden. Zu wünschen sei auch, daß an dieser Ecke keine Schule oder Turnhalle, sondern ein ansehnliches Geschäftshaus errichtet werde.

Herr du Roi stellt darauf den Antrag:

»den Rückwerb des Liebergesellschen Bauplatzes zu genehmigen, die

anderweite Veräußerung desselben an das Waisenhaus indeß an die Verpflichtung der Nichtbebauung desselben durch ein mehr als dreistöckiges Haus zu knüpfen.«

Nachdem der Herr Vorsiehende seinen Antrag zu Gunsten des vorstehenden zurückgezogen hat, wird zur Abstimmung geschritten; dieselbe ergiebt die Ablehnung des Commissionsantrags und die Annahme des Antrags du Roi.

XI. Mittelft Schreiben vom 9. und 19. Juni c. hat der Magistrat wegen Verkaufs der durch den Abbruch der Lages'schen Häuser *N* ass. 301 und 302 an der Leopoldstraße, sowie durch die Canalisirung des Okergrabens daselbst gewonnenen Terrains Vorschläge gemacht, über welche indeß eine Entscheidung bislang nicht erfolgt ist. Inzwischen ist vom dem Färbermeister Langebartels, welcher das neben der Area der vormals Lages'schen Häuser belegene Grundstück *N* ass. 303 an der Leopoldstraße besitzt, eine günstigere Offerte eingegangen. Derselbe hat sich nämlich erboten, für die im Termine am 2. Juni d. J. zum öffentlich meistbietenden Verkaufe gestellten, 207 qm, resp. 67 qm und 26 qm haltenden Terrainstücke 16 000 *M*. zu zahlen und sich zugleich verpflichtet, die ihm zugehörigen Wohn-, Seiten- und Nebengebäude niederzureißen und auf der Area dieser Gebäude, sowie auf den sub 1 und 2 gedachten Terrainstücken bis zum Ende des Jahres 1882 ein massives Wohnhaus, nicht unter drei Stock hoch, nach Vorschrift des Stadtbauamts zu erbauen, auch, falls er das den Schmidt'schen Erben zugehörige Haus *N* ass. 304 an der Leopoldstraße ankaufen sollte, dieses abzubrechen und auf der Area desselben sowie dem Terrainstücke *N* 3 ein neues Gebäude zu errichten. Da der offerirte Kaufpreis angemessen erscheint, so beantragt der Magistrat, den mit Langebartels abgeschlossenen Kaufcontract zu genehmigen.

Herr Rybik, welcher namens der Finanzcommission referirt, giebt anheim, diesem Antrage zuzustimmen.

Herr Mühe wünscht Aufklärung darüber zu haben, ob durch die Veräußerung des in Rede stehenden Terrains der Baulinie nach der Bruchstraße zu präjudicirt werde. Grade dieser Straßentheile, auf welchem die Bruchstraße und die Friedrich-Wilhelmsstraße zusammenstoßen, habe doppelten Anspruch auf eine respectable Breite, schon um bei etwaiger Feuergefahr die Spritzen gut zur Verwendung bringen zu können. Wenn die Bruchstraße durch die gedachte Terrainveräußerung in ihrem Ausgange nach dem Katreppeln zu nun gar noch an Breite verlieren solle, so würde sich Redner unbedingt gegen das vorliegende Project erklären. Man müsse bei der Veräußerung von Bauplätzen in jener Gegend im Auge haben, daß auch die Bruchstraße, wenn sich die Verkehrsverhältnisse über kurz oder lang gebessert hätten, einer anderen Zukunft entgegengehe. Mit der Zeit werde man daran denken können, die nach der Leopoldstraße zu belegene Häuserreihe, welcher bedeutendes

Hof- und Gartenterrain zur Verfügung stehe, etwas zurückzuschieben und auf diese Weise die Straße zu verbreitern. Es wäre daher gar nicht zu verzeihen, wenn jetzt Maßregeln getroffen würden, welche die Straße an ihrem Ausgange statt zu verbreitern zu verschmälern bestimmt seien.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bezeichnet die Befürchtungen des Herrn Vorredners als unbegründet, der in Rede stehende Straßentract sei breiter als die Münzstraße und etwas schmaler als die Friedrich-Wilhelmsstraße projectirt; die in Aussicht genommene Breite reiche, auch nach Ansicht der dortigen Anwohner, vollständig aus.

Herr Mühe hätte am liebsten gesehen, wenn an jener Stelle, wo sechs Straßen zusammenstoßen, ein freier Platz geschaffen würde, um auch dem äußerst regen Verkehr besonders während der Meßzeit genügend Rechnung zu tragen.

Im nämlichen Sinne äußert sich Herr Munte; wenn die Straße auch wirklich 1—1½ m breiter projectirt sei als die Münzstraße, so werde sie doch schmaler erscheinen, da sie mit 4stöckigen Häusern werde besetzt werden, wogegen an der Münzstraße nur 2stöckige Häuser ständen.

Auch Herr Tellgmann pflichtet Herrn Mühe vollständig bei. Es könne überall nicht darauf ankommen, ob man aus dem fraglichen Bauplätze ein paar tausend Mark mehr oder weniger löse, sondern nur darauf, sich an einer Stelle, durch welche der Hauptverkehr der Stadt geleitet werde, eine schöne, breite Straße zu schaffen.

Im Laufe der fernerer Debatte, an welcher sich in Kürze die Herren Heymann, Nieß, Munte, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und der Herr Vorsichtige betheiligen, stellt sich heraus, daß ein großer Theil der Versammlung sich von der für den gedachten Straßenzug projectirten Breite ein klares Bild nicht machen kann; auch die von einigen Herren an dem im Sitzungssaale ausgehängten Situationspläne auf Grund des eingezeichneten Maßstabes vorgenommenen Ermittlungen beseitigen die aufgetauchten Zweifel nicht vollständig; es wird daher im Einverständnisse mit der Statutencommission und dem Herrn Oberbürgermeister Pockels folgender Antrag des Herrn Munte angenommen:

»Den mit dem Färbermeister Langebartels unterm 6. v. Mts. abgeschlossenen Vertrag wegen Verkaufs der obenbezeichneten Terrainstücke für den offerirten Kaufpreis von 16000 M. und unter den sonstigen stipulirten Bedingungen zu genehmigen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der neu entstehende Straßenzug dieselbe Breite, wie der nächstliegende Straßenthail der Friedrichs-Wilhelmsstraße erhalte.«

Danach

X. berichtet Herr Runken namens der Finanz-Commission über ein Magistrats-schreiben vom 11. d. Mts. — Daß an der Abelnkarre sub .M. ord. 13 belegene,

den Erben weiland Stadtwundarztes Poppe zugehörige Privatgrundstück, wird von drei Seiten von dem zur 1. mittleren Bürgerschule an der Wilhelmsstraße gehörigen Terrain so eingeschlossen, daß dadurch eine recht unangenehme Trennung des ohnehin sehr beschränkten Schulhofes herbeigeführt und eine zweckmäßige Ausnutzung des Schulgrundstücks namentlich dann erschwert wird, wenn das an das gedachte Privatgrundstück anstoßende, baufällige Seitengebäude der Schule abgebrochen resp. umgebaut werden sollte. Nach verschiedenen Vorverhandlungen ist dieses Grundstück dem Magistrate jetzt zu 12000 *M.* angeboten, welchen Preis derselbe in Anbetracht der obenerwähnten Umstände nicht für zu hoch hält. Es wird daher beantragt, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das Poppe'sche Grundstück ab Seiten der Stadt zu einem durch den nächstjährigen Etat zu deckenden Kaufpreise von 12000 *M.* erworben werde —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres genehmigt wird.

#### Wie

XI. Herr Wolff namens der Finanzcommission berichtet, hat nach einem Magistratschreiben vom 11. d. Mts. der Particulier Adolph Willke hieselbst dem Magistrate zum 1. October d. J. auf den Credit der Stadtgemeinde ein Darlehns-capital von 60000 *M.* gegen eine Verzinsung von 4 % und gegen halbjährige Kündigung unter dem Vorbehalte angeboten, daß ihm, sofern und sobald etwa eine neue Anleihe des Kreiscommunalverbandes Braunschweig durch Ausgabe unkündbarer Inhaber-Papiere contrahirt werden sollte, freigestellt bleibe, bis zur Höhe des Betrages seiner Darlehnsforderung Obligationen solcher Anleihe zum Emissionscourse zu übernehmen. Der Magistrat hält dieses Anerbieten mit Rücksicht auf die städtischen Cassen für vortheilhaft, er giebt deshalb anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dasselbe acceptirt und daß von der (in das Extraordinarium der Stadtcasse fließenden) Darlehnssumme an das Extraordinarium der Wegebaucasse der Fehlbetrag der letzteren übergeführt werde.

Die Commission empfiehlt den Antrag zur Genehmigung, welche denn auch ohne Debatte erfolgt.

XII. Der §. 3. von den städtischen Behörden festgestellte, dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung unterbreitete Entwurf zu einem Statute über die städtischen Mädchenschulen ist dem Magistrate mit dem Bemerkten wieder zugegangen, daß die vorschlagene Unterstellung der beiden Mädchenschulen unter die in §. 6 des Gesetzes vom 8. April 1876 *M.* 37 zusammengefaßte Kategorie von Schulen als eine fehlsame zu bezeichnen, dagegen für zulässig zu erachten sei, die beiden Schulen auf Grund des §. 5 leg. cit. für höhere Lehranstalten zu erklären und

denselben danach eine selbständige Organisation, jedoch nur auf der Grundlage zu geben, daß ihnen der Character von Gemeindeschulen gewahrt bleibe, daher denn auch nicht die lediglich für Ordnung von Gemeindeangelegenheiten im engeren Sinne zulässige Form eines Statuts zu wählen, die Organisation vielmehr mittelst eines auf landesherrliche Genehmigung sich stützenden Regulative zu erfolgen habe. In Befolgung dieser Sätze und unter Beachtung der daraus sich ergebenden Consequenzen hat der Magistrat den gedachten Entwurf umgearbeitet und beantragt nun, zum Erlasse des aus dieser Umarbeitung des Statuts hervorgegangenen »Regulative, die städtischen Mädchenschulen zu Braunschweig betreffend« die Zustimmung zu erteilen.

Herr Steinacker, welcher namens der Statuten- und Schulcommission referirt, trägt die magistratsseitig getroffenen Aenderungen der Reihenfolge nach vor, indem er, wo es ihm nöthig erscheint, entsprechende Erläuterungen einschaltet.

Da Einwendungen seitens der Versammlung nicht zu machen sind, wird die Genehmigung des Magistratsantrags ausgesprochen.

#### Schließlich

XIII. werden durch Acclamation zur Einschätzung der hiesigen Gewerbetreibenden für die Zeit vom 1. October d. J. bis dahin 1881 wiederum die Herren Jasper, Kloss, Krampe und Wilke als Mitglieder der Ortscommission gewählt.

#### Schluß der Sitzung.

In der darauf folgenden vertraulichen Sitzung wird für einen städtischen Lehrer eine Beihilfe zu Kurkosten bewilligt, sowie über Steuer Reclamationen Beschluß gefaßt.





(Beilage zu N. 275 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 240 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 12.

# Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. November 1880.

Öffentlich:

Berathung über die Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend

- I. den Zuschuß zu den Gewerbeschul-Kosten,
- II. Ermächtigung zur Aufnahme einer aus der Errichtung des Schlachthauscs hergeleiteten Entschädigungsklage,
- III. Ankauf des Steinmaterials der abgebrochenen langen Brücke,
- IV. Bewilligung der durch polizeilich angeordneten Zuschüttung eines Teiches erwachsenen Kosten,
- V. Ermächtigung zur Eintragung eines Hypothekcapitals,
- VI. Voranschlag des Wasserwerks pro 1880,
- VII. desgl. des Gaswerks pro 1880/81,
- VIII. Fortsetzung der Unterstützung eines im Dienste beschädigten Feuerwehr-Mitgliedes,
- IX. Abänderung des Statuts wegen der städtischen Realschule,
- X. Legung einer Fußdecke im Sitzungssaale der Stadtverordneten,
- XI. Verwilligung einer Remuneration für provisorische Verwaltung der Bürgerschulcasse,
- XII. Provisorische Instandsetzung der Straßenstrecke zwischen Friedrich-Wilhelmstraße und Kattreppeln,
- XIII. Wahl neuer Mitglieder in die Commission zur Gebäude-Einschätzung behuf der Einquartierung.

Vertraulich:

Steuerreclamationen und Erlaßgesuche.

Entschuldigt wegen Fehlens die Herren Lüderßen und Meuter, wegen Verspätung die Herren Bösekrug, Steinacker und Wolff.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Schöttler und Stadtrath Ketemeyer.

Zu dem Protocolle der letzten Sitzung N. 11, welches zur Genehmigung vorliegt, bemerkt Herr Heymann, daß in demselben von seiner wegen Fehlens in der vorhergehenden Sitzung am 26. August c. nachträglich eingebrachten Entschuldigung keine Notiz genommen sei, sowie daß es in seinem Vortrage S. 160 Z. 4 v. o. statt »Handelskammer« heißen müsse »Anwaltskammer«. Nachdem die Versammlung diese Ausstellungen als begründet constatirt hat, wird das Protocoll unter Vorbehalt der Berücksichtigung derselben im gegenwärtigen Protocolle genehmigt.

#### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Kybitz namens der Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 17. September c. — Nach der revidirten Rechnung über die Einnahme und Ausgabe der Cassé der hiesigen Gewerbeschule vom Jahre 1879 hat der Rechnungsführer von Nitschke einen Vorschuß von 52 *M.* 71 *S.* pro 1878 und von 188 *M.* 3 *S.* pro 1879, zusammen von 240 *M.* 74 *S.* geleistet. Diese Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe hat ihren Grund einerseits in der in den letzteren Jahren eingetretenen Verminderung der Schülerzahl, wodurch eine Mindereinnahme von pptr. 70 *M.* p. a. verursacht ist, andererseits auch in der Ostern 1879 erfolgten Einrichtung einer Nachmittagsstunde für Bäckerlehrlinge, wodurch sich das an die betreffenden Lehrer zu zahlende Honorar zu 120 *M.* p. a. erhöht hat. Der von der Stadt geleistete Zuschuß von 950 *M.* ist in den letzten Jahren nicht erhöht worden, es stellt sich deshalb ein Deficit von jährlich etwa 250 *M.* heraus. Der Magistrat beantragt daher, nicht nur zur Begleichung der Ausgaben und Einnahmen pro 1878 und 1879 die Differenz von 240 *M.* 74 *S.* aus der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde nachzuverwilligen, sondern auch den Zuschuß aus dieser Cassé von 950 *M.* auf 1200 *M.* jährlich zu erhöhen.

Referent empfiehlt die Anträge zur Annahme.

Herr Winter bemerkt, daß dem Vernehmen nach Verhandlungen im Gange seien, welche eine Vereinigung der Gewerbeschule mit der Schule des Handwerkervereins und der des Gewerbevereins anstreben. Es dürfte sich empfehlen, eine Erhöhung der Dotirung der Gewerbeschule solange auszusparen, bis diese Angelegenheit geregelt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bestätigt, daß ein Entwurf der Reorganisation der Gewerbeschule zur Berathung vorliege, er aber augenblicklich nicht in der Lage sei, mitzutheilen, zu welchem Zeitpunkte die Reorganisation danach eintreten solle,

auch nicht, wann die betreffende Vorlage an die Versammlung gelangen werde. Selbstverständlich werde der jährliche Zuschuß wegfallen, sobald er nicht mehr erforderlich sei. Der Antrag, die Jahressumme zu erhöhen, sei in der Absicht gestellt, die Versammlung alljährlich wiederkehrenden Nachverwilligungen zu überheben; ohne einen Zuschuß von 1200 *M.* könne die Gewerbeschule nicht existiren.

Herr Wilke bittet den Magistrat um Auskunft darüber, ob es begründet sei, daß Herzogliches Staatsministerium, wie ihm zu Ohren gekommen, eine Verfügung erlassen habe, wonach der Unterricht der Fortbildungsschulen des Sonntags während der Kirche nicht mehr stattfinden dürfe; für diesen Fall würde es nicht angebracht sein, den stadtseitigen Zuschuß zu erhöhen; er würde wenigstens dagegen stimmen. Grade der Zeichenunterricht am Sonntag Morgen sei seines Erachtens von wesentlicher Bedeutung.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß Herzogliches Staatsministerium allerdings an den Stadtmagistrat die Aufforderung gerichtet habe, auf eine Sistirung des Sonntagsunterrichts in den Fortbildungsschulen, namentlich während des Gottesdienstes, hinzuwirken. Der Magistrat habe sich durch Einziehung von Gutachten der interessirten Vereine wie der Städte, in welchen gleichfalls derartige Vereinsschulen bestehen, über die Frage informiert und werde dem Herzoglichen Staatsministerium nach dem bereits vorliegenden Materiale binnen Kurzem Vortrag machen können; es stehe danach nicht zu erwarten, daß Herzogliches Staatsministerium die beteiligten Vereine zwingen werde, eine Einrichtung aufzuheben, welche anderer Orten anstandslos fortbestehe.

Wie

II. Herr Heymann namens der Statutencommission referirt, hat nach einem Magistratschreiben vom 30. September c. der Schlachtermeister Witte gegen die Stadtgemeinde eine Klage wegen Auszahlung einer Entschädigung von 29800 *M.* nebst 5% Zinsen seit dem 15. November 1879 angestrengt, indem er behauptet, daß er durch Einführung des Schlachthauszwanges behindert sei, seine im Jahre 1875 mit großem Kostenaufwande zu Schlachtzwecken eingerichteten Hinter- und Nebengebäude zu benutzen.

Referent führt aus, daß es sich für jetzt nicht um die Höhe der beanspruchten Entschädigung handele, da die neue Proceßordnung die Möglichkeit gewähre, die Verhandlung und Entscheidung über den Grund des Anspruches von derjenigen über die Höhe zu trennen, und der Magistrat einen desfalligen Antrag bei Gericht zu stellen beabsichtige, auf welchen Antrag das Gericht bei Lage der Sache jedenfalls eingehen werde. Der Kläger scheine die Bestimmung in §. 51 der Reichsgewerbe-

ordnung im Auge gehabt zu haben, wonach wegen überwiegender Nachtheile und Gefahren für das Gemeinwohl die fernere Benutzung einer jeden gewerblichen Anlage zwar jederzeit durch die höhere Verwaltungsbehörde untersagt werden kann, dem Besitzer einer solchen Anlage aber für den erweislichen Schaden Ersatz geleistet werden muß. Derselbe scheine aber unberücksichtigt gelassen zu haben, daß der §. 23 desselben Gesetzes der Landesgesetzgebung vorbehalten habe, für solche Orte, in welchen öffentliche Schlachthäuser in genügendem Umfange vorhanden sind oder errichtet werden, die fernere Benutzung bestehender und die Anlage neuer Privatschlächtereien zu untersagen. — Magistrat und Statutencommission seien nun der Ansicht, daß der gedachte §. 51 auf den vorliegenden Fall überall keine Anwendung finden könne, daß derselbe vielmehr einen ganz andern Fall im Auge habe, nämlich den, daß der Betrieb, wenn aus Besorgniß, es könnte dadurch ein überwiegender Nachtheil für das Gemeinwohl entstehen, im einzelnen Falle im Verwaltungswege untersagt werden kann. Hier handle es sich aber nicht um ein Verbot, das Gewerbe auszuüben, sondern nur um eine gewisse Beschränkung in der Ausübung des Gewerbes, welche auf einer allgemeinen gesetzlichen Vorschrift basire, wobei der Character des einzelnen Gewerbebetriebs vollständig gleichgültig erscheine. Bei Anwendung des §. 51 müßte auch ein ganz anderes Verfahren stattfinden, als es in diesem Falle eingeschlagen sei. Daß so die Rechtslage aufzufassen sei, habe Herzogliches Staatsministerium in seinem Begleitschreiben, mit welchem den Landständen der Entwurf des Schlachthausgesetzes vorgelegt sei, speciell ausgesprochen und näher begründet, auch habe die betr. Commission des damaligen Landtages diese Ansicht in ihrem Berichte weitläufig motivirt. Noch würde in Betracht kommen, daß, falls aus irgend einem Grunde §. 51 dennoch als anwendbar erklärt werden sollte, nicht die Stadt, sondern der Staat nach den Gesetzen als entschädigungspflichtig zu betrachten wäre, welche Ansicht auch im Reichstage bei Berathung der Gewerbeordnung seitens des Bundesraths auf eine desfallsige Anfrage als unanfechtbar hingestellt sei. — Möglich sei auch noch, daß Kläger seine Entschädigungsberechtigung aus §. 33 der neuen Landschaftsordnung, der von Privatgerechtsamen handle, und unseren Gerichten schon öfters Veranlassung zu Entscheidungen gegeben habe, herleiten wolle; er werde indessen damit nicht durchkommen, da hier keine Gerechtsame in Anspruch genommen, sondern nur ein Verbot vorgenommen sei. Es würde auch hier §. 197 der Landschaftsordnung in Anwendung gebracht werden müssen, welcher in solchem Falle ausdrücklich die Gewährung einer jeglichen Entschädigung ausschließt. Jedenfalls müsse das Schlachthausgesetz von 1876 als das spätere den Ausschlag geben und ganz eventuell müsse auch hier gesagt werden, daß nicht die Stadt sondern der Staat der Verpflichtete sei. — Der Antrag der Commission gehe dahin, die Genehmigung zur Proceßführung zu ertheilen. Die Angelegenheit sei natürlich für die Stadt von erheblicher Bedeutung; es handle

sich dabei nicht allein um Zahlung der geforderten Summe; sollte der Proceß etwa günstig für den Kläger ausfallen, so würden bald viele andere Schlächter mit Entschädigungsansprüchen folgen.

Ohne Debatte wird die Ermächtigung zur Proceßaufnahme ertheilt.

III. Durch den unlängst erfolgten Abbruch der Langenbrücke sind 101 cbm Kalk- und Quadersteine disponibel geworden, welche die städtische Bauverwaltung unter Vorbehalt der Genehmigung der städtischen Behörden von der Herrschaftlichen Bauverwaltung zum Preise von 22,5 *M.* pro cbm behufs Verwendung bei Brückenbauten, i. sp. bei dem in Aussicht stehenden Bau einer Brücke über die Oker bei der Masch, angekauft hat. Da diese Steine nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung sich zu Wasserbauten vorzüglich eignen, der geforderte Preis gegenüber dem Preise von neuem, qualificirten Rohmaterial von 32 *M.* pro cbm auch um so vortheilhafter erscheint, als durch die schon stattgehabte Benutzung der Quader nicht nur keine Verschlechterung eingetreten ist, sondern die bereits erfolgte Bearbeitung derselben eine nicht unerhebliche Verminderung des Arbeitslohns im Gefolge haben wird, so ersucht der Magistrat in seinem Schreiben vom 4. v. Mts., die Kosten für den Ankauf der fraglichen Steine von insgesammt 2272,5 *M.* aus dem Extraordinarium B. (Cap. *N.* 3) zu bewilligen.

Der Antrag, vom Referenten der Finanzcommission, Herrn von Seckendorff, empfohlen, wird,

nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Rieß erklärt hat, daß die Kosten der Abfuhr der Steinmaterialien nach dem jetzigen Lagerplatz auf der Masch von der Stadt nicht zu tragen seien,

von der Versammlung genehmigt.

Sodann

IV. berichtet Herr Schwarzenberg über den Antrag des Stadtmagistrats vom 15. v. Mts. auf Bewilligung der Kosten für polizeilich angeordnete Zuschüttung eines Teiches. — Die Herzogliche Polizei-Direction hat aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten die Zuschüttung des auf dem vormal's Thies'schen Garten, in der Nähe der Fabrik von Selwig und Lange vor dem Wilhelmithore belegenen Teiches, welcher theils dem Dr. Seyferth, theils dem Maler und Bauunternehmer Druwe gehört, angeordnet, da derselbe stagnirte und im vorigen Sommer einen unerträglichen Geruch verbreitete. Die dadurch entstandenen Kosten betragen 268 *M.* 59 *S.*, von denen Dr. Seyferth 122 *M.* 70 *S.* und der Maler Druwe 145 *M.* 30 *S.* zu erstatten haben

Diese Beträge sind jedoch jetzt nicht einzuziehen, da der Aufenthalt des Dr. Seyferth unbekannt ist, und der Maler Druwe außer Stande ist, die Zahlung zu leisten. Die Herzogliche Polizei-Direction hat daher darauf angetragen, die im Interesse der Stadt aufgewandten Kosten aus der Stadtcasse vorzuschießen. Der Magistrat beantragt die Genehmigung der Erstattung der gedachten Summe an die Herzogliche Polizei-Direction mit dem Bemerken, daß darauf Bedacht genommen werden solle, die Auslage von den beiden Schuldnern wieder einzuziehen.

Die Statutencommission giebt die Annahme dieses Antrags anheim

Herr Kunzen weist darauf hin, daß die durch Zuschüttung des Leiches entstandene Fläche durch Verkauf oder Verpachtung nutzbar gemacht, und die Stadt auf diese Weise schadlos gehalten werden könne.

Im ähnlichen Sinne äußert sich Herr Wilke,

worauf Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß durch die Zuschüttung des Leiches eine Aenderung bezüglich des Eigenthums an Grund und Boden selbstverständlich nicht eingetreten sei, und daß man, wenn von den betreffenden Personen nichts zu erlangen sei, nur darauf Bedacht nehmen könne, eventuell die Execution bis zur Subhastation des Grundstücks zu betreiben. Für jetzt handle es sich aber erst um die Entlastung der Herzoglichen Polizei-Direction von den durch die Maßregel entstandenen Kosten, welcher sich die Stadt nicht entziehen könne.

Danach wird beschlossen, die gedachte Summe zu bewilligen.

V. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 20. v. Mts. — Dem Beschlusse der städtischen Behörden gemäß ist die Kündigung des dem Restaurateur Jordan auf dessen, Hagenmarkt Nr. 2101 belegenes Wohnhaus städtischerseits dargeliehenen Capitals von 18000 M., und zwar auf den 1. October d. J., vorgenommen, der Schuldner hat aber weder das Capital noch die rückständigen Zinsen gezahlt. Obwohl nun wegen der bereits eingeklagten Zinsrückstände aus dem Jahre 1879 die Zwangsvollstreckung und die Ansetzung eines Termins zur Versteigerung des verpfändeten Hauses beantragt ist, so erscheint doch die Anstellung einer besonderen Klage auf Rückzahlung des Capitals und der Zinsen aus dem Jahre 1880 erforderlich, da sonst der Schuldner durch Zahlung der Zinsrückstände pro 1879 die Subhastation des fraglichen Hauses verhindern könnte, wodurch alsdann die Rückzahlung des Capitals wiederum auf Monate hinausgeschoben werden würde. Der Magistrat beantragt daher, die Genehmigung dazu zu ertheilen, daß wegen Rückzahlung des Capitals sammt rückständigen Zinsen gerichtliche Klage gegen Jordan erhoben werde.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

VI. wird nach einem Referate des Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission der mittelst Magistratschreibens vom 6. v. Mts. überreichte Voranschlag für das städtische Wasserwerk pro 1880, welcher mit einer Einnahme von 156 600 *M.* und einer Ausgabe von 97 925 *M.*, also einem Ueberschusse von 58 675 *M.* abschließt, ohne Debatte genehmigt, nachdem Referent noch anheim gegeben hatte, für dieses Mal über die verzögerte Einsendung des Voranschlags, welche in der deputationsseitigen Prüfung des Gehaltsregulativs der Beamten beim Wasserwerk ihren Grund habe, hinwegzusehen, zumal vom Magistrate die Zusicherung ertheilt sei, daß dieser Etat für die Folge der Versammlung mit dem Haushaltssetat zugleich vorgelegt werden solle.

VII. Zu dem vom Magistrate unterm 11. d. Mts. eingereichten Voranschlage für das städtische Gaswerk pro 1880/81, welcher eine Einnahme von 490 073 *M.*, eine Ausgabe von 356 965 *M.*, also einen Ueberschuß von 133 108 *M.* aufweist und vom Referenten der Finanzcommission, Herrn von Seckendorff, zur Genehmigung empfohlen wird,

bemerkt Herr Munte, daß sowohl innerhalb wie außerhalb der Stadt noch verschiedene Stellen, z. B. Ecke der Leisewitz- und Wolfenbüttler Straße, die ganze Ostseite des Monumentsplatzes, höchst nothwendig der Beleuchtung bedürften, und es angezeigt erscheine, den Magistrat bei dieser Gelegenheit zu ersuchen, sich doch baldigst dieser dunklen Punkte anzunehmen.

Wie Herr Oberbürgermeister Voßels ausführt, könne allerdings nicht bestritten werden, daß sich vor unserer Stadt noch viele Straßen befänden, die nothwendigerweise einer besseren Beleuchtung bedürften. Es sei aber keine leichte Aufgabe, allen Theilen gleichzeitig gerecht zu werden. Bei der großen Anzahl der der Verwaltungsdeputation zugegangenen Gesuche um Verbesserung der Beleuchtung vor den Thoren sei es erforderlich, planmäßig vorzugehen. Hieran sei man verhindert gewesen, weil es bisher noch immer an einem richtigen Stadtplan gemangelt habe. Dieser liege jetzt aber vor und sei der Direction der Gas- und Wasserwerke bereits eine Copie desselben mitgetheilt; schon in der nächsten Sitzung der Verwaltungsdeputation würden bezügliche Anträge gestellt werden, so daß die Versammlung baldigst eine Vorlage in dieser Beziehung zu erwarten habe. Wie sich schon jetzt übersehen lasse, seien ungefähr 100 neue Flammen nothwendig, gewünscht würden sogar 160 — 180.

Danach wird der Voranschlag genehmigt.

Weiter

VIII. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 21. v. Mts. — Der bei Ausübung seines Dienstes am



8. November 1878 zu Schaden gekommene Spritzenmeister Rudolph Rusche, welchem unterm 18. März d. J. als Entschädigung für die Vergangenheit und zur Bestreitung der Kosten einer Badereise 2000 M. bewilligt sind, hat auf ärztliche Anordnung während des verwichenen Sommers in der Schweiz Hebung seines Leidens gesucht; derselbe muß aber, wenn die dadurch bisher erzielten Erfolge nicht vollständig wieder in Frage gestellt werden sollen, den bevorstehenden Winter in Italien zubringen, und es hat daher der Kreisbranddirector Reuter die abermalige Bewilligung einer Beihilfe von 2000 M. anheimgegeben mit dem Bemerken, daß Rusche hoffentlich im nächsten Frühjahr werde soweit wieder hergestellt sein, daß demselben durch Uebertragung irgend eines Amtes werde geholfen werden können. Der Magistrat schließt sich, da die Kreiscommunalcasse gesetzlicher Bestimmung zufolge für Rusche in ausreichender, seinen Verhältnissen angemessener Weise Sorge zu tragen verpflichtet ist, dem Antrage an und empfiehlt denselben zur Genehmigung,

welche denn auch auf Empfehlung der Commission ohne Debatte ausgesprochen wird.

IX. wird nach einem Referate des Herrn Grote für die Statuten- und Schulcommission auf einen Magistratsantrag vom 26. v. Mts. beschlossen, den übersandten Statutsentwurf wegen Abänderung des Statuts vom 28. Juni 1873, betreffend die Organisation der städtischen Realschule II. Ordnung zu Braunschweig und das den §. 11 desselben modificirenden Statuts vom 28. Juli 1878 mit der alleinigen, von Herrn Rybiß beantragten Modification zu genehmigen, daß die in §. 2, Reihe 4, befindlichen Worte »für die Zukunft und« gestrichen werden.

X. In einem Schreiben vom 27. v. Mts. beantragt der Magistrat, zur Herichtung eines Fußteppichs im SitzungsSaale des Neustadtrathhauses unter Anwendung von Linoleum mit einer Unterlage von gewöhnlichem Putzstoff 450 M. aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu bewilligen.

Der Antrag wird vom Referenten der Finanzcommission, Herrn Tellingmann, zur Annahme empfohlen.

Herr Nieß hält die Legung von gewöhnlichen Cocosdecken für weit practischer; sie wärmen besser und schützen dadurch vor Störungen, daß dem Gehen im Saale und etwaigem unwillkürlichen Stuhlücken jedes Geräusch entzogen werde, was bei Anwendung von Linoleum nicht im gleichen Maße der Fall sei. Auch sei zu wünschen, daß bei der Gelegenheit eine Vorkehrung getroffen würde, welche ein geräuschloses Öffnen und Schließen der Thür gestatte.

Herr Stadtrath Schöttler giebt anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen, weil das Linoleum, wenn es auch in der Anschaffung das theuerste Material sei, in

der Nutzung erfahrungsmäßig am billigsten zu stehen komme, weil es ferner einen Zutritt der Luft durch den Fußboden absolut verhindere und so den Fuß vor Kälte schütze, und weil es schließlich am feuersichersten sei. Von den Cocosdecken könne man das nicht behaupten, sie nützen sich schnell ab und seien feuergefährlich. Daß das Pinoleum das Geräusch ungenügend abdämpfe, sei richtig. Um diesem Uebelstande abzuhelpen, habe der Magistrat aber auch empfohlen, unter das Pinoleum einen weicheeren Stoff zu legen. Herr Nieß könne daher seine Bedenken ohne Anstand fallen lassen.

Nach einigen fernerer Debatten, in welchen Herr Steinacker die Rede auf die schon früher projectirte Ventilationseinrichtung im SitzungsSaale bringt, und Herr Grote dem Magistrat gegenüber die Bitte ausspricht, doch die zum Saale führende Thür mit den jetzt allgemein gebräuchlichen Wattencylindern zu versehen, um die in der Nähe der Thür Sitzenden vor dem unangenehmen, kalten Zugwinde von außen her zu schützen,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Der nächstfolgende Punkt: Herausgabe eines Plans von Braunschweig unter Benützung der neuesten Vermessungen, wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die Verhandlungen mit dem Verleger noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Es folgt demnach,

XI. von Herrn Kybik erstattet, der Bericht der Finanzcommission über einen Magistratsantrag vom 27. v. Mts., welcher dahin geht, eine Remuneration von 200 *M.* dem Stadtcassirer Hagemann für die während der Zeit von Mitte September bis Ende December v. J. an Stelle des erkrankt gewesenen Lehrers Reiche besorgte Rechnungsführung der Bürgerschulcasse zu bewilligen und den Magistrat zur Entnahme dieses Betrages aus dem Ueberschusse der Bürgerschulcasse de 1879 zu ermächtigen.

Nachdem auf Empfehlung des Herrn Referenten dem Antrage gemäß beschlossen ist,

XII. werden auf einen fernerer Magistratsantrag, welcher außerhalb der Tagesordnung steht, jedoch die Billigung der Finanzcommission bereits gefunden hat, und welcher seiner Dringlichkeit wegen vom Herrn Bürgermeister Rittmeyer mündlich zum Vortrage gebracht wird, zur provisorischen Herstellung eines Plattenfußweges zwischen der Friedrich-Wilhelmsstraße und dem Kattreppein die zu 550 *M.* veranschlagten Kosten, (von denen die Hälfte nur als für den vorliegenden Zweck vorausgab anzusehen, weil der bleibende Werth des zu verwendenden Materials die andere Hälfte repräsentirt,) mit 275 *M.* verwilligt,

wobei auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Hasenbalg der Herr Antragsteller den projectirten Lauf des fraglichen Fußweges näher beschreibt.

### Schließlich

XIII. werden aus Anlaß eines Magistratschreibens vom 27. September c. in die Commission zur Gebäude-Einschätzung behuf der Einquartierung an Stelle des verstorbenen Herrn Solmih und des zum Mitgliede der Quartierbehörde erwählten Herrn Winter die Herren Stadtverordneten Wolff und Ramdohr gewählt.

### Darauf Schluß der Sitzung.

In der noch folgenden vertraulichen Sitzung werden Steuerreclamationen und Erlaßgesuche erledigt.

---

(Beilage zu N. 305 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 275 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 13.

# Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. December 1880.

Öffentlich:

Berathung über Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend

- I. Stadthaushaltsplan für 1881.
- II. Provisorische Einrichtung eines Turnraumes in der städtischen Turnhalle für die Schule an der Osterstraße und Bewilligung der Kosten.
- III. Deckung der Kosten der Lithographie des Ortsbauplans-Entwurfs.
- IV. Desgl. der Wiederherstellung des früheren Zustandes in einigen, vorübergehend zu Schulclassen eingerichteten Räumen.
- V. Desgl. der Einrichtung einer botanischen Zwecken dienenden Fläche neben den städtischen Mädchenschulen.
- VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Steinacker, die Aufnahme einer Bestimmung bezüglich namentlicher Abstimmungen in die Geschäftsordnung betreffend.
- VII. Anfrage des Herrn Rieke, die Errichtung gewerblicher Hülfscaffen betreffend.

Vertraulich:

- 1) Pensionirung eines Bürgerschullehrers.
  - 2) Bewilligung von Mitteln zur Feier des Jubiläums Seiner Hoheit des Herzogs.
- Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.  
Steuerreclamationen.

Entschuldigt Herr du Roi.

Am Magistratsrath Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Bammel, Götte, Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden Otto

I. referirt Herr Rybik namens der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 3. November c., betreffend den Stadthaushaltsplan für das Jahr 1881.

Derselbe enthält:

- 1) den Hauptetat der Stadtcasse nebst den dazu gehörenden Specialetats, als:
  - a. der Realschule,
  - b. der höheren Mädchenschule,
  - c. des mit der höheren Mädchenschule verbundenen Lehrerinnen-Seminars,
  - d. der Mädchenschule,
  - e. der Bürgerschulen,
  - f. der Turnhalle,
  - g. für die Armenpflege,
  - h. für die Wegeverbesserung;
- 2) die Etats von städtischen Wirthschaftsankalten und Einrichtungen, deren Vermögen aus dem engeren Stadthaushalte zu gesonderter Verwaltung aus-  
geschieden ist, als:
  - a. der Neustadtmühle,
  - b. des Schlachthauscs,
  - c. der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde;
- 3) als Anhang den Etat des Kreisfonds.

Dem Haushaltsplane ist, zum ersten Male, eine Uebersicht beigelegt, welche das Gesamtvermögen der Stadt und des Kreiscommunalverbandes in dessen gegenwärtigem Bestande darstellt.

Der Haushaltsplan ist nach den bei Ausarbeitung des Haushaltsetats pro 1880 befolgten Grundsätzen aufgestellt, jedoch insofern weiter entwickelt worden, als:

- 1) die pro 1880 wegen Mangels an Zeit zurückgestellte systematische Durch-  
arbeitung der Specialetats der Stadtcasse nachgeholt ist,
- 2) die Etats der wirthschaftlichen Gemeindeankalten mit ausgederntem  
Vermögen, welche bislang von dem Stadthaushaltsplane getrennt aufge-

stellt wurden, sachgemäß und um der besseren Uebersichtlichkeit willen als Theile des letzteren behandelt worden sind. Unter diesen letzteren Etats fehlen für das Mal noch diejenigen des Gas- und des Wasserwerks, aus dem Grunde, weil das Verwaltungsregulativ für deren Aufstellung abweichende Termine (Ende December resp. Ende Juni) bestimmt.

Referent: Der Etat sei zwar in sehr dankenswerther Weise vervollkommenet; indessen leide die Uebersicht noch unter dem Mangel eines Hauptetats, in welchem das gesammte Soll und Haben des Etat-Jahrs zusammengefaßt erscheine. Die Recapitulation der Einnahme und Ausgabe ersetze einen solchen Hauptetat nicht, da dieselbe sich weder auf alle Einnahmen und Ausgaben, noch auch nur auf alle Specialetats erstrecke, was mit Ausnahme des Schlachthausetats, der einen ganz selbständigen Vermögenscompler und ein in sich abgeschlossenes Unternehmen betreffe, der Fall sein müsse. Es mache nichts aus, wenn aus einzelnen Specialetats, wie z. B. der Neustadtmühle, zur Zeit noch keine Revenüen in den Stadthaushalt fließen; der Hauptetat solle eben auch das nachweisen; ebenso sei es gleichgültig, ob eine bestimmte Einnahme, wie die der Casse der Abgabe für Hunde, zu besonderen Zwecken reservirt sei. Die betreffenden Mittel gehören zur Gesamteinnahme der Stadt und werden daraus Zwecke, für welche die Stadt immer mehr oder minder einzutreten haben wird, erfüllt.

Nach der jetzigen Hauptübersicht lasse sich des Jahres Soll und Haben nicht ermesßen; es seien zu dem Ende erst noch Rechnungen unter Zuhülfenahme der Einzel-etats erforderlich. Der Einnahme sei zuzusetzen die vor der Linie gebuchte Einnahme der Armencaffen-, Wegebau- und Schulets. Von den betreffenden Posten seien jedoch zuvor die Zuschüsse abzusetzen, welche zu den fraglichen Specialetats aus dem Kreisfonds erfolgten. Die resp. Summen zu rot. 180 000 *M.*, 129 000 *M.* und 70 000 *M.* reduciren sich danach auf rot. 158 000 *M.*, 113 000 *M.* und 48 000 *M.* Diese Reduction sei um so mehr nöthig, weil ein der Summe jener Zuschüsse nahezu gleicher Betrag an Zinsen aus der Stadtcasse an den Kreisfonds zu zahlen sei, die betreffende Summe also lediglich fictiv erscheine. Der Einnahme gehen ferner die Einnahmen der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu. In der Ausgabe sei abzusetzen die fragliche, aus Cap. I. erfolgende Zinssumme. Dagegen seien die wirklichen Kosten der Schulanstalten, der Armenunterhaltung und der Wegebauten, endlich auch der Ausgabebetrag der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu gemeinnützigen Zwecken einzustellen. Es ergebe sich dann eine Gesamtsumme in Einnahme und Ausgabe von rot. 1 110 000 *M.*

Procental vertheile sich die so ermittelte Gesamt-Einnahme und Ausgabe etwa folgendermaßen:

Einnahme :	Ausgabe :
I. Sammereivermögen . . . 6,50 %	4,36 %
II. Kirchliche Zwecke . . . —	0,30 »
III. Unterrichtswesen . . . 14,05 »	39,80 »
IV. Kunst und Wissenschaft . . . —	0,40 »
V. Armenpflege . . . 10,03 »	16,90 »
VI. Medicinalwesen . . . —	0,14 »
VII. Vereinszwecke . . . 0,05 »	0,16 »
VIII. Feuerlöschwesen . . . 0,50 »	2,90 »
IX. Ortspolizei . . . 1,80 »	11,00 »
X. Straßenbau . . . 4,32 »	8,40 »
XI. Gemeindesteuer . . . 57,55 »	0,25 » (unmittelbare Ausgaben behuf deren Einbringung)
XII. Staatsbeihilfe . . . 1,90 »	1,15 » (für Staatszwecke)
XIII. Besondere Amtsverrichtungen der Stadtverwaltung 0,30 »	10,30 » (Kosten d. Stadtverwalt.)
XIV. Insgemein . . . 2,00 »	3,00 »
XV. Cassé der Abgabe für Hunde 1,00 »	1,00 » (f. gemeinnützige Zwecke)

Was die Etatberathung selbst anlange, so seien, wie auch der Magistrat in seinem Schreiben vom 7. d. Mts. anerkenne — zwei erhebliche Irrthümer untergelaufen, indem

- 1) in Cap. II. *N.* 3 der Einnahme die sub litt. aa. bis incl. dd. aufgeführten Zinsen doppelt, nämlich einmal in der ungetrennten Summe von 8052 *M.* und sodann auch noch im Einzelnen ausgeworfen,
- 2) in Cap. V. *N.* 6 der Ausgabe die Aufwendungen für Medicamente anstatt in dem gewollten Betrage von 2360 *M.*, mit 23 600 *M.*, also um 21 240 *M.* zu hoch eingestellt worden seien.

Es verringere sich hiernach das durch die Stadtcasse zu deckende, mit 68 960 *M.* etatisirte Deficit (Cap. III. der Einnahme) um 13 188 *M.*, d. i. auf den Betrag von 55 772 *M.*, und der Armencassenetat werde alsdann in Einnahme und Ausgabe auf 176 744 *M.* 83 *S.* balanciren. In Folge davon werde die Ausgabe aus Cap. V. des Ordinarii der Stadtcasse ebenmäßig um 13 188 *M.* d. i. auf 55 772 *M.* zu ermäßigen und die Ersparniß dem Dispositionsquantum der städtischen Behörden in Cap. XIV. zuzuführen sein.

Die Commission habe den Etat im Allgemeinen geprüft und empfehle ihn zur Annahme. Eine eingehende materielle Prüfung habe allerdings nicht stattfinden können, da der Etat, wahrscheinlich des Druckes wegen, der Commission verhältnißmäßig spät zugegangen und der erst bestellte Referent sowie dessen unmittelbarer Stellvertreter an der letzten Commissionsitzung wegen Krankheit theilzunehmen be-

hindert gewesen seien. Die letztere Behinderung sei der Commission erst bei ihrem Zusammentritte bekannt geworden und so habe es an einem genügend vorbereiteten Referenten gefehlt. Die Finanzcommission sei unter diesen Umständen nicht in der Lage, soweit Vergleiche mit dem Vorjahre in Betracht kämen, vollständige Auskunft zu erteilen, und müsse in dieser Beziehung die Verantwortung ablehnen.

Herr Hasenbalg stellt bei der Wichtigkeit des zur Berathung vorliegenden Gegenstandes den Antrag, für heute von einer Berathung Abstand zu nehmen und damit solange zu warten, bis die Commission zu einer genauen Prüfung des Etats habe kommen können.

Referent bemerkt, es sei allerdings nicht ganz ohne Bedeutung, daß die Commission in eine genaue materielle Prüfung nicht habe eintreten können, doch müsse andererseits auch hervorgehoben werden, daß die diesmalige Aufstellung des Etats eine so vollständige und in's Einzelne gehende sei, daß die Versammlung unbedenklich in die Berathung werde eintreten können.

Der Antrag des Herrn Hasenbalg wird darauf abgelehnt und zur Berathung des Etats in seinen einzelnen Capiteln übergegangen.

Bei Cap. VII. »Vereinszwecke und Volksfeste«, beantragt Herr Niese, den Zuschuß zu den Kosten der Sedanfeier im Betrage von 600 *M.* zu streichen. Die Stadt stehe vor so bedeutenden Ausgaben, daß man alle Ursache zum Sparen habe; das Geld könne sehr wohl zu nützlicheren Zwecken verwendet werden. Nachdem das Fest 10 Jahre lang gefeiert sei, möge man es dabei bewenden lassen; ohnedem biete es der arbeitenden Classe nur wiederum Gelegenheit, Geld auszugeben statt zu verdienen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß der Magistrat diesen Posten in der Ueberzeugung in den Etat aufgenommen, daß er dadurch einem vollberechtigten Wunsche der Bürgerschaft Ausdruck gegeben habe,

worauf beschlossen wird, den gedachten Zuschuß zu bewilligen.

Bei Cap. VIII. der Ausgabe »Feuerlöschwesen« beantragt Herr Reuter, noch 99 *M.* für Feuermeldungsprämien als pos. 15 einzustellen, wodurch zugleich eine richtige Berechnung des vom Fiskus außer dem Fiskus von den Gesamtkosten der Feuerpolizei zu vereinnahmenden Uchters erzielt werde.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels das magistratsseitige Einverständnis zur Einstellung dieses Postens unter dem Bemerken erklärt hat, daß die Auslassung dieses Postens lediglich auf einem Expeditionsversehen beruhe,

und von dem Referenten hinzugefügt war, daß die geringe Differenz bei der Vorberathung zur Sprache gekommen, aber nicht unmittelbar aufzuklären gewesen sei, wird der Reuter'sche Antrag angenommen.



Die Summe von 99 *M.* ist am Dispositionsquantum der städtischen Behörden zu kürzen.

Auf eine Anfrage des Herrn Riecke, ob die an verunglückte Feuerwehrleute zu zahlenden Unterstützungen in den Summen dieses Capitels mit enthalten seien,

erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß die bei Feuerwehrrübungen und sonst im Dienste beschädigten Feuerwehrmänner aus dem Kreiscommunalfonds unterstützt würden, wo zu diesem Zwecke eine Dispositionssumme von 5000 *M.* in Aussicht genommen sei.

Hinsichtlich des in Cap. IX »Ortspolizei« unter *M.* 8, b, für Besprengung der Ballpromenaden incl. Anschaffung und Unterbringung zweier Sprengwagen eingestellten Ausgabepostens von 6100 *M.* wird einem Antrage der Finanzcommission gemäß und unter Zustimmung des Stadtmagistrats beschlossen, denselben mit dem beschränkenden Zusatz »zur Disposition der städtischen Behörden« in den Etat einzustellen.

Herr Munte stellt sodann die Anfrage, ob in der unter pos. 6 dieses Capitels für Straßenbeleuchtung ausgeworfenen Summe von 51120 *M.* schon die Kosten derjenigen 200 Laternen mitenthalten seien, deren Verrichtung seiner Zeit vom Magistrat noch in Aussicht gestellt sei,

was seitens des Herrn Oberbürgermeisters Pockels verneint wird. Wenn die städtischen Behörden die Erweiterung des Straßenbeleuchtungsnetzes beschließen sollten, würden sich auch die nöthigen Mittel in dem Dispositionsquantum der städtischen Behörden finden; bis dahin müsse aber diese Frage noch offen bleiben.

In Cap. X vermißt Herr Munte die schon länger in Aussicht genommene Instandsetzung der Friedrichstraße; die dortigen Anwohner seien wirklich in einer sehr bedrängten Lage, was sich bei Eintritt des schlechten Wetters immer mehr zeige.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es liege nicht in der Absicht des Magistrats, die Instandsetzung dieser Straße noch hinauszuschieben, es bedürfe aber hierzu erst noch eines besondern Antrags des Magistrats, der baldigst erfolgen werde.

Cap. XIII der Ausgabe erleidet insofern eine Aenderung, als der Magistrat für den Stadtsecretair Priesemann mittelst Schreibens vom 7. d. Mts. eine Gehaltsaufbesserung von 300 *M.*, d. i. von 2700 *M.* auf 3000 *M.* beantragt hat, welcher Antrag von der Commission empfohlen und danach ohne Weiteres genehmigt wird. Die dadurch in diesem Capitel hervorgerufene Mehrausgabe ist vom Dispositionsquantum der städtischen Behörden zu decken.

Nachdem die einzelnen Capitel durchgenommen und genehmigt sind,

und dem Magistratsantrage gemäß beschlossen ist, auch im Jahre 1881, wie im Vorjahre, die Communalsteuer mit 10 Einheiten ausschreiben zu lassen, damit also den unter *M.* 2b des Cap. XI der Einnahme eingestellten Posten von 610000 *M.* zu genehmigen,

wird schließlich der ordentliche Etat in seiner Gesamtheit genehmigt.

In Berücksichtigung der durch die vorstehenden Beschlüsse eingetretenen Aenderungen stellt sich der ordentliche Etat folgendermaßen:

**Einnahme:**

I. Aus dem Cämmereivermögen . . . . .	74362 M. 34 S.
II. Für kirchliche Zwecke . . . . .	— „ — „
III. Für das Unterrichtswesen . . . . .	576 „ — „
IV. Für Kunst und Wissenschaft . . . . .	— „ — „
V. Für die Armenpflege . . . . .	— „ — „
VI. Für das Medicinalwesen . . . . .	— „ — „
VII. Für Vereinszwecke . . . . .	616 „ 67 „
VIII. Für das Feuerlöschwesen . . . . .	6007 „ 12 „
IX. Aus der Ortspolizei . . . . .	18567 „ 99 „
X. Für den Straßenbau . . . . .	600 „ — „
XI. Aus Gemeindesteuern und anderen Abgaben . . . . .	632000 „ — „
XII. Aus Staatsbeihilfen . . . . .	20600 „ — „
XIII. Aus besonderen Amtsverrichtungen der Stadtverwaltung . . . . .	3690 „ — „
XIV. Insgemein . . . . .	22699 „ — „
Summa der Einnahmen: 779719 M. 12 S.	

**Ausgabe:**

Auf das Cämmereivermögen . . . . .	118678 M. 97 S.
Für kirchliche Zwecke . . . . .	3418 „ — „
Für das Unterrichtswesen . . . . .	258263 „ — „
Für Kunst und Wissenschaft . . . . .	4964 „ 90 „
Für die Armenpflege . . . . .	55772 „ — „
Für das Medicinalwesen . . . . .	1545 „ — „
Für Vereinszwecke und Volksfeste . . . . .	2417 „ 17 „
Für das Feuerlöschwesen . . . . .	31907 „ — „
Für die Ortspolizei . . . . .	126841 „ 97 „
Für den Straßenbau . . . . .	8116 „ 66 „
Für Gemeindesteuern und sonstige Ausgaben . . . . .	3230 „ — „
Für Staatsbefürnisse . . . . .	13330 „ — „
Für die Stadtverwaltung . . . . .	118079 „ — „
Insgemein . . . . .	33155 „ 45 „
Summa der Ausgaben: 779719 M. 12 S.	

In diesen ordentlichen Etat sind die Special-Etats, deren Einnahmen zur Deckung ihrer Ausgaben dienen, nicht mit hineingezogen.

Die Special-Etats gestalten sich in Einnahme und Ausgabe folgendermaßen:

Etat der städtischen Realschule . . . . .	50817 M. — S.
Etat der Cassé der städtischen höheren Mädchenschule . . . . .	49296 „ — „
Etat der Cassé des Lehrerinnen-Seminars . . . . .	5130 „ — „
Etat der städtischen Mädchenschule . . . . .	13190 „ — „
Etat der Bürgerschulcassé . . . . .	318075 „ 82 „
Etat der städtischen Turnhalle . . . . .	

Einnahme 2370 M. Ausgabe 1794 M. — S.

Etat der Armencassé . . . . .	176744 M. 83 S.
Anhang zum Etat der Armencassé . . . . .	56600 „ — „
Etat der Wegebaucassé . . . . .	
a. Unterhaltungs-Etat . . . . .	54080 „ 47 „
b. Neubau-Etat . . . . .	29929 „ 54 „

Die Versammlung tritt sodann ein in die Berathung über den außerordentlichen Etat.

Der unter *M.* 3 des Cap. V aufgeführte Vorrath der vormaligen Specialcasse über die Abgabe für Benutzung von Straßenterrain bei Neubauten von 12750 *M.* giebt Herrn Munte Veranlassung, sich nach den näheren Verhältnissen dieser Casse zu erkundigen.

Herr Oberbürgermeister Voßels erklärt, daß die gedachte Abgabe auf Grund der neuen Straßenpolizei-Ordnung von Herzoglicher Polizeidirection erhoben und in halbjährigen Terminen an den Stadtmagistrat abgeliefert würde. Es sei über diese Abgabe und deren Verwendung bisher besonders Rechnung geführt worden und es habe sich nach einem Zeitraum von 10 Jahren der obengedachte Vorrath angesammelt. Bisher habe thatsächlich der Versammlung keine Cognition bezüglich dieser Casse zugestanden; er halte solches aber für nothwendig, und das sei der Grund, weshalb dieser Posten im Etat aufgeführt sei.

Danach wird beschlossen, den außerordentlichen Etat, soweit die einzelnen Positionen nicht schon nach früheren Beschlüssen als genehmigt und erledigt anzusehen, der Vorlage gemäß zu genehmigen.

Derselbe ist folgendermaßen zusammengestellt:

### Einnahme:

I. Aus der Bewegung des Stammvermögens	191076 <i>M.</i> 29 <i>S.</i>
II. An erstattenten Vorschüssen	1427 „ 08 „
III. Für verkaufte Grundstücke u. Berechtigungen	— „ — „
IV. An Ersatz auf außerordentliche Ausgaben	105768 „ 73 „
V. Insgemein	13119 „ 28 „
Summa der Einnahme:	311391 <i>M.</i> 38 <i>S.</i>
Fehlsumme:	236634 <i>M.</i> 91 <i>S.</i>

### Ausgabe:

Aus der Bewegung des Stammvermögens	191076 <i>M.</i> 29 <i>S.</i>
An Vorschüssen	— „ — „
Für angekaufte Grundstücke und Berechtigungen	12150 „ — „
Für Bauten	344800 „ — „
Insgemein	— „ — „
Summa der Ausgabe	548026 <i>M.</i> 29 <i>S.</i>

Der Etat der Neustadtmühle, welcher in seiner Einnahme 33750 *M.*, in seiner Ausgabe 29800 *M.*, also einen Ueberschuß von 3950 *M.* zeigt, wird ohne Weiteres genehmigt.

Ungleiches der Etat des städtischen Schlachthause mit einer Einnahme und Ausgabe von 85300 *M.*

Bei Berathung des Etats für die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde stellt Herr Winter zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßiger sei, den unter Cap III k für den Baugewerkverein ausgeworfenen Betrag von 600 *M.* in anderer Weise, vielleicht zum Besten der Fortbildungsschulen zu verwenden, da dem Verein nach der Baugewerkverein aufgelöst und selbstständige Innungen für die Maurer, Zimmerleute und Dachdecker eingerichtet werden würden.

Nachdem Herr Nieß bemerkt hat, daß diese Summe nicht dem Vereine als solchen, sondern der von ihm geführten Schule, welche auch von den Innungen fortgeführt werden würde, zu Gute käme,

wird auch dieser Etat mit einer Einnahme von 11685 *M.* und einer Ausgabe von 10271 *M.* 50 *S.*, also einem Vorrathe von 1413 *M.* 50 *S.*, genehmigt.

Desgleichen der Etat der Kreis-Communalcasse mit einer Einnahme und Ausgabe von 166901 *M.* 38 *S.*

Der Stadthaushaltsplan enthält dann noch eine Uebersicht über das Vermögen der Stadtgemeinde.

Danach beträgt das Activ-Vermögen . . . . .	12784872 <i>M.</i> 47 <i>S.</i>
das Passiv-Vermögen . . . . .	5296059 > 89 >
Das Activ-Vermögen übersteigt mithin die Schulden um . . . . .	7488812 > 58 >
Das Activ-Vermögen des Kreisfonds beträgt . . . . .	3846535 <i>M.</i> 79 <i>S.</i>
das Passiv-Vermögen . . . . .	1500000 > — >
Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung	

II. berichtet Herr Steinacker für die Schulcommission über den Magistratsantrag vom 20. v. Mts. betreffend die Einrichtung eines Turnraumes für die Schule an der Dferstraße und Bewilligung der Kosten. Beim Bau der Bürgerschule an der Dferstraße ist auf die Errichtung einer Turnhalle keine Rücksicht genommen, vielmehr beschloffen, daß für die Schüler und Schülerinnen dieser Schule der kleine Saal der in der Nähe belegenen städtischen Turnhalle benutzt werden solle. Ueber die in Ansehung dieses Turnsaals vorzunehmenden Veränderungen zum Bericht aufgefordert, hat die städtische Bauverwaltung drei Vorschläge gemacht:

- 1) Vergrößerung des kleinen Saals nach der großen Turnhalle zu für 9300 *M.*;
- 2) Errichtung einer besondern Turnhalle auf dem Schulgrundstücke für 19000 *M.* (in beiden Fällen würden 3000 *M.* für Anschaffung neuer Turngeräth nöthig werden,)
- 3) Erbauung einer neuen heizbaren Turnhalle an Stelle der jetzigen städtischen Turnhalle mit einer für die Jetztzeit passenden Einrichtung für pppt. 50000 *M.*

Der Magistrat hat sich bislang hauptsächlich wegen der Höhe der aufzuwendenden Kosten noch für keinen dieser Vorschläge entscheiden könne; er ist vielmehr der Ansicht, daß die vorhandene Turnhalle, wofern der kleine Turnsaal in derselben einer gründlichen Reparatur unterworfen wird, für eine längere Reihe von Jahren zum Turnunterricht für die Schüler der neuen Schule ausreichen dürfte. Die Kosten der Instandsetzung des kleinen Turnsaals betragen anslagemäßig 800 *M.*; für neue Turngeräthe sind 650 *M.* erforderlich. Der Magistrat beantragt nun, sich mit der

vorgeschlagenen Reparatur des fraglichen kleinen Turnsaals einverstanden zu erklären und die Kosten dieser Reparatur sowie der Anschaffung neuer Turngeräthe zu insgesamt 1450 *M.* aus dem Dispositionsfond Cap. XIV. *M.* 4 zu verwilligen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Herrn Referenten ohne Weiteres zur Annahme gelangt.

III. wird nach einem Referate des Herrn Rybiß auf einen Antrag des Stadtmagistrats vom 22. v. Mts. beschlossen, die durch die Lithographie des Ortsbauplans-Entwurfes entstandenen Kosten von 296 *M.* 80 *S.* aus dem Dispositionsfonds Cap. XIV. *M.* 4 zu verwilligen.

### Danach

IV. berichtet namens der Schulcommission Herr Schwarzenberg, daß nach einem Magistratschreiben vom 24. v. Mts. die im April d. J. in dem Hause Fallersleberstraße 12, in der 4. mittleren Bürgerschule an der Dittmerstraße, in der städtischen Turnhalle am Perithore und am Brüdernzeughofe eingerichteten provisorischen Hülfsclassen nunmehr — mit Ausnahme der Klasse in der 4. mittleren Bürgerschule — theils Johannis, theils Michaelis wieder aufgelöst sind, was einen Kostenaufwand von 248 *M.* 58 *S.* für den Transport und die nöthigste Ausbesserung des Mobiliars, sowie für Beschaffung von 2 Schallmatten in der Turnhalle, verursacht hat. Der Magistrat beantragt, diese Kosten aus der Bürgerschulcasse zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Commission ohne Debatte geschieht.

### Wie

V. aus einem Magistratschreiben vom 23. v. Mts. hervorgeht, hat der Schuldirektor Sommer in Vorschlag gebracht, das durch die Canalisirung der Oker hinter den städtischen Töchterschulen gewonnene Terrain, sowie den zwischen der höheren Töchter Schule und dem neuen Justizgebäude belegenen Hofraum zu einem Schulgarten herrichten zu lassen, um in demselben die bei dem Unterrichte in der Botanik zur Besprechung kommenden Pflanzen zu ziehen und dadurch den Lehrern wie den Schülerinnen den Anschauungsunterricht in der Pflanzenkunde zu erleichtern. Nachdem auch der Schulvorstand dieses Project dringend empfohlen und die städtische Bauverwaltung die Erklärung abgegeben hat, daß von den auf 2200 *M.* veranschlagten Kosten der Einrichtung des fraglichen Schulgartens auf die unter allen Umständen erforderliche ordnungsmäßige Instandsetzung des fraglichen Terrains 1649 *M.* 95 *S.* entfallen, die durch die Anlage eines Gartens erwachsenden Mehrkosten mithin nur 550 *M.* 5 *S.* betragen würden, diese geringe Ausgabe aber im Verhältnisse zu der Wichtigkeit des angestrebten Unterrichtszweckes nicht zu hoch erscheint, so beantragt der Magistrat, sich mit dem Vorschlage des Directors Sommer einverstanden zu

erklären und die erforderlichen Kosten im Gesamtbetrage von 2200 *M.* vom Neubaufonds der höheren Mädchenschule zu verwilligen.

Die Schulcommission habe — wie Herr Grote als Referent ausführt — die Angelegenheit gründlich berathen, wozu sie sich um so mehr verpflichtet gefühlt, als bei einem großen Theile der Bürgerschaft sich die Meinung verbreitet habe, es handle sich hier um Anlegung eines großartigen botanischen Gartens. Solch ein Project zu befrworten, würde der Commission allerdings nicht in den Sinn gekommen sein. Das sei aber auch schon aus dem Grunde unmöglich, weil das Terrain zu beschränkt sei und es demselben an dem nöthigen Zutritt von Luft und Licht fehle. Darum handle es sich also durchaus nicht. Die Commission habe das Verzeichniß der anzupflanzenden Bäume geprüft und darin auch Verschiedenes als nicht absolut nothwendig gestrichen; dagegen sei sie der Meinung, daß von den deutschen Waldbäumen keiner dabei fehlen dürfe. Die Commission spreche die Erwartung aus, daß diese Anlage durchaus keine Veranlassung geben solle, die bisherigen Ziele der Schule in der Botanik auch nur im Geringsten höher zu schrauben, es solle allein der Zweck verfolgt werden, den Unterricht in der Botanik durch leichtere Erstellung des Unterrichtsmaterials zu einem leichteren zu machen, und dieser große Vortheil würde durch einen geringen Mehraufwand von 550 *M.* 5 *S.* vollständig erreicht werden.

Bei der commissionsseitigen Prüfung dieser Angelegenheit habe sich nun herausgestellt, daß ein im Magistratschreiben nicht erwähnter Umstand noch der Beachtung bedürfe: Die Anlieger Bernhard und Stein haben schon seit geraumer Zeit einen schmalen, neben ihrem Grundstücke liegenden Streifen städtischen Oerterrains zu ihrem Garten zugezogen und mit Anpflanzungen besetzt. Aufgefordert, das Terrain zu räumen, haben sie gebeten, ihnen dasselbe zu belassen. Die Commission habe sich jedoch nicht dafür entscheiden können.

Der Commissionsantrag lautet danach;

- 1) Die geforderten Mittel von insgesammt 2200 *M.* vom Neubaufonds der höheren Mädchenschule zu verwilligen,

in der Erwartung, daß diese Anlage auf keinen Fall Veranlassung werde, die von der Schule zu erreichenden Ziele in der Botanik irgendwie zu erweitern, sondern nur Gelegenheit gäbe, die bisher erreichten Ziele durch leichtere Erstellung von Anschauungsmaterial auf eine leichtere Weise erreichen zu lassen,

- 2) die Regelung der Verhältnisse wegen des von den Anliegern Bernhard und Stein bereits in Nutzung genommenen städtischen Terrains dem Magistrate zu überlassen unter Wahrung des städtischen Eigenthumsrechts an gedachtem Terrain.

Herr Wilke kann sich für den Commissionsantrag nicht entscheiden. Wenn Herr Sommer gradezu beantragt hätte, neben der Schule einen Garten für den Director anzulegen, so würde Redner diesem Antrage vielleicht zugestimmt haben. Da aber Herr Sommer die Gartenanlage zum Besten des botanischen Anschauungsunterrichts beantrage, so könne er solchem Antrage nicht zustimmen. Die Wallpromenaden, die vielen in der Stadt und um dieselbe belegenen Privatgärten böten, wenn es sich nur um die nöthigste Pflanzenkunde handle, sicher reichlich Stoff zur Belehrung. Ueberdem genüge der botanische Unterricht, wie er bislang in den Mädchenschulen betrieben sei, vollständig allen Ansprüchen, die man heutzutage an ein junges Mädchen stellen könne. Eine Ausnahme grade zu Gunsten der Mädchenschulen in dieser Beziehung zu machen, könne er demnach nicht billigen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn in dem Magistratschreiben die Initiative in dieser Angelegenheit dem Director Sommer zugeschrieben sei, so sei dies nur die officiële Initiative. In Wirklichkeit habe sich die Sache anders entwickelt. Das hinter den beiden Mädchenschulen sowie hinter der Stadtcasse belegene Terrain sei von den Anliegern in Benutzung genommen worden, was zu Unzuträglichkeiten geführt habe: man habe unter Anderm Tische und Stühle an den Fenstern aufgestellt, um in die Klassen, speciell in den Turnsaal, hineinschauen zu können. Es sei daher die Nothwendigkeit an den Magistrat herangetreten, für eine gehörige Einfriedigung des verschütteten Oekterrains Sorge zu tragen. Gleichzeitig mußten die Niveauverhältnisse regulirt werden, da bereits von einem Anlieger, welchem in Folge der Anschüttungen das Wasser zugeführt wurde, Beschwerde geführt war. Da nun aus obigen Gründen das Terrain weder verkauft noch verpachtet werden konnte, daselbe auch in seinem gegenwärtigen Zustande keinen angenehmen Anblick gewährte, so habe er den Director Sommer gefragt, ob dieser das gedachte Terrain nicht in der einen oder anderen Richtung zweckentsprechend für seine Schule verwenden könne. Zu dieser Anregung sei Redner gekommen, weil er aus Erfahrung wisse, daß die kleinen Mädchen nicht, wie das die Knaben zu thun pflegen, in Wald und Feld laufen können, um sich dort über die gewöhnlichsten bei uns vorkommenden Pflanzen (Waldbäume, Getreide u. s. w.) durch eigene Anschauung zu unterrichten und zugleich das Pflanzenmaterial für die Schule zu suchen. Herr Sommer habe diese Anregung sofort aufgefaßt und so sei die Vorlage entstanden. Redner bitte, da es sich nur um eine einmalige Aufwendung von 550 M. zur Erreichung eines höchst wichtigen Unterrichtszweckes handle, dem Commissionsantrage zuzustimmen; die Unterhaltung des Gartens erheische nur äußerst geringe Geldopfer, da die meisten anzupflanzenden Fruchtarten, Gesträuche ic. von den Kindern selbst mitgebracht würden.

Herr Kybik hält es, ohne übrigens die Beschaffung von Anschauungsmaterial für den naturgeschichtlichen Unterricht im Geringsten beeinträchtigen zu wollen, für unnöthig, in dieser Sache mehr Geld zu bewilligen, als die ordnungsmäßige Her-

stellung des fraglichen Plakes erfordere. Von den Lehrern sowohl wie von den Schülerinnen werde den früher gemachten Erfahrungen zufolge das Material für den botanischen Unterricht vollständiger und zweckmäßiger herbeigeschafft, als es auf diesem Plake würde gezogen werden können.

Herr Steinacker kann diese Ansicht nicht theilen. Der Lehrer habe nicht immer über soviel Zeit zu disponiren, wie das Botanisiren jetzt, wo die Pläke zum Pflanzensammeln soweit hinausgerückt seien, erfordere. Ueberdem sei der botanische Unterricht obligatorisch, man dürfe daher die Beschaffung von Anschauungsmaterial nicht von dem guten Willen des Lehrers oder der Schüler abhängig machen; es sei dies eine in pädagogischen Zeitschriften vielfach erörterte Ansicht. Die Kinder brächten allerdings viel Material mit, aber, da sie es nicht kannten, auch sehr viel unbrauchbares. Die Auswahl der Pflanzen müsse nach streng pädagogischen wie wissenschaftlichen Grundsätzen vorgenommen werden und oft biete selbst die reichste Flora nicht immer das, was man nothwendig haben müsse. Er bitte, die geforderten Geldmittel zu bewilligen.

Herr Mühle spricht sich in längerer Rede für den Commissionsantrag aus, indem er zunächst die von Herrn Wille geäußerte Ansicht, als habe der Director Sommer sich bei Stellung seines Antrags von persönlichem Interesse leiten lassen, als durchaus unbegründet bezeichnet; die Initiative sei, wie Herr Oberbürgermeister Pockels bereits betont habe, nicht von Herrn Sommer ausgegangen. Was die Sache selbst anlange, so wolle Redner nur darauf hinweisen, daß die Versammlung die Mittel zur Anschaffung von Abbildungen für den naturgeschichtlichen Unterricht, auch für die unteren Bürgerschulen, bereitwilligst zur Verfügung gestellt habe. Warum wolle sie sich also sträuben, eine verhältnißmäßig geringe Summe zu verwilligen, wenn es sich darum handle, statt der todten Abbildungen lebendige Pflanzen zu beschaffen? Noch komme hinzu, daß das Botanisiren jetzt seine Schwierigkeiten habe; es werde an vielen Stellen, z. B. auf der großen Wiese vor dem Augustithore gar nicht mehr gestattet; auf dem Rußberge und im Pawelschen Holze sei, wie er aus eigener Erfahrung mittheilen könne, manche Pflanze nicht mehr zu finden, die man vor 20 Jahren dort massenhaft angetroffen habe. Redner bittet, die angeforderte Summe zu bewilligen.

Herr Ding spricht sich gegen den Commissionsantrag aus. Wenn sich eine Anlage, wie projectirt, als ein Bedürfniß für den botanischen Unterricht herausgestellt hätte, so wäre das Gymnasium in dieser Richtung sicher schon vorgegangen; das sei indeß bis heute noch nicht der Fall gewesen. Warum wolle man also die Mädchenschulen in dieser Beziehung bevorzugen? Daß es den Kindern nicht an der nöthigen Kenntniß der gängigsten Pflanzensorten fehle, dafür würden, wenn der Lehrer keine Gelegenheit dazu habe, schon die Eltern sorgen.



Herr Stadtrath Schöttler bittet dringend, eine verhältnißmäßige so geringe Summe für einen Zweck, der vom pädagogischen Standpunkte aus als höchst wichtig bezeichnet sei, dem Magistrate nicht vorzuenthalten. Auch er könne aus Erfahrung mittheilen, daß es 10 bis 12 jährige Gymnasiasten gebe, die im Lateinischen schon sehr weit vorgerückt seien, aber im Felde keine Kartoffel von einer Rübe unterscheiden könnten, daß es in der Stadt viele herangewachsene Mädchen gebe, die keine Peterfilie kannten. Auch schon aus sanitären Rücksichten sei die fragliche Anlage zu befürworten; durch die beabsichtigten Anpflanzungen werde eine Ausströmung schlechter Dünste, wie sie sich grade hier auf dem canalisirten Fferterrain am leichtesten entwickelten, wesentlich verhindert werden. Daß diese Anlage grade zufälligerweise für die höhere Mädchenschule beansprucht werde, möge man ganz außer Acht lassen; man solle nur Rücksicht nehmen auf die Menschen, die dort leben müßten.

Inzwischen ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen, welcher angenommen wird.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Herren Wille und Rieß, wobei der erstere Herrn Mühe gegenüber betont, daß er sich bei seinen Ausführungen durchaus nicht von persönlichen Gründen habe leiten lassen, wohl aber von Gründen, laut geworden in verschiedenen Kreisen der Bürgerschaft, daß, wenn man der höheren Mädchenschule eine derartige Anlage gestatte, bald alle übrigen Schulen mit gleichem Wunsche nachkommen würden,

wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Commissionsantrag mit 15 gegen 9 Stimmen zur Annahme gelangt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

VI. liegt ein selbständiger Antrag des Herrn Steinacker des Inhalts vor:

Namentliche Abstimmung nur dann eintreten zu lassen, wenn wenigstens 7 Mitglieder der Versammlung sich dafür erklärt haben.

Antragsteller bemerkt hierzu, daß es seines Dafürhaltens nicht gerechtfertigt erscheine, wenn, wie das bisher der Fall gewesen sei, die ganze Versammlung auf den einfachen Antrag eines Mitgliedes hin zur namentlichen Abstimmung gezwungen werden könne. In der Geschäftsordnung sei über diesen Punkt nichts vorgesehen. Der Antrag bezwecke die Herbeiführung einer ähnlichen Bestimmung, wie sie in größeren Versammlungen, so auch in der Landesversammlung, getroffen sei.

Der Antrag, gehörig unterstützt, wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schließlich

VII. wird Herrn Rieke auf eine Anfrage, wie es mit der den Mitgliedern der

Versammlung bereits vor Jahresfrist zugegangenen Vorlage wegen Errichtung gewerblicher Hülfscaffen siehe,

von Herrn Heymann, als dem Referenten in der Sache, die Auskunft ertheilt, daß, bevor das betr. Statut den Stadtverordneten vorgelegt worden, über dasselbe nach der betreffenden Reichsgesetz-Stelle zunächst eine Anhörung der theilhabenden Gewerbetreibenden hätte stattfinden müssen. Dies sei nicht geschehen. Möglich, daß die Unterlassung zurückzuführen sei auf das damalige Ausscheiden des betr. Herrn Referenten aus dem Stadtmagistrat.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß Herr Heymann wiederholt an die Sache erinnert habe, daß diesen also kein Verschulden an der Verzögerung der Angelegenheit treffe. Er — Vorsitzender, — sei übrigens der Ansicht gewesen, daß der Stadtmagistrat, von der noch fehlenden Vernehmung der Gewerbetreibenden mündlich in Kenntniß gesetzt, die Erledigung dieses Ausstandes bereits in die Hand genommen habe.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt hatte, daß zu diesem Zwecke ihm zunächst die Acten wieder zugehen müßten, erklärt der Herr Vorsitzende, daß er die Angelegenheit zur formellen vorläufigen Erledigung auf die nächste Tagesordnung setzen werde.

Dann wird die Sitzung geschlossen.

In der darauf folgenden vertraulichen Sitzung wird die beantragte Pensionirung eines Gemeindeschullehrers beschlossen und ein Zuschuß zu den Kosten der Feier des Jubiläums Seiner Hoheit des Herzogs bewilligt.

In gemeinschaftlicher Sitzung werden schließlich noch Steuerreclamationen erledigt.



## (Beilage zu N. 36 der Braunschw. Anzeigen.)

1880.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 365 ab 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 14.

## Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 16. December 1880.

## Öffentlich:

- I. Antrag des Herrn Steinacker, die Aufnahme einer Bestimmung bezüglich namentlicher Abstimmungen in die Geschäftsordnung betreffend.
- II. Magistratsvorlage, betreffend Statut-Entwurf wegen Errichtung gewerblicher Pflanzcassen.
- III. Beschl., Verlegung des Aufstellungsorts für Melichambuden vom Tummels nach dem St. Leonhardplatz.
- IV. Beschl., Ergänzung der Straßenpolizeiordnung durch eine die Anbringung des Eigenthümersnamens an Fuhrwerken vorschreibende Bestimmung.
- V. Beschl., Niederlegung des Straßenzuges in der Lage der früheren Langenbrücke an Rattreppein.
- VI. Antrag des Herrn Nieß, die Einrichtung eines Theils des Krakenberg'schen Grundstücks zur Beschaffung botanischen Lehrmaterials für städtische Schulen betreffend.

## Vertraulich:

- 1) Gutachtliche Äußerung der Stadtverordneten über die Nützlichkeit eines zwischen der Stadt und der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft zu schließenden Vergleichs über tatsächliche Verhältnisse während des obschwebenden Processes.
- 2) Besetzung zweier Dienststellen.

Entschuldigt Herr du Roi.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung, indem er zunächst das Protokoll Nr. 12 vom 4. November c. zur Genehmigung vorliest.

Herr Hasenbalg bemerkt dazu, daß er nicht, wie auf Seite 180 oben angegeben, nach dem Lauf des besprochenen Fußweges zwischen der Friedrich-Wilhelmsstraße und dem Rattreppeln, sondern nach dem zu verwendenden Materiale gefragt habe.

Die Versammlung constatirt die Richtigkeit dieser Ausstellung, worauf das Protokoll genehmigt wird.

### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über eine Magistratsverträge vom 20. November v. J., betreffend den Statutentwurf über Errichtung gewerblicher Hülfscaffen hieselbst. Daß dieser Gegenstand erst auf die heutige Tagesordnung gesetzt, ist in voriger Sitzung besonders erörtert worden. — Der Entwurf ist vom Stadtmagistrate auf Grund des §. 142 der Reichsgewerbeordnung, des Gesetzes vom 8. April 1876, betreffend Abänderungen des Titels VIII. der Gewerbeordnung und des §. 2 der Städteordnung vom 19. März 1850 ausgearbeitet. Derselbe schließt sich mit nur einzelnen Abweichungen an einen vom preussischen Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zur Erleichterung der Begründung derartiger Caffen ausgearbeiteten Entwurf an, welcher vom Herzoglichen Staatsministerium mitgetheilt worden. Vor Erlass des Statuts ist die Anhörung der theilhaftigen Gewerbetreibenden gesetzlich erforderlich. Da letztere in hiesiger Stadt bisher noch nicht erfolgt ist, so giebt die Commission anheim, die Vorlage dem Magistrate mit dem Ersuchen zurückzureichen, zunächst noch die gesetzlich erforderliche Anhörung der theilhaftigen Gewerbetreibenden vorzunehmen, und dieselbe sodann wieder einzubringen.

Herr Wilke bemerkt hierzu, daß man vor geraumer Zeit bestrebt gewesen sei, die Innungen wieder in's Leben zu rufen und daß der frühere Stadtrath Gebhard sich große Mühe um diese Sache gegeben habe. Das von demselben ausgearbeitete Statut sei auch von einem großen Theile der bestehenden Gewerke angenommen worden. Er wisse aber nicht, ob sich bereits sämtliche Innungen gebildet hätten. Der Bildung derselben habe die Zusammenfassung eines Gewerberathes nachfolgen sollen. Es sei höchst wünschenswerth, diese Bestrebungen nach jeder Richtung hin zu fördern. Gerade die Berathung des vorliegenden Statutentwurfs sei eine geeignete Arbeit für den Gewerberath.

Herr Rieke spricht sich für den Commissionsantrag aus.

Herr Stadtrath Ketschmer bemerkt, daß bereits verschiedene Innungen das Normalstatut angenommen, andere dagegen durch ihre Vertreter dem Redner gegenüber erklärt hätten, daß sie mit den darin enthaltenen Bestimmungen nicht ganz einverstanden seien, vorzüglich aus dem Grunde, weil dieselben nicht weitgehend genug gewesen, und daß sie lieber abwarten wollten, ob die im Reichstage gestellten weitergehenden Anträge angenommen würden. Es lägen deshalb verschiedene Statuten im Magistratsbureau, welche von den Betreffenden zurückgegeben seien. Er gebe zu, daß ein Gewerberath für die Berathung des vorliegenden Statutentwurfs die competenteste Stelle sei, es würden sich aber auch sonst wohl Gewerbetreibende finden, welche über die Sache ein richtiges Urtheil abgeben könnten.

Herr Wille: Wenn mit der Bildung eines Gewerberathes wirklich Ernst gemacht werde, dann würden dadurch auch die widerspenstigen Innungen leichter herangezogen werden; dieselben würden nicht säumen, auf ihre Vertretung im Gewerberathe Bedacht zu nehmen, zumal wenn sie hörten, daß diesem so wichtige Angelegenheiten, wie die gegenwärtige, zur Berathung vorlägen.

Herr Nieß möchte nicht, daß der Ausdruck »die widerspenstigen Innungen« in der Versammlung laut würde, ohne daß Jemand dagegen protestire. Er habe noch kein Mitglied einer Innung kennen gelernt, welches diesen Vorwurf verdiene, noch weniger aber eine ganze Corporation. Es sei den Innungen nicht Mangel an gutem Willen, sondern höchstens Muthlosigkeit, in dieser Sache etwas zu unternehmen, vorzuwerfen; das liege aber in der heutigen Gesetzgebung.

Darauf wird der Commissionsantrag angenommen.

II. berichtet Herr Lüderssen für die Statutencommission über einen Magistratsantrag vom 21. October c., betreffend die Verlegung des Aufstellungsortes für Mess- und Schaubuden vom Lummel- nach dem St. Leonhardplatze. Bereits während der diesjährigen Sommermesse war es wegen der auf dem Lessingplatze behuf Errichtung des Siegesdenkmals vorzunehmenden Arbeiten erforderlich, den größten Theil der Schaubuden auf dem St. Leonhardplatze unterzubringen, wozu die Versammlung in der Sitzung vom 24. Juni c. ihre Zustimmung gegeben hat. Die Errichtung des Siegesdenkmals und die Planirung resp. Erhöhung des mittleren Theils des Lessingplatzes ist inzwischen vollendet, die weitere Instandsetzung des letzteren aber von Entscheidung der Frage abhängig, ob der Platz auch fortan zur Aufstellung von Schaubuden benutzt werden soll oder nicht, da derselbe nach einer Erklärung der Herzoglichen Baudirection im ersteren Falle nur chauffirt und begründet, im letzteren aber mit Gartenanlagen versehen werden würde. In Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizeidirection ist der Magistrat der Ansicht, daß der dem genannten Platze durch die Aufstellung des Denkmals verliehene Character die fernere Errichtung von Schaubuden daselbst als unangemessen und unzulässig erscheinen muß. Von denjenigen Plätzen nun,

welche nach ihrer Lage und Größe zur anderweiten Unterbringung der Buden geeignet sein würden, hält der Magistrat den Platz bei St. Leonhard für den passendsten, zumal derselbe Eigenthum der Stadtgemeinde ist. Allerdings steht dem Pächter der Domaine St. Leonhard, mit Ausnahme eines 3 Morgen haltenden Theils, die Weiderechtigung zu, indessen wird nach einer Erklärung der Herzoglichen Cammer-Direction der Domainen, bei der im Jahre 1883 bevorstehenden Erneuerung der Verpachtung der Domaine St. Leonhard die fragliche Weideservitut nicht weiter zum Gegenstande des abzuschließenden Pachtvertrages gemacht werden. Der Magistrat giebt deshalb anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß fortan zur Aufstellung von Messschaubuden der Platz bei St. Leonhard benutzt werde.

Die Commission hält allerdings auch den St. Leonhardplatz zu diesem Zwecke für den geeignetsten, sie glaubt aber, daß man, um dieses Beiwerk der Messe, welches doch auch manche Schaustellung von bedeutenderem Werthe mit sich bringe, auf der bisherigen Höhe zu erhalten, auf die Erlangung eines günstiger gelegenen Platzes Bedacht nehmen müsse. Sie giebt deshalb anheim, zu beschließen:

sich damit einverstanden zu erklären, daß fortan bis auf Weiteres zur Aufstellung von Messschaubuden der Platz bei St. Leonhard benutzt werde, hierbei aber Veranlassung zu nehmen, dem Magistrate anheimzugeben, für obigen Zweck, sowie überhaupt im allgemeinen Interesse die Erwerbung eines günstiger gelegenen Platzes (z. B. des fiskalischen Terrains hinter dem Wasserthurme), ins Auge zu fassen.

Herr Munte hält den Platz bei St. Leonhard gleichfalls für sehr günstig gelegen zu gedachtem Zwecke. Es sei aber, und wenn der Platz auch nur für eine Reihe von Jahren provisorisch benutzt werden solle, vorerst Pflicht der städtischen Behörden, die Hauptzugangswege, besonders den Weg am Nieweg'schen Garten entlang, in einen angemessenen Zustand bringen zu lassen und für Beleuchtung dieser Wege und des Platzes zu sorgen; das sei man schon den Leuten gegenüber schuldig, die ihr Stellgeld zahlen müßten. Sollte die Anlage einer provisorischen Gasleitung zu theuer sein, so würde man sich eben mit Petroleum-Lampen behelfen müssen.

Herr Reuter, welcher es übernommen hat, in der heutigen Sitzung über den Kostenpunkt der Vorrichtung einer Gasbeleuchtung Auskunft zu ertheilen, bemerkt zunächst, daß er bei seiner Berechnung keine opulente, sondern nur eine absolut notwendige Beleuchtung in's Auge gefaßt habe. Weder in der St. Leonhardstraße noch in der Campestraße seien Gasröhren vorhanden und es würde die Legung von Gasröhren in der erstgedachten Straße, von der Bertramsstraße ausgehend, allein 2200 *M.* Kosten verursachen; für 4 Laternen würden jährlich 240 *M.* zu verausgaben sein. Sollte aber für den Fall der dauernden Benutzung des Platzes zu Messschaustellungen eine definitive Gasleitung gelegt werden, wobei weitere Röhren, schon von der Wolfenbüttler Straße ab, gelegt werden müßten, dann würden sich die Kosten auf

11045 *M.* belaufen. Die Anlage einer Wasserleitung würde 1530 *M.* kosten und die alsdann nöthig werdende Weiterführung des Canals würde, da die dortige Gegend für Canalanlagen ungünstige Verhältnisse biete, indem das Grundwasser sehr hoch stehe und das Erdreich größtentheils aus Flotthand bestehe, nicht unter 4000 *M.* herzustellen sein. Er gebe anheim, auf Gasbeleuchtung vorläufig überall keine Rücksicht zu nehmen; für nächste Messe lasse sich dieselbe doch nicht mehr herstellen und es könne diesmal auch noch auf andere Weise Rath geschaffen werden. Die meisten Bubenbesitzer hätten auch auf dem Tummelplatze schon Petroleum-Lampen gebrannt und es würden sich auf diese Weise auch die zum St. Leonhardplatze führenden Straßen, wenn erforderlich, mit Petroleum-Laternen erhellen lassen. Uebrigens könne sich Redner nicht mit der Idee befreunden, daß dieser Platz für alle Zeiten zu Schaustellungen benutzt werden solle; seiner festen Ueberzeugung nach werde sich schon in wenigen Jahren ein passenderer Platz dazu gefunden haben. Das Wiesen-Grundstück hinter dem Wasserturme möge sich die Stadt unter keinen Umständen entgehen lassen, selbst wenn dasselbe für Zwecke des Wassewerkes nicht erforderlich sein sollte.

Herr Ramdohr bemerkt, daß er das Interesse, welches die Commission für die Erhaltung dieses Beiwerks der Messen, der Schaustellungen u. an den Tag lege, nicht theilen könne. Wenn dieses Interesse auch bei einem großen Theile unserer Bürgerschaft vorhanden sei, so lasse sich das nur durch eine unbewusste Anhänglichkeit an dem Althergebrachten erklären. Unsere Messen, die in früheren Jahrhunderten berühmt und auch zu Anfang dieses Jahrhunderts noch bedeutend gewesen, seien in den letzteren Jahrzehnten zu bloßen Jahrmärkten herabgesunken und unterschieden sich von letzteren nur durch die Dauer; die Jahrmärkte nähmen 1 bis 2 Tage in Anspruch, wogegen die Stadt durch die Messen fast während des siebennten Theils des ganzen Jahres incommodirt würde. Wenn nun die Messen an und für sich schon für Viele mehr lästig als einträglich seien, so sei dies mit dem Beiwerk derselben, den Schmalzkuchenbuden, den Bierschänken und den Schauzelten in noch höherem Grade der Fall. Früher hätten diese Vergnügungseinrichtungen schon wegen des durch die Messfreiheit veranlaßten größeren Fremdenverkehrs eine gewisse Berechtigung gehabt. Die Messfreiheit existire aber nicht mehr; heute stehe es Jedermann frei, auch zu anderen Zeiten Sehenswürdigkeiten zur Schau zu stellen, wenn er nur die nöthigen Formalitäten dabei beachte. Redner wünsche, daß die Messe, namentlich aber das Vergnügungsbeiwerk je eher desto besser aufhören möchte. Wenn es auch nicht Aufgabe der städtischen Behörden sei, zu deren Abschaffung mit beizutragen, so glaube er auch, daß sie keine Veranlassung hätten, sich für die Beibehaltung der unzeitgemäßen Einrichtung von Schaustellungen zu interessieren. Daß der Tummelplatz bei seinem jetzigen Character nicht mehr dazu benutzt werden könne, bedürfe kaum der Erwähnung, doch empfehle es sich auch nicht, den St. Leonhardplatz dazu herzugeben, da dieser ein vorzüglicher Spielplatz für die Jugend sei, und zu diesem Zwecke von



der Lehrerschaft benutzt werde; es sei wohl zu erwägen, ob der Platz nicht lieber diesem Zwecke zu erhalten sei, als ihn im Interesse eines werthlosen alten Herkommens dazu untauglich zu machen.

Herr Heymann schließt sich den Ausführungen des Herrn Vorredners über die jetzige Bedeutungslosigkeit der Messen im Allgemeinen an und glaubt auch nicht, daß die Stadt so erhebliche Kosten, wie sie von Herrn Reuter angeführt, für die Anlage einer Gas- und Wasserleitung nach dem St. Leonhardplatze hergeben könne; die Stadt habe das Geld zu wichtigeren Zwecken nöthig. Die Bedenken des Herrn Randohr, daß die Jugend durch Aufstellung der Messbuden auf jenem Platze in ihren Spielen dort beeinträchtigt würde, könne Redner indeß nicht theilen; die Buden ständen nur kurze Zeit und auch während sie ständen, sei auf dem Platze immer noch genügend Raum zum Spielen vorhanden. Doch halte er dafür, daß der Commissionsantrag nicht ohne Beschränkung angenommen werde. Gäbe man den Platz unbedingt zur Aufstellung von Schaubuden her so müsse man auch die Consequenzen tragen und demnächst die Kosten für Gas- und Wasserleitung verwilligen. Um dieses zu vermeiden, möge man die Zustimmung zur Benutzung nur mit dem beschränkenden Zusatz »bis auf Weiteres« aussprechen.

Der Herr Referent erklärt darauf, daß dieser Zusatz bereits im Commissionsantrage vorgesehen sei.

Herr Winter glaubt, daß der kleine Exercierplatz sich sehr wohl zur Aufstellung von Schaubuden eignen werde, da ein Viertel davon unbefritten der Stadt gehöre. Dieses Viertel würde aber, wenn man es unbeschränkt nach dem dort belegenen Kirchhofe zu benutzen dürfte, dem Zwecke vollständig genügen, namentlich während der bevorstehenden Wintermesse. Auch während der Sommermesse würden sich der Benutzung keine Schwierigkeiten entgegenstellen, da dann militairische Exercitien auf diesem Platze nicht stattfänden. Redner hält es für räthlich, dem Magistrat anheimzugeben, die Herzogliche Polizei-Direction nochmals auf diesen Platz aufmerksam zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt hierauf, daß allerdings der vierte Theil des Platzes nicht den Beschränkungen in Bezug auf die Benutzung unterworfen sei, wie sie der Vertrag mit der Militairbehörde hinsichtlich des übrigen Theils festgesetzt habe; doch sei im Vertrage gesagt, daß dieses Viertel als Spielplatz benutzt werden dürfe, nicht aber, daß dort auch die Aufstellung von Buden gestattet sei. Die Stadt würde also schwerlich in der Lage sein, diesen Platz für den fraglichen Zweck zu verwenden. Uebrigens habe sich auch schon der Magistrat mit der Erwägung beschäftigt, das Terrain am Wasserturme nach Ablauf der jetzigen Pachtperiode zu barem Zwecke zu erwerben.

Herr Stadtrath Metemeyer bemerkt hierzu, daß das Benutzungsrecht des kleinen Exercierplatzes ausdrücklich der Militairbehörde eingeräumt sei mit Aus-

nahme des Sonnabends Nachmittags, wo die Jugend dort spielen dürfe; im Contracte fände sich genau vorgeschrieben, welche Volksbelustigungen dort abgehalten werden dürften, und er glaube nicht, daß die Militärbehörde ihre Zustimmung zur Aufstellung von Schaukelten geben werde.

Nachdem der Herr Referent noch anheimgegeben hat, die Beleuchtungsfrage vor der Hand auf sich beruhen zu lassen, da sich später doch schon herausstellen werde, was für Anordnungen in dieser Beziehung zu treffen seien,

wird der Commissionsantrag angenommen.

Danach

III. berichtet Herr Reuter namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 26. v. Mts., betreffend die Ergänzung der Straßenpolizeiordnung durch eine die Anbringung des Eigenthümer-Namens an Fuhrwerke vorschreibende Bestimmung. Es ist nämlich in hiesiger Stadt oft vorgekommen, daß die Führer auswärtiger Fuhrwerke, welche Contraventionen gegen die Straßenpolizeiordnung begangen, den Polizeibeamten falsche Namen und Wohnorte angegeben und sich somit der strafrechtlichen Verfolgung entzogen haben. Um derartige Vorkommnisse für die Zukunft zu vermeiden, wünscht Herzogliche Polizei-Direction die in einigen angrenzenden preussischen Bezirken, z. B. in der Provinz Sachsen geltende Polizei-Berordnung, wonach die nicht vorzugsweise dem Personen-Verkehr dienenden Fuhrwerke mit einer genauen Bezeichnung der Besitzer versehen sein müssen, auch für die hiesige Stadt herbeizuführen. Eine Vorschrift dieser Art als Gesetz für das ganze Land zu erlassen, hat Herzogliches Staatsministerium abgelehnt, da nicht mit genügender Sicherheit erhelle, daß dazu für die übrigen Landestheile ein Bedürfnis in gleicher Dringlichkeit vorliege, es dagegen Herzoglicher Polizei-Direction überlassen, bei den städtischen Behörden auf den Erlaß bezüglich statutarischer Bestimmungen hinzuwirken. Nach getroffener Uebereinkunft zwischen Herzoglicher Polizei-Direction und dem Stadtmagistrate, beantragt letzterer nun, sich damit einverstanden zu erklären, daß die gedachte Vorschrift als Zusatz zur städtischen Straßenpolizeiordnung und zwar zu §. 21 als *Nr.* 10 in nachstehendem Wortlaute:

Jedes einheimische und auswärtige Fuhrwerk, welches nicht vorzugsweise zur Beförderung von Personen dient, insbesondere auch jedes Hundefuhrwerk, muß während der Benutzung im Bezirke der hiesigen Stadt mit dem Vor- und Zunamen oder mit einer anderweiten genauen Bezeichnung des Besitzers, sowie mit dem Namen des Wohnortes desselben versehen sein.

Mehre solche Fuhrwerke desselben Besitzers müssen außerdem fortlaufende Nummern führen.

Diese Bezeichnungen sind entweder an beiden Langseiten des Fuhrwerks oder an der Rückseite desselben und entweder an dem Fuhrwerke selbst, oder auf einer an demselben befestigten Tafel von Holz oder Blech, in deutlicher unverwischbarer Schrift von mindestens 3 cm Höhe und so, daß sie in die Augen fallen, anzubringen.

erlassen werde.

Die Commission giebt die Annahme dieses Antrags anheim. Referent bemerkt, daß es gewiß mit Freuden werde begrüßt werden, wenn von Seiten der Herzoglichen Polizeidirection auf den Fuhrwerksverkehr in der Stadt ein recht aufmerksames Auge gerichtet werde, da, wie auch schon innerhalb der Versammlung hervorgehoben sei, für unsere größtentheils so engen Straßen in dieser Beziehung noch manches zu wünschen übrig bleibe; es vergehe ja bei dem sehr gesteigerten Verkehr kein Jahr ohne eine Anzahl von Unglücksfällen, hervorgerufen durch Fuhrwerke. In der Statutencommission sei die Frage entstanden, ob man bei dieser Gelegenheit nicht gleich noch auf einige andere in der Straßenpolizeiordnung enthaltene Uebelsstände hinweisen und auf deren Beseitigung Bedacht nehmen könne. Als solche wurden namentlich die Bestimmungen über die Abfuhr der Schmutzgegenstände bezeichnet. Es sei in dieser Beziehung bereits ein Gesuch des Bürgervereins eingegangen, in welchem die Aenderung verschiedener Bestimmungen gewünscht werde; wie es ja denn auch in der Absicht liege, eine neue Art von Abfuhrwagen zu benutzen, da die früheren zu vielseitigen Klagen geführt hätten. Außerdem würde es zweckmäßig sein, die in dem jetzt zu ergänzenden Paragraphen enthaltene Bestimmung, welche den Hausbesitzern die Pflicht auferlege, an ihren Häusern die Anbringung von Telegraphenleitungen und Isolatoren zu gestatten, etwas weiter auszu dehnen, indem man diese Bestimmung überall auf die Grundstücke zur Anwendung bringe. So sei die von der hiesigen Tutespinnerei geplante Anlage einer directen Telegraphenverbindung mit der Feuerwache unausführbar geworden, weil ein Grundbesitzer gegen die Anbringung einer Telegraphenstange auf seinem Grundstücke protestirt habe. Auch die schon öfter gewünschte vollständige Bepflanzung der Wallpromenaden werde durch eine entsprechende Aenderung der Straßenpolizeiordnung zu erreichen sein. Alle diese Punkte müßten gleichfalls recht bald ins Auge gefaßt werden. Da aber Herzogliche Polizeidirection großen Werth darauf lege, daß der heute vorliegende Antrag schleunigst erledigt werde, so habe die Commission vorläufig davon Abstand genommen, den Antrag zu stellen, daß der Magistrat um Vornahme einer durchgehenden Revision der Straßenpolizeiordnung und Einbringung einer anderweiten Vorlage ersucht würde. — Ueber die Zeit der Einführung der neuen Bestimmung sei im Magistratsantrage nichts gesagt. Es sei vorauszusetzen, daß nach der bezüglichen Bekanntmachung noch eine gewisse Frist gelassen werde, damit die Betheiligten im Stande seien, die geforderte Einrichtung an ihren Fuhrwerken zu treffen.

Nachdem Herr Witke auf einige weitere Uebelstände in der Straßenpolizeiordnung, wie beispielsweise die Benützung übermäßig breiter Kollfuhwerke aufmerksam gemacht hat,

wird der Commissionsantrag angenommen.

Ferner

IV. berichtet Herr Munte namens der Statutencommission, daß nach einem Magistratschreiben vom 3. d. Mts. die städtische Bauverwaltung darauf angetragen hat, das Niveau der an Stelle der früheren Längenbrücke anzulegenden Straße, sowie der Kreuzung der Münz. beziehungsweise der Friedrich-Wilhelmsstraße und des Rattreppeins, Rosenhagen um circa 21 cm tiefer legen zu dürfen. Nach dem betreffenden Berichte der städtischen Bauverwaltung (welchen Referent verliest) erscheint ein solches Vorgehen mit Rücksicht auf den Verkehr, sowie aus ästhetischen Gründen im hohen Grade wünschenswerth. Der Magistrat giebt anheim, sich mit der fraglichen Tieferlegung, deren Kosten mit pptr. 350 M. vom allgemeinen Pflasterfonds zu bestreiten sein würden, einverstanden zu erklären. —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Debatte angenommen wird.

Nachdem der Vicepräsident, Herr Kybik, den Vorsitz übernommen,

V. berichtet Herr Otto namens der Statutencommission über den in veriger Sitzung von Herrn Steinacker eingebrachten Antrag: namentliche Abstimmung nur dann eintreten zu lassen, wenn wenigstens 7 Mitglieder der Versammlung sich dafür erklärt haben

Referent führt aus, daß weder die Städteordnung noch diejenigen ergänzenden Bestimmungen, welche hinsichtlich der Geschäftsordnung auf statutarischem Wege erlassen seien, Vorschriften nach dieser Richtung hin enthielten. Es sei bis jetzt — wie wenigstens nach eingezogener Erkundigung allerseits anerkannt sei — Praxis gewesen, daß dem Wunsche auch nur eines Stadtverordneten auf namentliche Abstimmung jedesmal entsprochen sei. Nun lasse sich aber nicht verkennen, daß diese Praxis unter Umständen zu großen Uebelständen führen könne: es sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß dieser Wunsch von irgend einer Seite her allzu oft an die Versammlung gerichtet und dadurch das Recht zur Äußerung dieses Wunsches mißbraucht werde, und zwar ohne daß man dem Betreffenden irgend welchen Vorwurf machen könne, denn die Ansichten darüber, in welchen Fällen eine namentliche Abstimmung zweckmäßig sei oder nicht, könnten sehr verschieden sein. Es sei allerdings anzuerkennen, daß bis jetzt Uebelstände aus dieser Praxis in der Versammlung nicht entstanden seien und man könnte die Hoffnung hegen, daß dies auch in Zukunft nicht der Fall sein würde. Finde aber einmal wider Erwarten das Gegentheil statt, dann sei es schwer,

an der Sache etwas zu ändern, ohne den Vorwurf der Persönlichkeit oder Animosität befürchten zu müssen. Es sei also wünschenswerth, lieber gleichsam in Friedenszeiten eine Aenderung zu treffen. Die bisherige Praxis stehe nicht auf dem Boden des Rechts, denn es könne kein einzelner Stadtverordneter der Versammlung den Geschäftsgang verschreiben. In der Commissions-Sitzung sei die Frage erörtert, ob es nicht der Majorität der Versammlung zustehen müßte, über einen Wunsch auf namentliche Abstimmung zu entscheiden. Das habe aber Vieles gegen sich: die Majorität könne dann immer, je nachdem sie sich zur Abstimmung über eine Sache selbst in der Lage befinde, eine namentliche Abstimmung verhindern; daß sei aber nicht dem Zwecke entsprechend, es müsse auch die Minorität eine namentliche Abstimmung verlangen können, und deshalb habe man diesen Vorschlag bei Seite gesetzt. Ferner sei in der Commission die Ansicht geäußert, daß, da es sich bei dieser Angelegenheit nur um den Gang der Verhandlungen handle, es lediglich Sache des Vorsitzenden sein müsse, über ein Verlangen nach namentlicher Abstimmung in jedem einzelnen Falle zu entscheiden. Doch auch hiervon sei man, da durch ein solches Verfahren der Vorsitzende in eine schiefe Stellung kommen könne, vor welcher derselbe, im Interesse eines sachlichen Verlaufes der Verhandlungen bewahrt werden müsse, abgekommen. — Die Commission habe hiernach geglaubt, daß die Sache am einfachsten dadurch erledigt werde, wenn eine Bestimmung getroffen würde, gleich wie sie in der Geschäftsordnung des Landtages und der Synode vorhanden sei. Sie beantrage daher:

die Versammlung wolle beschließen, ihre Geschäftsordnung durch eine Bestimmung folgenden Inhalts:

„die namentliche Abstimmung findet nur Statt, wenn mindestens 5 Mitglieder darauf antragen.“

zu ergänzen, auch den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich mit dieser Bestimmung einverstanden zu erklären und die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum Erlassen derselben zu erwirken.

In der Commission sei dann auch die Frage angeregt, ob nicht dem Magistrat eine gleiche Befugniß eingeräumt werden müsse, wie im Landtage den Mitgliedern des Ministeriums, bezw. den Regierungs-Commissarien, welche die namentliche Abstimmung verlangen könnten. Der Magistrat habe aber erklärt, daß er die Einräumung einer derartigen Befugniß nicht für ein Bedürfniß halte.

Nachdem der Antragsteller, Herr Steinacker, den Commissionsantrag, da derselbe von dem seinigen nur in der Anzahl der beantragenden Mitglieder abweiche, zur Annahme empföhlen,

und Herr Niese sich gegen Einführung der gedachten Bestimmung erklärt hat, da seiner Meinung nach kein Anlaß dazu vorliege,

wird der Commissionsantrag angenommen.

Herr Otto übernimmt den Vorsitz wieder, worauf

VI. Herr Nieß in Verfolg der sachverständigen Mittheilungen in der Sitzung vom 9. d. Mts., betreffend die Beschaffung von botanischem Lehrmaterial für Schulen, den Antrag stellt:

das Gartengrundstück, welches als Rest des Krusenbergschen Gartens der neuen Schule an der Dferstraße gegenüberliegt, und über welches die städtischen Behörden verfügen können, als Versuchsfeld für botanisches Lehrmaterial der städtischen Realschule, sowie den städtischen mittleren und unteren Bürgerschulen zu reserviren.

Herr Nieß nimmt bei Motivirung seines Antrags Bezug auf die in der letzten Sitzung von den Herren Steinacker und Mühe für die Nothwendigkeit der Einrichtung derartiger botanischer Schulgärten entwickelten Gründe.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Schulcommission unter dem Bemerken überwiesen, daß es zweckmäßig sein werde, auch die Finanzcommission zur Vorberathung mit zuzuziehen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch mitgetheilt hat, daß für den 30. d. Mts. eine gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten zur Neuwahl zweier unbefoldeter Magistratsmitglieder an Stelle der statutengemäß ausscheidenden Herren Stadträthe Götte und Schöttler in Aussicht genommen sei,

wird die Sitzung geschlossen.

In einer längeren vertraulichen Sitzung wird über die Magistratsvorlagen, betreffend

1) gutachtliche Aeußerung der Stadtverordneten über die Richtigkeit eines zwischen der Stadt und der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft zu schließenden Vergleichs über thatsächliche Verhältnisse während des obschwebenden Processes,

2) Besetzung zweier Dienststellen,  
berathen.



(Beilage zu *Nr.* 37 der Braunschw. Anzeigen.)

**1880.**

(Fortsetzung der Beilage zu *Nr.* 36 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

***Nr.* 15.**

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. December 1880.

---

Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

Öffentlich:

Wahl zweier unbefolbeter Magistratsmitglieder.

Sitzung der Stadtverordneten.

Vertraulich:

Feste Anstellung eines Magistratschreibers.

Öffentlich:

- I. Erhöhung des Gehalts eines Lehrers.
- II. Mittheilungen des Magistrats, betreffend den Gelass eines Statuts über die Errichtung eingeschriebener Hülfscassen.
- III. Jahresbericht des Vorstehenden.



Unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Pockels schreitet die Versammlung

### in gemeinschaftlicher Sitzung

zur Wahl zweier unbesoldeten Magistratsmitglieder an Stelle der mit Schluß d. J. aus dem Magistrate ausscheidenden Herren Stadträthe Götte und Schöttler.

Bei der zunächst vorgenommenen Ersatzwahl für den Herrn Stadtrath Götte werden 30 Stimmen abgegeben; davon entfallen 22 auf Herrn Stadtrath Götte, 4 auf Herrn Klotz und je 1 auf die Herren Lösekrug, Grote, Reuter und von Seckendorff.

Herr Stadtrath Götte ist somit wieder gewählt.

Es folgt die Ersatzwahl für den Herren Stadtrath Schöttler. Dabei werden 31 Stimmen abgegeben, von denen 25 auf Herrn Stadtrath Schöttler, 4 auf Herrn Klotz und 1 auf Herrn Reuter entfallen; ein Stimmzettel ist unbeschrieben.

Herr Stadtrath Schöttler ist demnach wieder gewählt.

Beide gewählten Herren nehmen die Wahl unter dem Ausdrucke des Dankes an.

Herr Oberbürgermeister Pockels schließt darauf die gemeinschaftliche Sitzung,

und es eröffnet, den Vorsitz übernehmend, Herr Otto

### die Sitzung der Stadtverordneten,

indem er zunächst mittheilt, daß Herr Bewig sich wegen Fehlens in letzter Sitzung nachträglich entschuldigt habe.

Entschuldigt für heute Herr Steinacker.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Bammel, Götte, Haake, Schöttler und Metemeyer.

Nachdem in vertraulicher Sitzung einem Magistratsantrage vom 17. d. Mts. gemäß die feste Anstellung des Magistratschreibers Claus beschlossen ist, wird, bei Wiederherstellung der Deffentlichkeit,

I. nach einem Referate des Herrn Schwarzenberg für die Scholcommission auf einen Antrag des Magistrats vom 13. d. Mts. beschlossen, nachträglich die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das Dienstgehalt des Lehrers Henze an der höheren städtischen Mädchenschule zum 1. künftigen Monats um 300 *M.* jährlich, d. i. auf 3600 *M.*, erhöht werde.

II. übermittelt Herr Stadtrath Kietmeyer eine Erklärung des Stadtmagistrats bezüglich des Erlasses eines Ortsstatuts über die Errichtung eingeschriebener Hülfscaffen. Der Entwurf dieses Statuts ist in der letzten Sitzung dem Magistrate mit dem Ersuchen zurückgegeben, zunächst noch die gesetzlich erforderliche Anhörung der beteiligten Gewerbetreibenden vorzunehmen und sodann zur Berathung und Beschlußfassung wieder vorzulegen. Der Magistrat habe nun, wie Redner ausführt, Bedenken getragen, diese Anhörung der Gewerbetreibenden ohne Weiteres eintreten zu lassen und die Vorlage sofort wieder einzubringen. Die Angelegenheit sei, da die einzelnen Mitglieder der Innungen zum Beitritte zur Hülfscaffe gezwungen werden sollten, tief einschneidend in die Privatrechtsphäre, und die Durchführung derselben daher mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Die Motive zum Erlaß des Statuts seien zweierlei Art. Einmal habe man die Stadt von der Verpflichtung entlasten wollen, die Kosten für die ersten sechs Wochen von Erkrankungen solcher Leute zu tragen, welche ihren Wohnsitz in hiesiger Stadt nicht haben, wie viele Fabrikarbeiter, gewerbliche Hülfsarbeiter und sonstige Arbeiter von besonderen technischen Fertigkeiten. In zweiter Linie habe man durch Einrichtung dieser Caffen die stitliche Kraft jener Leute stärken wollen, indem man sie dazu anhalte, sich von der Unterstützung durch die Stadt unabhängig zu machen und die Kosten selbst zu tragen. Nach Ansicht des Magistrats seien nun diese beiden Gründe grade jetzt nicht so zwingender Natur, daß der schnelle Erlaß eines derartigen Statutes nothwendig erscheine, hauptsächlich deshalb nicht, weil bereits Hülfscaffen der verschiedensten Art in hiesiger Stadt existiren: nämlich 15 eingeschriebene Hülfscaffen und — nach Ausweis der Acten — etwa 40 andere, denselben Zweck verfolgende Caffen. Es sei also anzunehmen, daß der größere Theil dieser Hülfsarbeiter jetzt schon irgend einer Hülfscaffe angehöre und von dieser Unterstützung zu gewärtigen habe, der Stadt also keine bedeutenden Kosten durch eine Verzögerung des Statut-Erlasses entstehen würden. Erhebungen seien in dieser Beziehung bislang nicht angestellt worden; der Magistrat beschäftige sich indes jetzt damit, um, wenn der Erlaß des Statuts erforderlich sein sollte, demnächst darüber Aufschluß geben zu können. Noch komme in Betracht, daß der Reichstag sich mit der Angelegenheit beschäftigen werde, es also nicht angemessen sein dürfte, jetzt ein Ortsstatut zu erlassen, welches eventuell durch ein Gesetz demnächst wieder außer Kraft gesetzt werden würde. Aus diesen Gründen habe der Magistrat für richtiger gehalten, den Statutentwurf der Versammlung vorläufig nicht wieder zugehen zu lassen; er habe aber für angemessen erachtet, dieselbe hiervon in Kenntniß zu setzen.

Sodann

III. erstattet der Herr Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit der Versammlung in den Jahren 1879 und 1880:

Es haben im Jahre 1879 an 21 Tagen Sitzungen stattgefunden, darunter an 2 Tagen ausschließlich gemeinschaftliche Sitzungen mit dem Stadtmagistrat, an 5 Tagen sowohl gemeinschaftliche Sitzungen als auch Sitzungen der Stadtverordneten allein, an 14 Tagen endlich ausschließlich Stadtverordneten-Sitzungen. Es kamen hiernach auf die 21 Tage im Ganzen (rechnet man die an denselben Tagen vorgekommenen gemeinschaftlichen Sitzungen mit dem Stadtmagistrat und die Stadtverordneten-Sitzungen jede als besondere Sitzungen), 26 Sitzungen. An 13 von den 21 Tagen wurde ausschließlich öffentlich verhandelt, an 8 Tagen theils öffentlich theils vertraulich.

Das Productenbuch weist 157 Eingänge nach, darunter 146 Verlagen des Stadtmagistrats, 8 Anträge von Stadtverordneten bezw. von Steuer-Einschätzungs-Commissionen, 3 Eingaben von dritten Personen. Es kamen hinzu 10 Sachen aus dem Vorjahre, so daß im Ganzen 167 Sachen zu erledigen waren. — Behuf einer Vergleichung mag hier angeführt werden, daß die Zahl der Eingänge 1877 nur 57, 1878 122, 1879 157 betragen, daß also in den drei Jahren eine erhebliche Zunahme der Geschäfte der Stadtverordneten stattgefunden hat.

Es haben im Jahre 1880 an 15 Tagen Sitzungen stattgefunden, darunter an 5 Tagen zugleich gemeinschaftliche Sitzungen von Magistrat und Stadtverordneten und Stadtverordneten-Sitzungen, an den übrigen 10 Tagen ausschließlich Stadtverordneten-Sitzungen. An 13 Tagen fanden neben den öffentlichen vertrauliche Verhandlungen der Stadtverordneten statt.

Das Productenbuch weist 156 Eingänge nach, darunter 141 Vorlagen des Stadtmagistrats, 8 Anträge von Stadtverordneten bezw. von Steuer-Einschätzungs-Commissionen, 7 Eingaben von Privatpersonen. Blickt man auf die Zahl der Sachen in 1879 zurück, so ergibt sich fast Gleichheit der Zahlen in den letzten beiden Jahren (157, 156).

Die aus den Plenar-Sitzungen den Herren Stadtverordneten erwachsende in den letzten Jahren wohl erheblich zu nennende Geschäftslast ist aber insofern 1880 eine leichtere gewesen, als auf 1880 nur 15 Sitzungstage, auf 1879 21 Sitzungstage kommen. Was die Commissions-Sitzungen anlangt, so wird die Geschäftslast in beiden Jahren wohl annähernd gleich gewesen sein, Zahlenmäßig läßt sich dies nicht feststellen.

Von den in den Jahren 1879 und 1880 vorliegenden Sachen, im Ganzen 323, — sind bis heute einschließlic erledigt 317, un erledigt sind geblieben 6.

Als besonders wichtige Angelegenheiten, welche in den zugleich durch den Wechsel in der Person des Herrn Vorsitzenden des Stadtmagistrats für die Stadt bedeutungs-

vollen Jahren 1879 und 1880 ihre Erledigung gefunden haben, möchte ich folgende erwähnen:

Es ist ein neues Statut, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung sowie den Normal-Etat der Gehalte der städtischen Beamten betr., erlassen.

Eine neue formale Ordnung des Stadthaushaltsplanes hat stattgefunden.

Zur Regulirung städtischer Schulden, zur Deckung der Kosten des Schlachthaus-Baues und einiger anderer außerordentlicher städtischer Ausgaben ist eine Anleihe durch Vermittelung des Kreiscommunal-Verbandes Braunschweig unter Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Schuldurkunden in größerem Maßstabe contrahirt.

Die städtische Mädchenschule ist eröffnet. In Verbindung damit sind die Verhältnisse der beiden Mädchenschulen, welche neben den unteren und mittleren Bürgerschulen jetzt bestehen, sowie des Lehrpersonals derselben durch Regulativ geordnet.

Der Lehrcursus der städtischen Realschule ist von 7 auf 9 Jahre durch Einrichtung einer neuen obersten Classe mit zweijährigem Cursus erweitert.

Die Eröffnung des Schlachthauscs hat stattgefunden. In Verbindung damit sind Statuten und Regulative bezüglich der Verhältnisse des Schlachthauscs, insbesondere auch ein Statut, die Untersuchung der in die Stadt eingeführten Fleischwaaren betreffend, zu verathen und zu beschließen gewesen.

An größeren städtischen Bauten, auf welche sich Verhandlungen der Stadtverordneten bezogen haben, möchte ich noch erwähnen das Gebäude für die Feuerwehr bezw. die Directionen der Gas- und Wasserwerke, und in Verbindung damit die Fortsetzung der Arbeiten behuf Herstellung der neuen Straßenverbindung zwischen dem Bahnhofe und dem Innern der Stadt, die Schule am Büldenwege, Canalsifcation und Chauffirung der Kreuzstraße.

### Zum Schluß

richtet der Herr Vorsitzende noch an die mit Ablauf des Jahres aus der Versammlung ausscheidenden Herren folgende Abschiedsworte: Es ist eine alte Erscheinung, überall, wo Menschen zum Wirken an dauerndem Werke sich zusammensinden, ist ein Kommen und Gehen, ein Wechsel derer, die Kraft und Zeit daran setzen. Wir sehen diesen Wechsel auch hier. Einem dauernden Werke ist Ihre Thätigkeit, m. H., hoffentlich gewidmet gewesen, dem Wohle unserer Stadt Braunschweig. Lassen Sie sich dieses auch ferner am Herzen liegen, denn auch außerhalb dieser Versammlung werden Sie häufig in die Lage kommen, ihm dienen zu können. Alle, welche dieser Versammlung angehört haben, sind dazu besonders berufen und befähigt, denn sie haben einen tieferen Einblick gethan in die Segnungen, welche ein festgefügtcs, wohlverwaltetes Gemeinwesen seinen Angehörigen bringt, und zugleich in das, was

Noth thut, um das Gemeinwesen im Einklange mit den Anforderungen der Zeit zu erhalten. In diesem Sinne bitte ich Sie, sich Ihrer Thätigkeit in diesem Saale, überhaupt Ihrer Eigenschaft als Stadtverordneter, stets zu erinnern. Den Dank trägt Ihr Wirken, wie jede treue Pflichterfüllung, in sich selbst, doch glaube ich im Sinne der der Versammlung auch ferner noch Angehörigen zu handeln, wenn ich dem persönlichen Danke derselben hiermit besonderen Ausdruck gebe!

Schluß der Sitzung.

---